

terra

cognita

■ Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration

■ Revue suisse de l'intégration et de la migration

■ Rivista svizzera dell'integrazione e della migrazione

Herbst/automne/autunno

9/2006

ssiiik

Welche Integration?



Quelle intégration?

I M P R E S S U M

terra cognita

Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration
Revue suisse de l'intégration et de la migration
Rivista svizzera dell'integrazione e della migrazione

No. 9 Herbst/automne/autunno 2006

Herausgeberin/Editrice:

Eidgenössische Ausländerkommission
Commission fédérale des étrangers
Commissione federale degli stranieri

Redaktion/Rédaction/Redazione:

Sekretariat der EKA/Secrétariat de la CFE/Segreteria
della CFS, Quellenweg 9, 3003 Bern-Wabern
Tel.: 031 325 91 16, Fax: 031 325 80 21
E-Mail: eka-cfe@bfm.admin.ch,
Internet: www.terra-cognita.ch, www.eka-cfe.ch

Verantwortliche/Responsables/Responsabili:

Simone Prodoliet, Elsbeth Steiner

Übersetzung/Traduction/Traduzione:

Roger Barbier (f), Sara Schneider (i)

Lektorat/Lectorat/Lettorato:

Sylvana Béchon (f, i)

Erscheint zwei Mal jährlich/Paraît deux fois par année/
Esce due volte all'anno

Auflage/Tirage/Tiratura:

11000 Ex.

© EKA/CFE/CFS

Nachdruck von Beiträgen mit Quellenangabe erwünscht.

Belegexemplar an die EKA.

Reproduction autorisée avec indication de la source.

Remise d'un exemplaire à la CFE.

Ristampa autorizzata con indicazione della fonte.

Consegna di un esemplare alla CFS.

Druck und Vertrieb/Impression et diffusion/

Impressione e diffusione:

Cavelti AG, Gossau

Abonnement/Abbonamento:

EKA/CFE/CFS, Quellenweg 9, 3003 Bern-Wabern

Preis/Prix/Prezzo:

gratis

Grafik, Konzept und Umsetzung/Graphisme,

concept et layout/Grafismo, concetto e layout:

RH Design, Worb

Titelbild/Page de couverture:

Über den Gartenzaun geblickt.

Seite 10.

Regard furtif par-dessus la clôture du jardin.

Page 12.

Uno sguardo nel giardino del vicino.

Pagina 13.

Fotos: Michele Galizia.

Die in den einzelnen Artikeln geäußerte Meinung
muss sich mit derjenigen der EKA nicht decken.
Les points de vue exprimés dans les divers articles ne
doivent pas forcément coïncider avec l'opinion de la CFE.
I punti di vista espressi nei diversi articoli non devono
necessariamente corrispondere con l'opinione della CFS.

Editorial

Simone Prodoliet

Integration – ein vieldeutiger Begriff.

Seite 4

L'intégration – une notion à multiples
facettes.

Page 6

Integrazione – una nozione dai molti
significati.

Pagina 8

■ *Walter Schmid*

Zugehörigkeit und Differenz.

Integriert ist, wer sich akzeptiert fühlt.

Seite 14

■ *Antonio Da Cunha*

La Charte de l'intégration du FIMM.

Un processus d'apprentissage collectif.

Page 18

■ *Jean-Pierre Tabin*

L'intégration et la notion de «culture».

Le culturel prétexte.

Page 22

■ *Fragen an Aliko Panayides, Samir*

und Werner De Schepper

Prominente zu Integration.

Mit Engagement und Neugier.

Seite 26

■ *Marc Viot*

Ein Blick zurück.

«Er kann assimiliert sein und trotzdem
Olivenöl verwenden.»

Seite 28

■ *Sandro Cattacin et Milena Chimienti*

Intégration dans le discours scientifique.

Un concept sociologique en politique
migratoire.

Page 34

■ *Martina Caroni*

Staatlich – öffentlich – privat.

Grundrechte als Katalysator der

Integration.

Seite 40

■ *Denise Efionayi-Mäder*

Nouvelle tendance politique en Europe.

«L'immigration choisie».

Page 44

■ *Haleh Chahrokh*
Integrationsvereinbarungen im europäischen Kontext.
Aufenthaltsurlaub nur nach bestandenen Kurs.
Seite 50

■ *Interview mit Brigitte Schnegg*
Gesellschaftliche Marginalität im 20. Jahrhundert.
Zwischen Integration und Stigmatisierung.
Seite 54

■ *Werner Haug*
Integrationsindikatoren.
Lässt sich Integration messen?
Seite 68

■ *Francis Matthey*
Le fédéralisme de l'intégration.
«Des chemins liés à la diversité des situations.»
Page 72

■ *Mario Gattiker*
Rapport d'intégration de l'Office fédéral des migrations.
Une tâche liée à l'Etat.
Page 76

■ *Interview mit Yusuf Yeşilöz*
Portrait.
«Die Tür zur Wahlheimat öffnet sich nicht von alleine.»
Seite 80

■ *Hansjörg Vogel*
Das Luzerner Integrationsleitbild.
Gut vernetzt, aber schwach verankert.
Seite 82

■ *Thomas Facchinetti*
Neuchâtois, une manifestation multiculturelle d'envergure.
«Ich bin ein Neuenburger!»
Page 88

■ *Tilla Jacomet*
Begrüßungsangebote.
Gastgeberin Schweiz.
Seite 90

■ *Elsbeth Steiner*
Ein Blick ins EKA-Archiv.
Den Ausländer nicht assimilieren, sondern «eingliedern».
Seite 94

Literatur / Littérature / Letteratura
Irena Brežná
Brief an meinen schwarzen Sohn.
Seite 32

Gian Antonio Stella
Il maestro magro.
Pagina 58

Azouz Begag
Le gone du Chaâba.
Page 98

Debatte
Gespräch mit Kathrin Oester, Thomas Kessler und Thomas Spang
Mehr Sinn für Realität entwickeln.
Seite 62

Welche Integration?



Infothek / Infothèque / Infoteca
Integrationsdiskurse – Integrationspolitik / Discours de l'intégration – politique d'intégration / Discorsi integrativi – politica d'integrazione
Seite 102

Neuerscheinungen / Vient de paraître / Nuove pubblicazioni
Seite 106

■ Welche Integration? / Quelle intégration? / Quale integrazione?
Seite 120

Ausblick / Aperçu / Scorcio
terra cognita 10
Seite 122

Integration – ein vieldeutiger Begriff

«Mi chiamano la romana. Sie nennen mich die Römerin.» Nicht ohne Stolz erzählt mir die ältere deutsche Dame, die seit über fünfzig Jahren in Rom lebt und jeweils im kühleren Tessin ihre Sommerferien verbringt, dass sie von ihren Tessiner Nachbarn als «die Dame aus Rom» bezeichnet wird. Sie, die mit ihrem Mann nach Rom zog und über Jahrzehnte hinweg davon träumte, wieder in ihre deutsche Heimat zurückzukehren, ist offenbar dort angekommen, wo sie eigentlich nur wenige Jahre verbringen wollte. «Selbstverständlich bin ich Römerin und ich werde es bleiben, auch wenn ich von meinem Äusseren her nicht als solche wahrgenommen werde», lacht sie.

Persönliche Geschichten

Hinter dem vielschichtigen Begriff Integration verbergen sich Tausende von persönlichen Geschichten. Jede ist für sich einzigartig, aber bei allen stellen sich ähnliche Fragen. Wer bin ich? Wer sind sie? Wie sehen sie mich? Verstehen sie mich? Verstehe ich sie? Werde ich mich mit ihnen befreunden können? Wo ist mein Platz in meinem neuen Umfeld? Werde ich hier bleiben? Werde ich zurückkehren?

«Integriert ist, wer sich akzeptiert fühlt», schreibt *Walter Schmid* in seinen Überlegungen zur Frage, was denn Integration heissen kann. Dabei geht es darum, sich sowohl zugehörig zu wissen als auch in seiner Persönlichkeit ernst genommen zu werden. Dieses Spannungsfeld des Bedürfnisses nach Zugehörigkeit und dem Anliegen, Eigenheiten bewahren zu wollen, stellt nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern für die gesamte Gesellschaft eine grosse Herausforderung dar. Die literarischen Beiträge von *Irena Brežná*, *Gian Antonio Stella* und *Azouz Begag* dokumentieren eindrücklich, auf welche Widerstände man treffen

kann, wenn Vorstellungen von «Normalität» nicht erfüllt sind, betreffe dies etwa die Hautfarbe, den Aufenthaltsstatus oder die nationale Herkunft. *Yusuf Yeşilöz* erklärt denn auch im Interview zu seinem Portrait einer «gelungenen Integration», dass sich die Tür zur Wahlheimat nicht immer einfach öffnen lässt, betont aber gleichzeitig, dass beide Seiten sich anstrengen müssten: die Zugewanderten und die Einheimischen. Ähnlich sehen dies *Aliki Panayides*, *Werner De Schepper* und *Samir*, die als Prominente in der Migrationsbevölkerung zu Fragen der Integration Stellung nehmen und die Bedeutung des individuellen Engagements hervorheben.

Kennedy, Türkyilmaz oder Facchinetti?

Persönliche Geschichten der Integration zeigt auch der Illustrationsbeitrag in diesem Heft. *Michele Galizia* ermöglicht mit seinem fotografischen Streifzug durch die Familiengärten in Bern Einblicke in die Welten des Zusammenlebens auf engem Raum, welches sowohl Anlass zu Abgrenzung wie auch zu freundschaftlichem Miteinander sein kann. *Thomas Facchinetti* schlägt zur Sensibilisierung in diesem Spannungsverhältnis vor, Kennedys Slogan zu beherzigen und Identität aktiv zu gestalten: «Ich bin ein Neuenburger!» Mit dem Projekt «NeuchâToi» wird dabei darauf hingewiesen, dass Neuenburg für seine gesamte Bevölkerung, unabhängig der Herkunft, ein Bezugspunkt sein kann.

Dass Diversität, Andersartigkeit, Verschiedenheit jedoch keineswegs überall auf Gegenliebe und Interesse stossen und auch in der Vergangenheit der schweizerischen Migrationsgeschichte zu unruhlichen Reaktionen führten, zeigt *Jean-Pierre Tabin*. Er verweist darauf, dass unter dem Vorwand der «fremden»,

mit schweizerischen Eigenheiten angeblich nicht zu vereinbarenden «Kultur» im Laufe der Zeit immer wieder neue Gruppen von Menschen als nicht «integrierbar» eingestuft wurden. Der als Zeitdokument zu verstehende Beitrag von *Marc Vivot* aus dem Jahr 1968 belegt, wie sich Ansichten über «fremd» und «unschweizerisch» wandeln können: Olivenöl wird heute nicht mehr nur in den Küchen der Migrantinnen aus dem Mittelmeerraum verwendet, das beweist alleine ein Blick auf die Regale in den Supermärkten oder auf die Tische der Restaurants.

Ein kollektiver Lernprozess

Das simple Beispiel des Siegeszugs des Olivenöls in die Schweizer Küchen zeigt auf, dass Integration ein Prozess ist. Es ist ein Prozess, der vermeintlich unumstössliche Meinungen verändern, der zu neuen Einsichten führen und der ehemals Fremdes als Eigenes erscheinen lassen kann. Mit der Feststellung, dass die Schweiz eine plurale Gesellschaft geworden ist, plädiert *Antonio da Cunha* für die Beteiligung aller an diesem kollektiven Lernprozess auf der Basis demokratischer Grundwerte. Die Integrations-Charta des Forums für die Integration der Migrantinnen und Migranten FIMM verpflichtet alle ihm angeschlossenen Migrantorganisationen, selbstverantwortlich an diesem Prozess mitzuwirken.

Ein selbstkritischer Rückblick auf die Frage, wie sich die EKA selber zu den Begriffen «Eingliederung», «Integration» und «Assimilation» geäußert hat, förderte eine erstaunliche Kohärenz der Definitionen zu Tage. Die diversen Ausschnitte aus EKA-Publikationen der letzten 35 Jahre zeigen auf, dass mit deutlich zunehmender Klarheit Integration als Prozess verstanden wird.

Die Politik der Integration

Wie gehen andere politische Akteure, wie geht die Wissenschaft mit diesem Begriff um? *Sandro Cattacin* und *Milena Chimienti* gehen in ihrem Artikel über die Karriere von «Integration» als einem wissenschaftlichen Konzept der Soziologie zu einem Schlagwort in der Migrationspolitik den Bedeutungen nach, mit welchen der Begriff je nach gesellschaftlichem Modell und bezogen auf die jeweils aktuellen ökonomischen Verhältnisse «gefüllt» wurde. Dass sich Fragen der Integration dabei auch auf Teile der einheimischen Bevölkerung beziehen, die von staatlichen Instanzen als marginal betrachtet werden, führen die Ausführungen von *Brigitte Schnegg* vor Augen. Basierend auf ihrer Forschung über verarmte Bürgerinnen und Bürger in der Schweiz des frühen 20. Jahrhunderts kommt sie zum Schluss, dass Ausgrenzung von Menschen ein für eine demokratische Gesellschaft zu risikoreicher Weg ist, da er das Zusammenleben in Freiheit grundlegend gefährdet.

Aus einer ähnlichen Perspektive argumentiert *Martina Caroni*. In ihrer Analyse zu Integration aus juristischem Blickwinkel schreibt sie der Beachtung der Grundrechte eine fundamentale Bedeutung zu. Zentral ist dabei die Unterscheidung, ob sich Fragen der Integration auf die staatliche, öffentliche oder private Sphäre beziehen.

Die Gestaltung der Integrationspolitik orientiert sich freilich nicht nur an grundrechtlichen Prinzipien. Mit Bezug auf nationalstaatliche Souveränität und aus der Perspektive des «Binnenraums» Europäische Union ist eine Reihe von Staaten dazu übergegangen, die Zulassungsbedingungen für Angehörige aus Drittstaaten mit Auflagen zu verknüpfen, die der späteren Integration der betreffenden Personen dienlich sein sollen. *Denise Eftonayi-Mäder* beleuchtet die Entwicklung der integrationspolitischen Ansätze in Westeuropa, die als Trend unter «immigration choisie» zusammengefasst werden können. *Haleh Chahrokh* beschreibt exemplarisch die verpflichtenden Integrationsmassnahmen, die Österreich, Deutschland, Frankreich und die Niederlande für Zuwandernde aus Drittstaaten vorsehen.

Die Umsetzung integrationspolitischer Vorhaben in der Schweiz folgt einem pragmatischen Kurs. Je nach Handlungsfeld, Akteur und lokalen politischen Gegebenheiten sind auch die Positionen bzw. die Möglichkeiten unterschiedlich. *Francis Matthey* beschreibt die für die föderalistische Schweiz typische Vorgehensweise mit je nach Landesteil unterschiedlichen Sensibilitäten, die zwar für eine Gesamtperspektive manchmal bremsend wirken kann, dafür aber auch Raum für Innovation bietet. Im Gespräch mit *Kathrin Oester*, *Thomas Kessler* und *Thomas Spang* wird deutlich, dass nur mit Realitätssinn die Herausforderungen in unterschiedlichen Politikfeldern angegangen werden können. Die Situation etwa im Kanton Luzern, die von *Hansjörg Vogel* nachgezeichnet wird, zeigt auf, dass einiges bereits erreicht wurde, dass aber noch viel zu tun ist. Nicht zuletzt ist dies der Fall im Bereich der Information von Neuzuziehenden, wie dies *Tilla Jacomet* in ihrem Text zu Begrüßungsangeboten nahe legt.

Eine Gesamtschau schliesslich, die auf nationaler Ebene die Probleme der Integration angehen will, liefert der Integrationsbericht des Bundesamts für Migration, der von *Mario Gattiker* vorgestellt wird. Ob zur Umsetzung der vorgeschlagenen Massnahmen in Zukunft Integrationsindikatoren als Hilfsmittel eingesetzt werden sollen, bedarf nach der Einschätzung von *Werner Haug* noch vertiefter Überlegungen. Unbestritten ist jedoch, dass – und dies ist das Fazit aus allen Beiträgen dieses Heftes – wir uns erst am Anfang eines langen Prozesses befinden. Ein sorgfältiges, differenziertes und respektvolles Vorgehen sollte dabei als Richtschnur dienen.

Anmerkung der Redaktion

Alle Texte in dieser Ausgabe wurden vor der Volksabstimmung vom 24. September 2006 über das neue Ausländergesetz verfasst.

Simone Prodoliet ist Ethnologin und leitet das Sekretariat der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA.

L'intégration – une notion à multiples facettes

«Mi chiamano la romana. On m'appelle la romaine...» La vieille dame allemande, qui vit maintenant à Rome depuis plus de cinquante ans et qui passe chaque année ses vacances d'été au Tessin, où il fait plus frais, me raconte que ses voisins tessinois la considèrent «la dame de Rome». Elle y émigra avec son mari mais rêva pendant des décennies de rentrer dans sa patrie allemande. Elle est manifestement demeurée là où elle entendait ne rester que quelques années. «Bien entendu, je suis romaine et je le resterai, même si mon apparence est trompeuse et que les gens ne me perçoivent pas ainsi» me confie-t-elle en riant.

Des histoires personnelles

Derrière les nombreuses facettes de la notion de l'intégration se cachent des milliers d'histoires personnelles. Chacune est certes unique en son genre. Pourtant, chez toutes les personnes concernées se posent les mêmes questions: Qui suis-je? Qui sont-ils? Comment me perçoivent-ils? Me comprennent-ils? Est-ce que je les comprends? Pourrais-je me lier d'amitié avec eux? Où est ma place dans ce nouvel environnement qui est désormais le mien? Resterai-je ici pour toujours? Où retournerai-je un jour d'où je suis venu?

«Est intégré celui qui se sent accepté», écrit *Walter Schmid* dans ses réflexions sur ce que l'intégration peut signifier. Il s'agit cependant aussi bien d'éprouver un sentiment d'appartenance que d'être pris au sérieux en ce qui concerne sa propre personnalité. On peut dès lors imaginer que ce champ de tension entre besoin d'appartenance et désir de conserver sa spécificité ne constitue pas seulement un immense défi pour les personnes concernées, mais encore pour la société du pays d'accueil tout entière. Les articles d'*Irena Brežná*, *Gian Antonio Stella* et *Azouz Begag* documentent de façon impressionnante les résistances qu'on

peut rencontrer lorsque les individus ne correspondent pas à la représentation que les gens se font de la «normalité», qu'il s'agisse de la couleur de la peau, du statut du séjour ou de l'origine de la personne. *Yusuf Yeşilöz* explique aussi effectivement, dans une interview relative à son portrait d'une «intégration réussie», qu'il n'est pas toujours facile d'ouvrir la porte d'accès au pays d'adoption, mais il précise simultanément que pour cela, les deux parties – les immigrés comme les autochtones – doivent fournir des efforts. *Aliki Panayides*, *Werner De Schepper* et *Samir* ont peu ou prou la même optique. Tous s'expriment en tant que personnalités au sein de la population migratoire sur l'intégration des étrangers et relèvent combien l'engagement individuel est important.

Kennedy, Türkyilmaz ou Facchinetti?

Les histoires personnelles vécues de l'intégration sont aussi représentées en images dans ce numéro. Dans son approche photographique des jardins familiaux de la ville de Berne, *Michele Galizia* nous donne un aperçu de la cohabitation dans un espace restreint qui peut autant signifier vouloir se délimiter que souhaiter se retrouver entre amis. Pour sensibiliser ce champ de tension, *Thomas Facchinetti* propose de retenir le slogan de Kennedy, à savoir: «Je suis un Neuchâtelois!» Le projet «NeuchâToi» a justement pour objectif de démontrer que Neuchâtel pourrait être un point de ralliement pour toute la population quelle que soit l'origine des individus.

Bien sûr, la différence ne reçoit pas forcément partout un accueil favorable ni ne suscite de l'intérêt, pas plus du reste que l'on apprécie partout l'hétérogénéité. Dans son article, *Jean-Pierre Tabin* donne d'ailleurs des exemples de réactions peu glorieuses dans le passé de l'histoire suisse de la migration. L'auteur explique

notamment que notre société civile a fréquemment qualifié au fil du temps, de nouveaux groupes de personnes de «non intégrables» sous prétexte qu'elles étaient «étrangères» et qu'elles provenaient d'une «culture» soi-disant incompatible avec les spécificités et les caractéristiques helvétiques. L'article de *Marc Virot*, qui date de 1968 et se veut un document de l'époque, démontre comment les opinions au sujet de l'«étranger» et de la «non-suissitude» peuvent changer. L'utilisation de l'huile d'olive n'est plus depuis longtemps considérée comme faisant partie de la cuisine des migrants méditerranéens. Preuve en sont les étals de nos supermarchés ou les tables de nos restaurants.

Un processus didactique collectif

Le simple exemple de l'entrée triomphale de l'huile d'olive dans nos cuisines helvétiques démontre bel et bien que l'intégration des étrangers est un processus. Un processus qui modifie même des opinions qui semblaient immuables et qui amène de nouvelles considérations, à telle enseigne que ce qui appartenait autrefois à la culture des autres semble maintenant faire partie de la nôtre. *Antonio da Cunha*, quant à lui, constate que notre pays est devenu une société pluraliste et plaide pour que tous participent à ce processus d'apprentissage collectif en se fondant sur les valeurs fondamentales de notre démocratie. Du reste, la charte d'intégration du Forum pour l'intégration des migrants FIMM contraint toutes les organisations d'immigrés qui en font partie à collaborer à ce processus en assumant toutes leurs responsabilités.

Une autocritique portant sur la manière dont la CFE s'est prononcée au sujet des notions «intégration» et «assimilation» a permis d'arriver à une proximité étonnante de ces interprétations. Les différents extraits de publications de la CFE datant de ces 35 dernières années révèlent de plus en plus clairement que l'intégration est bel et bien comprise comme un véritable processus.

La politique de l'intégration

Comment cette définition a-t-elle évolué pour les autres acteurs politiques et la science? Dans leur article, *Sandro Cattacin* et *Milena Chimienti* se penchent sur la définition du terme «intégration» qui, d'un concept scientifique relevant de la sociologie, est devenu une formule à la mode dans le monde de la politique en matière de migration. Ils montrent les diverses significations de cette notion selon le modèle de société et le sens qui lui était donné en fonction de la situation économique du moment. Les explications de *Brigitte Schnegg* nous montrent que certaines questions liées à l'intégration se posent également à des segments de la population autochtone que les autorités étatiques considèrent comme marginales. Se fondant sur les recherches effectuées en Suisse sur les citoyens du début du 20^e siècle, l'auteur arrive à la conclusion que l'exclusion est une voie bien trop risquée pour une société démocratique, car elle menace fonda-

mentalement la cohabitation harmonieuse des différentes couches de la population.

Martina Caroni argumente dans une perspective semblable. Dans son analyse de l'intégration sous l'angle juridique, l'auteure relève l'importance du respect des droits fondamentaux. Ce faisant, il est décisif de distinguer si l'intégration des étrangers se rapporte à la sphère étatique, publique ou privée.

L'aménagement de la politique d'intégration ne s'élabore bien entendu pas qu'en vertu des principes de droits fondamentaux. Eu égard à la souveraineté nationale des Etats-membres et prenant en considération la perspective de «l'espace intérieur» que constitue l'Union européenne, nombre d'Etats ont assorti les conditions d'admission pour les ressortissants d'Etats tiers d'exigences qui devraient permettre leur intégration ultérieure. *Denise Eftonay-Mäder* éclaire l'évolution des ébauches en matière de politique d'intégration en Europe occidentale dont la tendance pourrait être résumée par la formule «immigration choisie». *Haleh Chahrokh* donne des exemples des mesures d'intégration contraignantes que l'Autriche, l'Allemagne, la France et les Pays-Bas appliquent aux ressortissants des Etats tiers.

En Suisse, la réalisation des projets de politique d'intégration suit son cours. Les conditions politiques locales, les positions, voire les possibilités diffèrent selon le champ d'action et les acteurs. *Francis Matthey* décrit la manière de procéder typique de notre pays fédéraliste qui connaît des sensibilités différentes selon la région. Il arrive à la conclusion que cette différenciation peut certes parfois freiner la perspective globale mais aussi offrir une chance d'innover. Un entretien avec *Kathrin Oester*, *Thomas Kessler* et *Thomas Spang* permet de se rendre clairement compte que l'on ne pourra relever tous les défis qui se présentent dans les divers champs politiques qu'en gardant le sens des réalités. *Hansjörg Vogel* retrace la situation telle quelle se présente dans le canton de Lucerne et montre que ce canton a déjà entrepris un certain nombre de démarches, mais qu'il reste encore beaucoup à faire. C'est le cas en particulier dans le domaine de l'information aux nouveaux venus, comme l'expose *Tilla Jacomet* dans son article sur les offres d'accueil.

Enfin, le rapport d'intégration de l'Office fédéral des migrations que présente *Mario Gattiker* donne une vue d'ensemble des problèmes liés à l'intégration des étrangers sur un plan national. Des indicateurs d'intégration devraient-ils être utilisés à l'avenir comme moyens auxiliaires pour mettre en pratique les mesures proposées? Selon *Werner Haug*, il faut approfondir davantage encore la réflexion. Toutefois, ce qui est absolument indéniable et que démontre la conclusion tirée de tous les articles figurant dans ce numéro, il est évident que nous ne sommes qu'au début d'un long processus en la matière. La règle de conduite sera donc de procéder soigneusement, avec respect et de manière différenciée.

Remarque de la rédaction

Tous les textes de ce numéro ont été rédigés avant la votation populaire du 24 septembre 2006 concernant la loi sur les étrangers.

Simone Prodoliet est ethnologue et dirige le Secrétariat de la Commission fédérale des étrangers CFE.

Integrazione – una nozione dai molti significati

«Mi chiamano la romana». Non senza orgoglio l'anziana signora tedesca che da più di cinquant'anni vive a Roma ed è solita trascorrere le sue vacanze estive in Ticino, che offre un po' più di frescura, mi racconta che i suoi vicini ticinesi la considerano la «signora di Roma». Lei, che con suo marito si era trasferita a Roma e per decenni aveva sognato di tornare nella sua Patria tedesca, è manifestamente capitata in un luogo nel quale intendeva rimanere soltanto pochi anni. E ridendo afferma: «È ovvio che sono romana e lo rimarrò per sempre anche se il mio aspetto esteriore non lo fa certo pensare».

Storie personali

Dietro alla nozione «integrazione», che implica aspetti molto complessi, si celano migliaia di storie personali. Ognuna di queste è unica, anche se i quesiti che si pongono nel singolo caso sono sovente simili. Chi sono? Chi sono gli altri? Come mi vedono? Mi comprendono? Li comprendo? Sarò in grado di allacciare contatti? Dove mi situo in questo nuovo contesto? Sono destinato a rimanervi? Tornerò nel mio Paese?

«Integrato è colui che si sente accettato», scrive *Walter Schmid* nelle sue riflessioni su cosa può significare «integrazione». A tal riguardo vi sono due aspetti importanti: sentirsi parte integrante, ma anche essere presi sul serio per quanto concerne la propria personalità. Questo equilibrio tra la necessità di appartenenza e il desiderio di mantenere le proprie peculiarità, rappresenta una grande sfida non soltanto per il singolo individuo bensì anche per tutta la società. I contributi letterari di *Irena Brežná*, *Gian Antonio Stella* e *Azouz Begag* documentano in modo eccellente quali resistenze è possibile incontrare quando non si corrisponde all'idea di «normalità» ad esempio per quanto concerne il colore

della pelle, lo statuto di soggiorno o la provenienza. Nell'intervista, *Yusuf Yeşilöz*, a proposito del suo ritratto di un'«integrazione riuscita», dichiara che le porte del Paese nel quale si auspica rimanere non sempre si aprono con facilità, ma sottolinea anche che ambedue le parti, ossia gli immigrati e gli autoctoni, devono fare uno sforzo. Anche *Aliki Panayides*, *Werner De Schepper* e *Samir* sono dello stesso parere. In qualità di immigrati di spicco essi si esprimono sulla questione dell'integrazione e sottolineano l'importanza dell'impegno personale.

Kennedy, Türkyilmaz o Facchinetti?

Il contributo illustrato che si trova in questo numero si occupa di storie personali che parlano d'integrazione. *Michele Galizia*, con la sua incursione fotografica nei giardini delle famiglie di Berna, ci mostra uno spaccato della convivenza all'interno di uno spazio ristretto, che può dar adito a divisioni ma anche ad aggregazioni amichevoli. *Thomas Facchinetti*, per attirare l'attenzione su questo rapporto conflittuale, propone di appropriarsi del famoso slogan di Kennedy e concepire l'identità come qualche cosa di attivo: «Sono un neuchâtelois!». Con il progetto «NeuchàToi» si vuole rendere attenti che Neuchâtel può diventare un punto di riferimento per tutta la popolazione, indipendentemente dalle origini di quest'ultima.

Il fatto che diversità, pluralità ed eterogeneità non incontrino sempre soltanto simpatia e interesse e che anche nella storia della migrazione svizzera hanno a volte provocato reazioni ingloriose, ce lo illustra *Jean-Pierre Tabin*. Egli rammenta che nel corso della storia, con il pretesto del «forestiero», della «cultura» non conciliabile con le peculiarità svizzere, è sempre successo che nuovi gruppi di persone siano stati qualificati come non «inte-

grabili». Il contributo di *Marc Viot* del 1968, che va inteso a titolo di testimonianza, dimostra come possono cambiare i pareri in merito a quanto viene considerato «straniero» e non «tipicamente svizzero»: oggi l'olio d'oliva non è più un prodotto utilizzato in cucina soltanto da coloro che provengono dall'area mediterranea e per verificare questa circostanza basta gettare una semplice occhiata agli scaffali dei supermercati o ai tavoli dei ristoranti.

Un processo d'apprendimento collettivo

L'esempio molto banale del trionfo dell'olio d'oliva nella cucina svizzera dimostra che l'integrazione è un processo. Un processo che permette di modificare opinioni apparentemente granitiche, di generare nuove convinzioni e di far apparire ciò che un tempo veniva considerato straniero come facente parte della propria cultura. *Antonio da Cunha*, constatando che la Svizzera è diventata una società pluralistica, perora la partecipazione di tutti a questo processo d'apprendimento collettivo che s'ispira ai valori democratici fondamentali. La Carta dell'integrazione del Forum per l'integrazione delle migranti e dei migranti FIMM obbliga tutte le organizzazioni dei migranti che vi aderiscono a collaborare in modo responsabile a questo processo.

Un'analisi autocritica e retrospettiva del modo in cui la CFS stessa si sia espressa in merito a nozioni come «integrazione» e «assimilazione», ha portato alla luce definizioni contrassegnate da un'incredibile coerenza. Diversi stralci delle pubblicazioni della CFS degli ultimi 35 anni illustrano che sempre più chiaramente l'integrazione viene considerata un processo.

La politica dell'integrazione

E gli altri attori della politica o anche la scienza, che uso fanno di questa nozione? *Sandro Cattacin* e *Milena Chimienti* nel loro articolo riguardante la strada fatta dalla nozione «integrazione», che da concetto scientifico della sociologia è diventato uno slogan della politica in materia di migrazione, ricostruiscono i significati che le sono stati attribuiti a seconda del modello sociale e delle condizioni economiche del momento. In questo contesto le considerazioni di *Brigitte Schnegg* ci illustrano che questioni legate all'integrazione interessano anche parti della popolazione indigena considerate marginali dalle istanze statali. Fondandosi sulla propria ricerca riguardante cittadini impoveriti nella Svizzera dei primi anni del XX secolo, giunge alla conclusione che l'esclusione di determinate persone costituisce una via troppo rischiosa per una società democratica poiché compromette in modo significativo la libera convivenza.

Anche gli argomenti di *Martina Caroni* prendono spunto da considerazioni simili. Nella sua analisi dell'integrazione nell'ottica giuridica ascrive un'importanza essenziale al rispetto dei

diritti fondamentali. In tale ambito assume un ruolo centrale distinguere se i quesiti riguardanti l'integrazione si riferiscono alla sfera statale, pubblica o privata.

Ovviamente l'elaborazione della politica d'integrazione non si fonda soltanto su principi risultanti dai diritti fondamentali. Con riferimento alla sovranità nazionale e nell'ottica dello «spazio interno» dell'Unione europea, tutta una serie di Paesi ha iniziato a subordinare l'ammissione di cittadini provenienti da Stati terzi a determinate condizioni, che successivamente dovrebbero essere d'utilità all'integrazione delle persone interessate. *Denise Efonyi-Mäder* illustra l'evoluzione dei vari approcci alla politica d'integrazione in Europa occidentale, che possono venir riuniti sotto il termine di tendenza «immigration choisie». *Haleh Chahrokh* descrive, a titolo d'esempio, le misure in materia d'integrazione adottate da Austria, Germania, Francia e Paesi Bassi per gli immigrati provenienti da Paesi terzi.

In Svizzera, l'attuazione di progetti in materia di politica d'integrazione segue vie pragmatiche. Le posizioni o le possibilità cambiano a seconda del campo d'azione, dell'attore e della situazione politica locale. *Francis Matthey* descrive il modo di procedere tipico per la Svizzera federalista che, a seconda della sensibilità delle varie parti che compongono il Paese, può essere differente e che, in un'ottica globale, può a volte apparire come un fattore frenante, ma che in ultima analisi offre anche spazi per procedere a innovazioni. Durante il colloquio con *Kathrin Oester*, *Thomas Kessler* e *Thomas Spang* emerge che la sfida nei diversi ambiti della politica può essere affrontata soltanto con senso del realismo. La situazione nel Canton Lucerna, tratteggiata da *Hansjörg Vogel*, dimostra ad esempio che qualche cosa è già stato raggiunto, ma che molto resta ancora da fare. Non da ultimo ciò è il caso per quanto concerne l'informazione destinata ai nuovi residenti come ci illustra *Tilla Jacomet*. Nel suo contributo parla di ciò che viene offerto quando si tratta di dare il benvenuto alle persone.

Infine, il rapporto sull'integrazione dell'Ufficio federale della migrazione presentato da *Mario Gattiker* offre una visione d'insieme dei problemi che sorgono nell'ambito dell'integrazione a livello nazionale. Secondo *Werner Haug* la riflessione sull'attuazione delle misure proposte riguardo gli indicatori in materia d'integrazione in qualità di strumenti ausiliari deve essere approfondita. Tuttavia, come emerge da tutti i contributi pubblicati nel presente numero, ci troviamo incontestabilmente soltanto all'inizio di un lungo processo. In tale contesto, da linea direttiva deve fungere un modo di procedere attento, differenziato e rispettoso.

Indicazione della redazione

Tutti i testi di questo numero sono stati redatti prima della votazione popolare del 24 settembre 2006 riguardo alla legge sugli stranieri.

Simone Prodoliet è etnologa e dirige il segretariato della Commissione federale degli stranieri CFS.

Über den Gartenzaun geblickt

Auf rund 30 Garten-Arealen verbringen in Bern 2250 Pächterinnen und Pächter mit über 10 000 Familienmitgliedern und Freunden regelmässig ihre Freizeit. Dienten die Gärten früher fast ausschliesslich der Selbstversorgung, ist heute nur noch ein Drittel der Parzelle dem Gemüseanbau vorbehalten. Auf der übrigen Fläche können Zierpflanzen gezogen, ein Rasen gepflegt und in einem Gartenhäuschen Geselligkeit gelebt werden.

Gerne wird der Garten mit einer Fahne bestückt: die alte Bernerflagge, Gemeindepappen und die Fahnen alter und neuer europäischer Länder flattern um die Wette. Das Zusammenleben in diesen Gärten birgt mehr Konfliktpotential, aber auch mehr Integrationschancen als manches Integrationsprojekt.

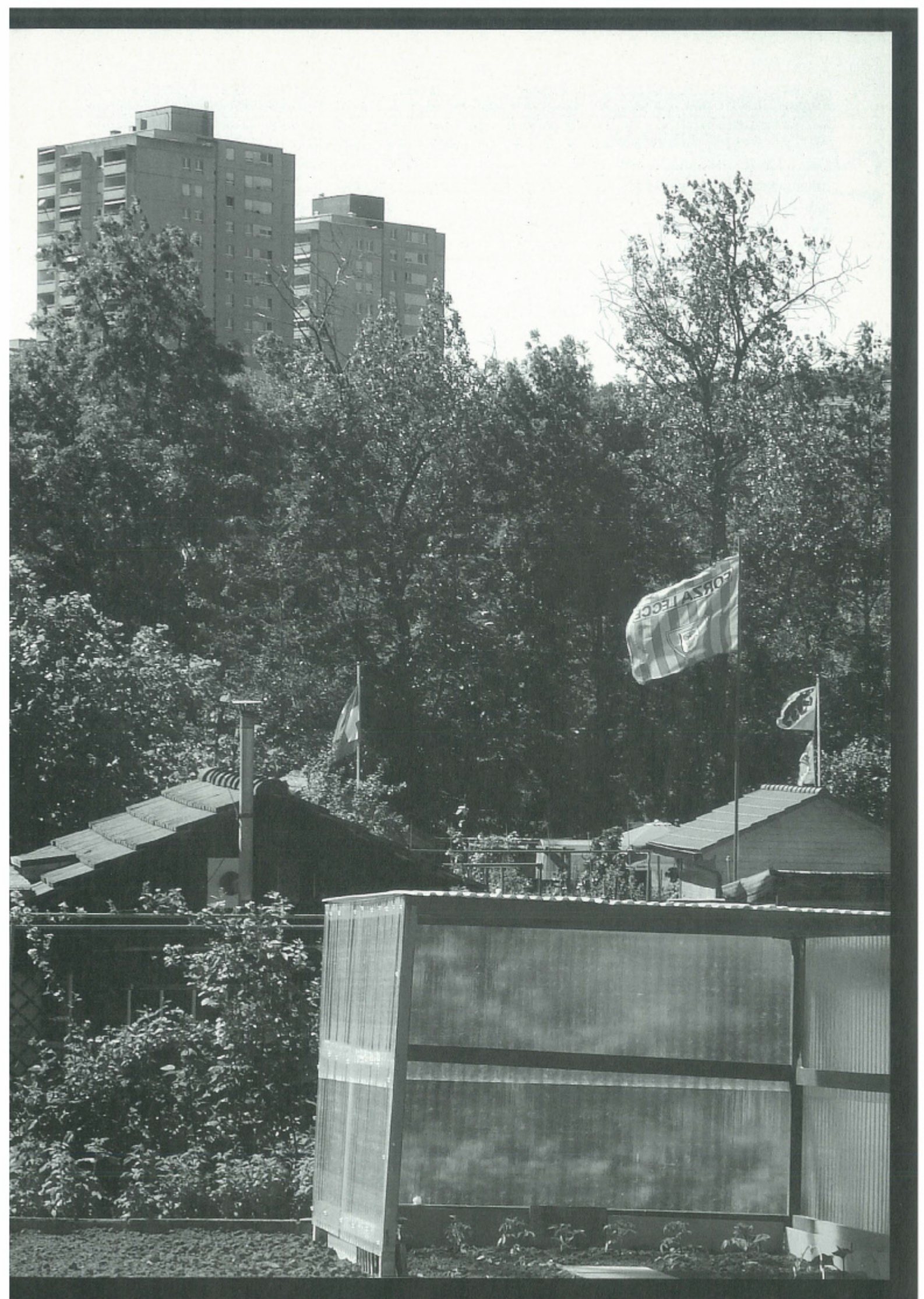
Familiengärten (auch Schrebergärten genannt) entstanden ab dem 19. Jahrhundert mit der pädagogischen Absicht, Arbeitern durch Gartenarbeit zu Fleiss und Familiensinn zu erziehen und vom Alkohol und von der Politik fern zu halten. Mit zunehmender Urbanisierung boten sie den in Wohnblöcken lebenden Stadtmenschen einen willkommenen Ausgleich und Freiraum. Migranten, meist mit bäuerlichem Hintergrund, passten idealtypisch zu dieser Klientel. Hier konnten sie nicht nur ihre Liebe zum Boden ausleben und heimisches Gemüse ziehen, sondern ausserhalb ihrer oft engen Wohnverhältnisse mit Familie und Freunden einen Freiraum geniessen. Für einheimische Nutzer dagegen verschob sich in den letzten Jahrzehnten die Bedeutung des Gärtnerns, stehen heute naturnaher Gartenbau und selten gewordene Pflanzen im Vordergrund. Legen die einen das Schwergewicht auf grösstmögliche Nutzung des Bodens und Bewirtung von Gästen, so pflegen andere kleinräumige Idyllen mit Gartenzwerge, Gartenzaun und Gartentürchen.

Aber hier wie dort wachsen einheimische wie eingewanderte Blumen, Gewürze und Gemüse. Ratschläge und Kritiken werden getauscht und hie und da wird über den Gartenzaun hinweg zum spontanen Apéro angestossen.

Das Zusammenleben auf kleinem Raum ist nicht einfach, aber möglich. Das zeigen die Bilder aus Berner Gartenarealen, welche Michele Galizia im Sommer 2006 aufgenommen hat. Lassen Sie sich von terra cognita auf einen Spaziergang durch Familiengärten mitnehmen, mit all ihrem Potenzial für Integration, aber auch für Abgrenzung.

Michele Galizia, Ethnologe, geboren und aufgewachsen in Rom, wanderte mit 20 Jahren in die Schweiz ein.





Regard furtif par-dessus la clôture du jardin

12 2250 locataires de jardins et plus de 10 000 autres personnes – familles et amis – passent régulièrement leurs loisirs dans les quelque 30 aires de jardinage de Berne. Si autrefois ces jardins servaient exclusivement à la subsistance, aujourd'hui, seul un tiers des parcelles servent à la culture de légumes. Sur le reste de la surface, il est possible de faire pousser des plantes d'ornement, du gazon et de s'adonner aux plaisirs de la convivialité dans la petite maisonnette qui agrémente presque chaque potager.

Ces jardins sont pour la plupart équipés d'un drapeau: l'ancien drapeau bernois, un drapeau de commune ou les drapeaux des anciens et des nouveaux Etats européens. Si la cohabitation dans ces jardins familiaux est souvent source de conflits, elle offre aussi davantage de chances d'intégration que bien des projets dans ce domaine.

Les jardins familiaux ont vu le jour au 19^e siècle. Ils sont issus d'un mouvement né avec l'intention pédagogique d'éduquer les ouvriers et de les pousser, par le biais du jardinage, à davantage de zèle et de sens de la famille en les tenant éloignés de l'alcool et de la politique. Au fil du temps, avec l'urbanisation croissante, ces jardins familiaux firent les délices des citadins logeant dans des immeubles, car ils leur offraient une compensation bienvenue et un espace en pleine nature. Les migrants ayant vécu au sein de la paysannerie furent une clientèle prédestinée pour ces jardins. Ici, ils pourraient non seulement vivre leur amour de la terre et faire pousser des légumes, mais aussi jouir d'un coin à eux et y venir avec leur famille et des amis puisque leur habitation était en général exigüe. Pour les autochtones, le jardin familial allait prendre au cours de ces dernières décennies une signification différente selon les milieux. Les uns optent pour un jardin biologique, le retour à la nature, et cultivent des espèces devenues rares. Pour les autres, il faut que le jardin «rende» au maximum:

d'autres encore mettent l'accent sur l'accueil des hôtes ou entretiennent une idylle avec leur jardin qu'ils clôturent et décorent de nombreux nains de jardin.

Ici poussent des fleurs autochtones, là des espèces d'origine étrangère, ailleurs des herbes et des légumes. On se critique gentiment ou on se consulte par-dessus la clôture et on trinque ensemble à l'apéro.

La cohabitation sur un espace des plus restreints n'est pas facile, mais elle est possible. C'est ce que démontrent des photos provenant de jardins familiaux prises par Michele Galizia à l'été 2006 à Berne. Laissez-vous donc conduire par terra cognita sur les sentiers qui mènent à cet univers bucolique avec toutes ces possibilités d'intégration mais aussi de délimitation.

Michele Galizia, ethnologue, est né et a grandi à Rome. Il a émigré en Suisse à l'âge de 20 ans.



Uno sguardo nel giardino del vicino

Circa 2250 locatari e oltre 10000 altre persone – famigliari e amici – passano regolarmente il tempo libero nelle circa 30 aree di giardinaggio di Berna. Un tempo questi giardini erano destinati esclusivamente al sostentamento, mentre ora solo un terzo della parcella è adibito alla coltura di verdura. Il resto della superficie è sfruttato per la coltura di piante ornamentali, quale tappeto verde o messo a disposizione dei piaceri della convivialità nella piccola capanna che si erge su praticamente ogni parcella.

Questi giardini battono sovente bandiera: sono issate vecchie bandiere bernesi, bandiere del Comune oppure bandiere di vecchi e nuovi Stati europei. La coabitazione è spesso fonte di conflitti, ma offre anche maggiori opportunità d'integrazione di tanti progetti svolti in quest'ambito.

I giardini famigliari affondano le loro radici nel XIX secolo. All'origine vi era un movimento che nutriva l'intento pedagogico di inculcare agli operai, attraverso il giardinaggio, il senso del lavoro e della famiglia, allontanandoli nel contempo dall'alcol e dalla politica. Con l'urbanizzazione crescente, i giardini famigliari sono diventati una vera e propria oasi di pace in piena natura per i cittadini condannati a vivere in immobili locativi. I migranti, di origine perlopiù rurale e residenti in alloggi generalmente esigui, erano una clientela ideale per questi giardini, che offrivano loro l'opportunità di coltivare il loro amore per la terra e, concretamente, di coltivare le verdure di casa loro, ma anche di beneficiare di uno spazio di libertà da godersi con la famiglia e gli amici. Per gli autoctoni, con gli anni il giardino famigliare è andato assumendo un significato diverso, trasformandosi viepiù in un orto biologico all'insegna del ritorno alla natura e della coltura di specie ormai rare. Gli uni vogliono che il giardino «renda» al massimo, altri pongono l'accento sull'ospita-

lità oppure vivono un vero e proprio idillio nel loro giardino recintato e popolato da nanetti e altri ornamenti.

Il risultato è molto variegato: fiori autoctoni si mescolano a fiori di origine straniera, piante ornamentali confondono i loro effluvi con erbe e verdure di vario tipo. Al di sopra dei recinti volano complimenti e critiche, ci si cambiano consigli e si condivide un bicchiere all'aperitivo.

La coabitazione entro uno spazio tanto esiguo non è facile ma è possibile. Lo dimostrano le foto scattate da Michele Galizia durante l'estate 2006 in diverse aree di giardinaggio bernesi. Lasciatevi guidare da terra cognita sui sentieri di questo universo bucolico che offre spazio sia all'integrazione che alla delimitazione.

Michele Galizia, etnologo, nato e cresciuto a Roma, ha emigrato in Svizzera all'età di 20 anni.

13



Integriert akzeptiert

Integration ist zu einem Schlüsselbegriff der Politik und der Umgangssprache geworden. Im wahrsten Sinne des Wortes sehen viele in der Integration den Schlüssel zur Lösung vielfältiger gesellschaftlicher Probleme. Der häufige Gebrauch des Begriffs hat indes wenig zur Schärfung seiner Konturen beigetragen. Was ist das eigentlich: Integration?

14 Wer genau zuhört, stellt fest, dass Menschen, die über Integration reden, nicht immer vom Gleichen sprechen. Was für die einen das gelungene Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen bedeutet, stellt für andere das Bemühen des Einzelnen dar, sich einen Platz in der Aufnahmegesellschaft zu sichern. Was für die einen Teilhabe am wirtschaftlichen und öffentlichen Leben ist, verbinden andere mit Wohlverhalten und Einordnen in eine neue Umgebung. Eine abschliessende und allgemein anerkannte Definition, was denn Integration nun wirklich sei, wird uns heute vermutlich so wenig gelingen wie 1999, als die Eidgenössische Ausländerkommission in ihrem Bericht zur Integration explizit auf eine Definition verzichtet hat.

Wo findet Integration statt?

Immerhin sind wir heute ein gutes Stück weiter: Die Auseinandersetzung mit der Integrationsthematik lässt uns genauer erkennen, wo Integration stattfindet und welche Faktoren für ihr Gelingen ausschlaggebend sein können. Die Schule ist zweifellos ein zentraler Ort, wo Integration geschieht. So zeigt eine vor kurzem erfolgte Auswertung des Bundesamtes für

Statistik, dass die zweite Generation der Ausländerinnen und Ausländer wesentliche Fortschritte in der Bildung gemacht hat und mit ihren Leistungen teilweise die einheimischen Jugendlichen hinter sich lässt. Dies ist ein Erfolg der Integration. Die Bedeutung der Schule für die Integration wird durch eine neue Untersuchung zur Vernetzung ausländischer Jugendlicher noch unterstrichen. Sie zeigt auf, dass zugewanderte Kinder neben der Familie am ehesten im Klassenverband soziale Kontakte knüpfen können und nicht selten in ein Loch fallen, wenn diese Beziehungen nach Ende der obligatorischen Schulzeit wegfallen.

Ein wichtiger Ort für die Integration ist der Arbeitsplatz. Insgesamt darf die Integration der ausländischen Arbeitskräfte in der Schweiz als sehr gut bezeichnet werden. Selten wird von Spannungen in hiesigen Betrieben berichtet. Die Verteilung der Arbeit allerdings ist in unserem Land sehr ungleich. Ausländerinnen und Ausländer sind bei den niedrigen Löhnen weit übervertreten. Ein untrügliches Zeichen für eine schlechte Integration. Auch für die hohen Löhne gilt dies, denn bei den gut verdienenden Spitzenkräften, bei Managern, Wissenschaftlern und Lehrkräften, stellen Ausländerinnen und Ausländer einen überdurchschnittlichen Anteil. Die Schweizer belegen eher das Mittelfeld.

Integration kann besonders anschaulich in den Wohnquartieren beobachtet werden. Dort gibt es Konzentrationen von Zugezogenen in so genannten Problem- oder Ausländerquartieren, womit in der Regel nicht die teuren Wohnlagen gemeint sind (in denen ebenfalls überdurchschnittlich viele Ausländerinnen und Ausländer wohnen), sondern vielmehr Quartiere mit einem hohen Ausländeranteil bei den Schulkindern sowie Strassenzüge und Wohnblocks mit billigem Wohnraum und einer Tendenz zur Verwahrlosung. Im Wohnumfeld wirkt sich gelungene oder missratene Integration sehr direkt auf die Lebensqualität und die Entwicklungschancen aus.

ist, wer sich fühlt

Neben dem Wohnraum ist auch der öffentliche Raum ein aufschlussreicher Indikator für die Integration. Ärmere, neu zugezogene Gruppen haben erfahrungsgemäss geringe Chancen, sich in der Freizeit in privaten Räumen zu treffen. So waren die italienischen Gastarbeiter, die sich in den sechziger Jahren an den Sonntagen auf den Bahnhöfen herumtrieben, ein permanentes Ärgernis für die Einheimischen. Asylsuchende aus den verschiedensten Ländern lösten später die Italiener ab. Die Nutzung öffentlicher Schwimmbäder durch Jugendliche aus dem früheren Jugoslawien führte in den letzten Jahren in vielen Gemeinden zu Spannungen. Sobald jedoch ausländische Gruppierungen einen anerkannten Platz in der Gesellschaft gefunden hatten, gingen jeweils auch die Auseinandersetzungen über die Nutzung des öffentlichen Raums zurück.

Das Thema der Integration betrifft jedoch auch die Einheimischen, denn es ist eng mit der Frage der sozialen Schichtung verknüpft. Auch die einheimische, ärmere Bevölkerung hat mit sozialer Ausgrenzung und Desintegration zu kämpfen. Wer die Arbeit verliert, riskiert – unabhängig von der Nationalität –, den Kollegenkreis, den Freundeskreis, den Boden zu verlieren. Wer keine Lehrstelle findet oder die Lehre abbricht, hat – unabhängig vom Pass – schlechte Karten, um im Berufsleben erfolgreich Fuss zu fassen. So ist die Frage der Integration von jeher eng verbunden mit jener der sozialen Schicht. Oft ist kaum auszumachen, welche Schwierigkeiten auf die Schichtzugehörigkeit zurück zu führen sind und welche auf die ausländische Nationalität. Wer umgekehrt einer höheren Schicht angehört, muss

sich um Integration weniger kümmern. Das spiegelt sich selbst in der Einbürgerungspraxis, wo viel von Integration gesprochen wird: Für die Schönen und Reichen der Welt war es kaum je ein Problem, ein Schweizer Bürgerrecht zu erhalten. Ihre Integration brauchen sie nicht unter Beweis zu stellen. Die gehobene Schicht, zu der sie gehören, erübrigt die Beweisführung.

Wo braucht es Integration?

Wenn wir wissen wollen, wo Integration nötig ist, hilft vielleicht ein Blick auf uns selbst: Wo sind wir integriert und wo nicht? Alle leben wir in einem Quartier, sind Teil einer oder mehrerer Familien, sind vielleicht schon länger an einem Ort oder eben erst zugezogen oder haben die Stelle gewechselt. Wie erleben wir als Zugeheiratete die Familie, als Zugezogene die neue Gemeinde? Werden wir von den Alteingesessenen akzeptiert? Sind wir in unserer Wohngemeinde integriert oder leben wir ein urbanes Leben, das sich vorwiegend am Arbeitsplatz und im Stadtkern abspielt? Wie steht es mit unserer Integration in Kirche und Vereinen?

Die Forderung nach Integration kann nicht alle Lebensbereiche gleichermaßen betreffen. Sie findet ihre Grenze zum Beispiel an der Freiheit zur eigenen Lebensgestaltung, die selber ein zentraler Wert unserer Gesellschaft ist. Diese Freiheit beinhaltet auch die freie Wahl der eigenen sozialen Beziehungen. Es ist noch nicht lange her, als eine ganze Generation ihre Kraft und Identität daraus gewann, sich mit Händen und Füssen gegen die gesellschaftliche Integration zu wehren, gegen die Vereinnahmung durch das System und seiner Werte, wie es damals hiess.

Integration hat nicht überall, sondern an ein paar Schlüsselstellen zu erfolgen, die für das Zusammenleben einer offenen Gesellschaft zentral sind. Zum Beispiel bei der Schulpflicht. Wer nicht über Bildung verfügt, kann in unserer Gesellschaft

kaum reüssieren. Auch die Integration am Arbeitsplatz ist zentral, um ein Erwerbseinkommen zu erzielen und auf eigenen Füßen zu stehen. Das zwingt zu Anpassungen. So ist beispielsweise Pünktlichkeit keine schweizerische Pingeligkeit, sondern eine Grundvoraussetzung, um in einer komplexen, arbeitsteiligen Berufswelt bestehen zu können. Ebenso ist das Gewaltmonopol des Staates elementar für eine offene Gesellschaft und nicht verhandelbar. Moderne Gesellschaften stützen ihre Sicherheit nicht auf Privatarmeen oder bewaffnete Familienclans. Unverzichtbar sind auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau oder unser Verständnis von Religion als Privatsache im laizistischen Staat.

Die Gestaltung der Freizeit hingegen ist Sache jedes Einzelnen. Sie darf nicht der Forderung nach Anpassung an einheimische Standards unterworfen werden. Auch die Art der Kleidung ist in unserem Verständnis Privatsache, solange es die öffentliche Ordnung nicht stört. Mit diesen Hinweisen sei angezeigt, dass Integration nicht die umfassende Eingliederung in alle Lebensbereiche bedeuten kann. Vielmehr muss bei der Forderung nach Integration klar gemacht werden, dass sich diese nur auf die für das Funktionieren der Gesellschaft zentralen Bereiche beschränken kann.

Integration ist zudem ein zweiseitiger Prozess. Sie betrifft immer alle gesellschaftlichen Gruppen. Im Zusammenleben ändern sich Zugezogene und Einheimische. Integration bedeutet nicht Anpassung der einen an die andern, sondern eine gemeinsame Entwicklung hin zu etwas Neuem. Diese Prozesse gehen langsam und werden deshalb oft nicht wahrgenommen. Und gemeinsam verändern uns in noch viel grösserem Ausmasse neue zivilisatorische Errungenschaften, die Einheimischen und Zugezogenen gleichermaßen grosse Anpassungen abfordern. Die Revolution der Arbeitswelt durch die Computer, die Verbreitung der Mobiltelefone und die enorme Zunahme der Mobilität hat unser Leben viel mehr verändert als der Zuzug neuer Gruppen von Migranten.

Wann ist jemand integriert?

Worum geht es eigentlich bei der Integration? Vielleicht dient auch hier ein Blick auf uns selber dem besseren Verständnis. Wann fühlen wir uns integriert? In der Regel fühlen wir uns in einer Gruppe, einer Gemeinschaft oder einem Verein dann zugehörig, wenn wir wie alle andern Zugang haben, nicht ausgeschlossen sind und die gleichen Rechte wie die anderen haben. Nicht ganz integriert fühlen wir uns, wenn wir nur begrenzten Zugang haben, etwa nur zu gewissen Zeiten oder für bestimmte Themen oder in bestimmter Begleitung. Nicht anders geht es Zugezogenen. Sie fühlen sich dann zugehörig, wenn sie

dieselben Möglichkeiten und Chancen des Zugangs haben. Jugendliche aus dem früheren Jugoslawien geben an, dass sie Discoverbote als Diskriminierung erleben. Selbst wenn man ihnen Einlass gewähre, werde ihnen als Angehörige einer Volksgruppe zu verstehen gegeben, dass dies nur ausnahmsweise geschähe. Eine wichtige Aufgabe der Integrationspolitik ist es deshalb, rechtliche und soziale Zugangsbarrieren, soweit möglich, zu beseitigen: beim Zugang zu Schule und Ausbildung oder zu Arbeits- oder Wohnmöglichkeiten und zu privaten Organisationen.

Der Zugang allein reicht allerdings nicht aus: Integriert sind wir, wenn wir uns von den andern akzeptiert fühlen. Wir kennen die Situationen, wo wir zwar zugelassen sind, aber doch nicht richtig Anerkennung finden. Es kann uns allen passieren, dass wir in irgendeiner Gesellschaft in die Rolle der Aussenseiter geraten. Man ist zwar dabei, fühlt sich aber wegen seiner Herkunft oder seiner Stellung nicht am richtigen Platz oder man wird gar gemieden. Erst wer Zugang hat *und* Anerkennung findet, ist wahrhaft integriert. So ist es eine wichtige Aufgabe der Integrationspolitik, der Andersartigkeit Wertschätzung entgegen zu bringen und Anerkennung spüren zu lassen.

Wie viel Integration braucht der Mensch?

Wie viel Integration braucht es? Auch hier ein Blick auf uns selbst: Wir alle haben eine doppelte Sehnsucht, sowohl nach Zugehörigkeit wie nach Differenz. Wir können nur als Teil der Gemeinschaft leben, und fühlen uns dort nur wohl, wenn wir uns dazugehörig fühlen. Gleichzeitig brauchen wir aber die Anerkennung als Person in unserer Individualität und unserer Besonderheit. Was für den Einzelnen gilt, gilt ähnlich auch für Gruppen: Wir Schweizer seien ein Volk, bestehend ausschliesslich aus Minderheiten, sagt man. Dies mache den Reichtum unseres vielgestaltigen Landes aus. Und es trifft zu! Betrachten wir nur die Landesteile, die Sprachen und Dialekte, die Konfessionen und Religionen und die stark kantonal geprägten Identitäten. Erschwert diese Vielfalt die Integration? Zur erfolgreichen Integration braucht es wohl beides, Zugehörigkeit und Differenz. Bündner in Zürich zu sein oder Walliserin in Genf, verhindert nicht die Integration, sondern kann für die Identitätsbildung der Zugewanderten wichtig sein. Das gilt vermutlich auch für die heutigen Zuwanderer. Tatsächlich wäre eine Integration, die alle Unterschiede einebnet, nicht nur die Langeweile selbst, sondern dem Prozess der Integration nicht zuträglich. Gesellschaftliche Entwicklungen brauchen Differenz. Gesellschaften, welche keine Vielfalt kennen, entwickeln sich kaum. Nicht zufällig waren es in der langen Menschheitsgeschichte die Städte, von Babylon bis New York, Orte der Spannungen und Differenz, von denen Faszination und Innovation ausgingen.

Die Sehnsucht nach Zugehörigkeit und Gleichheit, aber auch nach Einzigartigkeit und Besonderheit brachte mit seltener Klarheit die im Zusammenhang mit der Einbürgerungsabstimmung entstandene Bewegung der Secondos zum Aus-

druck: Diese Jugendlichen erwarteten endlich die Gleichheit und die Bürgerrechte des Landes, in dem sie geboren wurden. Sie drücken als Secondos aber gleichzeitig den unmissverständlichen Willen aus, als junge Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer Besonderheit wahrgenommen zu werden. Im ambivalenten Verlangen nach Zugehörigkeit und Differenz kommen wir dem Kern der Integration wohl sehr nahe.

Wie viel Zeit braucht die Integration?

Und wann sind Integrationsprozesse abgeschlossen? In der ersten, zweiten oder der dritten Generation? Manche sehen in der Einbürgerung den Schlusspunkt, den krönenden Abschluss der Integration. Ist das so? War das so? Die Einbürgerung war stets nur eine relativ zufällig gesetzte Marke auf einem langen Weg. Zudem hat die Schweiz während Jahrzehnten in grosser Zahl ausländische Ehefrauen von Schweizern mit der Heirat ins Bürgerrecht aufgenommen, ohne zu fragen, ob diese «Ja» und «Nein» auf dem Stimmzettel unterscheiden können. Und das Schimpfwort von den «Papierlschweizern» zeigt hinreichend, dass eine Einbürgerung nicht das Ende der Stigmatisierung bedeuten muss. Integrationsprozesse dauern sehr lange, über Generationen.

Zum besseren Verständnis der Integration in ihrer zeitlichen Dimension kann ein Bild dienen: der Zusammenfluss eines Stroms und eines Flusses. Oft kann man dort beobachten, wie der Strom auch nach Gewitterstürmen grünblau, ruhig und ungerührt dahin fliesst, während der vom Gewitter aufgewühlte Nebenfluss mit seinem braunen Wasser dazu stösst. Noch kilometerlang fliessen die beiden Gewässer, klar an ihren Farben erkennbar, nebeneinander her. Sie vermischen sich lange nicht. Erst viel später beginnt die Vermengung dort, wo die beiden Gewässer mit ihren unterschiedlichen Fliessgeschwindigkeiten Wirbel bilden. Mit der Zeit vermischen sich die Farben, die Unterschiede schwächen sich ab und irgendeinmal erkennt man nicht mehr, aus welchem Gewässer welches Wasser gekommen war. Geworden ist ein Strom.

Inzwischen, und das ist in unserem Zusammenhang von Bedeutung, steht auch der Betrachter selber an einem ganz andern Ort, kilometerweit weg vom Ort des Zusammenflusses. Nicht nur das Wasser hat sich vermischt, auch die den Strom umgebende Landschaft ist eine andere geworden. Und nicht viel anders ist es mit der Integration. Über längere Zeit bleiben die Unterschiede noch sichtbar. Aber irgendwann, kaum merklich, hat die Integration stattgefunden. Und die Gesellschaft selber steht an einem andern Ort. Sie hat fremde Einflüsse angenommen und glaubt in diesen das Eigene zu erkennen. Geworden ist ein neuer Mainstream.

L'intégration est devenue une notion clé de la politique et du langage usuel. Dans son sens le plus littéral, d'aucuns voient dans l'intégration la clé permettant de résoudre les multiples problèmes de la société. L'utilisation fréquente de cette notion n'a que peu contribué à en dessiner plus clairement les contours. Quiconque souhaite savoir exactement ce qu'est vraiment l'intégration peut en avoir une meilleure idée en se penchant là où elle prend forme: l'école, le lieu de travail, le quartier d'habitation et l'espace public. On ne peut s'intégrer que si l'on peut participer. Et on ne peut se sentir intégré que si l'on se sent accepté. Voilà pourquoi la politique d'intégration doit avoir de l'estime pour la différence de l'autre. L'intégration se réalise au sein d'un champ de tension entre l'appartenance et la différence. D'ailleurs, de nombreux «Secondos» évoluent précisément dans ce cadre; ils appartiennent à la population du pays d'immigration (de leurs parents), mais veulent néanmoins être pris en considération avec leur «héritage» migratoire. Et il y a aussi la question de la dimension temporelle: en règle générale, l'intégration est un processus qui prend du temps et elle transforme non seulement ceux qui arrivent mais aussi ceux qui sont déjà là.

Un processus d'apprentissage collectif

La population suisse et la population migrante sont confrontées de manière solidaire au défi de l'intégration. Comment prévenir les risques de fragmentation sociale? Comment éviter l'affaiblissement du lien social? L'intégration apparaît comme un processus par lequel des individus ont accès à des ressources économiques, culturelles, sociales et politiques permettant d'assurer leur autonomie et leur participation à la vie collective. Pour le FIMM Suisse, l'intégration est un processus d'apprentissage collectif qui se fonde sur des valeurs partagées. Ce processus, dont les enjeux sont multiples, doit être embrayé par une politique d'intégration active dans une Suisse que les migrants ont appris à aimer.

Le phénomène migratoire a pris une telle ampleur en Suisse, au cours des dernières décennies qu'il est devenu un enjeu non seulement démographique et économique, mais aussi politique. La Suisse est devenue incontestablement une société pluriculturelle. Les migrants se sont enracinés. La diversité des populations fonde la société suisse du XXI^{ème} siècle. Considérée comme phénomène économique provisoire la présence de la population migrante est devenue un élément constitutif de la société suisse.

Comme toutes les nations européennes, la Suisse est aujourd'hui traversée par des tensions engendrées par une réalité sociale faite, certes, de diversités, mais aussi d'inégalités. Dans le champ politique, la question de la cohabitation de personnes ayant des origines multiples et la question sociale ne peuvent plus être dissociées. La problématique de l'immigration et les défis posés par la précarité sociale ouvrent une réflexion sur la manière de vivre ensemble. Pour le Forum pour l'intégration des migrants et des migrantes FIMM Suisse, l'intégration est un processus d'apprentissage collectif qui passe par une reconnaissance de l'identité propre de chaque être humain, mais aussi par une reconnaissance des valeurs générales qui nous permettent de fonctionner comme une société. L'intégration peut être envisagée aussi comme le résultat voulu d'une politique publique active visant à assurer un accès équitable aux ressources sociales à chacun et l'égalité des droits et des devoirs de tous.

L'intégration: une politique publique

L'intégration revient à reconnaître à chacun la place qu'il occupe dans l'économie, le cadre social ou culturel tout en préservant ses références d'origine. C'est un processus cherchant à susciter

la participation active des migrants à la communauté helvétique en tenant pour principe que l'ensemble sociétal s'enrichit par la diversité des composants dans le cadre d'un code du vivre ensemble permettant le maintien du lien social. Cependant, plusieurs questions émergent. Le lien social doit-il être garanti par le refoulement de certaines différences culturelles dans le domaine du privé ou faut-il leur laisser la possibilité d'une expression sans restriction dans l'espace public? Le lien social doit-il être renforcé par la reconnaissance des «droits spécifiques» ou plutôt par l'acceptation de valeurs générales et d'obligations communes? Quelles sont ces valeurs générales pouvant constituer le noyau d'un code de vie commun à toutes les communautés?

Le pluralisme culturel est une dimension majeure de la notion d'intégration. Cependant, la vénération de la diversité ne doit pas maintenir les populations à l'écart les unes des autres. Aucune société ne peut fonctionner durablement sans un jeu de références communes. Le Forum revendique un code du vivre ensemble permettant la construction d'une relation de coexistence et de reconnaissance réciproque des populations de toutes les origines. Ce code est fondé sur des valeurs générales et sur des principes d'engagement citoyen. La Charte du FIMM Suisse spécifie les valeurs essentielles à travers lesquelles le Forum définit son identité collective: le respect des Droits de l'Homme, la Démocratie, la Laïcité, le respect de l'Autre et de l'Environnement. Il attend de tous ses membres qu'ils se réfèrent à ces valeurs et les fassent vivre par leur engagement et leur action.

Le respect des règles de vie communes est un processus d'apprentissage collectif qui concerne toutes les couches de la population et toutes les instances. Le FIMM Suisse participe à ce processus d'apprentissage en s'impliquant dans les débats sur l'avenir de la société suisse. Cette participation opère selon deux principes fondamentaux: la défense du primat des droits individuels sur les droits communautaires; l'idée d'une transversalité des actions d'intégration.

Le premier de ces principes rappelle que l'octroi des droits collectifs (communautaires) ne doit pas concurrencer le renforcement des droits individuels (principe de l'égalité des droits et des devoirs des personnes). L'idée d'une «discrimination positive», de «droits spéciaux» en faveur des groupes minoritaires ne saurait être acceptée comme une exigence permanente. Les «droits spé-

ciaux» ont un simple rôle de compensation devant des inégalités parfois importantes. Les garanties temporaires que ces droits peuvent apporter à certaines populations fragilisées doivent être subordonnées au strict respect de l'égalité des devoirs et des droits individuels. Le principe de transversalité de l'action collective souligne que la reconnaissance des spécificités culturelles doit être étroitement articulée à la mise en œuvre de politiques de prévention de la pauvreté et de l'exclusion en faveur de la population suisse et de la population migrante les plus précarisées. Le FIMM Suisse considère l'intégration de tous – Suisses et immigrés – et le renforcement du lien social comme un bien public.

Principaux enjeux

L'adoption des valeurs fondamentales de la démocratie intégrative par les communautés migrantes et des devoirs citoyens qu'elles imposent doit s'accompagner par une politique active d'intégration visant l'égalité des droits. La politique d'intégration apparaît pour le FIMM Suisse comme une voie de crête, une voie étroite mais nécessaire entre deux conceptions extrêmes. La première, toujours prête à renaître des cendres, considère le pays d'accueil comme une page déjà écrite et imprimée, comme une terre dont les lois, les valeurs, les croyances, etc., auraient été fixées et figées une fois pour toutes, les immigrants n'ayant plus qu'à s'y conformer ou à déguerpier. L'autre attitude extrême conduit à considérer le pays d'accueil comme une page blanche où chacun pourrait écrire ce qui lui plaît, ou pire, comme un terrain vague où chacun pourrait s'installer avec armes et bagages sans rien changer à ses habitudes. Ces deux conceptions sont symétriques, mais elles mènent à une même destination: la négation de l'Autre. Elles doivent être refusées. Si nous les excluons par avance, la question politique majeure qui nous est posée devient simple à formuler: comment des individus aux identités sociales et culturelles différentes et aux ressources sociales inégales peuvent-ils vivre ensemble au sein d'une société démocratique?

La réponse à la question de la fragmentation sociale et de la montée de la xénophobie et du racisme passe par un renouvellement de la conception de la citoyenneté associant la démocratie intégrative et le développement de l'Etat social. Si les populations migrantes veulent s'intégrer, si elles veulent disposer des mêmes droits et s'acquitter de leurs devoirs citoyens, elles doivent pouvoir organiser leur participation qualifiée aux débats publics. En révélant les manquements de la société aux principes d'équité et d'égalité des droits, le FIMM Suisse veut contribuer à organiser la critique constante que la société exerce sur elle-même dans une perspective de renforcement de la démocratie intégrative. Le repli communautariste ne saurait constituer une réponse pertinente à la xénophobie. Par son action, il veut contribuer à la mise en œuvre d'une politique d'intégration dont les enjeux sont multiples.

■ **Ecole: l'accès à l'éducation n'est pas pareil pour tous.** L'éducation et la formation constituent des enjeux majeurs pour l'intégration. Elles favorisent la mobilité professionnelle et diminuent les risques de précarité. Le FIMM Suisse observe des différences, particulièrement marquantes dans l'accès à des formations supérieures ou permettant une meilleure qualification, entre certains jeunes migrants (jeunes filles, jeunes issus des nouvelles populations de migrants, jeunes défavorisés) et les autres. La formation doit être ancrée comme un élément essentiel d'une politique d'intégration. L'école publique a l'obligation de veiller à ce que tout enfant, quel que soit le statut de séjour (légal ou illégal) des parents, soit scolarisé et accède à une formation professionnelle.

■ **Travail: inégalité des chances et inégalité des droits.** Le travail reste le grand intégrateur des sociétés modernes. Il procure un revenu, une identité personnelle et il est facteur de reconnaissance sociale. Le FIMM Suisse observe de grandes différences, des disparités et des discriminations, tant entre les nationaux et les migrants qu'entre différents groupes de migrants de statut de résidence et de provenance divers. Elles se traduisent sous l'angle des niveaux de revenu, de la précarité et du risque de chômage. Le FIMM Suisse milite en faveur d'une politique d'intégration associant étroitement les partenaires sociaux, les institutions et les prestataires de formations visant à assurer le respect de l'égalité des droits et des chances de tous dans le domaine du travail.

■ **Logement: prévenir la ségrégation résidentielle.** En Suisse, la juxtaposition des phénomènes de précarisation sociale et d'ethnisation de certains quartiers ou de communes montre une tendance à l'amplification des divisions sociales et culturelles de l'espace des grandes agglomérations urbaines. Des concentrations ethniques se produisent partout où les habitants qui ont les moyens déménagent. Le FIMM Suisse se refuse à envisager la ségrégation résidentielle comme une fatalité. Il appelle les pouvoirs publics à mettre en place des politiques de logement et d'amélioration de la qualité du cadre de vie dans les centres et les zones suburbaines visant à prévenir la concentration des phénomènes de précarité sociale, de stigmatisation et de disqualification des espaces résidentiels.

■ **Santé: un critère de qualité.** L'état de santé a une influence importante sur le processus d'intégration. Inversement, l'isolement, la précarité des statuts de séjour et l'insécurité économique et sociale engendrent des problèmes de santé. Les bar-

rières linguistiques peuvent renforcer ces processus. Une partie de la population migrante est exposée à des risques importants dans le domaine de la santé. Les migrants âgés sont très fragilisés et sont exposés à des risques accrus de pauvreté. L'accès au système de santé est souvent plus difficile pour différents groupes de population étrangère, en particulier les «sans-papiers». L'attribution des prestations sociales doit être liée à la résidence sur le territoire suisse sans aucune discrimination d'origine et de statut. Le principe d'égalité des droits régit l'ensemble des prestations du système sanitaire, assurantiel et de l'aide sociale. L'ouverture interculturelle doit être un critère de qualité des services sanitaires et sociaux.

■ **Religion: une laïcité tolérante.** Le projet d'intégration repose sur la reconnaissance des identités culturelles propres aux différentes populations, y compris les croyances et les pratiques religieuses. L'intégration interroge aussi la manière dont nous pouvons transcender les particularismes. Aucune appartenance n'est définitive. Le FIMM Suisse refuse les visions théocratiques de la vie de la Cité, le rapport violent au politique, mais aussi toutes les formes d'enfermement identitaire et d'intransigeance en contradiction avec les valeurs démocratiques. Il affirme la prééminence des Droits de l'Homme sur les particularismes ethniques et religieux. Le FIMM Suisse milite en faveur d'une laïcité tolérante, ouverte au dialogue interculturel dans l'espace privé, mais aussi public, capable de construire les conditions permettant à des personnes d'origines culturelles et d'appartenances diverses de vivre non pas les unes à côté des autres, mais les unes avec les autres.

■ **Information: vers le pluralisme culturel.** Les moyens de communication nous renvoient trop souvent une image négative des migrants fondée sur des «faits divers» plus significatifs des ratés de l'intégration que des comportements, des aspirations, des espoirs et des rêves des migrants. Le FIMM Suisse condamne les incivilités, la délinquance et la violence quels qu'en soient les auteurs. Il condamne aussi l'instrumentalisation de la peur et l'exploitation des comportements insensés, réels ou fantasmés, de personnes d'origine étrangère par les milieux xénophobes. Le FIMM Suisse appelle les médias à une attitude responsable et critique et à l'ouverture d'un dialogue avec les organisations représentatives des milieux migrants. Les pouvoirs publics doivent rendre les médias plus sensibles à la manière dont les informa-

tions sur les communautés migrantes sont traitées. Le pluralisme culturel dans les moyens de communication peut constituer un instrument d'intégration puissant.

■ Citoyenneté et droits politiques: étrangers et citoyens.

La nationalité est un lien juridique individuel, unifiant une personne, un territoire et un Etat. La citoyenneté est une construction sociale fondée sur l'égalité de dignité de tous. Elle comprend trois dimensions: sociale (garantie de niveau de vie, de sécurité sociale, d'accès au système éducatif, etc.); civile (liberté de pensée, de parole, de croyance, de passer des contrats, etc.); politique (droit de vote, d'éligibilité, etc.). Jusqu'à maintenant, l'axe principal de la gestion collective du «problème des étrangers» par les pouvoirs publics a dissocié leur participation à la vie économique de leur participation à la vie politique. Le FIMM Suisse est convaincu que cette politique a atteint ses limites. Il milite en faveur d'une Nouvelle Citoyenneté, multiple, fondée sur le droit du sol, détachée de l'idéologie de l'assimilation, dissociée de l'idée de nationalité. L'intégration sera renforcée par les avancées en matière d'octroi de droit de vote et d'éligibilité.

Vers une politique d'intégration

Pour le FIMM Suisse, les enjeux de l'intégration se situent autant au niveau des rapports sociaux qu'au niveau institutionnel. La politique actuelle de promotion de l'intégration est fondée sur trois piliers: l'intégration structurelle (principe de non-discrimination); l'intégration socioculturelle (promotion de projets permettant d'amplifier les échanges interculturels); l'intégration politique. Ces orientations sont très prometteuses. Cependant, l'intégration reste encore un processus trop sélectif et de longue durée conditionnée par les structures du marché du travail, le fonctionnement du marché du logement, un encadrement législatif restrictif que la nouvelle loi sur les étrangers ne va pas améliorer. Le concept d'intégration de la Confédération n'est certainement pas un alibi. Mais, sa mise en œuvre est aujourd'hui conditionnée autant par une vision idéologique attribuant une primauté aux dimensions économiques, que par un rapport de forces politique. Le lien social est politique: vivre ensemble c'est être citoyen d'une même communauté fondée sur l'égalité de dignité de tous. La politique d'intégration doit dessiner une nouvelle ambition, au-delà des actions de simple régulation du marché du travail et de maîtrise des flux migratoires: il s'agit de dépasser le déficit de citoyenneté des sociétés pluriculturelles, de maîtriser la montée de l'intolérance, de renforcer le lien social dans un pays que les migrants ont appris à aimer.

Ein kollektiver Lernprozess

Die einheimische und die zugewanderte Bevölkerung der Schweiz müssen sich solidarisch der Herausforderung «Integration» stellen. Wie können wir das Risiko einer sozialen Fragmentierung mindern? Wie die Schwächung des sozialen Zusammenhalts vermeiden? Integration zeigt sich als Prozess, der den einzelnen Menschen den Zugang zu wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Ressourcen ermöglicht. So wird ihre Selbständigkeit, aber auch ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gefördert. Für das Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten FIMM ist Integration ein kollektiver Lernprozess, der auf gemeinsamen Werten basiert. Damit er gelingen kann, braucht es eine aktive Integrationspolitik dieses Landes, einer Schweiz, welche die Zugewanderten lieb gewonnen haben.

Le culturel prétexte

La thématique de l'intégration de personnes de nationalité étrangère à une société nationale est à la mode et l'échec d'un processus d'intégration est généralement expliqué par la variable culturelle. Est-ce là une explication qui fait sens?

22 En Suisse (comme ailleurs en Europe) il n'est pratiquement pas de jour sans que les autorités ou certains partis politiques ne mettent en avant les «problèmes» liés aux personnes de nationalité étrangère. Chômage, insécurité, santé publique, outrage aux mœurs, criminalité, drogue, hausse des coûts de l'aide sociale, ces problèmes sont partiellement ou totalement imputés à la présence étrangère. À cela, une explication: c'est parce que certains étrangers seraient «trop» éloignés de la «culture» locale qu'ils auraient de la peine à s'intégrer à la société.

Une série de faux-semblants

Cela vaut aujourd'hui pour les personnes originaires de l'ex-Yougoslavie, c'est ce qui se disait il y a une dizaine d'années des personnes originaires du Sri Lanka, avant encore de celles d'origine portugaise, espagnole, italienne ou juive, à une époque où l'immigration était encore conçue sur le modèle de la rotation et où l'assimilation était le modèle dominant d'intégration.

Ainsi, en 1933, le Conseil fédéral justifie les restrictions d'entrée visant les juifs d'Allemagne par le fait qu'ils ont des «mœurs différentes des nôtres». En 1963, ce même Conseil fédéral recommande de ne pas admettre de travailleurs saisonniers provenant du Portugal, de la Turquie ainsi que des pays situés hors d'Europe, parce que leur «assimilation est difficile, si ce n'est pratiquement impossible» (Weill & Grünberg 1997).

C'est pour des raisons du même ordre que le Conseil fédéral limite, en 1991, l'admission de personnes venant de l'ex-Yougoslavie: «leur intégration (ici encore, leur assimilation) est jugée problématique parce qu'elles sont originaires de régions orientales de la Yougoslavie, qu'elles sont à peine scolarisées et qu'elles ont de nombreux enfants» (Tosato 1998: 6), ce qui est visiblement contraire aux mœurs helvétiques. Le Conseil fédéral justifie à cette même période la mise en œuvre de la politique dite des «cercles» et la restriction de l'immigration à certains pays par le fait de vouloir préserver l'identité suisse.

En effet, selon le gouvernement helvétique, les étrangers «constituent un défi notoire pour notre unité nationale, déjà difficile à préserver en raison des quatre cultures suisses et des modes de vie différents qui coexistent. Il importe par conséquent de continuer à accorder une grande attention au maintien d'un rapport équilibré entre la population de nationalité suisse et la population étrangère résidant en Suisse». Pour ce faire, il s'agit de mettre en place une politique de limitation de la main-d'œuvre, qui ne doit toutefois pas s'appliquer avec la même sévérité à tous les pays, certains pays ayant une culture «marquée par les idées européennes au sens large» devant recevoir un traitement privilégié.

En 1991, la référence à la culture est, pour le gouvernement helvétique, une manière de dire que la Suisse ne peut assimiler que des personnes ressortissant de nations bien précises. Les autorités concevaient l'unité nationale sur une base monoculturelle, ou en tous les cas uniquement européen-centrée. Un progrès sans doute par rapport à la période antérieure, en phase avec l'esprit du temps, mais une exclusion claire et nette de toute immigration pouvant remettre en question l'image que les autorités helvétiques se faisaient de l'unité nationale.

Aujourd'hui, les choses ont quelque peu changé. L'intégration est à l'ordre du jour. Mais les dispositions relatives à l'immigration de ressortissants des États non-membres de l'UE sont restrictives. Elle est limitée aux travailleurs qualifiés, sous le prétexte qu'eux seuls sont aptes à s'intégrer en Suisse. L'unité nationale peut désormais se concevoir dans une société multiculturelle – mais reste une référence de classe, qui touche prioritairement les nouveaux migrants.

De plus, aujourd'hui, l'appartenance religieuse est jugée problématique pour l'intégration. En 2005, le parlement du canton de Bâle-Campagne, responsable des naturalisations, a refusé celle-ci à une jeune musulmane. La majorité de la commission a estimé qu'elle n'était pas assez intégrée, alors même qu'elle maîtrise bien la langue locale. Le Grand Conseil a jugé que la jeune femme, qui enseigne la lecture du Coran dans une mosquée bâloise, refuse de s'intégrer. Son intégration est jugée à l'aune de la pratique religieuse. Évidemment, une fois encore, ce sont les nouveaux migrants qui sont le plus touchés par cette exclusion.

Dans ce renvoi permanent à la culture, les autorités sont largement relayées par les médias et par certains experts. La continuité du discours se déplace seulement d'une population à l'autre en fonction de la nouveauté d'une migration et de l'inégale distribution des richesses.

Renvoi à la culture

À la suite des réflexions de Perry Anderson sur le multiculturalisme, on peut proposer quelques réflexions sur cet usage et cette diffusion actuelle de la notion de culture, en relevant, d'abord, que l'utilisation de cette notion est une barrière rhétorique et, dans une certaine mesure institutionnelle, à un racisme et à un

nativisme primaire. En ce sens, elle s'inscrit très directement dans la ligne de pensée intellectuelle refusant l'essentialisme des discours sur les origines ou sur la race.

«Intellectuellement, cependant, le concept repose sur une série de faux-semblants qui masquent plus qu'ils ne révèlent les réalités sociales sous-jacentes» (Anderson 2005: 107). D'abord, parce que la notion de culture est utilisée la plupart du temps pour des groupes humains qui ne peuvent pas être décrits comme partageant des acquis identiques, par exemple lorsque l'on met sous la même appartenance culturelle l'ensemble du monde musulman ou l'ensemble de l'Afrique, choses très courantes en Europe. Le simple croisement de ces deux gigantesques ensembles montre à quel point il est dangereux de faire ce type d'amalgame, un Indonésien musulman (la majorité du monde musulman) pouvant difficilement être décrit comme appartenant à une culture africaine, et un animiste béninois pouvant difficilement être décrit comme appartenant au monde de la culture musulmane. Autrement dit, un Ivoirien catholique de Yamoussoukro revendiquerait-il une culture musulmane ou un musulman de Téhéran une culture africaine? Certainement non.

La notion de culture est la plupart du temps utilisée comme explication des comportements, et, parmi ceux-ci, des comportements considérés comme déviants ou criminels, et ceci de manière implicite ou explicite, permettant ainsi un retour d'un essentialisme qu'on aurait pu croire révolu. Les ressortissants de pays de l'Est européen, auraient, plus que les autres, des accidents de voiture en Suisse. Explication simple, c'est à cause de leur culture, et c'est une raison pour leur imposer en Suisse des primes d'assurances plus élevées qu'à d'autres groupes. Des «ressortissants africains» sont interpellés à plusieurs reprises pour trafic de cocaïne dans le canton de Vaud? C'est à cause de leur culture.

L'impasse sur les inégalités

Et l'on pourrait multiplier les exemples, de ces statistiques de chômage, de criminalité, d'invalidité, etc., qui toutes, font la différence entre autochtones et étrangers et, parfois, parmi ces derniers, énumèrent des sous-catégories, qui n'ont qu'un but: distiller l'impression que les comportements problématiques sont le fait essentiellement des étrangers et particulièrement de

certain d'entre eux, ceux dont la culture est la plus éloignée de la culture locale, une explication qui fait d'une part l'impasse sur les inégalités économiques, statutaires et sociales qui s'accumulent sur certaines populations et qui d'autre part occulte le fait, beaucoup plus gênant encore, que ces comportements sont, le plus souvent, et depuis longtemps, le fait de jeunes mâles âgés de 15-30 ans, la composition d'ailleurs majoritaire des immigrations les plus récentes... Il est plus difficile, toutefois, d'expliquer le comportement déviant des jeunes hommes – on ne peut réduire cette explication à une culture différente, mais il faut faire intervenir une analyse des rapports sociaux de sexe dans la société.

Plus simple, et surtout plus utile pour la société, de pointer une partie de la population, sa part étrangère, celle dont le statut est le moins sûr, d'autant lorsqu'on sait que la catégorie statistique contribue à construire la réalité et à consolider l'unité du groupe national. Avec Norbert Elias, «un groupe installé a tendance à attribuer à son groupe intrus, dans sa totalité, les «mauvaises» caractéristiques de ses «pires éléments» – de sa minorité anémique. À l'inverse, le groupe installé a tendance à calquer l'image qu'il a de lui sur sa section exemplaire, la plus «nomique» ou normative, sur la minorité des «meilleurs». Cette distorsion «pars pro toto», dans des directions opposées, permet au groupe installé de se convaincre lui-même en même temps que les autres de ses allégations: il y a toujours un élément ou un autre pour prouver que son groupe est «bon» et que l'autre est «mauvais.» En déclarant problématique l'intégration d'éléments étrangers, le groupe national s'intègre lui-même.

L'ascension de la notion de culture pour désigner des groupements humains correspond à un déclin du politique. D'après Peter Anderson «la «culture» est le synonyme plus doux, plus euphémique, d'«inégalité socio-économique» – comme si la diversité, et non la hiérarchie, était la question centrale [...]. [Elle] agit comme un leurre, détournant l'attention des nouvelles conquêtes du capitalisme.» Il faut respecter (plus ou moins) les

différences, mais en aucun cas intervenir sur les causes des inégalités sociales. Il relève encore, et avec beaucoup de pertinence (en citant le professeur d'histoire de l'université de Californie à Los Angeles Russell Jacoby) que la référence culturelle masque la standardisation croissante de la culture. «Plus la société devient monoculturelle, plus le discours devient multiculturel», ce qui devrait – pour le moins! – interroger.

En bref, selon István Bibó, la notion de culture est aujourd'hui instrumentalisée, le culturel est un prétexte pour repousser l'autre, l'étranger, qui nie le fait que le problème de l'«intégration des étrangers», si problème il y a, est toujours un problème de la société d'accueil, car tout le processus se déroule au sein de cette communauté et dans les conditions qu'elle détermine.

Bibliographie

- Anderson, Perry, 2005, Le multiculturalisme, in Supiot Alain (dir.), Tisser le lien social. Paris: Maison des sciences de l'homme, 105-116.
- Bibó István, 1986, Misère des petits États d'Europe de l'Est. Paris: L'Harmattan.
- Conseil fédéral, 1991, Rapport sur la politique à l'égard des étrangers et des réfugiés (15 mai 1991). Berne: FF, N° 27, III, 316-348.
- Elias, Norbert & Scotson, John L., 1997 [1965], Logiques de l'exclusion. Paris: Fayard.
- Haute école de travail social et de la santé EESP Vaud, Ch. des Abeilles 14, 1010 Lausanne
- Tabin, Jean-Pierre et al., 2004, Le «tourisme social»: mythe et réalité. L'exemple de la Suisse latine. Lausanne: Cahiers de l'éésp.
- Tabin, Jean-Pierre et al., 2002, La Précarité contagieuse. Les conséquences de l'aide sociale sur le statut de séjour des personnes de nationalité étrangère: l'exemple des cantons de Genève et Vaud. Lausanne et Genève: éditions éésp et IES.
- Tabin, Jean-Pierre et al., 2000, Migrations et travail social. Une étude des problèmes sociaux des personnes de nationalité étrangère en Suisse. Lausanne: Réalités sociales.
- Tabin, Jean-Pierre, 1999, Les paradoxes de l'intégration. Essai sur le rôle de la non-intégration des étrangers pour l'intégration de la société nationale. Lausanne: Cahiers de l'éésp.
- Tosato, Oscar, 1998, Contexte actuel de l'immigration en Suisse, dans Association romande femmes immigrées et santé (ARFIS), Jeunes immigré(e)s: Quelles identités, quelles perspectives? Actes du colloque du 24 mai 1997. Lausanne: photocopié, 2-10.
- Weill, Anne & Grünberg, Karl, 1997, La police des étrangers, de l'Ueberfremdung à la politique des trois cercles ou les métamorphoses d'une idée fixe. Lausanne et Berne: ACOR et Manifeste du 21 janvier 1997.

Jean-Pierre Tabin est Professeur à l'École d'études sociales et pédagogiques de Lausanne (EESP). Il mène des recherches pour le Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNRS) sur des questions liées à la politique sociale et à l'immigration.

Die Instrumentalisierung der «Kultur»

*In der Schweiz wie im restlichen Europa ver-
geht kaum ein Tag, ohne dass Behörden oder
politische Parteien auf die «Probleme» mit
Ausländerinnen und Ausländern hinweisen
würden. Vielfach werden die Probleme damit
erklärt, dass diese Personen aus «weit ent-
fernten Kulturen» stammten. Wobei mit
«Kultur» mal die Nationalität, mal die Ethnie,
mal die Religion gemeint ist. Zudem wird der
Begriff der Kultur fälschlicherweise bemüht,
wenn bestimmte Verhaltensweisen erklärt
werden müssen. Ein solcher Kulturbegriff
beruht auf einer Reihe von Scheinerklärun-
gen, welche die darunter liegenden sozialen
Realitäten eher zu- als aufdecken. Der Begriff
Kultur ist heutzutage instrumentalisiert, er
wird als Vorwand benutzt, um den Anderen,
den Fremden zurückzuweisen. Und dabei wird
ausgeblendet, dass Integrationsprobleme,
wenn es sie denn gibt, immer Probleme des
Aufnahmelandes sind. Denn alles spielt sich
in seiner Gesellschaft, nach den von ihm
bestimmten Regeln ab.*



Mit Engagement und Neugier

26

Wie beurteilen Migrantinnen und Migranten, die sich in der Schweiz einen Namen gemacht haben, Fragen der Integration? terra cognita hat einige dieser Prominenten gebeten, sich zu ihrer persönlichen Situation zu äussern und dazu Stellung zu nehmen, was es aus ihrer Sicht braucht, damit Integration gelingen kann.

terra cognita: Was bedeutet es für Sie, als Migrantin, als Migrant bzw. als Person mit einem Migrationshintergrund prominent zu sein?

■ Aliko Panayides: Gibt es in der Schweizer Politik ausser den Bundesräten überhaupt Prominente? Die direkte Demokratie zeichnet sich doch eigentlich dadurch aus, dass jeder Bürger und jede Bürgerin dieselben Bestimmungsrechte hat und somit alle gleich sind, eigentlich sogar die Bundesräte. Ich empfinde mich eigentlich nicht als prominent. In Zypern wäre das sicher anders.

■ Samir: Es ist befriedigend, dass ich nach jahrzehntelanger, harter Arbeit etwas erreicht habe, was mir aufgrund

meiner Herkunft lange Zeit unerreichbar schien. Andererseits ist es nicht befriedigend, nur auf diesen Status reduziert zu werden.

■ Werner De Schepper: Es ist Ansporn und Dankbarkeit zugleich. Es ist eine grosse Motivationsquelle, täglich beweisen zu können, dass man es in der Schweiz auch als Person fremden Ursprungs und damit automatisch ohne alteingesessenes Netzwerk zu etwas bringen kann. Zugleich ist es auch Dankbarkeit gegenüber der Schweiz, in der ich eine hervorragende Ausbildung geniessen und diese Karriere überhaupt machen durfte.

Fühlen Sie sich in der Schweiz integriert?

■ Aliko Panayides: Ja, sicher.

■ Samir: Heute schon.

■ Werner De Schepper: Absolut.

Glauben Sie, dass Sie für Ihre Landsleute oder gar für die Migrationsbevölkerung in der Schweiz eine Vorbildfunktion einnehmen? Im Sinne: «Der/die hat es geschafft, wir werden es auch schaffen.»

■ Aliko Panayides: Ich denke, ich konnte und kann noch heute mit meinem politischen Engagement bei der SVP

zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund bei der SVP willkommen sind und dass ein ausländischer Name nicht gleichbedeutend mit einem Engagement bei einer linken Partei sein muss. Zudem hoffe ich, insbesondere auch Frauen zu motivieren, sich an vorderster Front für bürgerliche Politik zu engagieren.

■ Samir: Ich hatte nie daran gedacht, eine Vorbildfunktion zu übernehmen, aber es lässt mich nicht unberührt, dass ich von jungen Migranten mit Respekt behandelt werde, weil sie um die Schwierigkeit wissen, sich in dieser Gesellschaft zu behaupten.

■ Werner De Schepper: Als Belgier wohl höchstens für EU-Bürger. Als Sohn eines ungelernten Bäckers vielleicht auch hin und wieder mal für andere.

Was würden Sie einem jungen Menschen ohne Schweizer Pass raten, der keine Lehrstelle findet?

■ Aliko Panayides: Viele Jugendliche mit Schweizer Pass teilen dieses Schicksal. Ich würde jedem jungen Menschen raten, so viel wie möglich zu lernen und danach zu streben, auf einem Gebiet, das ihm liegt, der oder die Beste zu werden. Heute wird niemandem mehr etwas geschenkt, denn wir müssen uns heute alle einer globalen Konkurrenz stellen. Gerade wir mit unseren ausländischen Wurzeln müssten das am besten wissen.

■ Samir: Sich nicht als Versager abstempeln lassen, weiter hart arbeiten, sich weiterbilden und wenn nötig eigene Ideen entwickeln, wie man seine Zukunft gestalten kann, notfalls auch ohne Lehrstelle.

■ Werner De Schepper: Eine Doppelstrategie. Einerseits: Vernetze Dich via Sportverein etc. Andererseits: Öffne Dich geografisch und auch inhaltlich. Auf der Lehrstellensuche muss man für Unbekanntes offen sein und für eine gute Lehrstelle halt auch mal das Elternhaus verlassen.

Aliko Panayides ist Tochter eines Zyprioten und einer Schweizerin und wuchs in der Stadt Bern auf. Heute ist sie stellvertretende Generalsekretärin der Schweizerischen Volkspartei SVP.

Samir, geboren in Bagdad, Irak, kam 1961 in die Schweiz. Er ist freischaffender Filmregisseur und Inhaber der Produktionsfirma «Dschoint Ventschr».

Werner De Schepper wurde als Sohn belgischer Eltern in Genf geboren und hat bis heute seinen belgischen Pass behalten. Er ist Chefredaktor des «Blick».

Quel regard les migrants qui se sont fait un nom dans notre pays portent-ils sur les questions concernant l'intégration? terra cognita a demandé à quelques personnalités marquantes de s'exprimer sur leur situation personnelle, puis de se prononcer sur ce qui est à leur avis nécessaire pour que l'intégration puisse être couronnée de succès. Malgré leurs histoires de vie très diverses, la réponse est relativement claire: il faut un engagement personnel et de la curiosité. Certes, il ne faut pas non plus négliger les conditions cadre. Savoir se faire accepter et avoir la possibilité de participer constituent des éléments tout aussi importants que les efforts individuels pour une intégration «réussie».

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Schweiz?

■ Aliko Panayides: Ich wünsche mir für die Schweiz, dass es uns trotz Globalisierung gelingt, den Wohlstand, der in so vielen Jahren harter und oft selbstloser Arbeit entstanden ist, zu erhalten.

■ Samir: Kurzfristig sollten von der offiziellen Schweiz mehr Anstrengungen gemacht werden, um mit Hilfe von Weiterbildungskursen die mögliche Ausgrenzung von Migrantenjugendlichen aufzufangen. Die Integration kann aber mittelfristig nur funktionieren, wenn auch auf der politischen Ebene die Einbürgerung als eine nationale Angelegenheit und nicht als Gemeindefache organisiert wird und wenn zusätzlich auf lokaler und kantonaler Ebene das passive und aktive Wahlrecht für Ausländer eingeführt wird. Damit gibt man den Ausländern ein klares Zeichen, dass sie als ein wichtiger Teil der Gesellschaft erwünscht sind, und damit können sie auch gesellschaftlich in die Pflicht genommen werden.

■ Werner De Schepper: Mehr Neugier im Land.

«Er kann assimiliert sein und trotzdem Olivenöl verwenden»

In seinem Buch «Vom Anderssein zur Assimilation» hat der damalige Vortsteher der Fremdenpolizei des Kantons Bern, Marc Virost, grundsätzliche Überlegungen zum Thema Assimilation angestellt und vor allem praktische Hinweise gegeben, wie denn die «Assimilationsreife» eines Einzelnen beurteilt werden kann. Das Buch erschien 1968 und erlaubt Einblicke in die damalige «Überfremdungsdebatte», die uns mal schmunzeln, mal schaudern lassen.

28 «Wir Schweizer wollen vielleicht nicht gern zugeben, dass Rassenmerkmale die Assimilation verhindern können. Ein Deutscher, ein Österreicher oder ein Franzose ist physiognomisch von uns so wenig verschieden, dass wir ihn ganz unbewusst schon äusserlich akzeptieren. Ein kleingewachsener, schwarzhaariger und krausköpfiger Kalabrese kann von uns nur schwerlich als zukünftiger Schweizer betrachtet werden. Er wird überdies diesen Zustand irgendwie spüren und sich deshalb wenig assimilieren, weil er auch möglicherweise erkennt, dass er sich stark von uns unterscheidet. Wir glauben, dass dieses psychologische Problem eine sehr grosse Bedeutung hat und auch der Grund dafür ist, dass sich so wenig Italiener einbürgern lassen wollen. Es gibt einfach sehr viele Typen von Italienern und Spaniern, die nicht mit einem Schweizer verwechselt werden können, was allerdings auch in der zweiten Generation der Fall sein wird. Wenn wir einmal einen Tibeter

oder Schwarzen einbürgern, so ist dies als Ausnahme ein «interessanter» Fall für unser Gewissen, der nicht besagen will, dass wir nie auf Rassenunterschiede sehen. Wir glauben, dass gewisse Typen nie bei uns aufgenommen werden können, weil sie die Bevölkerung instinktiv ablehnt, wie wenn es sich um Farbige handeln würde. Wir verhalten uns dann wie die Durchschnittsamerikaner, deren allgemeines Urteil einfach dahin geht: Neger sehen anders aus, folglich sind sie anders. Gewisse Parallelen mit der amerikanischen Einstellung gegenüber Japanern, Chinesen, Mexikanern und so weiter bestehen gewiss. Die Amerikaner akzeptieren Griechen und Italiener bald, weil sie gleich aussehen wie viele ihrer Vorfahren. Asiaten werden aber auch in späteren Generationen nicht voll genommen. Bei uns ist das Verhältnis ähnlich, so dass sogar ein Jugoslawe, der gleich aussieht wie wir, eigenartigerweise besser toleriert wird als der erwähnte Kalabrese.»

«Auf der Strasse, in der Öffentlichkeit, vermeiden wir Gruppen, Lärm, lautes Reden, Singen und die südländische Gestikulation. Wir verlangen, dass die Fenster beim Radiohören und Fernsehen geschlossen bleiben. Jeder Ausländer, der sich nicht an unsere Gewohnheiten hält, fällt als Fremder auf, sei es, dass er vehement mit seinen Landsleuten laut auf der Strasse spricht, Frauen insistierend anstarrt, in Gruppen ein Fussgängerhindernis darstellt, in der Nacht Kleinkinder auf den Armen hält oder auch nur, wenn er einen Stuhl vor das Haus trägt, um sich mit den andern zu unterhalten. Wenn Frauen auf der Strasse rauchen, so ist dies bei uns ungewohnt.»

«Wir möchten ganz allgemein, dass sich die Ausländer anständig, gut erzogen und zivilisiert verhalten, also nicht grölen, sich betrinken und Skandal erregen, im Kino nicht alles laut kommentieren und mit Esswaren Lärm erzeugen, am Fuss-

ballmatch oder Boxkampf keine Flaschen werfen, Frauen nicht belästigen, die Strassen und Wohnungen nicht verunreinigen, nicht respektlos sind, sich auch in Gruppen korrekt verhalten, im Tram oder Bus gesittet aufschliessen, vor Schaltern ruhig in der Reihe anstehen und nicht rauchen, wo dies verboten ist.»

«Ein Assimilationsmerkmal könnte darin liegen, dass ein Ausländer, der sich bei uns festsetzen will, mit der Zeit auf handwerkliche und vor allem individuelle Produkte angewiesen ist oder auf Spezialitäten und deshalb wie ein Schweizer zum Fachmann geht. Es ist eine typische Art vieler Ausländer, ihre Einkäufe körbewise ausschliesslich in Warenhäusern und bei Grossverteilern zu besorgen.»

«Können wir eine Kochkunst definieren, die für den Schweizer typisch ist? Kaum. Es wäre deshalb müssig, ein Eigenartsmerkmal entwickeln zu wollen, das der Ausländer zu übernehmen hätte. Wir können von ihm nicht verlangen, er habe ohne weiteres unsere Spezialitäten zu schätzen. Immerhin sollte er sie nicht ablehnen, ohne sie vorher versucht zu haben. Der anerzogene Geschmack und übernommene Aversionen können ohne Not nicht aufgegeben werden. Zu kaufen ist aber praktisch jedes ausländische Nahrungsmittel. Auch der Schweizer liebt nicht jede schweizerische Spezialität und wendet sich zu Hause wie im Restaurant oft ausländischen Gerichten zu. Die schnelle Güterverteilung trägt dazu bei, dass wir Erzeugnisse aus aller Welt bei uns finden. Überdies spielt das Klima eine gewisse Rolle, wie auch die Regelung der Arbeitszeit. Ein Vergleich ist schwierig. Die Entwicklung der Ernährungslehre ist so gross, dass heute kaum ein Durchschnitt erfasst werden kann. Ganz abgesehen davon, dass praktisch keine Möglichkeit besteht, die Ernährungsweise eines zivilisierten Ausländers zu überprüfen, darf unseres Erachtens bei der Bewertung der Assimilation nicht darauf abgestellt werden, welche Küche der Ausländer bevorzugt. Er kann assimiliert sein und trotzdem Olivenöl verwenden. Wir dürfen nicht verlangen, ein Ausländer soll statt Chianti oder Rioja wie wir französischen Wein oder Coca-Cola trinken. Wenn er aber Vogelfallen aufstellt, so bleibt er ein Fremder.»

«Bei der Freizeit sei nur darauf hingewiesen, dass für deren Verwendung keine Grenzen bestehen, doch sollte sie nicht für lukrative Arbeiten benützt werden, wie dies oft aus Gewinnstreben von Ausländern versucht wird. Es lässt sich kaum eine besondere schweizerische Freizeitbeschäftigung herauschälen, es sei denn, dass um neun Uhr abends niemand mehr auf den Strassen ist. Der Ausländer kann allerdings auffallen, wenn es ihn immer wieder für Stunden zum Bahnhof zieht oder wenn er ausschliesslich mit Landsleuten im «Centro» oder in der «Mission» verkehrt. Solange ein Ausländer nicht ebensoviel Kontakt mit Schweizern wie mit Landsleuten hat, solange ist er nicht auf dem Weg zur Assimilation. Ohne asozial zu sein, ist er vielleicht etwas kontaktarm, was seine Sache ist.

Er soll nur nicht mehr ausländischen Kontakt als schweizerischen haben, oder dann gar keinen. Die Assimilationsreife mit der Kontaktfähigkeit, mit den Beziehungen zu Schweizern gleichzusetzen, ist sicher eine heikle Frage. Dasselbe gilt für den Lesestoff, für Radio und Fernsehen. Unseres Erachtens kommt es viel mehr darauf an, ob zum Beispiel ein Italiener ausschliesslich italienische Fernsehsendungen oder Filme ansieht, nur italienische Zeitungen liest oder italienische Sender hört, und weniger darauf, ob er schweizerische Kommunikationsmittel benützt.»

«Es scheint uns, dass der Ausländer dann nicht mehr auffällt, wenn er seine eigene, mitgebrachte Mentalität aufgegeben hat. Mit andern Worten: er fällt nicht mehr auf, wenn er nicht mehr ein italienisches oder deutsches Verhalten hat und nicht, weil er plötzlich ein schweizerisches Verhalten an den Tag legt. Es wird deshalb nach einer gewissen Aufenthaltsdauer einen Zustand geben, bei welchem der Ausländer neutralisiert wird. Die Bindungen zu seiner Heimat sind verblasst, und er ist noch nicht in die neue Mentalität hineingewachsen. Er ist nicht mehr der typische Ausländer und noch nicht der typische Schweizer. Je nach Herkunft und Gefälle bei den Unterschieden wird dieser Zeitpunkt früher oder später oder überhaupt nie eintreten. Jemem, dem durch seine Erziehung, durch das Milieu, das Klima, die soziale Stellung, die Arbeit oder Arbeitslosigkeit eine besonders starke Eigenart eingepägt wurde und der nicht mehr jung und beweglich genug ist, um sich davon zu lösen, wird es schwerlich gelingen, diesen Zustand der Neutralisation zu erreichen. Ein anderer wird jedoch schon nach kurzer Zeit die mitgebrachte Mentalität über Bord werfen.

Wir vertreten deshalb die Ansicht, dass die Anpassung vorerst nicht gezielt ist, sondern in dem Sinne erfolgt, dass der Ausländer neutralisiert wird, weil er durch das Verstehen unserer Mentalität seine eigene Art aufgibt. Der bei uns arbeitende Ausländer hat eine gewisse Disposition hierzu, ansonst er eben seine Heimat nicht verlassen hätte. Erst wenn ihm dies wegen der Umstände gelungen ist, kann er sich weiter assimilieren und unsere Eigenart übernehmen, zuerst die Verhaltensweisen und später, ganz langsam, die innere Einstellung und vor allem die politische Überzeugung.»

Virot Marc, 1968, Vom Anderssein zur Assimilation. Merkmale zur Beurteilung der Assimilationsreife der Ausländer in der Schweiz. Bern: Verlag Paul Haupt.





Irena Brežná

Brief an meinen schwarzen Sohn

«Was für ein schöner Tag!»

Die Sonne stand im Zenit. Die Geburtswehen hatten schon im Morgengrauen angefangen. Ich wollte dich nicht hergeben. Ich meinte, du solltest noch an Kraft gewinnen, bevor dich die Welt kennenlernt. Ich sagte zu deinem Vater:

«Wir werden ihn zur Stärke erziehen.»

Ich glaubte dich schwach. Und er wandte ein:

«Er ist schon stark.»

Noch solltest du im Verborgenen leben, geschützt, namenlos und farblos. Noch waren wir nicht entlarvt. Noch war ich eine gewöhnliche, weisse, schwangere Frau. Noch hattest Du keine Farbe, noch warst du weiss. Alle Embryos sind weiss. Aber der gebieterrische Schmerz zog dich heraus, war deine Hebamme, er war rund, ein Feuerball. Er verschluckte mich, ich rollte mich gehorsam zusammen. Wir waren eins, der Schmerz und ich. Wir spuckten Schreie. Wir waren grell wie das Mittagslicht, das durch die Schneemassen tausendfach verstärkt in den Gebärsaal hereinschien. Ich entschloss mich, brach entzwei, und du glittest mühelos ins Freie hinaus. Draussen fing gerade ein Schneesturm an. In meine Haut strömte Milch. Ich glättete mich vor Glück. Das Ungeheure war geschehen. Dein Vater gab dir seinen Namen, ich gab dir einen nordischen Namen, taufte dich im Schnee, du schwarze Orchidee.

Im Sandkasten unter den Kastanienbäumen im Park gab es noch keine Rassenkriege, bloss Territorialkämpfe und Zornausbrüche über die Verletzung des Besitzrechts, bis dann diese pflichtbewusste Mutter kam, sich liebevoll zu ihrer zweijährigen Tochter neigte, mit dem Finger auf dich deutete und wie eine Führerin durch den botanischen Garten aufklärerisch sagte:

«Das hier, das ist ein Negerli.»

Über dem Sandkasten breitete sich Stille aus. Die Stille der Erkenntnis, des Innehaltens vor dem grossen Krieg.

Auch ich beugte mich zu dir vor, streckte den Finger aus und sagte:

«Das hier, das ist ein Käs-Schweizerli!»

Doch niemand hörte mich. Das war so eine kleinliche Rache, die ich in Gedanken beging, stundenlang später, zu Hause, nachts wachend über dir.

Die alten, gebrechlichen Frauen aus dem Quartier nennen dich ebenfalls «herziges Negerli». In ihrem ungebrochenen Kolonialgeist blieb als farbiger Fetzen nur noch die Kindergeschichte über die zehn kleinen Negerlein hängen. Wie herzig, wie bedrohlich diese Negerlein en masse! Zum Glück steuert die Geschichte in schnellem Tempo, in heiterem Erzählstil auf die Lösung der Urängste zu: Die fröhlichen Negerlein verenden eins nach dem anderen. Und dann, Jahrzehnte später, aus der Kinderstube ins Altersheim verlegt, purzelt auf einmal so ein Negerlein aus dem Kinderbuch direkt in einen Kaufhauswagen hinein, sitzt da und lacht wie ein Riesenfrosch mit grossem, grosszügigem Mund die alte Frau an. Sie kann nicht anders, sie geht auf dich zu, steht gebannt, entzückt vor dir.

Vorher warst du noch ein Kind, jetzt hat man dich zum Angehörigen einer Rasse degradiert, dich hinter dem Leuchten deiner Haut zum Verschwinden gebracht. Deine bräunlich-goldene Haut, getunkt im Mandelöl, blendet die Augen, stiftet Verwirrung. Wer kann sie nicht beachten? Wer kann ihr widerstehen?

Und der alten Frau, jener mit dem besonderen Erkenntnisdrang, der Intellektuellen des Quartiers, die uns mit ihrer Krücke auf der abschüssigen Strasse entgegenklopfte und in heller Freude über die eigene Welterfahrenheit fragte: «Ein Halbnegerli, nicht wahr?», der antwortete mein plötzliches Frösteln. Halb, halbbatzig, weder – noch?

Noch bist du ein fröhliches, herziges Negerlein. Wann wird dir der erste in Wut zurufen: «Sauneger, wo wagst du dich hin?» Wollen wir Kräfte sammeln, gewappnet sein gegen das, was auf uns noch zukommen wird, mein Sohn.

Kinderraub. Ein Wort, und du bist ein anderer, man reisst dich weg von mir, stösst dich mit aller Kraft hinaus. Ein Fremdkörper. Ich war bloss das Gefäss, in dem du gediehst. Wir waren nie vereint, denn: Die Haut blendet die Hirne. Die täglichen, farb-besessenen Gerichte fertigen Gutachten an über unseren Verwandtschaftsgrad. Der Mensch, ein farborientiertes Tier.

Meist, noch während sich die Frage im Kehlkopf der Leute unschlüssig wälzt, erkenne ich sie an ihrem dumpfen Geräusch,

und schon bin ich mit der Antwort da, die Gefälligkeit erweisend, in Eile, beflissen:

«Sein Vater, wissen Sie...»

«Ach, so ...»

Gott sei Dank gerettet, die Frage erstickt, die Schuld für die Haut auf den Vater abgeschoben, du bleibst mein.

Bei Überraschungsfragen:

«Sind Sie das Kindermädchen?» tripple ich schnell rückwärts, schaffe den richtigen Abstand zwischen dir und mir, fokussiere dich wie eine Fotografin durch die Linse. Sehen wir denn so verschieden aus? Ich will ein Foto von dir, das Ergebnis des unerbittlichen Kamerablicks, die andere Sicht. Denn in der ständigen Nähe mit dir ist mir dein Kükengeruch vertraut.

«Kam er aus deinem Bauch, oder hast du ihn gekauft?» fragte mich ein Mädchen.

Sie war in dem Alter, in dem sie noch stolz war, grün von gelb, blau von braun zu unterscheiden.

Der Kinderarzt fragte mild:

«Seit wann ist er schon bei Ihnen?»

Ich schaute ihn verwundert an.

«Sehen Sie die gewölbte Stirn nicht? Die hat er von mir.»

Er schwieg. Ich schaute dich wieder an und sah, was er sah. Nicht die Wölbung, sondern die Tönung. Ein Findelkind? Gefunden unter Gefahren der tropischen Zone, unterernährt, entrissen der Obhut der Affen, der Wölfin, ein Tarzan, ein Romulus und Remus auf schwarz?

In Gedanken meine Rettungsversuche: Noch weiss ich, wie der grosse Bauch mich besetzt hielt gleich einer hungrigen Armee, über mich donnernd hinwegrollte und eine Dehnung hinterliess. Zum Glück gab es den Schmerz des Verlassens. Dass ich es nicht vergesse, das, was unmöglich ist: Du wurdest in mir modelliert, damit du aussiehst wie aus Ton. Blitzschnell knöpfe ich die Bluse auf, du ziehst die Brüste hinab, kneifst mich vor Ungeduld, trinkst die Milch deiner weissen Mutter. Mein Bauch ist dein Bauch, mein Busen ist dein Busen. Gedrängt in die Defensive besinne ich mich auf unsere Blutsbande. Und doch will ich es nicht. Über den Bauch hinaus will ich dich lieben. (...)

Verantwortungslos nannte man mich, als ich dich wollte.

«Die Haut ...er wird leiden, du bist egoistisch...»

«Du wirst nichts verändern», sagten sie und meinten damit, sie scheuten die Anstrengung, ihre verklebten Hirne zu lösen.

Als der Bauch noch nicht zu sehen war, redete man mir zu:

«Noch ist Zeit. Es ist jetzt passiert, schon gut. Wir wollen dir ja verzeihen. Doch besinne dich jetzt, nimm Vernunft an! Du wirst

die Achtung vieler verlieren! Wozu mit einem Schwarzen? Als ob es nicht genug weisse Männer gäbe!»

Das Bündnis mit einer anderen Rasse, ein Malheur, ein leichtsinniger Ferienausrunder. (...)

Eine muffige, voll gestopfte Altwohnung mit zwei verlassenen Frauen darin, die dich hüten wollen: Mutter und Tochter. Das einzige entfernt an einen Mann erinnernde Wesen ist ihr kleiner Kläffhund – ein Eunuch. Unser Erscheinen bringt sie in Verlegenheit, sprengt gefährlich die gemütliche Enge.

«Sind sie etwa die Mutter?»

Die gewagte Frage stellt die Tochter. Sie trägt eine dunkle Brille. Die Mutter hinkt. Ich ahne das Unglück, doch ich lache, als wäre es der Anfang eines fröhlichen Beisammenseins.

«Sein Vater ist Afrikaner.»

Und schon rudern sie abwehrend mit vielen Armen und sagen das Gegenteil: «Das macht gar nichts! Wir mögen alle Kinder.»

Hüte dich, mein Sohn, vor Tarnungen. Die zeitgenössischen Rassisten haben eine Untergründlichkeit. Ans Licht gekrochen, verstecken sie sich hinter der Verneinung: «Ich bin kein Rassist, ich mag alle Menschen», doch bald folgt das Wörtchen «aber», das die entscheidende Wende einleitet, von dem dein Schicksal abhängen könnte. Die Allermenschenbrüderlichkeit ist bloss die Demonstration der Stärke, hinter der ein zittriges Tier hockt. Sein Bellen ist meist von schlechtem Geschmack, manchmal wirkt es kultiviert.

Du bringst sie zum Brodeln, du bist ihre Prüfung, du bist der Barometer ihrer Gesundheit. Dein Gegenüber sackt in seine tiefsten Schichten ab und fühlt, wie sein Tumor wächst. Der Rassismus ist eine Gewebekrankheit. Verflucht, eingezwängt ist dein Gegenüber, ein Beamter, der bei deinem Anblick am liebsten sein Büro noch vor der Pensionierung verlassen möchte, der den Internationalismus beschwört, der von der Weite spricht, die ihn ausser Atem bringt. Und dann, erschöpft, lenkt er ein. Der so genannte Wirklichkeitssinn überkommt ihn. Nach dem «aber» prasselt es Einschränkungen, sogenannte bewiesene Unterschiede, Argumente gegen den Ausbruch aus dem doppelt, dreifach versicherten Büro.

«Ich war einmal sogar mit einem Schwarzen befreundet.»

Während sie von der Ausnahme daherplappern, meinen sie, du solltest mit dem Kopf vor Dankbarkeit nicken, dafür dass sie dich mit ihrem uneigenen Grossmut, das Törlein ihres Käfigs mühselig einen Spalt öffnend, ausnahmsweise zu sich, in die Menschheit aufnehmen wollen. Still stehen! Keine heftige, freimütige Bewegung! Bleibe das hölzerne arme Negerlein, aufgestellt im sauberen Gang der Sonntagsschule, das bei den Münzengaben vorprogrammiert mit seinem Köpfchen wackelt. Denn die Undankbaren, die Beweglichen werden als erste liquidiert.

«Wir mögen alle Menschen, alle Kinder...»

Bewahre den Abstand, mein Sohn, aber flüchte nicht. Betaste den Tumor, lerne ihn kennen. Er ist auch in dir.

Aus «Karibischer Ball». Erzählungen und Reportagen, Zürich-Dortmund 1991, 131-149. Der Wiederabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des eFeF-Verlages. Die mit (...) gekennzeichneten Stellen sind Auslassungen gegenüber der Originalfassung.

Irena Brežná ist Schriftstellerin, Publizistin, Slawistin und Psychologin. Ihre Bücher verbinden West und Ost, schwarz und weiss, krank und gesund, Krieg und Frieden. Die Autorin stammt aus der Slowakei und ist in vielen Kulturen beheimatet.

Un concept sociologique en politique migratoire

La question de l'«intégration» des migrants et de leurs descendants ne se pose en Europe que depuis les années 1970. C'est à partir de là que le travail ne suffit plus pour accéder à la reconnaissance sociale et que la société se pluralise. Depuis lors, les identités sont interrogées sur leur compatibilité à vivre ensemble. Parallèlement, le travail se détache de l'identité et devient une source fondamentale, mais uniquement matérielle.

lien social basées sur une «solidarité mécanique» ou des rapports communautaires (Tönnies 1887). Cette société en miettes sera décodée de manière plus optimiste à partir de Simmel seulement (la ville de l'indifférence qui crée l'innovation par la liberté qu'elle génère; Simmel 1900) et notamment Parsons qui normalise l'idée d'une société différenciée, qui ne s'intègre pas, qui ne pourra plus s'intégrer (Parsons 1937). Enfin, dans une simplification – et synthèse – éclairante, Lockwood reconnaît dans la différenciation entre le monde des fonctionnalités et le monde des valeurs une distinction théorique qui va permettre une lecture plus spécifique des dynamiques d'intégration à nos sociétés (Lockwood 1964). En effet, par la simple distinction entre une intégration dans des systèmes fonctionnels et une intégration dans le monde du social (*systemic and social integration*), Lockwood permet de comprendre l'histoire de l'intégration des migrations modernes. C'est au travers de cette clé de lecture que nous allons parcourir l'évolution de ce concept.

34

L'idée d'intégration à la société tourmentait déjà les premiers sociologues de la modernité. Durkheim et Weber étaient conscients de l'impossibilité de penser la société moderne en termes unitaires, tout en le regrettant. Le projet de la modernité, entamé depuis les Lumières (reposant sur la construction de la démocratie) et qui a eu comme corollaire la gestion rationnelle de la société et de son environnement (processus défini par la notion de modernisation), a produit une société froide, une solidarité indirecte ou, comme Durkheim l'exprime, «organique» (Durkheim 1930). Cette évolution a ébranlé les anciens fondements de fabrication de l'être en société et des possibilités du

Le travail qui intègre – migrations dans le contexte fordiste

Jusque dans les années 1960, la migration était essentiellement caractérisée par un mouvement des régions agricoles vers les zones industrielles. Le travail était le vecteur d'intégration systémique et sociale dans une société fondée sur un modèle culturel d'hégémonie industrielle, à savoir une surdétermination économique sur les autres sphères de la société produisant des valeurs de référence uniformes, sans ambivalence. En étant

simplement ponctuel et fiable, fidèle à l'entreprise et au modèle capitaliste fordiste, tout semblait être acquis: la dignité sociale et le pain quotidien. La reconnaissance passant par l'utilité économique, il n'est pas surprenant que, dans cette période migratoire de l'après-guerre, l'analyse des migrations évoque une lente «acculturation», un sacrifice de la première génération pour le compte de la deuxième (Hoffmann-Nowotny 1970). Politiquement, cette analyse se traduisait par la demande d'assimilation à la culture locale – qui n'était rien d'autre que l'uniformité de la société industrielle fordiste. D'une certaine manière, cette acculturation du paysan au travailleur industriel n'avait rien d'exceptionnel, mais reflétait un passage que les pays d'immigration avaient tout simplement dû faire à leur tour, quelques années plus tôt (Braun 1970).

La crise du fordisme et l'espoir multiculturel

Le vieux modèle fordiste entre en crise à la fin des années 1960. Une critique du modèle uniformisant qui tue l'innovation économique et les identités hors normes est formulée. A la place de l'hégémonie culturelle du modèle industriel se déploie une société qui fait de la différence une valeur primordiale: à la place de l'économie intégrative industrielle se crée une économie globalisée, déresponsabilisée, des services et de l'innovation accélérée, flexible dans sa transformation et dans ses conditions d'emploi.

La migration de l'après-guerre sort perdante de cette transformation. Elle est au chômage, empêtrée dans des projets difficiles de retour et dans une crise identitaire par rapport à ce qu'elle était devenue: une main-d'œuvre fiable, ponctuelle, homogène, mais peu flexible, faisant partie de ce taux de chômage structurel incompressible et que l'économie flexibilisée tolère. La population migrante des années 1970 – la première génération de migrations fordistes – symbolise par excellence les «surnuméraires» décrits par Castel (Castel 1995), trop âgée pour justifier un investissement dans sa formation. L'économie ne l'inclut plus et surtout ne s'occupe plus de l'intégration sociale. Le découplage entre intégration systémique et intégration sociale se fait définitivement dans les années 1970 avec l'entrée dans une société plurielle.

Non seulement les analyses en sciences sociales de ces années-là mettent le doigt sur la fin d'un modèle d'inclusion par le travail (Van Amersfoort et al. 1984). Mais en plus, au niveau politique, on se rend compte que l'idée d'assimilation ne correspond plus à la société pluralisée qui s'installe. Dès lors, une politique d'intégration devient nécessaire. Cette politique naît surtout en

opposition au référentiel assimilationniste des années précédentes, basé sur les valeurs de l'industrialisation, mais aussi en raison d'une déresponsabilisation croissante de l'économie à l'égard de ses employés, qu'ils soient migrants ou non.

Qu'entend-on par «intégration» à partir des années 1970? Les mots clés formulés alors indiquent l'idée d'une société qui doit se construire par l'échange et le mélange des identités. La personne étrangère ne doit plus devenir comme l'autochtone, mais doit avoir la possibilité de préserver son identité d'origine. Sur le plan politique, une vision naïve de société multiculturelle fait son chemin. Sur le plan scientifique, le discours prônant le multiculturalisme et le métissage se poursuit, en mettant en avant la dynamique sociétale (Amselle 1990).

Le «flexibilisme» et l'intégration à une société plurielle

L'idée d'une intégration sur le mode du métissage ne s'avère pas viable. D'une part, la vision multiculturaliste a plutôt tendance à diviser qu'à favoriser la cohésion, en préservant ou en renforçant même les identités ethniques. D'autre part, l'accélération de la pluralisation à partir des années 1980 et l'aboutissement d'une économie flexibilisée remettent la question de la cohésion sociétale et identitaire dans les mains des individus. Cette individualisation et cette flexibilisation entraînent deux effets. D'une part, elles poussent l'individu, désécurisé et aspirant à la stabilité, au repli identitaire, empêchant tout métissage. D'autre part, elles amènent l'individu en position de stabilité sociale et économique à jouer avec tout ce que la nouvelle société peut offrir d'options identitaires supplémentaires, au-delà de l'identité culturelle. Une société non pas multiculturelle, mais pluri-culturelle se prépare.

Dans cette nouvelle société, la question de l'intégration systémique et sociale se pose de manière nouvelle. Au niveau de la régulation sociale se pose non seulement la viabilité financière de l'Etat providence, mais aussi sa capacité «à produire la société plutôt que de solidariser une société de producteurs» (Donzelot 1996: 68). Un nombre croissant de «surnuméraires» apparaissent alors et une société en mal d'intégration, non seulement de ses migrants, mais de tous les «inutiles», comme en témoigne la littérature abondante autour de la notion d'exclusion (voir notamment Paugam 1996). Au niveau des individus, le marché compétitif demande des personnes «sans opinions», mais avec une personnalité (comme le souligne aussi Sennett 1998). Il faut être différent et adaptable, engagé, mais sans avis: le conformisme est stigmatisé, il faut être reconnaissable. Cette individualisation relativise le rôle des anciennes instances de

communautarisation qu'étaient l'Eglise et le syndicat: la religion est confinée à la spiritualité, la négociation salariale dépendante des seules ressources individuelles.

A la place de ces instances traditionnelles, de nouvelles formes de communautarisation s'installent, constituées dans le désordre et relativement faibles dans leur capacité à ancrer des identités. Dans cette société, l'identité issue de la première socialisation devient un bien primordial pour la survie dans la mutation permanente du monde moderne. Cela demande une base identitaire stable (Bauman 2000). Et, pour vivre ensemble, il est nécessaire de connaître les règles politiques qu'impliquent le jeu démocratique du pluralisme, ainsi que les règles économiques du marché globalisé.

Quel projet d'intégration émerge de cette transformation? Un individu capable de s'autocensurer dans ses comportements (à l'image du processus de civilisation décrit par Elias 1976), refermé sur une identité primaire pour lui permettre de surfer sur les vagues de la société sans limites. Le migrant est dans ce jeu doublement défié. En représentant la pointe de la mobilité qui normalise le nomadisme, il doit développer une identité déterritorialisée (Faist 1995). Dans le même temps, à la recherche d'une intégration économique, il doit connaître les règles des territoires sur lesquels il se trouve: la langue de travail, le fonctionnement des institutions, des systèmes de santé ou d'éducation par exemple (ce que Brubaker appelle «assimilation», en soulignant l'importance de l'aspect fonctionnel; Brubaker 2001; voir aussi Cattacin 2006).

L'intégrer socialement ne peut plus se faire par des adaptations identitaires. Au contraire, affaiblir l'identité du migrant le mettrait dans un état anémique de perte d'orientation et de repères. Le passage nécessaire est la stabilisation hors territoire – «hors-sol» comme l'imaginait une scène lors de l'expo02 – d'une identité primaire pour permettre ce pas de plus vers d'autres communautés. L'intégration systémique par contre reste sou-

mise à la logique d'apprentissage des règles du jeu, que ce soient les lois du lieu (intégration politique et civique) ou les langues indispensables à l'intégration économique.

Quelle politique, quelle analyse de l'intégration?

Dans nos sociétés, l'intégration sociale et systémique prend donc une nouvelle forme et ne pourra pas se baser sur l'idée d'assimilation culturelle ou encore de multiculturalisme. Nous faisons face à une société qui demande à l'individu une capacité aigüe d'autocontrôle. Mais elle doit donner à l'individu la possibilité de s'insérer socialement, pour exister du point de vue identitaire, et économiquement, pour la survie matérielle. Dans la réflexion en sciences sociales, deux pistes complémentaires se sont ouvertes ces dernières années pour appréhender ces défis. D'un côté, un débat sur la reconnaissance des différences dans une société pluralisée (initié par Taylor 1992 et Honneth 1994) qui met en-exergue l'importance d'être accepté pour exister; de l'autre côté, la discussion autour des limites de l'Etat social tout puissant pour résoudre les problèmes d'iniquité dans une société et le développement d'une perspective de chances à divers niveaux, de citoyennetés à divers rythmes (initié par Sen 1992). Ces deux approches sont complémentaires dans le sens qu'elles se combinent dans l'idée d'une société des différences respectées et celle des égalités de chances entre personnes de position similaire.

Pratiquement interprétées, ces réflexions nous conduisent à une politique d'intégration qui œuvre pour une participation à la vie sociale et politique, sans *a priori* culturel, mais sur la base d'un apprentissage du respect (de la reconnaissance) de la différence qui va au-delà d'une simple tolérance ou connaissance de l'autre. Cette politique ne peut en aucun cas se borner à l'intégration sociale, créatrice d'identité stable, mais pas de société. Il faut en même temps contribuer, notamment par une politique anti-discriminatoire, à une ouverture systématique de l'accès aux positions économiques et politiques de l'autre en général (altérité en termes de genre, d'appartenance, d'identité). Cette politique ne peut se réaliser si elle ne repose pas sur une vision d'une société dans laquelle l'ascension sociale est possible et reste le moteur, voire le rêve, qui motive tout le monde, du clandestin au réfugié, de l'ouvrier à l'employé de banque, à participer à sa construction.

Sandro Cattacin, professeur, et Milena Chimienti, chargée d'enseignement, sont membres du Département de sociologie de l'Université de Genève, notamment spécialisés dans l'analyse des dynamiques d'inclusion et d'exclusion des populations marginales.

Bibliographie

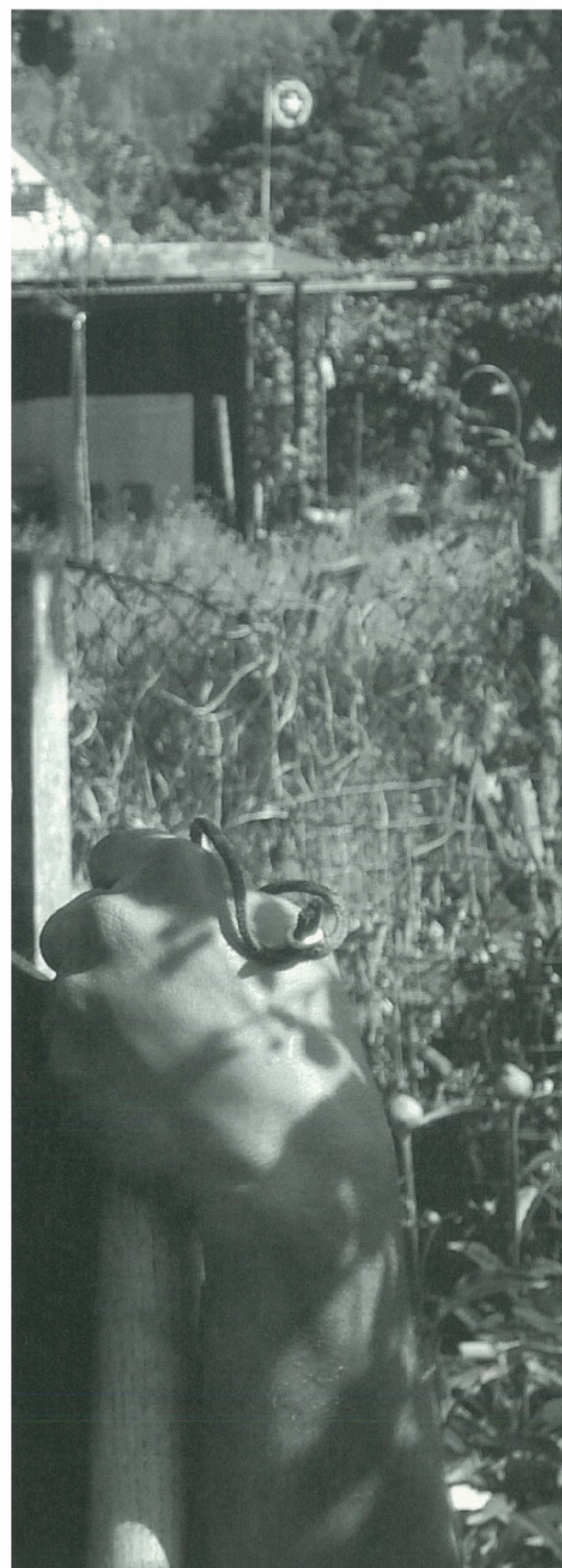
- Amselle, Jean-Loup, 1990, Logiques métisses: anthropologie de l'identité en Afrique et ailleurs. Paris: Payot.
- Bauman, Zygmunt, 2000, Liquid Modernity. Cambridge: Polity Press.
- Braun, Rudolf, 1970, Sozio-kulturelle Probleme der Eingliederung italienischer Arbeitskräfte in der Schweiz. Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch Verlag.
- Brubaker, Rogers, 2001, The return of assimilation? Changing perspectives on immigration and its sequels in France, Germany, and the United States. *Ethnic and Racial Studies* 24(4): 531–548.
- Castel, Robert, 1995, Les métamorphoses de la question sociale. Une chronologie du salariat. Paris: Fayard.
- Cattacin, Sandro, 2006, Migration und differenzierte Citizenship: Zur Post-Amerikanisierung Europas. Kommission für Migrations- und Integrationsforschung; KMI Working Paper Series; Working Paper Nr: 8. Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Donzelot, Jacques, 1996, L'avenir du social. *Esprit* mars: 58–81.
- Durkheim, Emile, 1986 (1930). De la division du travail social. Paris: PUF.
- Elias, Norbert, 1976, Über den Prozess der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, 2 Bände. Frankfurt M.: Suhrkamp.
- Faist, Thomas, 1995, Social citizenship for whom? Young Turks in Germany and Mexican Americans in the United States. Aldershot: Avebury.
- Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim, 1970, Migration: ein Beitrag zu einer soziologischen Erklärung. Stuttgart: F. Enke.
- Honneth, Axel, 1994, Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte. Frankfurt M.: Suhrkamp.
- Lockwood, David, 1992 (1964), Social Integration and System Integration. In: Lockwood, David (ed.). Solidarity and Schism. The Problem of «Disorder» in Durkheimian and Marxist Sociology. Oxford: Oxford University Press, 399–412.
- Paugam, Serge (éd.), 1996, L'exclusion, l'état des savoirs. Paris: Ed. La Découverte.
- Parsons, Talcott, 1961 (1937), The Structure of Social Action. Glencoe Ill.: Free Press.
- Sen, Amartya Kumar, 1992, Inequality reexamined. New York; Cambridge, Mass.: Russell Sage Foundation; Harvard University Press.
- Sennett, Richard, 1998, The corrosion of character: the personal consequences of work in the new capitalism. New York: Norton.
- Simmel, Georg, 2001 (1900), Philosophie des Geldes. Frankfurt: Suhrkamp.
- Taylor, Charles, 1992, Multiculturalism and «The Politics of Recognition». Princeton: Princeton University Press.
- Tönnies, Ferdinand, 1968 (1887), Gemeinschaft und Gesellschaft. Grundbegriffe der reinen Soziologie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Van Amersfoort, Hans, Philip Muus and Rinus Penninx, 1984, International migration, the economic crisis and the state: an analysis of Mediterranean migration to Western Europe. *Ethnic and racial studies* 7(2): 238–268.

Ein soziologisches Konzept in der Migrationspolitik

Das Konzept der Integration beschäftigte schon früh die grossen soziologischen Denker wie Tönnies, Simmel, Durkheim und Parsons. Sie setzten sich mit der Frage auseinander, wie die verschiedenen Teile einer Gesellschaft sich in einem Ganzen zusammenfügen (lassen) und was dies für das einzelne Individuum bedeutet. Lockwood unterschied als erster «systemische» und «soziale» Integration und legte damit den Grundstein für das Verständnis, wie in modernen Gesellschaften, die mit Migration konfrontiert sind, die Integration neuer Gruppen analysiert werden kann.

Der Überblick über die seit den 1970-er Jahren diskutierten Ansätze zeigt auf, wie stark die Veränderung der ökonomischen Verhältnisse in den Industriegesellschaften und dem damit einhergehenden Wandel der Arbeitsbedingungen Diskussionen in Bezug auf Integration beeinflusst. Galt noch bis in die 1960-er und 1970-er Jahre jemand als integriert, wenn er oder sie im Arbeitsprozess aktiv war, verlagerte sich der Fokus in den letzten zwanzig Jahren auf Fragen der sozialen und kulturellen Integration. Die Autoren plädieren dafür, ein Gesellschaftsmodell zu entwickeln, das eine systematische Öffnung aller gesellschaftlichen Bereiche für Migrantinnen und Migranten in diesem Land vorsieht.





Grund als Katalysator

Integration ist ein Prozess, der im Grunde genommen nicht mehr – aber auch nicht weniger – als den goldenen Mittelweg zwischen der persönlichen Autonomie und Freiheit und der Beachtung der grundlegenden Werte des Staates und der Gesamtgesellschaft sucht. Katalysator eines solchen Prozesses sind die Grundrechte, die den Integrationsprozess je nach Sphäre unterschiedlich begleiten und unterstützen.

Integration als Eingliederung in ein grösseres Ganzes ist ein vielschichtiger und facettenreicher Begriff, der heute als Schlagwort in einer Vielzahl von Kontexten und Situationen verwendet wird, so auch im schweizerischen Ausländerrecht. Dieses verwendet den Begriff der Integration dabei in zwei zwar unterschiedlichen, aber freilich miteinander in Zusammenhang stehenden Bedeutungen:

■ Integration ist einerseits ein Zustand, an den bestimmte Rechtsfolgen geknüpft werden: So kann etwa nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizerischen Bürgerrechtes (BüG) grundsätzlich nur

eingebürgert werden, wer «in die schweizerischen Verhältnisse eingegliedert» bzw. mit den «schweizerischen Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuchen vertraut ist». Wer hingegen mit seinem «Verhalten im allgemeinen und seine[n] Handlungen darauf schliessen lässt, dass er nicht gewillt oder nicht fähig ist, sich in die im Gaststaat geltende Ordnung einzufügen», kann nach den Bestimmungen des noch geltenden Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) aus der Schweiz ausgewiesen werden.

■ Integration ist andererseits aber auch ein Prozess, eine Aufgabe, die – so die aktuelle Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) – «von der Gesellschaft und den eidgenössischen, kantonalen, kommunalen und lokalen Behörden zusammen mit den Ausländerorganisationen wahrzunehmen ist».

Zusammenleben in Achtung und Toleranz

Der Begriff «Integration» stammt ursprünglich aus der Soziologie und bezeichnet sowohl einen gesellschaftlichen Prozess als auch ein gesellschaftliches Ziel (Bianchi 2003):

■ Integration ist einerseits die Eingliederung, insbesondere Akzeptanz von Individuen in einer Gruppe oder einem übergeordneten Ganzen. Dieser Prozess der sozialen Integration betrifft daher die Einbettung des Einzelnen in den gesellschaftlichen Gesamtrahmen.

rechte der Integration

■ Zum anderen umreisst Integration aber auch das Ziel einer stabilen, gleichgewichtigen Kooperation von Einzelnen in einem System. Durch die Einbindung in und Beteiligung von Individuen an einem System strebt die systemische Integration als Konfliktlösungsmechanismus ein stabiles gesellschaftliches System an. So hält auch das neue Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) fest, dass das Ziel der Integration ein «Zusammenleben der einheimischen und ausländischen Wohnbevölkerung auf der Grundlage der Werte der Bundesverfassung und gegenseitiger Achtung und Toleranz» ist und damit «längerfristig und rechtmässig anwesenden Ausländerinnen und Ausländern ermöglichen [soll], am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft teilzuhaben».

Integration von Migrantinnen und Migranten meint beide Aspekte dieses soziologischen Integrationsbegriffes, geht es doch um deren dauerhafte Eingliederung in Bevölkerung, Staat und Gesellschaft der Schweiz. Integration verfolgt das Ziel eines durch gegenseitige Achtung und Toleranz geprägten Zusammenlebens von Schweizerinnen und Schweizern mit Migrantinnen und Migranten. Sie bezweckt daher weder die Assimilation, d.h. die totale Aufgabe eigener Traditionen und Werte durch Migrantinnen und Migranten, noch den Multikulturalismus, d.h. die absolute und uneingeschränkte Toleranz fremder Traditionen und Werte durch die schweizerische Mehrheitsgesellschaft. Vielmehr soll auf der Grundlage demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien ein möglichst konfliktfreies Zusammenleben und ein chancengleicher Zugang zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen erreicht werden. So verstan-

dene Integration ist ein gegenseitiger Prozess, der von Seiten der Migrantinnen und Migranten die Bereitschaft zur Integration und von Seiten der Schweizerinnen und Schweizer Offenheit voraussetzt. Dem Ziel der Integration ist somit weder durch völlige Gleichmacherei noch durch völlige Freiheit gedient. Vielmehr ist der goldene Mittelweg zwischen diesen beiden Extremen zu suchen. Kulturelle Vielfalt ist ein wesentliches Element jeder freiheitlichen Ordnung, kann aber ohne die Berücksichtigung fundamentaler demokratischer und rechtsstaatlicher Prinzipien nicht erreicht werden. Mit anderen Worten: Integration sucht das Gleichgewicht zwischen grösstmöglicher Freiheit und Beachtung der fundamentalen Aspekte des demokratischen Rechtsstaates.

Die Rolle der Grundrechte

Soweit, so gut. Aber wie soll dieses Ziel erreicht werden? Welche Instrumente und Mittel stehen hierfür zur Verfügung? Selbst wenn Integration eine Aufgabe aller gesellschaftlichen Kreise ist, so müssen Impulse, Anstösse sowie die Unterstützung des Integrationsprozesses vom Staat ausgehen. Integration kann zwar nicht staatlich verordnet werden, der Staat kann aber sehr wohl den Prozess der Integration unterstützen und fördern. Dabei ist nicht nur an die finanzielle Unterstützung von Integrationsförderungsprojekten zu denken, sondern insbesondere auch an die Schaffung eines Rahmens, der Integrationsprozessen förderlich ist. Es liegt am Staat, ein für die Erreichung der Ziele von Integration förderliches Umfeld zu schaffen. Wichtige Instrumente hierbei sind die Grundrechte: Sie ermöglichen es, so-

wohl die Ausgrenzung und Marginalisierung von Minderheiten zu verhindern, als auch zur Erreichung jenes Mindestmasses an innerem Zusammenhalt von Staat und Gesamtgesellschaft beizutragen, das für deren langfristiges Überleben notwendig ist.

Dieser Balanceakt kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn die Grundrechtspraxis sowohl die Autonomieversprechen der Grundrechte als auch die Herausforderung der Integration von Minderheiten in die verschiedenen Bereiche und Handlungsfelder unserer Gesellschaft ernst nimmt. Dies bedingt, dass nicht sämtliche Sachverhalte über den gleichen Leisten geschlagen werden. Vielmehr müssen verschiedene Konstellationen oder Sphären unterschieden werden, denn die Träger – oder besser: die Akteure – integrativer Anstrengungen unterscheiden sich je nach Konstellation. In Anlehnung an die Arbeiten von Walter Kälin (Kälin 2000, 2002) ist zwischen drei Sphären – die staatliche, die öffentliche und die private Sphäre – zu unterscheiden:

■ In der *staatlichen Sphäre*, d.h. dort, wo der Staat direkt Herrschaft und Macht über das einzelne Individuum ausübt – z.B. in Verwaltungs-, Straf- oder Gerichtsverfahren –, werden die Integrationsanliegen dadurch gefördert und unterstützt, dass sich der Staat bzw. die staatlichen Behörden jeglicher Willkür und desintegrativ wirkender Unterscheidungen und Diskriminierungen enthalten. Würde der Staat zum Beispiel von in der Schweiz lebenden ausländischen Staatsangehörigen wesentlich höhere Prozesskostenvorschüsse verlangen als von Schweizer Staatsangehörigen, würde damit signalisiert, dass in der Schweiz lebende Ausländerinnen und Ausländer nicht das gleiche Recht auf Zugang zu einem Gericht haben, da sie nicht in gleicher Weise zur Gemeinschaft gehören wie Schweizer Staatsangehörige. Ein solches Signal liefe den Zielen von Integration – ein konfliktfreies Zusammenleben und ein chancengleicher Zugang zu den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ressourcen – diametral zuwider. Der Staat muss daher rechtsgleich – d.h. er muss gleiche Situationen gleich behandeln und

unterschiedliche Situationen unterschiedlich regeln – und ohne jegliche Diskriminierung handeln. Rechtsgleichheit und Diskriminierungsverbot stellen in der staatlichen Sphäre bedeutende Integrationskatalysatoren dar.

■ Die *öffentliche Sphäre* umfasst all jene Situationen gesellschaftlicher Aktivität, in denen die Einzelnen in der Öffentlichkeit miteinander in Kontakt treten. Träger der Integrationsbemühungen ist in dieser Sphäre nicht der Staat, sondern jeder Einzelne; hier wird von jedem Einzelnen primär Toleranz und Offenheit verlangt und erwartet. In dieser Sphäre ist der Staat nicht mehr Akteur, sondern vielmehr neutraler Schiedsrichter und Förderer der Beziehungen zwischen den Einzelnen. Er schafft Freiräume und garantiert diese gegen Anliegen der Mehrheit: Nur weil das Tragen eines religiösen Zeichens für die Mehrheit ungewöhnlich, gewöhnungsbedürftig oder gar provokativ ist, darf der Staat sich die Ansichten der Mehrheit nicht zu eigen machen und das Tragen religiöser Kennzeichen verbieten. Toleranz und Offenheit verlangen von jedem Menschen, dass er sein Gegenüber so akzeptiert, wie er oder sie ist. Das ist letztlich auch das Ziel von Integration. Der Staat darf und muss somit erst dort eingreifen, wo unvereinbare Interessenkollisionen bestehen, die ohne Schaffung eines Ausgleiches zu desintegrativen Tendenzen führen könnten. Dies ist z.B. der Fall, wenn Lehrkräfte religiöse Zeichen tragen und dieser Ausfluss der Religionsfreiheit mit dem Anspruch auf neutralen Unterricht kollidiert.

■ Die *private Sphäre* umfasst schliesslich jene Bereiche zwischenmenschlicher Beziehungen, von denen die Öffentlichkeit weitgehend ausgeschlossen ist und in der die Kontakte der Einzelnen durch Intimität und Vertrauen geschützt sind. Im Vordergrund steht hier das Stichwort der Autonomie. Der Staat fördert die Integration, indem er weitgehende Autonomie gewährleistet und grundsätzlich nicht einschränkend oder regulierend eingreift. Was jemand im privaten Kreis tut oder denkt, wie er oder sie sich im Kreise der Familie kleidet etc., ist gesellschaftlichen und staatlichen Einflüssen weitgehend entzogen. Dieses Autonomieversprechen fördert die Integration, denn der Einzelne kann seine kulturelle, religiöse und soziale Identität im Umfeld der Gesellschaft wahren. Freilich ist diese Autonomie nicht grenzenlos und absolut geschützt: Wo zentrale Anliegen eines demokratischen Rechtsstaates über Bord geworfen werden, muss der Staat sehr wohl Schranken setzen. Autonomie und Toleranz sind fehl am Platz, wenn es z.B. um Zwangsheiraten oder weibliche Genitalverstümmelung geht. In diesen Situationen muss der Staat unter dem Aspekt des Schutzes und der Förderung der Integrationsziele eingreifen. Denn die Beachtung eines Satzes fundamentaler rechtsstaatlicher und demokratischer Prinzipien ist die Basis eines konfliktfreien Zusammenlebens «auf der Grundlage der Werte der Bundesverfassung und gegenseitiger Achtung und Toleranz».

Martina Caroni hat in Bern und Yale (USA) Rechtswissenschaften studiert und ist seit 2002 Assistenzprofessorin für öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Luzern. Sie ist Präsidentin der Kantonalen Kommission für Ausländer- und Integrationspolitik des Kantons Luzern.

Auf dem goldenen Mittelweg

Integration kann nicht staatlich verordnet werden; Integration ist vielmehr ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, der von allen Individuen – Ausländerinnen und Ausländern ebenso wie Schweizerinnen und Schweizern – Offenheit, Toleranz und auch eine gute Portion Selbstkritik verlangt. Ebenso wenig wie der Staat Integration per Gesetz anordnen kann, darf und kann er diesen Prozess aber allein den gesellschaftlichen Kräften überlassen. Er hat vielmehr die Aufgabe, ihn mit den ihm zur Verfügung stehenden Instrumenten im Interesse der Gesamtgesellschaft zu fördern. Eines dieser Werkzeuge sind die Grundrechte, mit denen er jenen goldenen Mittelweg zwischen Autonomie und Freiheit einerseits und Beachtung der fundamentalen Aspekte des demokratischen Rechtsstaates andererseits zu beschreiten hat, der für einen erfolgreichen Integrationsprozess notwendig ist. Dass er dabei nach Situation unterschiedlich vorzugehen hat, wurde bereits ausgeführt: Während der Staat zu Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung verpflichtet ist, wenn er selber als Herrschafts- oder Machtträger auftritt, kann und muss er in der öffentlichen Sphäre erst dann Interessen ausgleichend eingreifen, wenn trotz Toleranz und Offenheit Kollisionen und Konflikte zwischen verschiedenen Freiheitsbereichen entstehen. In der privaten Sphäre sind Eingriffe in die Autonomie schliesslich nur zum Schutze fundamentaler Forderungen eines demokratischen Rechtsstaates zulässig. Letztlich ist es diese sphärenspezifische Sensibilität des Staates, die – neben der Offenheit und Toleranz der Gesellschaft – für eine erfolgreiche Integration entscheidend ist.

Bibliographie

- Bianchi, Doris, 2003, Die Integration der ausländischen Bevölkerung: der Integrationsprozess im Lichte des schweizerischen Verfassungsrechts. Zürich: Schulthess.
- Caroni, Martina, 2005, Integration von Migranten: Zusammenarbeit von Staat und Religionsgemeinschaften? Verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit von Staat und Religionsgemeinschaften im Integrationsprozess. In: Pahud de Mortanges, René & Tanner, Erwin (Hg.), Kooperation zwischen Staat und Religionsgemeinschaften nach schweizerischem Recht, Zürich: Schulthess, 459–487.
- Kälin, Walter, 2000, Grundrechte im Kulturkonflikt: Freiheit und Gleichheit in der Einwanderungsgesellschaft. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung.
- Kälin, Walter, 2002, Grundwerte im Kulturkonflikt: Wenn das «Recht auf Kultur» eingefordert wird. In: terra cognita 1/2002: 78–82.

L'intégration des étrangers est un processus qui cherche le juste milieu entre l'autonomie personnelle et la liberté d'une part et le respect des valeurs fondamentales du pays et de toute la société, d'autre part. Un catalyseur de ce processus sont les droits fondamentaux qui accompagnent et soutiennent le processus d'intégration différemment selon la sphère. Ainsi, au sein de la sphère étatique (l'administration, les tribunaux), où l'Etat exerce un pouvoir direct sur l'individu, l'Etat doit s'abstenir de tout acte arbitraire et discriminatoire; il doit aspirer à garantir l'égalité des chances pour tous. Quant à la sphère publique, dans laquelle les individus entrent en contact les uns avec les autres, l'Etat doit y jouer à la fois un rôle d'arbitre et d'institution qui encourage les relations avec autrui. L'autonomie dans la sphère privée doit être protégée. Dans ce domaine, en effet, l'Etat ne doit pas intervenir, à moins que des intérêts majeurs de l'Etat de droit démocratique soient en cause.

«L'immigration choisie»

Dans de nombreux pays européens, la politique de migration est en pleine mutation. En règle générale, les gouvernements veulent mieux contrôler l'admission des immigrants, lutter contre les abus et s'engager activement pour l'encouragement de l'intégration des migrants provenant d'Etats tiers.

En France, une nouvelle loi sur l'immigration et l'intégration a été adoptée le 30 juin 2006. Elle est d'ailleurs le fruit du passage voulu «d'une immigration subie à une immigration choisie». Cette nouvelle donne fournit un éclairage contestable à l'ancienne politique d'immigration et d'admission, mais reflète simultanément la nouvelle tendance politique qui se dessine depuis quelques années dans toute l'Europe.

Il y a tout de même matière à qualifier positivement cette tendance qui met en évidence les acquis de l'expérience, dans le sens qu'elle démontre que la fermeture des frontières n'était ni réaliste ni souhaitable: on ne rejette plus par principe l'immigration, mais on veut la contrôler et mieux l'axer sur les besoins de l'économie française. Le gouvernement français encouragera l'immigration hautement qualifiée, comblera les lacunes du marché de l'emploi mais, en contrepartie, réduira les autorisations d'établissement, le regroupement familial en général et la régularisation des migrants clandestins provenant des Etats

tiers. En même temps, le gouvernement français accentuera le renvoi des immigrants indésirables et renforcera la lutte contre les abus.

Ces changements devraient faciliter la future intégration des nouveaux immigrants et des migrants qui se trouvent déjà sur le territoire. Par ailleurs, il est prévu d'assortir les mesures d'intégration d'un contrat d'intégration obligatoire. Celui-ci comprend l'acquisition de connaissances sociales et, selon les cas, un perfectionnement linguistique ou encore un bilan de compétences professionnelles qui deviennent une condition sine qua non pour l'octroi d'une autorisation d'établissement. Par ailleurs, pour les personnes fraîchement naturalisées, le gouvernement prévoit maintenant une cérémonie qui marque leur appartenance à la République française.

Un ingrédient parmi d'autres de la politique d'intégration

L'exemple français permet de saisir les tendances les plus importantes des débats actuels face à l'intégration des personnes issues de la migration. Bien sûr, il y a lieu de différencier les diverses orientations de la politique d'intégration. Dans les principes de base communs pour l'intégration des immigrants dans l'Union européenne, on met l'accent sur le fait que «l'intégration est un processus dynamique réciproque impliquant tous les migrants et toutes les autres personnes résidant déjà dans les Etats-membres».

Par conséquent, la politique d'intégration comporte de multiples mesures allant de l'ouverture des institutions dans le pays d'ac-

cueil à l'encouragement de l'égalité des chances ou à la participation des citoyens, de la politique de formation et de l'emploi à la politique d'admission – par exemple, en ce qui concerne le regroupement familial. Ces mesures touchent aussi bien les immigrés d'un côté que les autorités et la société d'accueil de l'autre, voire toutes les parties. Bien que les programmes d'intégration soient au centre des explications énoncées ci-après, ils ne représentent qu'un des aspects d'une vaste politique d'intégration. Par ailleurs, l'importance accordée à leur efficacité est relativisée dans des études comparatives. Toutefois, les mesures d'intégration spécifiques sont plus visibles et mieux négociables que d'autres facteurs déterminants du processus d'intégration. En même temps, la valeur de telles mesures peut justement être importante pour des groupes de migrants défavorisés.

Les programmes d'intégration ne constituent donc qu'un volet de la politique d'intégration. Cette politique se décline du reste, d'une part, à un niveau discursif et d'autre part à un niveau pratique, même si ces deux éléments prennent souvent des directions opposées. Ces dernières années ont clairement mis en évidence combien les discours sur l'intégration peuvent changer rapidement et combien l'opinion publique peut y réagir d'une manière sensible, puisque ces discours visent en premier lieu l'approbation de ces idées par la population. C'est évidemment un point très délicat dans un contexte politique explosif que personne ne peut ignorer. Parfois, la pratique concrète de l'intégration suit les discours officiels, mais parfois aussi une faille se produit inévitablement entre les deux. Par conséquent, les comparaisons faites au niveau international devraient toujours prendre en considération les éventuelles divergences entre le discours, la mise en pratique et le contexte national lorsqu'il s'agit d'évaluer l'efficacité d'une politique d'intégration. Voilà pourquoi on regardera, par exemple, avec scepticisme les propos généralisateurs vouant le multiculturalisme à l'échec sur la base de l'évolution survenue aux Pays-Bas.

Intégration dans les discours ou intégration tout court?

Faisant abstraction de ce qui se passe au Danemark les *Pays-Bas* ont, en comparaison européenne, effectué le changement de cap le plus significatif dans le discours sur l'intégration. Aujourd'hui, le multiculturalisme «à la hollandaise» n'est plus guère «vanté», même dans les milieux de gauche. Au-delà de cette constatation, certaines interventions de la Ministre de l'intégration et libérale de droite Rita Verdonk semblent pour le moins insolites pour un Etat qui se veut libéral. Ainsi, en janvier 2006, il était par exemple question d'interdire l'usage d'autres langues que le néerlandais ou le port de la burka dans l'espace public. Finalement la politique pratiquée par Rita Verdonk a entraîné l'échec du gouvernement de Balkenende.

Déjà en 1998, par une loi sur «l'intégration de nouveaux venus», les Pays-Bas avaient introduit des cours de langue et d'enseignement civique obligatoires pour les migrants des Etats tiers. Le but de ces cours était et reste «la capacité d'être autonome». Ces cours sont gratuits et l'obligation d'y participer dans le contexte des droits et des devoirs semble être bien acceptée et même appréciée par les migrants. Les experts sont d'avis que cette obligation de suivre des cours permet d'atteindre tout particulièrement les femmes. Depuis avril 2006, les personnes désireuses d'immigrer aux Pays-Bas doivent se préparer dans leur pays d'origine et réussir un examen d'intégration qui coûte 350 euros. Sont libérés de cette obligation les immigrés venant des Etats-Unis d'Amérique, d'Australie et du Japon ainsi que les personnes en possession d'un contrat de travail.

Depuis l'introduction de la loi sur l'immigration en *Allemagne*, les nouveaux arrivants ne maîtrisant pas assez la langue allemande peuvent – comme aux Pays-Bas et en France – être contraints de suivre un cours de langue et d'intégration. Ceci peut être aussi demandé aux personnes résidant en Allemagne «qui ont particulièrement besoin d'être intégrées» ou qui revendiquent des prestations sociales. Quiconque viole cette obligation ou interrompt un cours, doit s'attendre à faire face à de sérieux problèmes au moment de la prolongation du permis de séjour; cela peut aussi entraîner une prolongation de la durée de séjour requise pour la naturalisation. En revanche, les nouveaux immigrés ont droit à un cours de langue financé par l'Etat. En 2005, les coûts se sont élevés à quelque 210 millions d'euros pour 200 000 participants. Les migrants qui sont déjà établis sur le territoire allemand peuvent également accéder à un tel cours. Toutefois, les ressortissants d'un Etat-membre de l'UE doivent par principe en assumer eux-mêmes les frais.

Convergences sur le plan européen

Bien que l'UE peine depuis longtemps à formuler une politique d'immigration pro-active et contraignante qui aille au-delà des mesures préventives mises en place par le biais des visas et des gardes-frontières, un rapprochement des politiques européennes en la matière a de toute évidence lieu. Même la Grande-Bretagne, qui autrefois faisait cavalier seul en matière de politique de migration et d'asile, converge de plus en plus vers les tendances continentales. Les programmes d'intégration qui sont mis en pratique au premier chef sur le plan local et régional restent certes

prioritairement l'affaire des Etats-membres, mais certaines tendances convergentes peuvent clairement être observées dans de nombreux pays.

■ Les gouvernements privilégient de plus en plus des mesures visibles qui demandent que les migrants s'investissent activement. De telles offres de base sont axées en premier lieu sur les nouveaux immigrés provenant d'Etats tiers et sur d'autres qui présentent des déficits d'intégration pouvant être anticipés, mais elles peuvent aussi s'adresser à des migrants qui engendrent des coûts sociaux.

■ Pratiquement partout, les mesures correspondantes sont déclarées obligatoires – tout au moins pour les groupes mentionnés (il existe deux exceptions: la Suisse et la Wallonie). A ce jour, les personnes concernées ont bien accepté cette obligation de participer.

■ Les contrats d'intégration sont assortis de plus en plus fréquemment de sanctions administratives au cas où leurs clauses ne sont pas respectées. Ces sanctions vont d'amendes modestes jusqu'à des mesures relatives au statut du séjour et à la naturalisation, en passant par la réduction possible des prestations sociales.

■ Alors que l'Etat proposait jusqu'à maintenant le plus souvent des mesures d'intégration et des cours gratuits, les tendances les plus récentes provenant des Pays-Bas s'orientent vers une participation substantielle des migrants aux frais et vers l'alignement des cours sur la demande exprimée par le marché de l'emploi.

On ignore encore comment les deux derniers points pourront se concrétiser et quels effets ils auront sur la motivation des personnes issues de la migration. Les résultats des évaluations sur des mesures d'intégration existant déjà n'ont été intégrés que de manière très limitée dans la formulation de la politique en la matière. Cette situation est de toute évidence liée au fait que, dans la plupart des états, la formulation de ces mesures d'intégration se situe au cœur d'un conflit entre objectifs partiellement antagonistes.

Denise Efionayi-Mäder, sociologue et politologue diplômée (DESMAP), est co-directrice ad interim du Forum suisse pour l'étude des migrations et de la population FSM. La recherche (comparative) sur les politiques sociales et de santé publique en matière de migration fait partie de ses domaines de spécialisation.

D'une part, il est indéniable qu'il existe des efforts pour encourager de manière ciblée l'intégration économique des immigrés, là où le marché du travail est saturé ou lorsque l'intégration s'effectue par le biais de l'Etat social. En même temps, les pays d'accueil s'efforcent de promouvoir la cohésion sociale et l'acceptation réciproque dans un monde de plus en plus pluraliste. Voilà pourquoi l'accent n'est pas seulement mis sur les moyens susceptibles d'encourager l'intégration des étrangers, mais aussi sur les aspects symboliques de la langue, de la connaissance culturelle ou de la loyauté à l'égard du pays d'accueil (déclaration et cérémonies de naturalisation).

D'autre part, les programmes remplissent clairement une fonction de politique intérieure, en ce sens qu'ils doivent parvenir à faire accepter l'immigration par la population autochtone. Bien que l'on souligne la réciprocité du processus d'intégration, la politique part de l'idée que la population présuppose des déficits d'intégration, surtout chez les migrants présumés pauvres. Cette présomption se base sur l'idée – en partie fondée, en partie imaginaire – que les étrangers difficilement intégrables créent très peu de plus-value au sein du processus de production et ce bien qu'ils appartiennent probablement à une main-d'œuvre invisible tout à fait indispensable au bon fonctionnement de l'économie. C'est précisément pour cette catégorie de personnes que l'on voudrait empêcher tout établissement ou tout au moins éviter les migrations en chaînes – ce terme issu de la recherche devenant peu à peu une insulte. Cela légitime l'introduction de sanctions et d'obstacles importants pour l'accès à un séjour stable ou pour le regroupement familial, même si ces mesures tendent en réalité à empêcher l'intégration.

Dès que prédomine le seul souci de politique intérieure, il existe un danger que les programmes d'intégration deviennent des alibis ou qu'ils soient instrumentalisés pour exclure les étrangers. Certes, on ne doit pas purement et simplement faire fi des peurs exprimées par la population face à l'immigration. Mais il suffit d'un tout petit pas pour faire basculer cette précaution vers un renforcement involontaire des craintes existantes, ce qui peut engendrer un cercle vicieux de mesures contreproductives dont il sera de plus en plus difficile de s'extraire pour revenir à une politique plus factuelle, c'est-à-dire basée sur des faits établis. Si les milieux de la recherche insistent tant sur la nécessité d'évaluer l'efficacité des mesures et processus d'intégration, ce n'est pas parce qu'ils y trouvent un intérêt personnel, mais parce que la recherche de solutions constructives passe nécessairement par une argumentation empiriquement fondée dans des domaines politiques très sensibles.

Où se situe la Suisse?

La politique d'intégration européenne est un immense chantier de construction avec des projets intéressants et naturellement aussi quelques excroissances. Aujourd'hui encore, on ne dispose guère d'études comparatives qui examineraient à la loupe les discours politiques ainsi que la mise en pratique et l'impact des interventions. Voilà pourquoi il est si difficile de situer la Suisse, d'autant qu'elle ne constitue pas une unité en ce qui concerne la réalisation des mesures de politique intégrative sur un plan local. Pour ce qui est de la politique générale en matière de migration, on constate qu'actuellement plusieurs Etats européens s'orientent dans une voie où la Suisse s'est déjà engagée depuis longtemps. Sans toutefois aller aussi loin que le Danemark ou les Pays-Bas, qui appliquent une politique des plus restrictives, la Suisse érige d'importantes barrières à l'établissement, au regroupement familial et à la naturalisation. Pour les mesures d'intégration, le fédéralisme met certaines limites à un volontarisme prononcé, et il en émerge occasionnellement des pistes innovatrices et pragmatiques.

Actuellement, les conventions d'intégration obligatoires portant sur des cours linguistiques et sociaux deviennent la règle dans toute l'Europe. Dans le modèle néerlandais, la variante obligatoire pour tous les nouveaux arrivés dans le pays a manifestement fait ses preuves. La Suisse, s'inspirant du «modèle» allemand, ne prescrira toutefois ces cours qu'à certains groupes-cible à déterminer plus précisément. Mais le modèle allemand confère aux nouveaux arrivants le droit à des mesures encourageant l'intégration, ce qui implique que ces cours soient proposés sur tout le territoire. Dans les deux cas, il faut attendre pour savoir quel rôle jouera dans ces conventions la marge d'appréciation des autorités.

En Suisse, une approche coordonnée entre la Confédération et les cantons s'impose. Il conviendra qu'elle se fonde sur des concepts clairs, évite des inégalités de traitement d'une région à l'autre et n'engendre pas une importante bureaucratie. En outre, il faudrait que les exigences posées aux migrants soient en relation avec l'offre et la qualité des cours proposés, ce qui implique que l'on dispose des ressources nécessaires à long terme. On relèvera en tant que point positif que notre pays ne prévoit pas uniquement des sanctions, mais aussi un système de récompenses en cas d'intégration réussie (obtention d'une autorisation d'établissement au bout de cinq ans au lieu de dix ans). En principe, il y a peu à objecter aux conventions basées sur des conditions raisonnables et transparentes.

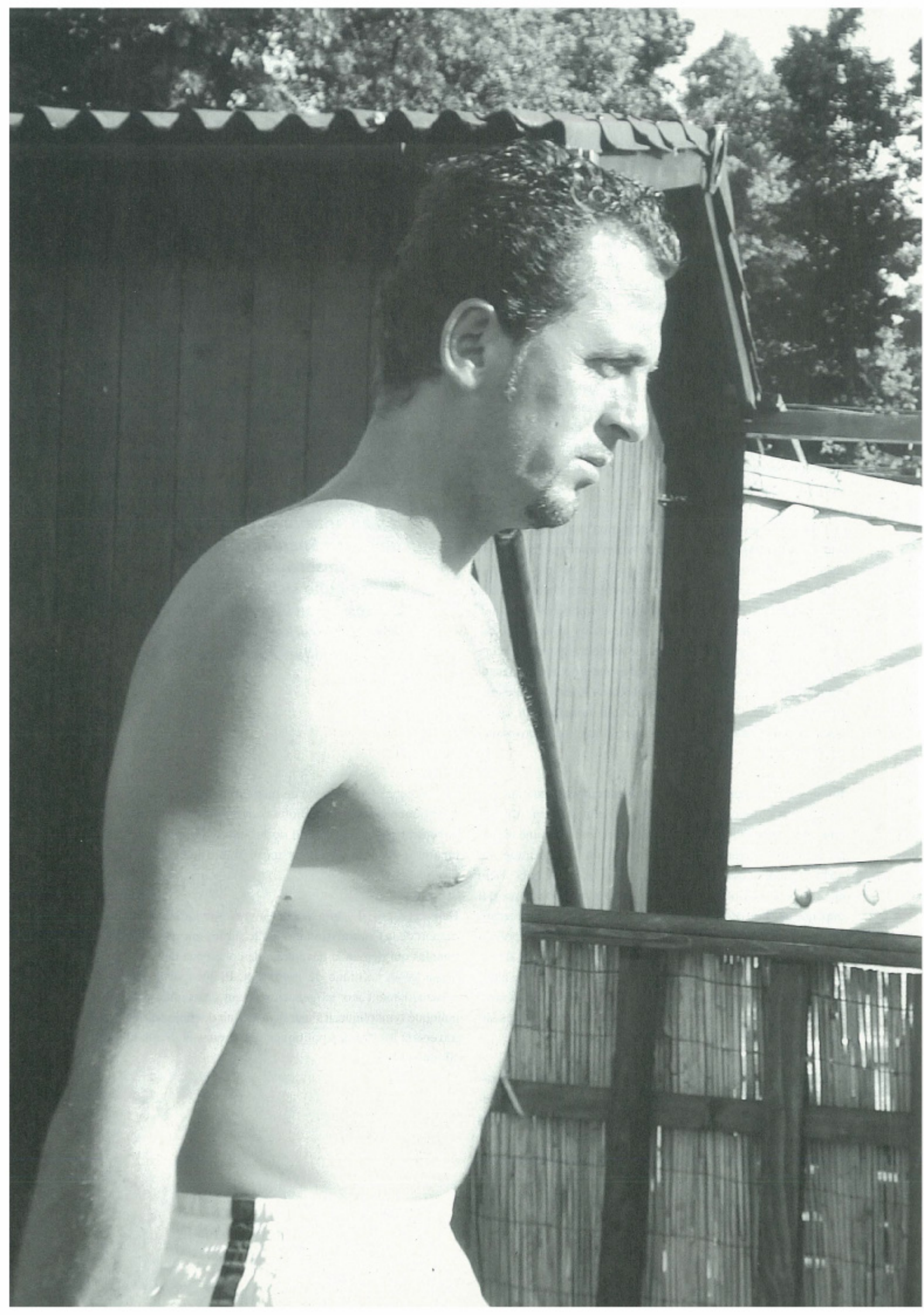
Cependant – en Suisse comme ailleurs – l'obligation de participation sélective, par exemple, combinée à un autofinancement intégral, à l'orientation sur les résultats et assortie à des sanctions (comme la privation du droit de séjour) suscite de nombreuses questions. N'y a-t-il pas ici un danger de marginaliser et de stigmatiser encore plus les catégories d'immigrés les plus vulnérables qui ne pourront guère faire valoir de prétentions et pour lesquels, de fait, un soutien à l'intégration serait

«L'immigration choisie»

Obwohl die Förderung der Integration von Drittstaatsangehörigen in der EU primär Sache der einzelnen Mitgliedstaaten bleibt, lassen sich neuerdings einige klar konvergierende Trends beobachten. Dazu gehört die Einführung von Integrationsvereinbarungen, die Neuzuwandernden gewisse Verpflichtungen auferlegen (etwa zur Teilnahme an Sprachkursen), dabei staatliche Sanktionsmöglichkeiten vorsehen und auf eine grössere Sichtbarkeit integrationsfördernder Massnahmen abzielen. Entsprechende Vorstösse verfolgen einerseits tatsächlich integrative Absichten, sind andererseits aber auch bestrebt, innenpolitische Signale zu setzen und die Zulassung oder Niederlassung jener Migrantinnen und Migranten zu beschränken, bei denen ein Integrationsdefizit antizipiert wird. Wie dieses politische Spannungsfeld jeweils konkret in die Umsetzung der Massnahmen einfließen und sich auf die Integrationsprozesse von Zugewanderten längerfristig auswirken wird, bleibt in den meisten Fällen noch abzuwarten.

plus indiqué? Ou, formulé de manière pointue et s'appliquant spécifiquement aux conditions de notre pays: il ne serait certainement pas dans l'intérêt de la Suisse de faire du système binaire d'admission existant un régime d'intégration à deux vitesses.

Dans cet esprit, il y aura lieu de suivre les recommandations du rapport de la Commission mondiale sur les migrations internationales qui demande davantage de cohérence dans la formulation de la politique de migration. Plutôt que de répondre ponctuellement aux exigences souvent contradictoires d'une politique symbolique, il s'agirait de définir des objectifs clairs qui traversent les champs politiques spécifiques et divers niveaux administratifs.





Aufenthaltserlaubnis nur nach bestandenem Kurs

In den letzten Jahren war in vielen europäischen Ländern ein verstärkter Trend hin zu verpflichtenden Integrationsmassnahmen zu beobachten, sei es unter dem Titel Integrationsprogramme, Integrationskurse und so genannter Integrationsvereinbarungen oder -verträge. Der Vergleich solcher Massnahmen in vier Ländern zeigt Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Ein zentraler Diskussionspunkt bei der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ist die generelle Ausrichtung von staatlichen Integrationsprogrammen, insbesondere die Frage, ob die Integrationsmassnahmen verpflichtend oder freiwillig sein sollen. Befürworter einer Verpflichtung argumentieren, dass man möglichst die ganze Zielgruppe mit Integrationsmassnahmen erreichen kann. Freiwillige Massnahmen, so meinen andere, seien effektiver, weil sie besser auf die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten ausgerichtet seien. Es kann in vielen EU-Staaten ein Trend zu spezifischen Integrationspolitiken mit

verpflichtenden Elementen beobachtet werden. So hat nach den Niederlanden 1998 und Dänemark 1999 auch Österreich 2003 mit der Integrationsvereinbarung gesetzliche Massnahmen beschlossen, die neu angekommene Migrantinnen und Migranten zur Teilnahme an Deutsch-Integrationskursen verpflichten. Auch Deutschland führte 2005 den verpflichtenden Integrationskurs ein. Jüngstes Beispiel ist Frankreich, das kürzlich in einer Gesetzesnovelle den bereits existierenden «contrat d'accueil et d'intégration» nun auch für eine grössere Zielgruppe verpflichtend machte.

Diese Programme bestehen hauptsächlich aus Sprachtraining, Orientierungskursen und Landeskunde (in einigen Ländern auch Berufsorientierung oder -training). In einigen Ländern müssen Integrationskurse absolviert werden, bevor eine eingewanderte Person das (dauerhafte) Recht auf Aufenthalt und vollen Zugang zu Sozialleistungen, d.h. einen rechtlich gesicherten Status in der Aufnahmegesellschaft, erhält.

Die Zielgruppen solcher Integrationsprogramme sind hauptsächlich neu zuwandernde Erwachsene – in Frankreich auch Jugendliche ab 16 Jahren – mit ungenügenden Kenntnissen der Landessprache sowie Immigrantinnen und Immigranten, die einen dauerhaften Aufenthalt anstreben (Carrera 2006). Ausgenommen von diesen Pflichtprogrammen sind üblicherweise EU- und EWR-Staatsangehörige, Aufenthaltler mit einer temporären

Dauer/Durée	Sanktionen/Sanctions	Kosten/Coûts
-------------	----------------------	--------------

Österreich/Autriche

Verpflichtende Integrationsvereinbarung (IV); seit 1.1.2003/Convention d'intégration obligatoire (CI); depuis le 1^{er} janvier 2003

Alphabetisierungskurs: 75 Einheiten, je 45 Min./ Cours d'alphabétisation: 75 unités de 45 min.	Kostenbeitrag des Bundes wird gesenkt, je länger die Person zur Erfüllung der IV braucht./ L'Etat diminue la contribution aux frais si la personne met du temps pour remplir la CI.	Kurskosten werden von jedem Sprachinstitut selbst festgesetzt./ Chaque institut de langue détermine lui-même les frais de cours.
Deutschkurs: 300 Einheiten, je 45 Min./ Cours d'allemand: 300 unités de 45 min.	Bei Nichterfüllen der IV drohen Geldstrafen (bis zu 200 €) oder in bestimmten Fällen sogar Ausweisung./ Si la personne ne remplit pas la CI, elle est passible d'une amende (jusqu'à 200 €) et dans certains cas même du renvoi.	Wird der Alphabetisierungskurs innerhalb eines Jahres erfolgreich beendet: Rückerstattung der Kurskosten bis zu einem maximalen Betrag von 375 €./ Si le cours d'alphabétisation est réussi en l'espace d'une année, les coûts du cours allant jusqu'à 375 € seront remboursés.
Muss spätestens innerhalb von 5 Jahren erfüllt werden./ La convention doit être accomplie au plus tard en l'espace de 5 ans.		Wird der Deutsch-Integrationskurs innerhalb von zwei Jahren mit der Abschlussprüfung abgeschlossen: Rück- erstattung von 50% der Kurskosten bis zu einem maximalen Betrag von 750 €./ Si les examens finaux du cours d'allemand et d'intégration sont réussis dans un délai de deux ans, 50% des frais de cours d'un montant maximum de 750 € seront remboursés.

Deutschland/Allemagne

Integrationskurs; seit 01.01.2005/Cours d'intégration; depuis le 1^{er} janvier 2005

Ganztägiger Unterricht mit 25 Wochenstunden./ Enseignement à plein temps de 25 heures hebdomadaires.	Aufenthaltsrechtliche und finanzielle Sanktionen/Sanctions financières et sanctions sur le statut juridique de séjour:	Kursteilnehmer zahlen 1 € pro Unterrichtsstunde, den Rest übernimmt die Bundesrepublik./ Les participants aux cours paient 1 € par heure d'enseignement, le solde étant à la charge de l'Etat.
Möglichkeit von Teilzeitunterricht mit mindestens 5 Wochenstunden. Nachmittags- und Abendkurse./ Possibilité de suivre un enseignement à temps partiel d'une durée minimale de 5 heures hebdomadaires, cours l'après-midi et cours du soir.	• Negative Folgen im Rahmen der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis oder beim Antrag auf Niederlassungserlaubnis./ Conséquences négatives dans le cadre de la prolongation de l'autorisation de séjour ou lors de la demande d'une autorisation d'établissement.	Neu Zugewanderte können einen Antrag auf Befreiung vom Kostenbeitrag stellen, wenn sie Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe beziehen./ Les nouveaux immigrés peuvent présenter une demande d'exonération à la contribution aux frais de cours lorsqu'ils sont au chômage ou lorsqu'ils touchent une aide sociale.
Integrationskurs: 600 Stunden sowie 30 Stunden Orientierungskurs./ Cours d'intégration: 600 heures ainsi que 30 heures de cours d'orientation.	• Kürzungen beim Arbeitslosengeld und ähnlichen Sozialleistungen (bis zu 10 %)./ Réductions des prestations de l'assurance-chômage et d'autres prestations sociales du même genre (jusqu'à 10%).	Die Kosten für den Abschlusstest werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge übernommen./ C'est l'Office fédéral des migrations et des réfugiés qui prend en charge les frais du test final des cours.
Sprachkurs: ein Basissprachkurs und ein Aufbauskurs zu je 300 Stunden./ Cours de langue: un cours de base et un cours de perfectionnement de 300 heures chacun.		

Frankreich/France

Contrat d'accueil et d'intégration; seit 1.7.2003 als Pilotprojekt; seit Mai 2006 verpflichtend/Depuis le 1^{er} juillet 2003 à titre de projet pilote; depuis mai 2006 à caractère obligatoire

1 Jahr (kann verlängert werden)./1 année (mais peut être prolongé).	Negative Folgen im Rahmen der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis./ Conséquences négatives dans le cadre de la prolongation de l'autorisation de séjour.	Der Staat übernimmt alle Kosten./ L'Etat finance tout.
Ein Kurs dauert im Durchschnitt 392 Stunden./ Durée moyenne du cours: 392 heures.	Negative Auswirkungen für eine Einbürgerung./ Conséquences négatives sur une naturalisation.	

Niederlande/Pays-Bas

Verpflichtende Einführungsprogramme seit 1998; Integrationstest im Herkunftsland seit 2006/Programmes d'introduction à caractère obligatoire depuis 1998; test d'intégration dans le pays d'origine de l'immigré depuis 2006

Innerhalb eines Jahres nach Start des Programms muss ein Einheitstest über Sprachkenntnisse und soziale Orientierung bestanden werden./ Un an après le début du programme, un test portant sur les connaissances linguistiques et l'orientation sociale devra être passé avec succès.	Das Bestehen des Tests im Ausland ist Voraussetzung für Aufenthaltserlaubnis./ Réussir le test d'intégration dans le pays d'origine est une condition pour l'obtention d'une autorisation de séjour.	Teilnehmer zahlen 350 € für Kurse im Ausland, 270 € für Kurse in den Niederlanden./ Les participants paient 350 € pour des cours à l'étranger et 270 € pour les cours aux Pays-Bas.
Bildungsteil: 600 Stunden im Durchschnitt./ Enseignement: en moyenne 600 heures.	Bei den Kursen im Inland: finanzielle Sanktionen, Kürzungen von Sozialleistungen und Auswirkungen auf dauerhafte Aufenthaltserlaubnis./ Pour les cours dans le pays d'accueil, les sanctions financières vont de la réduction de prestations sociales à des répercussions sur une autorisation de séjour durable.	Der Staat kann 50% der Kosten bei erfolgreichem Test rückerstatten./ L'Etat peut rembourser la moitié des frais de cours en cas de réussite du test.

Arbeitsbewilligung, langjährig ansässige Migrantinnen und Migranten, hoch qualifizierte Arbeitskräfte, Personen aus Wissenschaft und Forschung sowie Studierende und Asylsuchende.

Um die Integrationsprogramme durchsetzen zu können, wurden Sanktionen bei Nichtteilnahme oder nicht erfolgreichen Erfüllung eingeführt. Die Konsequenzen reichen von Bussen bis zum Verlust des Aufenthaltsrechts oder der Ausweisung (siehe die Tabellen zu Österreich, Deutschland, Frankreich, Niederlande).

Gemeinsam ist vielen verpflichtenden Elementen in Integrationsmassnahmen der Fokus auf den Erwerb von Sprachkenntnissen und allgemeinem Grundwissen über das jeweilige Land. Die Ausgestaltung bezüglich Stundenanzahl, genauer Inhalt der Kurse, Kosten und ihrer Gewichtung stellen sich dabei durchaus unterschiedlich dar. Spricht man mit den Betroffenen selber (ICMPD 2005), kann man erstaunlicherweise feststellen, dass die Frage der Verpflichtung weniger stark die Gemüter beschäftigt, als man es vielleicht erwarten würde. Vielmehr geht es um die tatsächliche Ausgestaltung der verpflichtenden Elemente, die Qualität der den Bedürfnissen angepassten Angebote sowie die damit verbundenen Rahmenbedingungen wie etwa Kinderbetreuung, Kurszeiten, Standorte oder Kosten. Solche Aspekte sollten bei der Planung und Umsetzung der Massnahmen daher besonders in Betracht gezogen werden.

Wirksamkeit der Massnahmen kaum erforscht

Wie erfolgreich solche Massnahmen sind, lässt sich schwer beurteilen. Welche Indikatoren sollen herangezogen werden: die Anzahl der Teilnehmer oder der bestandenen Prüfungen, die erworbenen Sprachkenntnisse? Sollte das oberste Ziel der jeweiligen Massnahme evaluiert werden, wie z.B. in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens selbständig handeln zu können bzw. die wirtschaftliche und soziale Integration? Es liegen kaum wissenschaftliche Untersuchungen darüber vor,

welche kausale Rolle der Besuch eines Sprach- und Integrationskurses für den Integrationsprozess insgesamt spielt und wie effektiv – verglichen mit einem Verzicht auf staatliche Interventionen – diese Massnahmen für den Zweitspracherwerb und die berufliche Integration sind.

2002 wurde in den Niederlanden das Sprachkursangebot evaluiert. Demnach brachen 15 bis 20 Prozent der Teilnehmenden das Integrationsprogramm ab. Zu den häufigsten Gründen, den Kurs abzubrechen, gehören Berufstätigkeit, gesundheitliche Probleme und fehlende Kinderbetreuung. In den Niederlanden gelingt es in einem hohen Masse, die Zielgruppe in der ersten Phase des Integrationsprogramms zu erfassen (Wolf/Wunderlich 2006). Allerdings absolvierte nur etwa die Hälfte den gesamten Kurs und die Abschlussprüfung. Einen Hinweis auf die Verbesserung der Sprachkompetenz gibt ein weiteres Resultat aus den Niederlanden. Etwa bei zwei Drittel derjenigen, die einen Abschlusstest ablegten, konnten Fortschritte in der Sprache festgestellt werden. Ein Drittel aber profitierte nicht von dem Kursbesuch. Es wurde zudem festgestellt, dass das erreichte Sprachniveau auch bei denjenigen, die grundsätzlich Fortschritte zu verzeichnen hatten, insgesamt niedriger als politisch erwünscht ist. 13 Prozent der Teilnehmenden erreichten das für eine Erwerbsarbeit als nötig erachtete Niveau und ein weiteres knappes Drittel das darunter liegende Niveau, das als Voraussetzung für die Teilhabe am alltäglichen gesellschaftlichen Leben angesehen wird (Schönwälder/Söhn/Michalowski 2005).

Die Vorstellung, der überwiegende Teil der neu Zugewanderten könne in kurzer Zeit durch den Besuch eines Sprachkurses die Landessprache so gut lernen, dass sie prinzipiell einer anspruchsvolleren Erwerbstätigkeit nachgehen könnten, erscheint illusorisch. Dies bedeutet aber nicht, dass derartige Programme wertlos sind. Etwa zwei Drittel der Teilnehmenden verbessern ihre Sprachkenntnisse und erhalten wichtige Hilfen zur allgemeinen Integration und Orientierung in der Aufnahmegesellschaft. Um Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt herzustellen, wäre jedoch mehr als die bisherigen Sprachkursprogramme notwendig.

Die «Zweiteilung» der Migrationsbevölkerung in solche, die an Massnahmen teilzunehmen müssen, und solche, die dürfen, stösst auch auf kritische Stimmen. EU-Bürger können aus rechtlichen Gründen solchen verpflichtenden Regelungen nicht

Haleh Chahrokh studierte Rechtswissenschaften in Wien und Paris. Seit 2002 arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) in Wien. Sie war Projektleiterin eines vergleichenden Forschungsprojektes zu «Integrationsvereinbarungen und freiwilligen Massnahmen».

Régler l'intégration par une convention

Toujours plus d'Etats européens introduisent des éléments contraignants dans les mesures d'intégration des étrangers et cette tendance semble encore devoir s'accroître à l'avenir. Toutes ces mesures ont un point commun. Elles se focalisent sur l'acquisition de connaissances linguistiques et une connaissance de base du pays d'accueil. L'aménagement concret des mesures d'intégration en ce qui concerne le nombre d'heures de cours, leur contenu exact, leur coût et leur pondération varie cependant d'un pays à l'autre. Mais d'une manière générale, les plus récentes évolutions dans ce domaine laissent néanmoins apparaître une tendance très claire: l'octroi de droit relevant du séjour est assorti d'obligations dites d'intégration, mais aussi de sanctions lorsque les clauses de la convention d'intégration n'ont pas été respectées.

unterworfen werden. Weitere Ausnahmen (z.B. hoch qualifizierte oder Bürger aus USA, Kanada oder Neuseeland) lassen den Eindruck entstehen, gewisse Migrantengruppen, namentlich gewisse Drittstaatsangehörige, würden von vornherein als problematisch betrachtet. Diverse Lösungsvorschläge in dieser Hinsicht zielen auf verbesserte freiwillige Massnahmen auf Basis von Anreizen (z.B. in Form eines Bildungschecks) ab.

Bibliographie

- Bade, Klaus J., 2005, Nachholende Integrationspolitik. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik (ZAR) Nr. 7.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Integrationskurse, www.bamf.de.
- Carrera, Sergio, 2006, A Comparison of Integration Programmes in the EU, Trends and weaknesses. Challenge Papers No. 1.
- Guild, Elspeth, 2005, Cultural and Identity Security: Immigrants and the Legal Expression of National Identity. In: Guild and van Selm (eds.), International Migration and Security: Opportunities and Challenges. New York: Routledge Research in Transnationalism, Routledge.
- ICMPD, 2005, Integration Agreements and Voluntary Measures, Compulsion or Voluntary Nature – Comparison of compulsory integration courses, programmes and agreements and voluntary integration programmes and measures in Austria, France, Germany, the Netherlands and Switzerland. Vienna: ICMPD.
- Österreichischer Integrationsfonds, Integrationsvereinbarung, www.integrationsfonds.at.
- Peucker, Mario, 2005, Lernziel «Integrationskompetenz». Orientierungskurse für Migranten und Migrantinnen. In: Praxis Politische Bildung, Materialien – Analysen – Diskussionen, 9. Jahrgang, Heft 4: 251–260.
- Schönwälder, Karen; Söhn, Janina; Michalowski, Ines, 2005, Sprach- und Integrationskurse für MigrantInnen. Erkenntnisse über ihre Wirkungen aus den Niederlanden, Schweden und Deutschland. AKI-Forschungsbilanz 3. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Wolf, Richard; Wunderlich, Tanja, 2006, Staatsbürgerliche Bildung und Integrationskurse: Ein internationaler Vergleich. In: Behrens, Heidi; Motte, Jan (Hg.): Politische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. Zugänge – Konzepte – Erfahrungen, Wochenschau-Verlag, Schwalbach, 152–165.

Zwischen

Integration und Stigmatisierung

Integration ist in verschiedenen gesellschaftspolitischen Feldern ein Thema. So ist der moderne Staat immer wieder mit Situationen konfrontiert, Antworten auf Herausforderungen zu finden, die sich durch soziale Ungleichheit ergeben. Im beginnenden 20. Jahrhundert sah sich die Schweiz – wie übrigens andere westliche Industriestaaten auch – vor die Frage gestellt, wie arme bzw. verarmte Bürgerinnen und Bürger integriert werden können. *terra cognita* befragte dazu die Historikerin Brigitte Schnegg.

terra cognita: Brigitte Schnegg, im Rahmen Ihres Forschungsprojekts «Staatliche Fürsorge und gesellschaftliche Marginalität» gehen Sie der Frage nach, wie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Staat, konkret die staatliche Fürsorge, mit Randständigen umgeht. Wie ist das Interesse an dieser Fragestellung aus heutiger Sicht einzuordnen?

■ Brigitte Schnegg: Das System des Wohlfahrtsstaates, das nach 1945 auch in der Schweiz schrittweise eingeführt wurde, versucht, einen Teil der Armutsrisiken durch ein Netz

von Sozialversicherungen abzufedern und auf diese Weise eine Stigmatisierung von Menschen in Not zu vermeiden. Seit dem Ende der Hochkonjunktur ist dieses System jedoch mit wachsenden Problemen konfrontiert. Während Politiker das Ende des Ausbaus des Sozialstaates proklamieren, entstehen an den Rändern der reichen Industriegesellschaften soziale Problemzonen, mit denen sich der Staat auseinandersetzen muss. Immer wieder werden Stimmen laut, die ein hartes Durchgreifen gegen Personen fordern, welche des Missbrauchs sozialstaatlicher Leistungen verdächtigt werden. Die Behörden sind dadurch mit widersprüchlichen Anforderungen konfrontiert: Einerseits wird von ihnen eine effiziente, kostengünstige und missbrauchsresistente Verwaltung der sozialen Probleme verlangt, andererseits müssen sie ihre Interventionen und deren Folgen vermehrt auch ethisch rechtfertigen können. Hier setzt unser Forschungsprojekt an. Es untersucht die Veränderungen der Rolle von Fürsorge und professioneller Sozialarbeit, den Wandel ihrer Leitbilder und ihrer Praktiken und fragt nach Selbstdefinitionen und Handlungsperspektiven der Betroffenen.

Welches sind Ihre bisherigen Ergebnisse?

■ Wir sind nicht nur auf aufschlussreiche Veränderungen von Leitbildern, Problemsichten und Deutungsmustern, von Praktiken, Strategien und Politiken gestossen, sondern auch auf erstaunliche Persistenzen. Namentlich das Spannungsfeld zwischen Integration und Ausschluss erweist sich als durchgehendes Element in der theoretischen Reflexion und in der Praxis

L'intégration est un thème dans différents domaines de la société. Ainsi, l'Etat moderne doit-il constamment trouver des réponses aux défis lancés par le simple fait qu'il existe des inégalités sociales. Au début du 20^e siècle la Suisse – comme d'autres nations industrielles occidentales – se vit confrontée à une question: comment ses nationaux pauvres ou tombés dans la misère pouvaient-ils être intégrés dans la société? A travers les résultats de ses recherches, l'historienne Brigitte Schnegg arrive à la conclusion que le postulat consistant à prendre des mesures fondées sur le respect et la reconnaissance des nationaux peut tout à faire s'appliquer à la politique d'intégration des immigrés.

von Fürsorge und Sozialarbeit. Auch der Widerstand der Betroffenen gegen Stigmatisierung durch die Fürsorgeabhängigkeit durchzieht die Akten, die wir dazu sichten, wie ein roter Faden.

Welche Veränderungen im Umgang mit den Betroffenen sind erkennbar?

■ Die Erkenntnis, dass der Staat sich um die soziale Integration seiner marginalisierten Bürgerinnen und Bürger bemühen muss, löste um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert Vorstellungen ab, denen zufolge die Obrigkeit lediglich für die Linderung der Not der Armen verantwortlich war. Die traditionellen Formen der Armutsbekämpfung wie etwa die Armenpeisung oder das Verteilen von Almosen galten zunehmend als ungenügend. Die Kritik an den herkömmlichen Praktiken verband sich mit Forderungen nach mehr Professionalität und verdichtete sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu einem eigentlichen Expertendiskurs. Die jungen Wissenschaften Ökonomie und Soziologie begannen, sich mit den verarmten und verelendeten Gruppen und Individuen der Gesellschaft zu befassen, und lieferten damit nicht zuletzt den politischen Behörden das Expertenwissen, auf das sie bei der Lösung der brennenden «sozialen Frage» angewiesen waren. Neben den Wissenschaften positionierten sich auch die Vertreter der öffentlichen Armenpflege als Experten. Die in der Wohltätigkeit ehrenamtlich engagierten Frauen aus dem Bürgertum schufen Frauenschulen für Soziale Arbeit. Auch sie sahen sich als Expertinnen und verwiesen auf die soziale Mütterlichkeit, kraft derer sie über eine genuine Eignung für die soziale Arbeit zu verfügen beanspruchten. Die Expertinnen und Experten debattierten – durchaus in Konkurrenz miteinander – sozialarbeiterisches und fürsorgerisches Handeln, verhandelten Problem Diagnosen, entwickelten Handlungsstrategien und definierten Politiken.

Welches waren die zentralen Diskussionspunkte in dieser Auseinandersetzung und wie entwickelten sie sich im Laufe der Zeit?

■ Die Forderung, die «Armengenössigen» in die Gesellschaft zu integrieren, spielte in diesen Debatten eine wichtige Rolle. Durch neue Formen der Unterstützung, die nicht mehr den Charakter von Almosen hatten, sollte eine kollektive Stigmati-

sierung vermieden werden. Eine detaillierte Überprüfung jedes Einzelfalls sollte der individuellen Problemlage gerecht werden, und die Unterstützung sollte aus der Not helfen. Um die Jahrhundertwende etablierte sich die «rationelle Einzelfallhilfe» als Methode in der Sozialhilfe. Praktiziert wurde sie, indem über jede zu unterstützende Person weitläufige Informationen beschafft und umfangreiche Dossiers angelegt wurden. Die Folgen davon waren indes zwiespältig: Da man Vermieter, Nachbarn oder Arbeitgeber über die Klientinnen und Klienten befragte, wurde deren Notlage nicht nur publik, sondern auch Gegenstand von Klatsch und Gerüchten. Die daraus resultierende Stigmatisierung wurde noch dadurch verstärkt, dass nicht Bargeld, sondern Einkaufsgutscheine ausgestellt oder Mietzuschüsse direkt an die Vermieter gezahlt wurden. Immer wieder kämpften die Betroffenen deshalb für Barauszahlungen, um der Demütigung im Quartierladen oder gegenüber ihren Vermietern zu entgehen.

Eine Sensibilisierung für die negativen Implikationen der auf Kontrolle und Überwachung basierenden Fürsorge entwickelte sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Es war die UNO, die dabei eine entscheidende Rolle spielte. Im Zuge ihres Engagements für die Menschenrechte forderte die neu gegründete Weltorganisation einen menschenrechtskonformen Umgang mit den sozialen Rand- und Problemgruppen. Die Methode des «Social Case Work», die auf eine gemeinsame Erarbeitung von partnerschaftlich-konsensuellen Lösungen für die Betroffenen setzt, schien diesen Ansprüchen zu entsprechen. Sie wurde in den 1950er Jahren als «demokratische Sozialarbeit» breit propagiert. Fachleute aus Europa erhielten an Weiterbildungskursen, die auch von zahlreichen Sozialarbeiterinnen aus der Schweiz in den USA besucht wurden, Gelegenheit, sich damit vertraut zu machen. Der Siegeszug des «Social Case Work» in den schweizerischen Expertenkreisen ist eindrucksvoll. Im Laufe weniger Jahre entwickelte sich ein Konsens über Sinn und Notwendigkeit der neuen Methode.

Welche Schlüsse ziehen Sie für die gegenwärtige Diskussion um Integration?

■ Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozesse, die mit der Marginalisierung breiter gesellschaftlicher Gruppen einhergeht, und angesichts der Debatten über einen Umbau des Sozialstaates scheint die Forderung nach einer demokratischen, auf Respekt und Anerkennung basierenden Form der Sozialfürsorge von besonderem Interesse. Die Einsicht in die Notwendigkeit, Ausgrenzung und Demütigung der sozial und wirtschaftlich Schwachen zu vermeiden, um eine stabile Demokratie zu gewährleisten, ist nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Katastrophe des Nationalsozialismus gereift. Sie scheint uns für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen genau so bedeutsam wie die historischen Erfahrungen, die mit einem auf Kontrolle und Überwachung basierenden Umgang mit Fürsorgeabhängigen gemacht worden sind.

Was können wir aus diesen Erkenntnissen für die Anliegen der Integration von Migrantinnen und Migranten lernen?

■ Die ethischen Prinzipien, die nach 1945 zur Forderung nach einem menschenrechts- und demokratiekonformen Umgang mit den Schwächsten in einer Gesellschaft führten, haben nichts von ihrer Aktualität verloren. Allerdings ist es nicht leicht, historische Erfahrungen direkt auf die Integrationsproblematik von Migrantinnen und Migranten zu übertragen. Die zunehmenden und komplexen globalen Interdependenzen und die gleichzeitig vorhandenen globalen Ungleichheiten stellen uns auch im Bezug auf gesellschaftliche Integrationsprozesse vor neue und schwierige Herausforderungen. Die zu integrierenden Menschen, die bei weitem keine homogene Gruppe darstellen, kommen aus verschiedenen ökonomischen und kulturellen Kontexten und mit unterschiedlichen Ressourcen zu uns. Es muss erst einmal geklärt und auch gegenseitig ausgehandelt werden, was Integration unter diesen Bedingungen heissen kann und soll.

Das Problem der Stigmatisierung, das sich in der Vergangenheit als ausgesprochen hartnäckig erwiesen hat, bleibt im Zusammenhang mit den Migrantinnen und Migranten gerade auch wegen der offensichtlichen kulturellen Unterschiede virulent. An den komplexen Prozessen der Ausgrenzung sind heute ganz verschiedene Gruppen beteiligt: So spielen neben den Behörden auch die Medien, die Parteien, die Arbeitgeber und auch Private – Nachbarn, Arbeitskollegen, Jugendgruppen, eine bedeutende Rolle.

Dennoch – bei allen Unterschieden: Zwei Einsichten, die sich im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts in Bezug auf die Armen und in Not geratenen Schweizerinnen und Schweizer durchgesetzt haben, scheinen mir nach wie vor aktuell. Es ist zum einen die Erkenntnis, dass die Ausgrenzung von Menschen ein für eine demokratische Gesellschaft risikoreicher Weg ist, der das friedliche Zusammenleben in Freiheit gefährdet. Zum anderen ist es die Überzeugung, dass die Menschenrechte universell gültig sind, dass sie nicht auf Menschen mit einem bestimmten Pass begrenzt werden können und dass sie sich gerade auch in der respektvollen Zusammenarbeit zwischen Angehörigen der «Mehrheitsgesellschaft» und ihrer Institutionen auf der einen und den zugewanderten Menschen und ihrer Gemeinschaften auf der anderen Seite bewähren müssen. Ich denke, diese beiden Punkte könnten die Grundlage einer zukunftsorientierten Integrationspolitik sein.

Brigitte Schnegg ist promovierte Historikerin und Verantwortliche des Forschungsprojekts «Staatliche Fürsorge und gesellschaftliche Marginalität. Geschlechterordnung, Leitbilder und Interventionspraktiken der Sozialarbeit in der Stadt Bern des ausgehenden 19. und 20. Jahrhunderts» im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 51 «Integration und Ausschluss». Sie leitet das Interdisziplinäre Zentrum für Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Bern.



Gian Antonio Stella

Il maestro magro

Rosetta scopre il rododendro

«Osto: suonano.» Si scosse appena. Il fischio che emetteva nella fase del rilascio del fiato, «fischio da peschereccio!» gli dicevano gli amici del Circolo Giobatta Secca, si fermò a mezz'aria. Restò lì un attimo, a galleggiare nel vuoto. Indeciso. Poi uscì fuori tutto, esausto, mentre lui si girava dall'altra parte grattandosi l'orecchio. «Osto: stanno suonando» insistette Ines alzando la voce e conficcandogli un gomito nella schiena: «Osto! Ostooo!».

Di colpo, capì. In fondo in fondo alla memoria recuperò anche il trillo del campanello che aveva scacciato via. Anzi: i trilli. Prima appena accennati, con rispetto. Poi insistenti. Sgradevoli. Allungò la mano per prendere la sveglia, gli cadde. Cercò di recuperarla nel buio, e cadde anche l'abat-jour. «Minchia!» Finalmente fu in piedi. Giusto in tempo per sentire il maresciallo Spampinato che al piano di sotto batteva con la scopa sul soffitto: «E alloooooora? Facciamo festa?». Non bastasse, scattò Nisticò, il cagnetto. Che prese ad abbaiare come un forsennato. Su questo non aveva torto, quella pitima del Luiso Vignola. «Trecento millimetri di cane, trecento scassamenti quotidiani» impreò Osto. Se la vedeva come se ce l'avesse davanti, quella maledetta bestiola giallastra: quando partiva nella sua sceneggiata da epilettico sbarrava gli occhietti a palla, rizzava il pelo corto e si sollevava a scatti da terra come fosse colpito da una scossa elettrica. Mica un salto normale, da cane normale. No: lui si sollevava perfettamente orizzontale, rigido come un cane di legno, le zampette ben piantate nel vuoto, e restava sospeso un attimo, nell'aria, finché non ricadeva a terra sulle quattro zampe rimbalzando all'istante per esprimere al meglio

la sua natura di cagnetto bastardo.

Osto si affacciò nel corridoio, sbatté contro la solita cassapanca che Ines aveva avuto in regalo da zia Malvi, tirò un moccio, arrivò finalmente al citofono e ringhiò: «Chi è?».

Muto.

«Chi è?»

Muto.

«Cos'è, uno scherzo?»

Muto.

«Ines! Il citofono non l'hanno ancora aggiustato?»

«Dovevano venire ieri. Non lo so. Sono tornata tardi. Non ci ho badato.»

Andò in cucina, sbatté di nuovo col solito stinco contro la solita cassapanca («Ma perché proprio qui dovevamo metterla? Perché proprio qui? Perché?»), tirò su le persiane, mise fuori la testa. Buio completo, rotto soltanto dalla luce fioca dei lampioni. Scrutò nell'oscurità cercando di indovinare le ombre. Il campanello suonò di nuovo. Duro. Metallico. Insopportabile. «Chi è?» domandò ancora sporgendosi di sotto e cercando di trovare il tono e il volume giusto della voce che gli permettesse di essere sentito e insieme di non eccitare ulteriormente Nisticò, il suo padrone e possibilmente neanche quella vipera di Tilde, la portinaia, un donnone immenso dalla carne latte e gelatinosa che viveva avvolta in rosei vestiti a fiori di taglia spropositata che però addosso a lei parevano così stretti che ogni bottone sembrava fosse stato iniettato a pressione negli avvallamenti della stoffa.

«Chi è?»

Silenzio.

«Piantala! Scendi a vedere! Falla finita! Stiamo svegliando tut-

to il condominio» gli diceva Ines dalla camera.

«Ma che ore sono?» chiese lui di rimando.

«Le tre meno dieci.»

«Le tre meno dieci? Le tre meno dieci!»

Ormai era fuori dalla grazia di Dio. Andò in cucina, prese un coltello grosso (non si sa mai: maledetti anni Sessanta!), si mise addosso la giacca da ospedale blu coi bordi marron comprata quando si era tolto una ciste, sbatté contro la solita cassapanca, tirò il solito moccolo alla zia, sbucò sul pianerottolo e cominciò a scendere. Quattro piani. Alle tre di notte. Con la luce al secondo piano («Ma non aveva detto che la cambiava, quella lampadina? Non aveva giurato che la cambiava?») che faceva i soliti schizzi di luce a intermittenza.

Finalmente fu giù. Al di là del vetro smerigliato del portoncino non si vedeva niente. Buio e basta. Infilò la faccia tra le sbarre verticali del telaio e schiacciò il naso sul cristallo: niente. Solo un'ombra nera con un fagotto in braccio. Una figura anonima. Con qualcosa di spettrale. Ma non era minacciosa. Anzi, chissà come chissà cosa, aveva qualcosa di conosciuto. Di più, di familiare.

«Che c'è?»

«Sono io, Osto.»

«Io chi?»

«Alvaro.»

«Alvaro di cumpari Anacleto?»

«Sì.»

«Di zia Egea?»

«Di zia Egea, sì.»

«Quello di Cesarò?»

«Quello di Cesarò. Apri.»

«Ma tu non stavi in Svizzera?»

«Apri. Ti spiego.»

Spalancò la porta, finalmente. Entrò un soffio di aria gelida. Cattiva. Cattiva come sanno essere cattive, quando già si va verso la primavera, le code di certi inverni su al Nord e specialmente nella campagna, o quello che resta della campagna invasa da strade e capannoni intorno a Torino. Entrò il gelo, e subito dopo il gelo un uomo magro magro sperso in un cappotto di lana pepe sale, di quelle lane povere, ispide e legnose che i bambini odiano perché pungono e gli adulti perché in realtà di caldo ne tengono sempre troppo poco. Aveva gli occhi febbricitanti, la faccia scavata come ce l'hanno scavata i figli dei contadini delle Madonie.

«Che fai, Alvaro? E cos'hai lì?»

Il cugino figlio di cumpari Anacleto di Cesarò aprì il plaid che aveva in braccio un po' di qua e un po' di là come se scartociasse una caramella. E spuntò fuori il viso di un bambino. Un bambino piccolo. Le orecchie paonazze per il freddo. Le manine avvolte in un paio di guantini fatti a maglia. Poteva avere tre o quattro anni. Dormiva. Sposato.

«Tuo figlio?»

«Figlia.»

«E quanto ha?»

«Tre anni e mezzo. Va per i quattro.»

«E che minchia...»

«Mi fai salire?»

«Eccehè, non ti faccio salire? Dammi qua. Hai solo quella valigia? Te la porto io. Andiamo. Facciamo piano che al terzo piano c'è un maresciallo dei carabinieri che tiene un cagnetto isterico.»

Primo piano, secondo piano, terzo piano. «Wha! Wha! Wha-wha-wha-wha!» scattò Nisticò. «Isterico!» disse Osto. E furono su, al quarto. Ines stava sulla porta, gli occhi pesti, i capelli in disordine, la mano destra sul petto a tenere chiusa la scollatura dell'accappatoio: «Alvaro? Cosa fai qui a quest'ora, Alvaro?». Poi vide la bambina, che stava giusto giusto aprendo gli occhi: «Piccola... Oh, povera piccola».

La prese in braccio: «Quanto è che non mangia?».

«Da ieri pomeriggio, alle sei e mezzo.»

«Metto su un po' di latte. Vieni di qua, nel tinello. Come mai questa sorpresa? Cosa è successo?»

«È una storia lunga. Mi tolgo il paltò e vi spiego. Non ho molto tempo.»

«Allora?»

«Vi devo chiedere un piacere. Grande. Un piacere molto grande.»

«E cioè?»

«Vi giuro su Rosetta... Ve l'ho detto che si chiama Rosetta?»

«Bello, Rosetta. Le sta bene, come nome. È quello di tua sorella, no?»

«Era il secondo nome di nonna Egea. Non la volevo chiamare Egea. E un nome che pesa.»

«Allora? Cosa succede?»

«Vi giuro su Rosetta che non oserei mai farlo, se non fossi disperato. Mai. Ma devo chiedervi un regalo grande.»

«Cioè?»

«È una storia lunga...»

«Forza.»

E raccontò davvero tutto. E continuò a raccontare mentre Ines dava alla piccola due frollini e il latte. E dopo che nella stanza era entrato Giacomo. E poi ancora dopo l'arrivo di Grazia, che cominciava a essere grandicella ma ancora si accoccolava sulle poltrone tenendosi strette le ginocchia come fanno i bambini. L'unica che pareva indifferente, o che perlomeno ostentava

una flessuosa e annoiatissima indifferenza standosene raggomitolata sulla sponda della credenza, era Nerina, la gatta. Una soriana mora adottata, dopo mille pianti, per smorzare il lutto di Graziella dopo la condanna a morte del gallo Ercolino.

«E allora?» lo interrompe Osto, un pò sulle spine.

«Rosetta non ci potrebbe stare, in Svizzera. Anzi: diciamo che ufficialmente non c'è mai stata.»

«Cioè?»

«Insomma: è clandestina.»

«Stai scherzando...»

«Per niente.»

«Clandestina?»

«Ce ne sono almeno venti o trentamila, come lei. Forse di più. Un mio amico ne tiene quattro, in casa, di bambini. I tedeschi li chiamano *Versteckte Kinder*. Bambini nascosti. A Zurigo, come a Basilea e da altre parti, il consolato ha aperto perfino degli asili e delle elementari, per loro. Clandestini. Anche se molti preferiscono non rischiare. E tengono i figli sottochiave.»

«Vieni al punto.»

«Ho una vicina di casa, una persona cattiva. Deve avere annusato qualcosa. Capita sempre così. Un vicino di casa ce l'ha con te perché hai una perdita d'acqua in bagno e per farti un dispetto...»

«Non me ne parlare» sospirò Ines. «Abbiamo anche noi i nostri problemi. A partire dal maresciallo siciliano che sta sotto con la moglie. Brave persone ma... Dico io: ci può stare un cane in un condominio? Ma con la scusa che è maresciallo... "Signooooora, vuole insegnare la legge a mmia? A mmia me l'insegna?"»

«Ines, lascia perdere» rise Osto.

«Non è così?»

«Non sei buona a parlare il siciliano, te l'ho detto mille volte. Lascia perdere. Almeno davanti ad Alvaro di cumpari Anacleto.»

«Perché? E tu? Credi di non essere ridicolo quando cerchi di parlare come parlava mia zia Malvi? "Giò, ziora, galla fato la pulenta?" Ma dà!»

«Mamma! Fa' finire Alvaro» sbuffò Giacomo.

«Dicevo: questa vicina mi ha fatto intendere che mi denuncia.»

«Continuo a non capire.»

Alvaro tirò un respiro lungo lungo. Si buttò indietro sulla sedia, guardò la piccola che aveva ripreso sonno in braccio a Ines, si passò una mano tra i capelli e si accese una sigaretta. Nervoso.

«Ho trovato gli orfanotrofi pieni. Non me l'hanno presa.»

«Orfanotrofi?»

«Così fanno, quelli che devono liberarsi in fretta dei figli clandestini. Non puoi sgarrare, a Zurigo. A un operaio l'hanno espulso perché, dopo mesi che in fabbrica si lamentavano tutti del rancio, una schifezza, una mattina ha buttato il piatto dalla finestra. Espulso. Da un'altra parte gli davano una tirata d'orecchie. In Svizzera, per aver buttato il piatto dalla finestra, hanno buttato fuori lui. Foglio di via. E addio tutti gli anni che aveva accumulato come stagionale.»

«Ma gli orfanotrofi?»

«Lo fanno in tanti, ti dicevo. Quando capiscono che un vicino li ha denunciati o che la portinaia ha fatto la spia, qualche volta non hanno il tempo di andare a portare i figli a casa, che ne so, a Trapani o a Gemona... Troppo lungo è il viaggio. Ad andare e venire ti giochi il posto. E allora fai quello che ho fatto io: pigli la macchina, corri giù verso la frontiera, entri in Italia, cerchi il primo orfanotrofo e lasci lì la creatura.»

«Ines, ci fai un caffè per piacere? La piccola la possiamo sul divano. Dorme» disse Osto. Aveva la bocca impastata. Questa poi...

«Grazia, torna a dormire.»

«Ma papà!»

«A letto.»

«Ho quattordici anni!»

«A letto.»

La ragazzina sparì sbattendo la porta. «La porta no!» s'irrigidì il padre. Troppo tardi. Di sotto, Nisticò ricominciò ad abbaire. E il maresciallo Spampinato a battere con la scopa sul soffitto: «E alloora?»

«Scusa Alvaro, questo cagnetto è un incubo.»

«Insomma: non me l'hanno presa, Rosetta. Tre orfanotrofi ho girato. Li ho pregati. Supplicati. Niente. Mi hanno detto che sono già pieni di orfani di frontiera. Così li chiamano, questi bambini. Sono pieni e non possono accettarne più. Pieni. Ormai erano le undici di sera. Che potevo fare? La piccola era distrutta. Ha tre anni e mezzo. Indietro non potevo tornare. Mi sono ricordato di voi. Sono diventato pazzo per trovare la strada. Queste periferie... Fortuna che mi ricordavo della torre del deposito del gas. Non è che alle due di notte c'è tanta gente in giro per chiedere un'informazione.»

«Ma tua moglie dov'è?»

«Alba è rimasta a Zurigo. Fa le pulizie. Sennò non ce la facciamo a pagar la casa. Alle cinque deve essere sul posto.»

«Ma domani, anzi, oggi, non è domenica?»

«Anche la domenica lavora. Non ci poteva proprio venire. Io pure lavoro. Ma monto a mezzogiorno. Per questo ho tentato questa scappata.»

«E allora?»

«Vi devo chiedere una cosa grande: vi devo chiedere se mi tenete la bambina.»

«Tenere la bambina?» risposero in coro. E girarono gli occhi sulla piccola, che se ne stava a dormire là sul divano. Tranquilla. Con un respiro così leggero che poteva quasi venirti il

Gian Antonio Stella, 49 anni, vicentino, editorialista e inviato di politica, economia e costume al «Corriere della Sera». Vive a Roma e nelle vicinanze di Venezia.

dubbio se respirasse davvero o ne facesse a meno. Ines scosse appena la testa: «Ma semo mati? E dove la metemo?». Veniva sempre fuori il veneto, quando era nervosa.

Osto cominciò a grattarsi l'orecchio sinistro, piegandolo e ripiegandolo. Giacomo passava lo sguardo, ironico e curioso, dal padre alla madre e dalla madre al padre, come a dire: qui vi voglio. Un silenzio lunghissimo.

«Lo so, vi chiedo troppo» disse Alvaro.

«Non che chiedi troppo. È che...»

«Lo so: è troppo.»

«Ma no, figurati. È che...»

«Insomma: dove la mettiamo? Con chi può stare tutto il giorno? Un bambino ha bisogno di cure, di attenzioni» disse Ines. E levava gli occhi al cielo e scuoteva la testa. Osto, però, guardava ora la piccola con uno sguardo nuovo. Intenerito. Come già assaporasse il piacere di questa dolce invasione che veniva a sconvolgere i piccoli riti consolidati della quotidianità. Tastò cauto il terreno: «C'è sempre mia madre. Appena torna dall'ospedale... Sai che non si muove mai...».

«Agata? E se poi si gioca la bambina al lotto?»

«Ma che dici? Che dici? Scusa, mia madre sarà pure un po' matta con tutte 'ste storie di maghi e fatture, ma gioca così... Per noia. Perché non sa cosa fare. Avesse una bambina...»

«Sta male?» interruppe Alvaro.

«No, no... Ha avuto una fitta al costato, si è preoccupata e sta facendo dei controlli. Tutto qui. Martedì mattina la dimettono e torna a casa.»

«Vive qui con voi?»

«Per forza. Sai che mio padre non c'è più con la testa. Se restava da sola al paese...»

«Ma ragiona: dove la mettiamo? Siamo stati anni a pestarci i piedi e adesso che cominciamo a respirare...» insisteva Ines.

«Hiiii! E respireremo lo stesso!»

«Io mi trasferisco a dormire sul divano in sala da pranzo, Graziella che ormai è grande si prende la cameretta mia e la bambina va al posto suo in camera della nonna. E il cerchio chiuso» disse Giacomo.

«Siete tutti matti» ribadì Ines, che già aveva pesato le difficoltà, i problemi, gli intoppi. «Capisco che la bambina ha bisogno di aiuto, ma...»

Alvaro era sulle spine, guardava l'orologio, lo riguardava, lo portava all'orecchio nel timore che si fosse fermato, si agitava sulla sedia...

«Scusate. Lo so, è pazzesco chiedervi una cosa così e mettervi pure fretta. Ma io devo ripartire per Zurigo subito. Subito. Mi sto giocando il posto. Sette anni, sono, che mi tengono sospeso coi contratti stagionali. Mi mancano pochi mesi per avere le carte in regola. Pochi mesi. Se mi salta il contratto adesso, perdo tutto e devo ricominciare da capo. Non posso. Vi prego. Quindici giorni. Quindici... Poi, l'altra domenica, torno a trovarla e me la porto via. Magari si libera qualche posto in un orfanotrofio.»

«Lascia stare l'orfanotrofio! Basta! Non si mettono i bambini

negli orfanotrofi» chiuse Ines finendo come sempre per prendere in mano la situazione. Si girò verso Osto:

«Quando finisce i controlli, tua madre?».

«Te l'ho detto, dovrebbero dimetterla dopodomani mattina. Certo, glielo dovremmo chiedere...»

«Hai sentito: non c'è tempo. Alvaro deve andarsene subito. Fine.»

«Resta lunedì mattina... Come ci arrangiamo?»

«Ci sto io!» sbucò da dietro la porta Graziella, che non si era persa una parola.

«No, io» disse Giacomo.

«E i tuoi clienti?» chiese Osto.

«Ci andrò nel pomeriggio.» E fu definitivo.

Alvaro soffiò fuori tutta la tensione, tirò un respiro lungo, mandò giù la saliva: «Grazie. Persone come voi sono rare. Grazie...». Si alzò, andò verso il divano, si chinò a baciare la figliuola. Disse solo: «Ciao. Fa' la brava». Si sollevò, allargò le braccia: «Non so come dirvi...».

«Vai, vai. Ma te la senti, di guidare?»

«Tutto a posto. Tutto a posto. Grazie anche da Alba.»

«Ti faccio un altro caffè.»

Cinque minuti ed era fuori. In cucina restarono tutti in silenzio.

Lontano, sentirono il motore che si avviava, l'auto che partiva, le marce che scalavano. Ecco, pensarono tutti insieme, ha girato l'angolo. Guardarono la piccola. Dormiva.

«A nanna» disse Ines, che si sentiva improvvisamente esausta.

«Domani non sarà una giornata facile.»

«E la bambina?»

«Ce la portiamo a letto.»

Il maestro magro, primo romanzo di Gian Antonio Stella, 2005, 182-191, Edizione Rizzoli, Milano.

Mehr Sinn für Realität entwickeln

Der Begriff der Integration wird in verschiedenen Kontexten und von unterschiedlichen Akteuren verwendet. terra cognita befragte Fachleute aus der Praxis, wie sie in ihrem spezifischen Handlungsfeld damit umgehen. Zur Debatte steht Integration im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen und bezüglich des Entwurfs des Integrationsgesetzes der beiden Basel.

terra cognita: Integration kann je nach Handlungsfeld Unterschiedliches bedeuten. Kathrin Oester, Sie sind im Bildungsbereich tätig. Was bedeutet aus Ihrer spezifischen Sicht Integration?

62 Kathrin Oester: Ich beobachte, dass der Integrationsbegriff in der Bildungslandschaft eine Blackbox geworden ist. Jeder versteht etwas anderes darunter. Deshalb spreche ich eigentlich lieber von Partizipation. Partizipation beinhaltet klar Teilhabe. Mit Partizipation kommt man auch rascher zu klaren Forderungen.

Das Bundesamt für Gesundheit hat eine Strategie zu Migration und Gesundheit entwickelt. Thomas Spang, welchen Stellenwert hat Integration in dieser Strategie?

■ Thomas Spang: Das BAG verfolgt mit der Strategie Migration und Gesundheit eine Integrationspolitik, wie sie auch vom Bundesamt für Migration (BFM) verstanden wird. Im neuen Integrationsbericht des BFM wird beispielsweise Gesundheit als eigenes Handlungsfeld beschrieben. Für uns ist klar: Integrieren kann sich nur, wer gesund ist. Umgekehrt bedeutet dies, dass eine gute Integration auch positive Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der verschiedenen Zielgruppen hat. Das Integrationsverständnis des BAG geht davon aus, dass die Institutionen des Gesundheitssystems die Pluralität der Bevölkerung berücksichtigen müssen.

Thomas Kessler, die beiden Basel legen ein Integrationsgesetz vor. Was bedeutet Integration in diesem Gesetz?

■ Thomas Kessler: Das Gesetz liegt momentan bei den Kommissionen der beiden Parlamente und wird wahrscheinlich im Oktober 2006 im Plenum diskutiert. Unsere Integrationspolitik stützt sich auf das Integrationsleitbild des Kantons Basel-Stadt, das in wichtigen Teilen auch in Baselland übernommen worden ist. In verschiedenen Vorstössen wurde die Wichtigkeit

des Themas Integration betont und eine gesetzliche Grundlage verlangt. Die Grundidee des Gesetzes ist die Herstellung der Chancengleichheit mit Zugang zu allen Statuspositionen. Einwandernde sollen gleiche Rechte und Pflichten erhalten. Zudem wird der Kanton verpflichtet, eine konsequente Antidiskriminierungspolitik zu betreiben. Der Gleichheitsgedanke auf hohem Niveau wird stark betont. In der politischen Debatte ist dies der interessante Punkt: die Diskussion um Gleichheit und Freiheit. Wo ist staatliche Intervention sinnvoll und dringend, wo soll sie aufhören?

Im Basler Gesetz ist von einem «gegenseitigen Prozess» die Rede. Die Integrationsmassnahmen richten sich aber auf das einzelne Individuum. Wie wird das umgesetzt? Und wie steht es um die Verpflichtungen des Staates?

■ Thomas Kessler: Das Gesetz will optimal wirkungsvolle Kohärenz. Es will modern sein, dem Wissensstand von Forschung und Praxis entsprechen. Und es will die tatsächliche Herstellung der Chancengleichheit. Und diese Tatsache lässt sich nur beim einzelnen Individuum messen. Die Angebote des Staates müssen so gut sein, dass man individuell den Bildungsstand, den Gesundheitszustand, bzw. die entsprechenden Fortschritte messen kann. Auch auf der Meta-Ebene, etwa bei der Informationspflicht, bei Kontakten mit Religionsgemeinschaften oder Migrantenvereinigungen, hat der Kanton Verpflichtungen für alle Zielgruppen. Es gibt also eine Kombination: Alle sollen informiert und einbezogen werden, aber die einzelne Fördermassnahme soll auf das Individuum, auf seine ganz persönlichen Bedürfnisse, ausgerichtet sein.

Wie beurteilen Sie, Kathrin Oester und Thomas Spang, diese Fokussierung auf das Individuum?

■ Kathrin Oester: Wenn man etwas messen will, kann man das tatsächlich einfacher am Individuum tun. Den individualistischen Ansatz finde ich aber für die Schule problematisch. Wir haben festgestellt, dass die Lehrkräfte beim Einzelnen sofort kulturelle Differenz akzeptieren, aber Mühe haben, wenn sie in der Gruppe auftritt. Die Schüler anderer nationaler Gruppen werden ja auf möglichst viele Klassen verteilt. Wenn man sich mit der Gruppe auseinandersetzen muss, hört die Toleranz schnell auf.

■ Thomas Spang: Im Gesundheitswesen gilt es abzuwägen, ob man mit auf das Individuum zugeschnittenen Massnahmen arbeiten soll, oder ob man auf der Meta-Ebene versuchen soll, Zugangsbarrieren abzubauen. Vielerorts geht man noch immer davon aus, dass persönliches Fehlverhalten für den schlechten Gesundheitszustand verantwortlich ist. Man weiss aber heute, dass gerade sozial schlecht Gestellte dieses Verhalten nicht frei wählen können, sondern dass es von der Umwelt, von den Verhältnissen bestimmt wird. Die Verhaltensprävention spricht vor allem gut gebildete Leute an. Der Grossteil der Migrationsbevölkerung gehört aber nicht dieser Gruppe an. Eine künftige Public-Health-Strategie müsste einen multisektoriellen Ansatz aufweisen: Andere Politikfelder sind einzubeziehen. Ich denke da an ein Beispiel aus England. Mit dem Ziel, die Gesundheit von armen Familien, die in schlecht beheizten Wohnungen leben, zu verbessern, wurde an sie Heizöl verbilligt oder gratis abgegeben.

Wir brauchen also nicht eine spezifische Politik für Eingewanderte, sondern eine Politik für sozial schlechter Gestellte?

■ Thomas Spang: Wir müssen uns klar auf schlecht gestellte Gruppen fokussieren. Der Migrationshintergrund ist aber ein zusätzliches Element. Es gibt z.B. Sprach- und Kommunikationsprobleme, unterschiedliche Vorstellungen von Krankheit und Gesundheit. Wobei zu bemerken ist: Auch wir hier am Tisch haben alle unterschiedliche Vorstellungen von gesund und krank Sein. Man muss mit dieser Diversität im Gesundheitsbereich umzugehen lernen.

Kritische Stimmen zum Basler Integrationsgesetz sagen, es richte sich nur an Personen, die sozioökonomisch schlechter gestellt sind, da es sich nur auf Personen anwenden lässt, die nicht aus EU-Staaten kommen. Will man mit diesem Gesetz ein soziales Problem angehen? Oder geht es auch um Fragen der Diversität?

■ Thomas Kessler: Diese Kritik kommt von Leuten, die das Gesetz nicht gelesen haben. Es steht nichts drin von einer Aufteilung der Migrationsbevölkerung. Es geht um die Herstellung der Chancengleichheit, die Vermeidung von Isolation und Segregation. Wir machen nicht spezifisch Sozialpolitik. Das Gesetz wendet sich an die 56 000 Migrantinnen und Migranten, die in Basel leben. Das sind Nieder- und Hochqualifizierte. Eine städtische Bevölkerung wie Basel ist extrem heterogen. Über

150 Nationen sind vertreten. Der Umgang mit Differenz ist die Stärke der Schweizer Städte. Wir sind ja das meist globalisierte Land und haben über 150 Jahre Erfahrung im friedlichen Ausgleich der Interessen, mit vielen Sprachen und Religionen.

Wenn wir die Herstellung der Chancengleichheit auf hohem Niveau wollen, spielt beispielsweise die Gesundheit der Kinder eine grosse Rolle, aber auch die Sprachkompetenz vor dem Schuleintritt. Da arbeiten wir partnerschaftlich mit Vereinen und Institutionen zusammen. Aber wir wollen messen, ob das Kind tatsächlich gesund ist. Es soll einmal im Jahr vom Kinderarzt untersucht werden. Gesundheitliche Probleme weisen oft auf soziale Probleme im Hintergrund hin. So betreiben wir effektive Sozialpolitik.

Bei den Hochqualifizierten geht es um die Integration in eine Mittelstandsgesellschaft. Wir sind uns bewusst, dass wir auf dem welthöchsten sozioökonomischen Niveau leben. Wir können dieses Niveau nur halten, wenn wir die ganze Gesellschaft weiterentwickeln.

Sind also Integrationsvereinbarungen so zu verstehen, dass man mit den einzelnen Individuen Standortbestimmungen macht? Wie funktioniert das konkret?

■ Thomas Kessler: Das Gesetz richtet sich an alle Migranten und verpflichtet auch alle. Die politische Debatte hat sich leider früh auf den Artikel 5 gestürzt, der Integrationsvereinbarungen zwischen Kanton und Zugewandertem ermöglicht. Zur Herstellung der Chancengleichheit kann der Kanton Verträge mit Personen abschliessen, die objektiv in grosser Not leben und von Dritten abhängig sind. Konkret sieht es so aus: Eine unabhängige Bildungsstelle prüft in diesem Fall das Bildungspotenzial einer Person und setzt das Bildungsziel fest. Das werden sehr bescheidene Ziele sein, Kurse auf dem Niveau «Lernen im Park», vielleicht Alphabetisierung oder A1 in der Sprachkompetenz. Die Erfahrungen in Deutschland mit 3000 solchen Verträgen haben gezeigt: Es gibt überhaupt keine Motivationsprobleme. Sämtliche Personen haben Bildung als Befreiung erlebt, nicht als Schikane.

■ Thomas Spang: Zu dieser Überprüfung des Gesundheitszustandes eine Frage: Wir haben bei den Folgearbeiten zur Strategie Migration und Gesundheit festgestellt, dass derartige Daten nicht migrationspezifisch erfasst werden. Es wird höchstens zwischen Ausländer und Schweizer unterschieden, differenziertere Angaben fehlen in der Regel. Will man das in Basel künftig anders angehen?

■ Thomas Kessler: Wir haben ein schwarzes Loch bei den staatlichen Hilfsangeboten: den ganzen frühkindlichen Bereich. Bis ein Kind in den Kindergarten kommt, ist der Staat nicht präsent. Diese Lücke können wir uns nicht mehr leisten. Zu gravierend sind die Probleme: Übergewicht, Karies, Diabetes, gekoppelt mit sprachlichen Defiziten. Viele Kinder haben die ersten vier Lebensjahre vor dem Fernseher verbracht. Das ist schlimme Chancengleichheit. Darum wollen wir im Sinne des Integrationsgesetzes auch das Gesundheitsgesetz modernisieren. Wenn soziale Ursachen für die schlechte Gesundheit des Kindes verantwortlich sind, muss diesen Familien geholfen werden. Wir müssen wegkommen vom Defizitansatz – das ist teure Symptombekämpfung – und einen helfenden steuernden Ansatz verfolgen. Für die Forschung sollen möglichst viele Daten erhoben werden.

■ Kathrin Oester: Wir bewegen uns in der Diskussion nun auf der Ebene der Postulate. Da bin ich mit allem einverstanden. Aber aus der Forscherperspektive muss ich sagen: Wir sind weit davon entfernt, alle Leute in den Mittelstand zu integrieren. In der Schule gelangen wir mit individualistischen Ansätzen schnell an Grenzen. Da sind vor allem strukturelle Massnahmen nötig. Im Schulwesen kann man nur mit Partizipation etwas erreichen. Und da genügt es nicht, wenn ein ausländischer Vater im Elternrat ist. Es braucht auch Migrantinnen in der Lehrerausbildung.

■ Thomas Kessler: Ich rede nicht von Postulaten, sondern von konkreten Projekten, die schon seit Jahren umgesetzt werden. Die strukturellen Massnahmen sind sehr weit greifend, sie gehen bis zur Stadtentwicklung. Damit Quartiere besser durchmischert werden, steuert der Kanton aktiv die Immobilienentwicklung. Wir wollen, dass die Mittelstandsfamilien in der Stadt bleiben.

■ Thomas Spang: Ich möchte auf die Integrationsverträge zurück kommen. Es gibt Querdenker, die sagen, aufgrund der restriktiven Zulassung im neuen Ausländergesetz wirkten die konkreten Integrationsmassnahmen wie ein Feigenblatt. Sind denn diese Integrationsverträge nicht auch Symptombekämpfung? Wäre es nicht besser, Zugang zu Arbeit und Bildung zu stärken?

Développer davantage le sens de la réalité

La notion de l'intégration est utilisée dans des contextes variés et par différents acteurs. terra cognita a interrogé des spécialistes de la pratique sur la manière dont ils l'appliquent dans leur champ d'action spécifique. Dans les débats, il est question de l'intégration dans les domaines de l'éducation, de la santé publique et du projet de la loi sur l'intégration des deux Bâle. Dans le domaine scolaire, Kathrin Oester propose d'utiliser la notion de «participation» en lieu et place de la notion à multiples facettes d'«intégration», car elle s'adresse plus précisément à l'action concrète et au droit de participation. Thomas Spang de l'Office fédéral de la santé publique et Thomas Kessler, délégué à l'intégration du canton de Bâle-Ville, voient également la participation comme un pilier majeur de la politique d'intégration, mais ils opèrent en se basant sur le principe de «l'égalité des chances». Les participants aux débats approuvent unanimement la direction prise. Mais il existe des réalités différentes selon les circonstances – il ne faut pas l'oublier – tant et si bien que les situations spécifiques doivent non seulement être appréciées en fonction du critère de l'origine nationale de l'immigré mais aussi, et surtout, en fonction de la couche sociale à laquelle il appartient.

■ Thomas Kessler: Wieso soll man nur das eine tun? Strukturelle Verbesserungen müssen auf jeden Fall angegangen werden, unabhängig vom Integrationsthema. Die ganze Gesellschaft hat Entwicklungsbedarf. Mit dem respektvollen Vertragsverhältnis bieten wir Menschen in Not eine individuelle Ergänzung an. Was ist denn besser: der helfende Staat oder die Not?

Zurück zum Stichwort Partizipation. Integrationspolitik wird vor allem von Einheimischen gemacht. Wie können sich Zugewanderte aktiv einbringen?

■ Kathrin Oester: Auch die Schweizer müssen sich integrieren, in den oberen Etagen von multinationalen Unternehmen zum Beispiel, wo sie unter Umständen in der Minderheit sind. Im Bildungswesen braucht es nach meiner Meinung Impulse von oben, von der Bildungspolitik. Viele Lehrkräfte fühlen sich nicht unterstützt. Zur Partizipation: Da müssen sich schon die schweizerischen Institutionen öffnen. Migranten sind bereit zur Partizipation.

In der Strategie Migration und Gesundheit war vorgesehen, dass sich Zugewanderte einbringen können. Welche Erfahrungen wurden da gemacht?

■ Thomas Spang: Reine einheimische Strukturen gibt es eigentlich kaum. Zugewanderte sind fast überall präsent. Für unsere Arbeit war zudem vorgesehen, dass Migrantennetzwerke einbezogen werden. Allerdings wurden wir diesem Anspruch nicht gerecht. Wir planen nun eine Studie, um zu klären, wie Gesundheitsbehörden mit Netzwerkorganisationen in verschiedenen Integrationsfeldern sinnvoll zusammenarbeiten können.

Gehört zur gelungenen Integration auch die politische Partizipation?

■ Kathrin Oester: Wenn man Leute ohne Schweizer Pass in Schulkommissionen integrieren darf, ist das bereits ein grosser Fortschritt. Die maximale Forderung nach totaler politischer Partizipation von Ausländerinnen und Ausländern wird wohl nicht so bald erfüllt werden. Ich bin aber überzeugt, dass es noch viel Spielraum gibt, der nicht genutzt wird.

Und wie stellt man sicher, dass Migranten und Migrantinnen auch mitmachen und motiviert sind, sich einzubringen?

■ Kathrin Oester: Das passiert am besten über Protagonisten einer Gruppe, welche die Aufgabe eines Gatekeepers übernehmen können. In der Schule ist die Mitwirkung relativ einfach zu erreichen. Eltern sind in der Regel motiviert mitzumachen, denn sie haben grosses Interesse am Bildungserfolg ihrer Kinder.

Integration heisst Partizipation. Könnte dieser Satz auch im Basler Gesetz stehen?

■ Thomas Kessler: Er steht drin. Das Ziel ist – wie in Kanada – eine möglichst schnelle Integration mit der Perspektive der Einbürgerung. Hier haben wir allerdings ein unnötiges Defizit aufgrund der nationalen Gesetzgebung. Die Einbürgerung dauert viel zu lange. Das Gesetz verpflichtet den Kanton, mit Migrantenvereinen im Kontakt zu sein. Diese Vereine erhalten ein Mitspracherecht bei der Umsetzung der Integrations-

förderung. Leider hat der Verfassungsrat das Stimm- und Wahlrecht nicht in die Baselstädtische Verfassung aufgenommen. Es gehört aber zu einer kohärenten Integrationspolitik.

Überall, wo man die Migranten einschliesst, ist der Nutzen riesig. Bei den letzten Wahlen sind viele Migranten ins Parlament gekommen. In den Schulräten sind sie sehr erwünscht. Politische Parteien und Gewerkschaften sind sowieso offen. Dort, wo nur die Leistung zählt und nicht die Herkunft – in der Wirtschaft – sind Migranten auch gut vertreten. Nicht gebührend vertreten sind sie in der Politik und zum Beispiel in den Schweizer Zeitungsredaktionen.

66

■ Thomas Spang: Netzwerke sind ein Gradmesser für die grundsätzliche Partizipation in verschiedenen gesellschaftlichen Feldern. Je schlechter man partizipiert, umso grösser ist der Druck, sich in ethnischen oder anderen Netzwerken zusammenzuschliessen. Umso mehr müsste auch politische Partizipation ermöglicht werden. Wobei auch «Partizipation» zum Schlagwort zu verkommen droht. Es ist schwierig, Leute aus bildungsfernen Schichten in Kommission zu bringen. Da ist vor allem die Mittelschicht vertreten. Deshalb braucht es innovative Massnahmen, um sie zum Mitmachen zu bewegen.

■ Kathrin Oester: Und genau das würde eine Auseinandersetzung mit andern Schichten bedeuten. Man soll sich in einer Schulkommission willkommen fühlen, auch wenn man nicht Mozart hört.

Kathrin Oester ist Forschungsbeauftragte am Zentrum für Forschung und Entwicklung der Pädagogischen Hochschule Bern.

Thomas Kessler ist Integrationsdelegierter des Kantons Basel-Stadt.

Thomas Spang leitet die Sektion Chancengleichheit und Gesundheit im Bundesamt für Gesundheit.

Simone Prodoliet leitete das Gespräch.

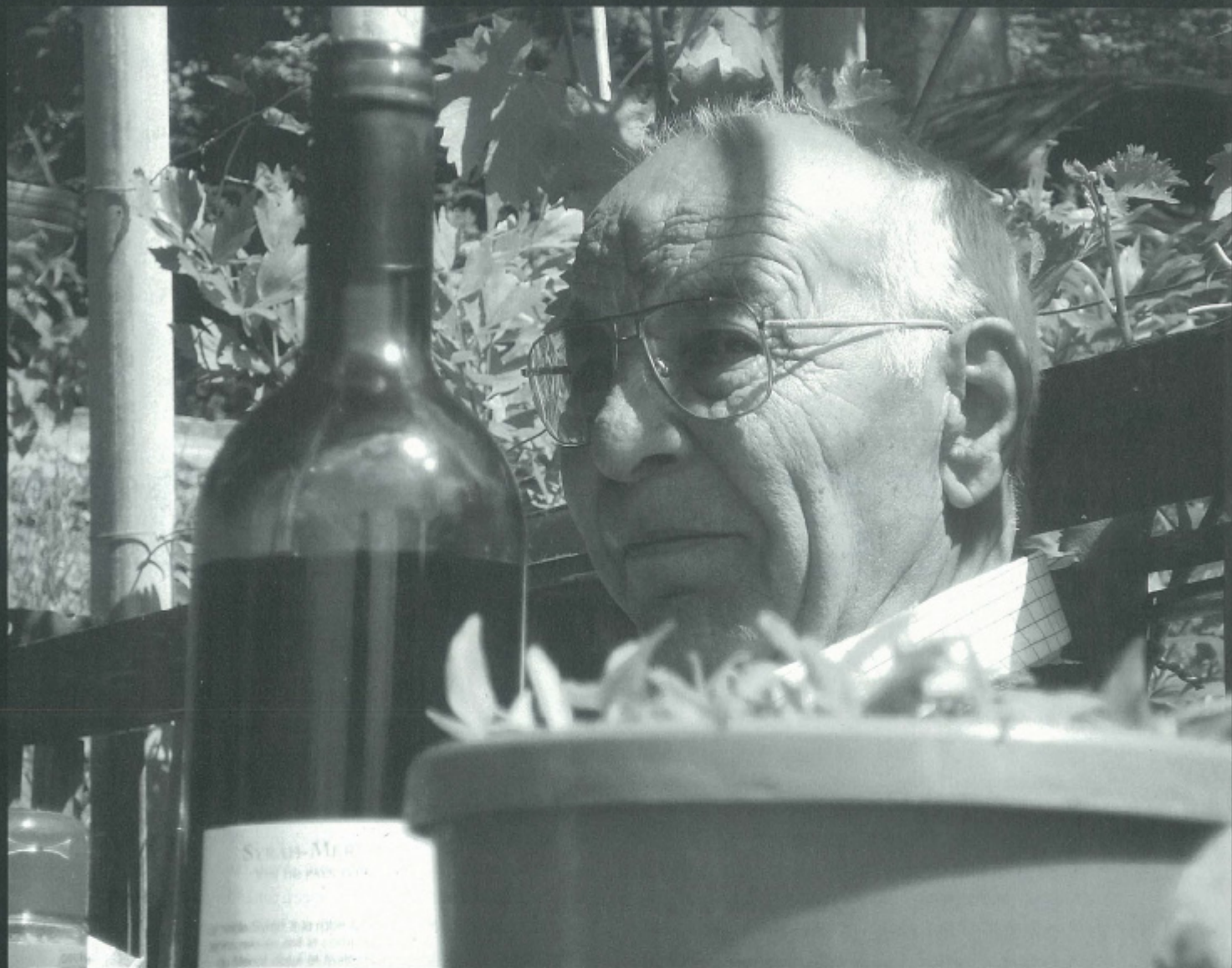
Was wünschen Sie sich, um die Integration verbessern zu können?

■ Thomas Kessler: Eine klare und ehrliche Identität. Die nationale Politik inszeniert die Schweiz als Agrarland. In Wirklichkeit sind wir ökonomische Weltspitze und ein stark globalisiertes Land, mit der gesellschaftlich fast grössten Vielfalt in Europa. Das ist ein grosser Schatz. Wir könnten von den Kanadiern lernen, die sich klar als Einwanderungsland definieren. Wir brauchen Gesetze mit einer klaren Migrationssteuerung, einer Willkommenskultur mit der Perspektive auf Einbürgerung nach kurzer Zeit, mit Chancengleichheit. Wir versuchen das im kantonalen Rahmen, werden dabei jedoch von der nationalen Politik eingeschränkt. Mein Wunsch wäre, dass wir die Schweiz so sehen, wie sie ist – und die Mythen vergessen.

■ Thomas Spang: Die Chancengleichheit im Gesundheitsbereich müsste auf der politischen Agenda bedeutend höher angesiedelt sein. Chancengleichheit ist im BAG immer noch ein Randbereich. Vogelgrippe und Aids dominieren die Diskussion. Es müsste ein Umdenken stattfinden, auch in der Politik, im Parlament. Mir fehlt allerdings das Patentrezept, wie man dieses Umdenken fördern könnte. Aber sicher braucht es permanente Sensibilisierung.

■ Kathrin Oester: Ich wünsche mir mehr Realitätsnähe. Man tritt Privilegien ja nicht freiwillig ab. Deshalb müsste man eine gesetzliche Grundlage schaffen, die institutionelle Diskriminierung verunmöglicht. Den Rassismus verbieten wir schliesslich auch. Man weiss genau, was zu tun wäre, um Bildungsbenachteiligung einzuschränken. Aber freiwillig wird es nicht gemacht.

Ich danke allen ganz herzlich für das Gespräch.



Lässt sich Integration

Integrationsindikatoren zeigen an, wie und wo Migrantinnen und Migranten einen Platz in der Gesellschaft finden. Die Migrations- und Integrationspolitik eines Landes hat aber einen starken Einfluss auf die Auswahl und Interpretation von Integrationsindikatoren. Dies zeigen die Beispiele der Niederlande, Kanadas und der Schweiz.

Bei Integrationsprozessen geht es – vereinfacht gesagt – darum, einen Platz in einer Gesellschaft zu finden und als deren Mitglied anerkannt zu werden. Integrationsprozesse sind nicht spezifisch für Zugewanderte. Aber zwei Fragen stellen sich hier besonders: Welchen Einfluss hat die Herkunft aus einem andern sozialen und kulturellen Kontext auf den Integrationsverlauf? Welchen Einfluss hat die Erfahrung der Migration – der Wechsel des Wohnortes und gesellschaftlichen Bezugssystems – auf die Integration?

Einheimische erwarten in der Regel, dass sich Neuankömmlinge rasch zurechtfinden und ihr Leben autonom gestalten. Im Verständnis des liberalen Rechtsstaates gilt andererseits, dass grundsätzlich alle Einwohner dieselben Chancen zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben haben sollen. Die Befähigung zur autonomen Lebensführung sowie die Gewährleistung von Chancengleichheit, unter Berücksichtigung des sozialen und kulturellen Hintergrundes und der Erfahrungen der Migration, sind die obersten Ziele der Integrationspolitik.

Integrationsindikatoren informieren darüber, wie und wo Migranten und Migrantinnen einen Platz in der Gesellschaft finden. Sie geben Antwort auf Fragen wie: Welche Ausgangsposition haben Zugewanderte? Welche Chancen und Möglichkeiten stehen ihnen offen und wie nutzen sie diese? Wo bestehen Schwierigkeiten und Barrieren? Wie gestalten sich die Beziehungen zwischen zugewanderter und einheimischer Bevölkerung? Unter welchen Bedingungen werden Autonomie, Partizipation und Chancengleichheit Wirklichkeit?

Anforderungen an Integrationsindikatoren

Integration ist ein dynamischer, interaktiver Prozess, der nicht nur von den Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft, sondern von den einzelnen Migrantinnen und Migranten mitgestaltet wird. Daraus ergeben sich konkrete Anforderungen an Integrationsindikatoren, aber auch einige Aussagen zu ihren Grenzen.

■ Integrationsindikatoren müssen nach Alter, Geschlecht, Herkunft, individuellen und sozialen Ressourcen sowie Motiven der Migration unterscheiden. Diese Informationen sind aber – mit Ausnahme der demografischen Grunddaten – in vielen statistischen Erhebungen nicht oder nicht in der nötigen Qualität erfasst, und es muss auf Annäherungen zurückgegriffen werden.

■ Integration als Prozess der Orientierung und Anpassung hat eine ausgeprägte zeitliche Dimension. Integrationsindikatoren müssen daher nach dem Ankunftszeitpunkt und nach der Aufenthaltsdauer von Zugewanderten unterscheiden. Die Stellung und das Befinden der «zweiten und dritten Generation» sind der eigentliche Test für den Erfolg von Integration. Allerdings ist es oft schwierig, die Nachkommen von Migran-

messen?

tinnen und Migranten in den statistischen Daten zu erkennen, zumal dann, wenn sie die Staatsangehörigkeit des Aufnahmeandes angenommen haben.

■ Integrationsindikatoren müssen zwischen den verschiedenen Dimensionen des Integrationsprozesses unterscheiden (Heiniger 2001). Rechtlich-politische Indikatoren zeigen die Rechtsstellung der Zugewanderten und ihre Beteiligung am politischen Leben. Die strukturellen Indikatoren beziehen sich auf die «harten Fakten», wie Erwerbsbeteiligung, Ausbildung, Wohnen, Einkommen, Gesundheit und Bezug von Sozialleistungen. Die soziokulturellen Indikatoren kennzeichnen die kulturellen und sozialen Beziehungen (Sprache, Familie, soziale Partizipation, Kriminalität und Gewalt) sowie subjektive Werte und Einstellungen (kulturelle und religiöse Identität, Geschlechterrollen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus usw.).

Gleiches mit Gleichem vergleichen und darüber diskutieren

Bei der Beschreibung von Integrationsprozessen werden verschiedene Bevölkerungsgruppen miteinander verglichen: die Einheimischen mit der Migrationsbevölkerung, verschiedene Migrantengruppen untereinander, die «erste Generation» mit der «zweiten Generation» usw. Alle diese Gruppen haben aber eine je verschiedene soziodemografische Zusammensetzung. Bei der Suche nach Erklärungsfaktoren für unterschiedliche Integrationsverläufe ist es zentral, durch Standardisierung jene Faktoren auszuschalten, die den Vergleich von Gruppen verfälschen können.

Ein gutes Beispiel hierfür bietet die Statistik der Strafurteile, die häufig als Beleg für Integrationsprobleme von Zugewanderten herangezogen wird. Die schweizerische Strafurteilsstatistik zeigt,

dass gegen 50% aller Strafurteile Ausländer betreffen. Das ist 2.5 Mal mehr als der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Wohnbevölkerung. Für einen Vergleich mit der schweizerischen Bevölkerung müssen die Daten aber standardisiert werden nach Wohnsitz (die Mehrheit der ausländischen Verurteilten hat keinen Wohnsitz in der Schweiz), Straftatbeständen (Vergehen gegen das Ausländerrecht können von Schweizern nicht begangen werden), Alter und Geschlecht (junge Männer werden überdurchschnittlich häufig straffällig und sind in der ausländischen Wohnbevölkerung übervertreten).

Nach dieser Standardisierung liegt die Straffälligkeit der ausländischen Männer (ohne Asylsuchende) im Durchschnitt noch um 30% höher als bei den Schweizern, bei den über 30-jährigen Männern beträgt die Differenz 10–15%. Die Straffälligkeit der ausländischen Frauen jedoch liegt 20% tiefer als jene der Schweizerinnen (vgl. Arbeitsgruppe Ausländerkriminalität, 2001; aktuelle Indikatoren werden gegenwärtig vom Bundesamt für Statistik berechnet). Wenn (aufgrund anderer Daten) zusätzlich nach Bildung, sozialem Status und Wohnumfeld standardisiert wird, verschwinden die höheren Kriminalitätsraten bei den jugendlichen ausländischen Männern ganz (Eisner 2006). Mit andern Worten: Die wichtigsten Erklärungsfaktoren für die höhere Straffälligkeit sind bei Bildungsstand und sozialem Status sowie bei Problemen der strukturellen Integration zu suchen – und nicht bei der Nationalität oder ethnischen Zugehörigkeit.

Auch standardisierte Indikatoren beziehen sich immer auf Durchschnittswerte, d.h. sie zeigen positive oder negative Abweichungen im Vergleich zu einer Referenzbevölkerung auf (in der Regel Schweizerinnen und Schweizer oder eine spezielle Migrantengruppe). Die Frage, ob diese Abweichungen «normal» sind, ob die Trends zu Beunruhigung oder Zuversicht Anlass geben, kann aufgrund statistischer Indikatoren alleine nicht beantwortet werden. Dies erfordert eine öffentliche Diskussion und Meinungsbildung, welche die wichtigsten politischen und gesellschaftlichen Akteure (einschliesslich der Zugewanderten selber) einbeziehen muss.

Integrationsmonitoring auf Registerbasis

Die Migrations- und Integrationspolitik eines Landes hat einen starken Einfluss auf die Auswahl und Interpretation von Integrationsindikatoren. Seit 2004 veröffentlichen das niederländische Statistische Amt und das Justizministerium jährlich einen Integrationsmonitor (Bijl et al. 2005). Dieser fusst auf der sozialstatistischen Datenbank des Statistischen Amtes, die für alle

Bewohner der *Niederlande* Informationen über Demografie, Ausbildung, Erwerbstätigkeit, Sozialleistungen und Einkommen enthält. Die Angaben stammen aus verschiedenen Verwaltungsregistern und werden jährlich nachgeführt.

Da in den Niederlanden die Einbürgerungsquote in der Vergangenheit sehr hoch war, ist die Staatsangehörigkeit kein brauchbares Merkmal, um Migranten und Migrantinnen und ihre Nachkommen zu identifizieren. Die Bevölkerung wird vielmehr aufgrund der geografischen Herkunft (bei der «zweiten Generation» jener der Eltern) unterteilt in «autochthone Niederländer», «westliche ethnische Minoritäten» und «nicht-westliche ethnische Minoritäten».

Die Ergebnisse des niederländischen Integrationsmonitorings zeigen, dass sich der Grad der Integration nach Herkunft sowie nach Generationen stark unterscheidet. Auffallend ist bei einzelnen Gruppen die ausgeprägte kumulative Benachteiligung im Bildungs-, Erwerbs- und Sozialsystem, die zu Randständigkeit und sozialer Isolierung führt. Die Indikatoren zeigen aber auch, dass Alter und (vor allem) Geschlecht Schlüsselfaktoren der Integration sind, ebenso die Beherrschung der Landessprache, der Grad der ethnischen Durchmischung im Wohnumfeld und – in Bezug auf die «zweite Generation» – der sozioökonomische Status der Eltern.

Die Indikatoren beschränken sich im Wesentlichen auf die strukturelle Integration. Die soziokulturelle Integration lässt sich aufgrund von Registerdaten kaum erfassen, und kein einziger Indikator bezieht sich auf Einstellungen und Werthaltungen. Daher sind auch die Konzepte des «autochthonen Niederländers» bzw. der «westlichen» und «nicht-westlichen ethnischen Minorität» sehr problematisch. Ohne Bezug auf die subjektive Wahrnehmung und die faktische Mehrheits- bzw. Minderheitsposition der Betroffenen werden sie über die Generationen hinweg zur Klassierung der niederländischen Bevölkerung verwendet. Dieses Vorgehen verdeckt die Dynamik des Integrationsprozesses und leistet einer künstlichen Ethnisierung der Integrationsdebatte in der Öffentlichkeit Vorschub.

70

Immigration, Bürgerschaft und kulturelle Vielfalt

In der Einwanderungsgesellschaft *Kanadas* ist der Blickwinkel ein anderer. Integrationsindikatoren sind hier nicht in erster Linie problemorientiert. Sie sollen mithelfen, die Integration von Neuankömmlingen möglichst erfolgreich zu gestalten. Dazu gehören die Verwirklichung von Chancengleichheit und der Zugang zur

Bürgerschaft einerseits, die Bewahrung der kulturellen Identität andererseits. Aus längerfristiger Sicht verschmilzt der Weg des Neuankömmlings mit der Entwicklung der kanadischen Gesellschaft selbst, die sich grundsätzlich als kulturell vielfältig, aber auch als solidarisch versteht. Die soziokulturelle Dimension und das Verständnis der Faktoren, die Zugehörigkeit und Bürgersinn unter den Bedingungen kultureller Vielfalt sicherstellen, sind zentrale Bereiche des kanadischen Integrationsmonitorings. Aus den Erkenntnissen über unterschiedliche Integrationsverläufe werden nicht nur Rückschlüsse auf Integrationsmassnahmen, sondern auch auf die Immigrationspolitik und die Selektionskriterien für Neuzuwanderer gezogen.

Das statistische Amt Kanadas führt im Auftrag der Immigrationsbehörde eine Datenbank, welche seit 1980 die soziodemografischen Daten (einschliesslich Sprachkenntnisse) der Neuzuzüger mit Daten der Steuerbehörden verknüpft. Dadurch können die strukturelle Integration im Arbeitsmarkt, aber auch der Bezug von Sozialleistungen und die interne Migration im Längsschnitt verfolgt werden. Die wichtigsten Informationen über kulturelle Vielfalt und Integration stammen aus den regelmässigen kanadischen Volkszählungen und den Stichprobenerhebungen der öffentlichen Statistik, welche die multikulturelle Realität unter verschiedenen Gesichtspunkten abbilden: geografische Herkunft, Sprache, Religion, Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe, familiäre und soziale Netze usw. Die Staatsangehörigkeit spielt nur eine untergeordnete Rolle. Seit 2001 wird eine Stichprobe von Immigranten während der ersten vier Jahre nach der Einreise verfolgt, um die Faktoren zu identifizieren, die Integration erleichtern bzw. behindern.

Von Ausländer- zu Integrationsindikatoren

In der *Schweiz* galt das Interesse bis in die 1990-er Jahre hinein vor allem den demografischen und arbeitsmarktlichen Auswirkungen der Migration sowie den ausländerrechtlichen Steuerungsmechanismen. Migranten und Migrantinnen wurden in erster Linie als ausländische Staatsangehörige (mit unterschiedlichen Aufenthaltsbewilligungen) wahrgenommen. Noch immer ist die Unterscheidung Schweizer-Ausländer das dominante Gliederungskriterium der öffentlichen Statistik. Dies zeigt sowohl die jährliche Publikation des Bundesamtes für Statistik «Ausländer- und Ausländerinnen in der Schweiz» (BFS 2005) wie auch der Bericht des Bundesamtes für Migration über «Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern» (BFM 2006), welcher die vielfältige und doch unvollständige und heterogene Datenlage sehr gut zusammenfasst.

Die Unterscheidung Schweizer-Ausländer hat heute aber sehr viel an Trennschärfe verloren. Der grösste Teil der ausländischen Staatsangehörigen ist seit langem in der Schweiz niedergelassen oder hier geboren. Die Rechtsstellung der Schweizer und der EU-Bürger hat sich angeglichen. Auf der anderen Seite haben sich viele Zugewanderte der «ersten und zweiten Generation» eingebürgert (häufig mit Doppelbürgerschaften).

Werner Haug ist Vizedirektor des Bundesamtes für Statistik und Leiter der Abteilung Bevölkerungsstudien und Haushaltssurveys. Er war Präsident der Expertengruppe des NFP 39 «Migration und interkulturelle Beziehungen».

L'intégration est-elle mesurable?

Seit Mitte der 1990-er Jahre hat sich daher die statistische Berichterstattung verändert. Einerseits ist der Blick über den Arbeitsmarkt hinaus ausgeweitet worden auf die Integration von Ausländerinnen und Ausländern im Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Strafrechtssystem. Gleichzeitig hat die schweizerische Statistik damit begonnen, der Aufenthaltsdauer und dem Migrationsstatus vermehrt Beachtung zu schenken und auch Informationen zur «zweiten Generation» zu erheben (so insbesondere in der Volkszählung 2000 und in der jährlichen Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung). Bei Erhebungen im Bildungsbereich (wie z.B. PISA) gehört die Ermittlung des Migrationshintergrunds heute bereits zum Standard, um die Integration ins Bildungssystem unabhängig von der Staatsangehörigkeit beurteilen zu können.

In Zukunft sollen auch in der Schweiz vermehrt Registerinformationen ausgewertet und verknüpft werden, um die strukturelle Integration zu verfolgen. Durch den Ausbau der Stichprobenerhebungen im Rahmen der Volkszählung 2010 soll die soziokulturelle Dimension der Integration besser erschlossen werden. Auf pragmatische Weise wird so der Weg zu einer eigentlichen Integrationsberichterstattung geöffnet, welche bis heute erst in Ansätzen besteht.

Dabei soll eine pluralistische und offene Sicht auf die verschiedenen Dimensionen des Integrationsprozesses gewährleistet bleiben. Keineswegs steht zur Diskussion, die vereinfachende Unterscheidung Schweizer-Ausländer durch konstruierte ethnische Kategorien (wie z.B. im niederländischen Integrationsmonitoring) zu ersetzen. Staatsangehörigkeit und Ethnizität sollen vielmehr, statt als vorgegebene Gliederungsmerkmale, als Elemente des Integrationsprozesses selber verstanden und in ihren Veränderungen und Auswirkungen beschrieben werden.

Les indicateurs d'intégration montrent comment et où les migrants se sont fait une place dans la société. Ces indicateurs répondent à des questions telles que: Quelle est la situation de départ des immigrés? Quelles sont leurs chances et leurs possibilités et comment les mettent-ils à profit? Dans quels domaines existe-t-il des difficultés et des obstacles? Les indicateurs d'intégration doivent, bien sûr, être étudiés conceptuellement jusqu'au bout et offrir une comparaison de groupes méthodiquement correcte. D'ailleurs, la politique de migration et d'intégration d'une nation a une forte influence sur le choix et l'interprétation des indicateurs d'intégration. «Le monitoring d'intégration» des Pays-Bas, par exemple, est axé sur la reconnaissance de problèmes d'intégration à long terme de certains groupes de personnes. Au Canada, par contre, les indicateurs sont censés aider à garantir une intégration réussie des nouveaux venus en leur offrant l'égalité des chances, la citoyenneté et une diversité culturelle. En Suisse, les indicateurs d'intégration se situent encore et toujours le long d'une ligne de partage entre les ressortissants suisses et les ressortissants étrangers et un «monitoring» proprement dit d'intégration n'est qu'en voie d'élaboration.

Bibliographie

- Arbeitsgruppe Ausländerkriminalität (AGAK), 2001, Schlussbericht vom 5. März 2001. Bern: KKJPD und EJPD.
- Bijl R.V. et al., 2005, The integration monitor 2005. The social integration of migrants monitored over time: trends and cohort analysis. The Hague: Centraal Bureau voor de Statistiek, Justitie.
- Bundesamt für Migration, 2006, Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz. Provisorische Fassung, April 2006. Bern: BFM.
- Bundesamt für Statistik, 2005, Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. Neuenburg: BFS.
- Eisner, Manuel, 2006, Prävention von Jugendgewalt. Wege zu einer evidenzbasierten Präventionspolitik. Bern: Eidgenössische Ausländerkommission.
- Heiniger, Marcel, 2001, Indikatoren der Integration von Migranten/-innen in der Schweiz. In: Demos Nr. 4: Neuenburg, Bundesamt für Statistik (BFS).

71

«Des chemins liés à la diversité des situations»

72

Dans l'«Histoire de la politique de migration, d'asile et d'intégration en Suisse depuis 1948» (Mahnig, 2005), Sandro Cattacin et Bülent Kaya examinent le développement des mesures d'intégration de la population migrante sur le plan local en Suisse. Ils le font d'abord sur la base de données obtenues à partir d'un questionnaire adressé aux 26 cantons et aux 30 plus grandes villes, entre décembre 1999 et janvier 2000. Au terme d'une analyse détaillée de la situation tant dans le domaine de l'intégration sociale (école, santé, culture) que de l'intégration politique (participation et droits politiques, naturalisations), les auteurs concluent par le constat que «le fédéralisme a produit une différenciation des politiques d'intégration assez importante. Si ce fédéralisme de l'intégration a donc créé pragmatiquement une adaptation des politiques aux particularités locales, il pose le problème du point de vue de l'égalité de traitement des migrants qui n'est pas garantie sur le territoire suisse.»

Cette appréciation reste sans doute valable aujourd'hui encore, soit sept ans après le dépouillement des questionnaires. Toutefois, force est de constater aussi une évolution évidente et positive dans la prise en considération de l'utilité et de la nécessité des efforts à réaliser en matière d'intégration des étrangers et dans la concrétisation de nombreuses initiatives. Et au travail

précurseur et de pionnier de certains cantons et villes, est venue s'affirmer l'influence de la Confédération.

Une tâche de l'Etat

Cette évolution a en effet été favorisée par la modification de la loi sur le séjour et l'établissement des étrangers qui, par l'introduction de l'article 25a, a permis à la Confédération d'intervenir pour soutenir des projets d'intégration et, par la concrétisation de cet article dans l'ordonnance sur l'intégration des étrangers du 13 septembre 2000, de mettre sur pied, dès 2001, un programme d'encouragement de la promotion de l'intégration. 1000 projets ont été ainsi soutenus entre 2001 et 2003 (600 en 2005). Cette volonté politique fédérale a également incité les cantons et les villes à créer des organismes chargés de l'intégration des étrangers, incitation qui deviendra obligatoire à travers la modification de l'ordonnance entrée en vigueur au 1^{er} février 2006 et inscrite dans la nouvelle loi sur les étrangers.

Cette prise de conscience de l'importance de l'intégration n'est cependant pas le fait de la seule considération d'un traitement humaniste des migrants en notre pays, mais bien d'une préoccupation croissante d'une cohabitation harmonieuse entre la

Auf verschiedenen Wegen zum gleichen Ziel

Das föderalistische System der Schweiz bringt es mit sich, dass Massnahmen im Bereich der Integration je nach lokalen Gegebenheiten und politischen Sensibilitäten unterschiedlich konzipiert und umgesetzt werden. Dabei lässt sich nicht, wie vielfach behauptet, eine Trennlinie zwischen der Romandie bzw. den italienischsprachigen Regionen und der Deutschschweiz ziehen, auch wenn sich tendenziell unterschiedliche Haltungen bezüglich der Rolle des Staates, der angestrebten Stellung der Schweiz in Europa oder der Einschätzung der Bedeutung der Sprache für den Integrationsprozess beobachten lassen. So wirkt sich die Bedeutung des Dialekts in der deutschsprachigen Schweiz für die Identität ihrer Bewohner auch auf entsprechende integrationspolitische Forderungen im Bereich der Sprache aus. Solche Besonderheiten sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass im ganzen Land und mit Unterstützung vieler Fachpersonen Prozesse eingeleitet wurden, die demselben Ziel dienen.

population autochtone et immigrée, visant la cohésion sociale, l'égalité des chances, ainsi que la sécurité publique. En fait, la récession économique des années nonante et le chômage qu'elle a impliqué ne pouvait plus être, sur le plan de l'emploi, solutionnée par le retour des migrants dans leur pays comme dans les années 1970. Elle devait l'être par des chances accrues données aux étrangers dans le domaine scolaire, de la formation et du marché de l'emploi. Il fallait passer en matière migratoire, d'une politique de rotation à une politique d'intégration.

Mais, si la politique d'intégration est désormais reconnue comme tâche de l'Etat, des cantons et des communes, on doit constater que l'appréciation des voies et moyens de cette intégration varie encore fortement dans notre pays, tant pour des raisons culturelles qu'en fonction de la sensibilité politique des populations et des autorités cantonales et locales. L'influence exercée par les pays voisins et les attentes exprimées en matière d'intégration par les étrangers eux-mêmes jouent aussi un rôle important.

Différentes approches

Il serait téméraire et injustifié de voir dans l'évolution récente de la problématique de l'intégration une orientation romande ou latine et une orientation suisse alémanique, tant la diversité des situations est forte, au sein même des régions, et tant l'effort en matière scolaire et de formation est également partagé. Mais il est évident que certains facteurs comme la langue, la conception du rôle de l'Etat, l'idée de la place de la Suisse dans le contexte international et le rapport des forces politiques, inscrivent des différences dans l'approche de l'intégration des étrangers en notre pays.

L'apprentissage de la langue de la région d'accueil est considéré, dans l'ensemble du pays, et à juste titre, comme un élément important de l'intégration. Toutefois, cet apprentissage prend, en Suisse alémanique, une signification non seulement linguistique (apprentissage de deux langues en réalité!) mais aussi fortement identitaire en raison de l'utilisation très large du dialecte (ou plutôt des dialectes!). Selon la publication de l'Office fédéral de la statistique «Le paysage linguistique en Suisse» (avril 2005), 91% des Suisses en Suisse alémanique parlent le dialecte en famille, et son usage dans les écoles, dans la vie professionnelle, dans les grands médias que sont la télévision et la radio s'est fortement étendu.

Il est dès lors naturel que les projets encourageant la compréhension, la conversation et facilitant la cohabitation soutenus par le programme de la Confédération soient plus développés

en Suisse alémanique que dans les autres parties du pays et qu'ils contiennent également un plus fort potentiel d'innovations pour atteindre et susciter l'intérêt des personnes concernées.

Cette relation étroite entre la langue et l'identité en Suisse alémanique joue-t-elle un rôle sur l'attitude réservée d'une grande partie de cette région quant à la politique en matière de naturalisation et d'octroi des droits politiques liés à la citoyenneté que l'on observe plus ouverte en Suisse romande? Sans doute. Mais on ne saurait voir dans cette relation une explication suffisante. Et si jusqu'ici de nombreux cantons ont estimé, et estiment toujours, que l'intégration se construit d'abord par la réalisation de projets soutenus par des associations, une naturalisation «méritée» par l'effort des migrants, d'autres se sont convaincus que l'intégration au sens du sentiment d'appartenance et d'identification à une population autochtone, à ses normes et valeurs,

73

relève aussi de la reconnaissance d'un statut, de droits de citoyenneté attribués au niveau communal et cantonal, ainsi qu'à la naturalisation facilitée.

Cette pondération des voies et moyens de l'intégration a d'ailleurs été confirmée par les votations du 26 septembre 2004 relatives à la naturalisation facilitée des jeunes étrangers. La situation est cependant évolutive, même si on peut en regretter la lenteur et les réticences.

Ainsi sur le plan de l'octroi des droits politiques, si tous les cantons romands à l'exception du Valais accordent désormais des droits politiques aux étrangers, des ouvertures sont faites à Appenzell Rhodes extérieures, aux Grisons et à Bâle-Ville, et un large débat a lieu à Zurich et à Berne.

Il n'y a pas de «solution unique» pour aboutir à l'intégration des étrangers dans notre pays. Il y a des processus, des chemins liés à la diversité des situations, des mentalités. Des voies qui doivent tenir compte des rapports de force politique, du ton et des discours qui y sont liés, des valeurs prévalant dans la conscience, la culture, les besoins et les perspectives d'un peuple, d'un pays, d'une collectivité. Et, en matière d'intégration comme souvent ailleurs, le chemin se trace en marchant.

Le respect et la reconnaissance de celles et ceux qui nous ont rejoints, l'objectif à atteindre et la volonté d'y parvenir sont au départ de tout. Le danger, c'est que le mot intégration devienne à la mode, s'use et se vide finalement de son contenu réel, et que le discours qui lui est lié soit d'autant plus facile à tenir qu'il n'est suivi d'aucune obligation d'engagement.

Il y a à mobiliser responsabilité, solidarité et fraternité. Et même si certains résultats au dimanche soir d'une votation ne sont pas à la hauteur de nos espérances, nous savons par expérience, qu'il y a en notre pays, dans toutes ses composantes, un potentiel d'ouverture et de générosité qui doit susciter notre confiance.



Une tâche liée à l'Etat

L'Office fédéral des migrations ODM considère la formation, le travail, la langue et le développement des quartiers de villes comme étant les axes d'intervention centraux pour améliorer l'intégration de la population étrangère. Cette pondération se fonde sur le rapport «Problèmes de l'intégration des ressortissants étrangers en Suisse» que l'ODM a présenté au printemps 2006 dans le cadre de son mandat de coordination dans le domaine de l'intégration.

76 Pour la première fois au niveau d'une loi fédérale, le Conseil fédéral et le Parlement ont donné, par la nouvelle loi sur les étrangers, un profil nettement reconnaissable à la politique d'intégration de la Confédération et à l'encouragement de l'intégration des étrangers. Les objectifs de l'intégration sont l'égalité des chances et la participation. En effet, les étrangers doivent pouvoir participer à la vie économique et sociale au même titre que les Suisses. L'intégration implique d'une part l'ouverture de la population suisse et d'autre part la création de conditions générales favorables par la Confédération, les cantons, les villes et les communes. On attend en contrepartie des étrangers qu'ils acceptent les valeurs et les normes de la société d'accueil et qu'ils s'efforcent de s'intégrer, par exemple en suivant un cours de langue. Le but du processus d'intégration est

de pouvoir cohabiter harmonieusement sur la base des valeurs de la constitution fédérale d'une part et du respect mutuel et de la tolérance, d'autre part.

Le 2 mai 2006, l'Office fédéral des migrations ODM a présenté son rapport intitulé «Problèmes de l'intégration des ressortissants étrangers en Suisse». Le rapport que l'office a rédigé à la demande du chef du Département de justice et police DFJP poursuit les deux voies suivantes:

■ Le rapport comble une lacune au niveau des connaissances. Jusqu'à ce jour, on ne disposait d'aucune perspective d'ensemble donnant des informations détaillées sur l'état de l'intégration des étrangers dans les différents champs d'action pertinents. Par ailleurs, il n'existait pas non plus d'estimation de l'ordre de grandeur des ressources engagées en faveur du domaine de l'encouragement de l'intégration. Cependant, du point de vue des intervenants politiques, il importait de disposer de ces données pour pouvoir établir des priorités d'action en la matière et pour définir des domaines d'intervention possibles pour des mesures complémentaires.

■ Le rapport représente une première base d'envergure pour la réalisation du nouveau mandat de coordination que le législateur a conféré à l'Office fédéral des migrations. L'ordonnance révisée sur l'intégration des étrangers est entrée en vigueur au 1^{er} février 2006. Aux termes de ses dispositions, le Conseil fédéral charge l'ODM de coordonner les mesures d'intégration des étrangers des différents services fédéraux, en particulier dans les domaines de l'assurance-chômage, de la formation professionnelle et de la santé (art.14 a de l'ordonnance sur l'inté-

gration des étrangers et art. 57 de la nouvelle loi sur les étrangers). Le mandat de coordination se fonde sur le concept du Conseil fédéral selon lequel l'encouragement de l'intégration ne doit pas se faire au moyen de crédits extraordinaires, mais être compris en premier lieu comme une tâche relevant des structures ordinaires (instruction publique, formation professionnelle, mesures de formation et d'occupation visant le marché de l'emploi, etc.).

La logique liée à ce mandat veut que ce rapport se penche surtout sur des problèmes concernant l'intégration des étrangers dans notre pays. Le rapport insiste cependant sur le fait que l'intégration est réussie pour la majorité des étrangers habitant notre pays. Il attire également l'attention sur la volonté et les capacités d'intégration de la population migrante tout comme sur celles de la société civile d'accueil. Le rapport s'oriente vers une notion d'intégration se fondant sur le principe de l'égalité des chances: en fait, l'objectif de l'intégration est «atteint» lorsque les personnes de nationalité étrangère accordent la même valeur à la réussite scolaire et professionnelle, à la notion de la santé ou à la participation que les Suisses qui se trouvent dans la même situation sociale. Etant donné que le rapport se fonde sur des données connues et des faits et connaissances disponibles, la comparaison directe n'est pas possible dans tous les cas en raison de l'état des données. Pour pouvoir estimer les ordres de grandeur en matière de dépenses et situer les groupes à risque, on a aussi dû procéder à des évaluations. Ce rapport n'a pas la prétention d'être un travail scientifique d'investigation. Il s'agit plutôt d'un rapport élaboré par une autorité compétente s'adressant au premier chef aux décideurs politiques et aux praticiens.

Cependant le rapport indique clairement combien de groupes de personnes et lesquels sont particulièrement concernés par les problèmes d'intégration. Il identifie les causes profondes de ces problèmes et indique en quoi les mesures existant actuellement présentent de possibles lacunes. En se fondant sur une telle analyse, il est possible de renforcer les mesures existantes ou d'en élaborer de nouvelles. Voilà pourquoi ce rapport peut aussi être un instrument de travail pour réaliser l'encouragement de l'intégration non seulement au niveau de la Confédération, mais aussi au niveau cantonal ou communal.

Tandis que le projet de la loi fédérale sur les étrangers de 1982 considérait encore l'encouragement de l'intégration comme une tâche du secteur privé (notamment des partenaires sociaux), un autre point de vue s'est imposé aujourd'hui: on reconnaît que l'intégration constitue une tâche qui est du ressort de l'Etat. Aujourd'hui, 21 cantons disposent de délégués à l'intégration au sein de leurs administrations. Les dépenses pour l'encouragement de l'intégration dans les structures ordinaires sont considérables. Ainsi, dans le cadre des mesures de formation et d'occupation liées au marché de l'emploi, quelque 30 millions de francs par année sont dépensés notamment pour l'encouragement linguistique; dans le domaine scolaire, les cantons devraient dépenser chaque année jusqu'à 80 millions de francs pour des mesures qui relèvent de l'encouragement de l'intégration proprement dit. Pour des mesures complémentaires, notamment celles visant l'encouragement de l'intégration sociale et l'acquisition d'une langue, la Confédération et les cantons dépensent actuellement quelque 40 millions de francs (il s'agit là de crédits spéciaux selon les lois fédérales sur les étrangers et sur l'asile).

Un défi à relever: l'accès à la formation et à l'emploi

Le rapport de l'ODM esquisse la situation de la population étrangère résidante ainsi que les mesures étatiques qui ont été prises dans les domaines prédominants de notre société civile, tels que l'école, la formation professionnelle, le marché du travail, la sécurité sociale, la santé publique, la langue, l'habitat et le développement du quartier, la participation à la vie sociale et politique, la religion et la culture ainsi que la sécurité. Un chapitre spécial est consacré à la situation des réfugiés et des personnes admises provisoirement. Ce rapport met particulièrement le doigt sur des problèmes spécifiques au domaine de l'intégration structurelle:

■ **Domaine scolaire:** les enfants étrangers, notamment ceux qui proviennent des pays européens du sud, sont surreprésentés dans les écoles dites spéciales; un enfant sur huit originaire du Portugal, de la Turquie ou des Etats de l'ex-Yougoslavie se trouve dans une classe spéciale. Selon le pays d'origine, jusqu'à 40% d'enfants d'une classe d'âge d'origine étrangère n'ont pas accompli toute leur période scolaire en Suisse. Ceci augmente évidemment le risque d'échec dans la formation et par conséquent aussi de l'intégration professionnelle.

■ **Formation professionnelle:** 15 à 20% des jeunes étrangers soit environ 3000 personnes n'entreprennent aucune formation professionnelle convenable à plus ou moins long terme. Ces personnes courent un risque accru de se trouver au chômage et de dépendre de l'aide sociale. Les difficultés que connaissent des jeunes étrangers pour mettre un pied dans une formation professionnelle (et, par conséquent aussi bien réussir plus tard sur le marché du travail), sont démontrées notamment par le fait que, 2 ans après la fin de leur scolarité, 91% des adolescents suisses et 92% de ceux qui proviennent des pays euro-

péens du nord se trouvent dans une formation du degré secondaire II alors que ce n'est le cas que pour 79% des jeunes issus des pays de l'Europe du sud (Portugal, Turquie, Etats de l'ex-Yougoslavie). Les perspectives de place d'apprentissage sont 4,4 fois moins bonnes pour ces jeunes étrangers que pour les jeunes gens de père ou de mère suisse; il est vrai que cette situation découle aussi de certaines discriminations liées à leur origine.

■ **Marché du travail:** environ 80'000 ressortissants étrangers, dont environ 25'000 jeunes sont sans travail. En 2005, le pourcentage de chômeurs étrangers était de 8,9%, à savoir presque trois fois plus élevé que pour les Suisses (3,3%). Le taux de chômage des jeunes originaires des pays des Balkans est particulièrement élevé (18,8%) et il l'est encore bien davantage pour les ressortissants d'Etats non européens (29,2%). La situation des réfugiés reconnus et des personnes provisoirement admises s'avère aussi particulièrement difficile: à fin 2005, il y avait en Suisse environ 25'000 réfugiés reconnus et environ 23'000 étrangers admis à titre provisoire. Malgré leur mise sur un pied d'égalité avec la population autochtone dans divers domaines importants (accès au marché de l'emploi, assurances sociales), seuls 20,5% des réfugiés ayant l'âge d'exercer une activité lucrative ont un travail rémunéré. Pour les personnes provisoirement admises, ce taux s'élève à 34%.

■ **Acquisition linguistique et cohabitation dans le quartier:** l'immigration a lieu principalement dans les villes et agglomérations. Certains quartiers désavantagés présentant de mauvais facteurs d'emplacement et peu considérés abritent des taux élevés d'immigrés. Ces quartiers présentent un cumul de problèmes d'intégration et de groupes à risque. C'est pourquoi ce sont d'abord les municipalités qui ont pris, il y a bien longtemps déjà, des mesures visant à encourager l'intégration de

leur population étrangère. L'analyse a révélé que le succès de l'intégration dans les domaines de la formation et du travail est étroitement lié aux connaissances linguistiques, aux contacts établis dans les associations et les clubs de sport, tant au sein de l'entreprise que du quartier.

En partant de ces faits, le rapport constate que l'échec de l'intégration structurelle est dû particulièrement à une accumulation de facteurs. Ainsi, les descendants de la deuxième vague d'immigration, c'est-à-dire de la migration de main-d'œuvre et d'asile qui a eu lieu dès le début des années quatre-vingt (notamment en provenance du Portugal, de la Turquie et des pays de l'ex-Yougoslavie) sont particulièrement touchés. A la différence des «Secondos» de la première vague d'immigration des années soixante, ils n'ont pas encore réussi à résoudre leurs problèmes d'intégration. Des évolutions négatives en matière d'intégration apparues dans certains groupes d'immigrés dans le domaine scolaire se sont poursuivies dans le système de formation professionnelle, puis sur le marché du travail et ont fini, plus tard, par gonfler l'effectif des cas pris en charge par les services sociaux. Il faut aussi admettre que les conditions cadre économiques pour les étrangers visant à une intégration réussie sont devenues beaucoup plus difficiles aujourd'hui que par le passé: les mutations de notre société de prestataires de services ont fait disparaître de nombreux emplois qui permettaient autrefois une entrée dans la vie professionnelle et facilitaient ainsi l'intégration.

Le rapport parvient à la conclusion que l'accès à une activité lucrative est la condition primordiale d'une intégration réussie. Aujourd'hui, en raison du changement d'orientation du marché de l'emploi, les chances d'exercer une activité lucrative reposent essentiellement sur les possibilités de se former suffisamment. Voilà pourquoi il conviendra d'encourager l'intégration dans les domaines de la formation professionnelle, du marché du travail, dans les institutions existantes, dans les centres de formation professionnelle ainsi que dans les entreprises. Il est évident que la réussite de l'intégration dans les domaines de la formation et du travail est étroitement liée à la connaissance de la langue locale et aux contacts sociaux dans l'environnement des immigrés. Il y a lieu de continuer à soutenir et à renforcer les mesures existantes dans ces domaines.

Résoudre ensemble les tâches pluridisciplinaires

L'analyse des problèmes ayant été effectuée, il convient maintenant d'élaborer les mesures nécessaires pour pouvoir éliminer les problèmes. Il convient d'insister sur le fait que l'intégration est une tâche pluridisciplinaire qui touche les domaines de notre société civile et les compétences les plus divers. Au niveau fédéral, cette tâche implique dès lors une collaboration interdépartementale étroite: l'ODM conclut qu'il y a lieu de suivre ou d'élaborer les axes suivants:

Mario Gattiker est sous-directeur à l'Office fédéral des migrations ODM. Adrian Gerber, suppléant du chef de section Intégration auprès de l'ODM et chef de projet pour le suivi du rapport d'intégration, a participé à la rédaction du texte.

■ Une des tâches importantes découlant de la loi sur les étrangers et de la loi sur l'asile constitue à créer des conditions cadre favorables à l'intégration des étrangers. Par conséquent, en matière d'immigration de main-d'œuvre provenant d'Etats tiers, il est logique d'une part de restreindre l'admission d'une manière générale et d'autre part de ne la limiter aux travailleurs bénéficiant, de par leur qualification professionnelle et leurs connaissances linguistiques, de conditions favorables qui leur permettront de s'intégrer durablement dans notre pays. Le rapport d'intégration révèle très clairement que l'intégration des étrangers est largement une question de ressources. Elle dépend notamment du fait qu'il y ait suffisamment de postes de formation et de travail. L'amélioration du statut juridique des étrangers, tout comme de celui des réfugiés et des personnes provisoirement admises, codifiée par la nouvelle législation sur les étrangers et les demandeurs d'asile, vise également à faciliter l'intégration des étrangers (notamment sur le marché du travail). Le nouveau concept de regroupement familial précoce, si possible avant que les enfants concernés aient atteint leur douzième année, poursuit le même objectif.

Dans le domaine de compétence du DFJP, les mesures prévues par la Confédération en vue d'encourager l'intégration des étrangers ainsi que celles prévues dans le domaine des demandeurs d'asile et des réfugiés peuvent être renforcées directement. Dans la mise en pratique de ces mesures, il conviendra cependant de veiller à ce que les mesures d'intégration, telles que les cours de langue, atteignent bien aussi les groupes à risque. Dans le domaine de l'intégration des réfugiés, le DFJP a presque doublé ses dépenses pour les années 2005 et 2006. Dans le domaine de l'intégration professionnelle, l'ODM a réalisé des projets-pilote dans le domaine des formations dites de rattrapage, ceci en étroite collaboration avec les associations économiques et professionnelles.

■ Dans les autres domaines, tels que la formation professionnelle et l'emploi, qui se situent en dehors du domaine de compétence du DFJP, l'ODM, se fondant sur le mandat de coordination que lui confère le législateur, examinera avec les services compétents de la Confédération quelles mesures complémentaires d'intégration il y aurait lieu de développer ou quelles mesures devront être renforcées.

L'encouragement de l'intégration est toutefois une tâche qui ne se situe pas qu'au niveau de la Confédération. En effet, il est tout aussi important que des mesures efficaces soient prises au niveau cantonal et communal dans plusieurs domaines. Il est indispensable d'intégrer notamment les autorités cantonales et les conférences des services chargés de l'instruction publique, du travail, de la formation professionnelle, les délégués à l'intégration, les municipalités et les communes, à la réalisation des tâches qu'il faudra accomplir à cet égard.

Ausgehend vom neuen Koordinationsauftrag im Bereich der Integration hat das Bundesamt für Migration im Auftrag des Departementschefs den Bericht über die «Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz» (Integrationsbericht) erstellt. Der Bericht liefert erstmals eine breite Übersicht, wie viele und welche Personengruppen besonders von Integrationsproblemen betroffen sind, welches die tiefer liegenden Ursachen sind und wo mögliche Lücken bei den heute bestehenden Massnahmen liegen. Handlungsbedarf wird insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeit sowie auch Sprache und Quartierentwicklung geortet. Der Bericht stellt ein Arbeitsinstrument für die Gestaltung der Integrationsförderung nicht nur auf Bundesebene, sondern auch in den Kantonen und den Gemeinden dar.

«Die Tür zur Wahlheimat öffnet sich nicht von alleine»

In seinem Film «Zwischen den Welten» zeichnet der Schriftsteller und Filmemacher Yusuf Yeşilöz die Lebensgeschichte von Güli Dogan, die ihrem Vater im Alter von neun Jahren aus einem Dorf in der Türkei in eine schweizerische Industriestadt folgte, nach. Der Film zeigt Güli in ihrem Alltag, als Angestellte am Schalter des Einwohneramts, als Mutter, die ihren beiden Töchtern bei den Hausaufgaben hilft. Er zeigt sie als Tochter, die der betagten Mutter bei der Bewältigung des Alltags behilflich ist, als Freundin und als Ehefrau. Güli Dogan hat sich mit ihrem städtischen Umfeld angefreundet. Dem Dorf in der Türkei bleibt sie emotional verbunden.

terra cognita: «Der lange Weg einer gelungenen Integration», so heisst der Untertitel Ihres Films. Dieser Untertitel verbirgt ein Paradox. Einerseits wird Integration als Prozess bezeichnet. Auf der anderen Seite wird von einer «gelungenen Integration» gesprochen, was auf einen Zustand schliessen lässt.



■ Yusuf Yeşilöz: Der Untertitel ist erst ganz am Schluss entstanden, als es um die Gestaltung des Kinoplakats ging. Der Grafiker regte an, einen Untertitel zu setzen und dabei kam uns

dieser Begriff in den Sinn. Ich selbst verwende den Begriff der Integration heute fast nicht mehr. Zu unterschiedlich sind die Zusammenhänge, in denen der Begriff verwendet wird. Auch Leute, die Eingewanderten ablehnend gegenüberstehen, verwenden ihn häufig. Ihnen zufolge müssen sich Eingewanderte integrieren – wenn es sein muss mit Druck von aussen. Die Geschichte von Güli Dogan zeigt, dass es ein vielschichtiges und ambivalentes Unterfangen ist, sich in einem neuen Umfeld zurechtzufinden und die Erfahrungen zu verarbeiten.

Was bedeutet Integration im Portrait von Güli Dogan?

■ Integriert ist für mich eine Person dann, wenn sie selbstständig ist. Selbstständigkeit ist mehr, als sich mit Einheimischen verständigen zu können. In ihrer neuen Umgebung müssen sich Migrantinnen und Migranten nicht nur sprachlich zurechtfinden, sondern auch beruflich und sozial. Kochen können gehört für mich ebenso zur Selbstständigkeit wie die Kinder auf ihrem Weg zu begleiten und zu unterstützen. Und Güli tut nicht nur das, sie fährt sogar Fahrrad, mit einem Anhänger für die Kinder; was will man mehr...

Für viele Fabrikarbeiter aus der Generation von Gülis Vater war es schwierig, sich auf Deutsch zu verständigen. Werten Sie dies als Zeichen für eine misslungene Integration?

■ So kann man das nicht sagen, denn sie waren eigentlich gut integriert; gut integriert für die Fabrikarbeit, und dafür wurden sie schliesslich geholt. Sie hatten hier ihre Arbeit, ihre Wohnung, ihren Bekanntenkreis. Wenn diese Männer von ihren damaligen Meistern sprechen, dann sprechen sie von Göttern.

S'adapter au pays d'accueil

L'écrivain et cinéaste Yusuf Yeşilöz raconte dans un documentaire captivant l'histoire de Güli Dogan, qui quitta son village natal en Turquie à l'âge de neuf ans et immigra dans une ville industrielle suisse. Dans une perspective individuelle, l'intégration implique aussi bien faire des efforts pour s'adapter au pays d'accueil que de se confronter aux attentes d'autrui. Güli Dogan s'est liée à son environnement urbain mais reste, bien sûr, émotionnellement attachée à son village turc.

Das ist auch verständlich, sie kamen aus einem Land, in dem es kein Arbeitsrecht gab, haben von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gearbeitet. Hier hat man ihnen die Überzeit gutgeschrieben, was sie sehr zu schätzen wussten. Wenn das Unternehmen für diese Männer Deutschkurse organisiert hätte, dann hätten bestimmt viele von ihnen besser Deutsch gesprochen. Die Integrationsprobleme entstanden erst, als sie ihre Familien hierher holten. Von ihren erwachsenen Töchtern erwarteten viele, dass sie einen Cousin heiraten. Aber nicht alle Töchter wollten die Pfade beschreiten, die ihnen von den Vätern vorgegeben wurden. Sie wollten eigene Wege gehen. Dies war der Beginn des Scheidewegs.

Bei Güli hat man nicht den Eindruck, dass sie am Ende eines Weges angekommen ist. Ihre Lebensgeschichte vermittelt vielmehr das Bild einer starken Frau, die sich bemüht, vielfältige und mitunter schmerzvolle Erfahrungen miteinander in Einklang zu bringen und als Teil ihrer Lebensgeschichte zu akzeptieren.

■ Güli hat viel mitgemacht. Was für ihre Freundin selbstverständlich war, musste sie sich erkämpfen, manchmal mit drastischen Mitteln. Sie musste ihren Vater belügen, musste sich mit ihm anlegen, bis er ihr schliesslich erlaubte, am Abend mit Freundinnen auszugehen. Vom Mann, mit dem sie ihre Eltern verheirateten, liess sie sich scheiden, um ihn viele Jahre später aus freien Stücken ein zweites Mal zu heiraten. Ich bin sicher, dass Gülis Vater seinen Kindern nur das Beste wünschte, aber er wusste irgendwie nicht, was es dazu braucht. Eine wichtige, zugleich unterstützende und hemmende Funktion im Integrationsprozess hatte der Bekanntenkreis. Diesen Kreis brauchte er, wenn er Kopfschmerzen hatte, einen Brief übersetzen musste oder mit anderen zusammen sein wollte. In der fremden Umgebung vermittelte dieser Kreis das Gefühl, eingebunden zu sein. Wird man aber aus dem Kreis ausgeschlossen, dann hat man keine Freunde mehr. Für die Familie war Gülis Scheidung ein derber Schlag, etwas worüber man noch heute nicht gerne spricht. Die Scheidung bedeutete einen Verlust. Es war schwer für die Familie, den Entscheid der Tochter zu akzeptieren.

Gülis Geschichte ist phasenweise durch starke Anpassungsleistungen gekennzeichnet. Sie wollte gleich sein wie ihre Freundinnen. Mit der Geburt von Gülis Töchtern scheint sich etwas geändert zu haben. Güli setzt sich mit ihrer Lebensgeschichte auseinander. Nicht die Gleichartigkeit, sondern die Gleichwertig-

keit rückt in den Vordergrund. Sie scheint sich mit den schwierigen Momenten in ihrem Leben zu versöhnen.

■ Meiner Meinung nach rührt der starke Wunsch zur Anpassung daher, dass Güli immer das Gegenteil ihrer Eltern und Geschwister sein wollte. Ihren Weg ist sie alleine gegangen. Die Kinder haben diesbezüglich eine Wende bewirkt. Seit sie Kinder hat, findet sie neue Zugänge zu ihrer Mutter und zu ihren Geschwistern. Sich anzupassen bedeutet, zu vermeiden, dass man auffällt. Als Eingewanderter fühlt man sich immer irgendwie auf einer Bühne. Man hat das Gefühl, alle Augen seien auf einen gerichtet. Man ist bemüht, sich korrekt zu verhalten. Aus einer individuellen Perspektive bedeutet Integration immer beides, Konfrontation mit Erwartungen, die an einen gestellt werden und Anpassung, um nicht als Fremder erkannt zu werden. Erst allmählich gelingt es, mit diesen Dingen bewusst zu spielen: Man steigt in den Zug, man weiss, dass einen die Mitreisenden als Fremden betrachten und dann plötzlich legt man seine NZZ oder den Tagi vor sich, und liest darin, wie wenn es nichts Selbstverständlicheres geben würde.

Gibt es Parallelen zwischen Ihrer Geschichte und der Geschichte von Güli?

■ Es gibt viele Parallelen. Dass ich Güli für meinen Film gewählt habe, hat auch mit meiner eigenen Geschichte zu tun. Die Sehnsucht nach dem Dorf, nach der unbeschwernten Kindheit, die Konfrontation mit der Herkunftskultur und der Wunsch, sich mit der Kultur der Wahlheimat anzufreunden. Integration kann nur gelingen, wenn Migrantinnen und Migranten in ihrem Bemühen unterstützt werden. Die Tür zur Wahlheimat öffnet sich nicht von alleine. Güli erhielt Unterstützung von ihrer Freundin Sandy. Mir half eine Familie in Frauenfeld. Im Nachhinein stelle ich fest, dass ich von dieser Familie viel gelernt habe, noch bevor ich in der Schweiz mental angekommen bin.

Yusuf Yeşilöz wuchs in der Türkei auf. Seit rund zwanzig Jahren lebt er in der Schweiz. Als Geschichtenerzähler schreibt er Romane, Essays und Kolumnen. Seit einigen Jahren experimentiert er auch mit filmischen Darstellungsformen. Das Interview wurde von Pascale Steiner geführt.

Der Film «Zwischen den Welten – der lange Weg einer gelungenen Integration» kann bestellt werden bei:
www.reckfilm.ch (RECK Filmproduktion GmbH; Switzerland, Documentary; 2006; DVD-PAL, 16:9; 54 Min.; Original Version: Swiss-German, German, Kurdish-Zaza, Turkish; Subtitels: German, English, French).

Gut vernetzt, aber schwach verankert

Im Jahr 2000 hat sich der Kanton Luzern ein Integrationsleitbild gegeben. Seither ist bei der Vernetzung der Institutionen und Gruppen, die in der Integrationsförderung tätig sind, viel erreicht worden. In der Integrationsförderung sind viele Menschen – vor allem freiwillig – engagiert. Doch, so zeigt ein kritischer Rückblick, die strukturelle Verankerung der Integration Zugewanderter als Querschnittsthema ist noch nicht gelungen.

Der Regierungsrat des Kantons Luzern erkannte im Herbst 1994, dass eine umfassende und koordinierte kantonale Ausländer- und Integrationspolitik fehlt. Zahlreiche Dienststellen nahmen sich im Rahmen ihrer Aufgaben der Migrationsbevölkerung aus jeweils unterschiedlicher Optik an. Die Migrationsbehörde, die Arbeitsmarktbehörde, der Bildungsbereich sowie der Gesundheits- und Sozialbereich stimmten ihre Arbeiten kaum aufeinander ab. Der Regierungsrat setzte sich deshalb als Legislaturziel, eine Ausländerpolitik zu formulieren, welche die Integration der Zugewanderten in unserer Gesellschaft fördert. Im Jahre 1997 wurde die kantonale Kommission für Ausländer- und Integrationspolitik geschaffen und beauftragt, in einem Leitbild die Grundsätze für eine kohärente Ausländer- und Integrationspolitik zu erarbeiten. Damit wählte der Luzerner Regierungsrat einen pragmatischen Weg. In den Städten Bern, Basel und Zürich wurde jeweils das ethnologische Institut der Universität mit der Vorbereitung des Integrationsleitbilds beauftragt, im Kanton Luzern war es eine ausserparlamentarische Expertenkommission. Die Mitglieder der Kommission waren Personen, die in ihrer Berufspraxis mit Migrationsfragen zu tun hatten: in verschiedenen Bereichen der kantonalen Verwaltung, in Gemeinden, Wirtschaft, Fachstellen und Kirchen tätige Personen sowie Migrantinnen und Migranten, die als Kommunikatoren wirken sollten. Dank dieser Zusammensetzung war das Leitbild breit abgestützt. Im Herbst 1998 ging der Entwurf in einer Vernehmlassung an 120 Adressaten bei Parteien, kantonalen Amtsstellen, Gemeinden, Kirchen, Migrantenorganisationen und Verbänden. Am 4. Januar 2000 wurde das Leitbild vom Regierungsrat verabschiedet. Zusätzlich zur ausführlichen Version auf Deutsch wurde eine Kurzfassung in Deutsch und weiteren zehn Sprachen erstellt und verbreitet.

Das Integrationsverständnis des Leitbilds

Zum Integrationsverständnis des Leitbilds gehören die folgenden zentralen Elemente:

■ Differenziertes Hinschauen ist eine wichtige Voraussetzung, um zu wissen, wo die Integrationspolitik genau anzusetzen hat. Deswegen ist dem Leitbild ein Bericht über Herausforderungen und Chancen, die sich aus dem Zusammenleben mit Migrantinnen und Migranten ergeben, vorangestellt. Im Anhang werden zusätzlich statistische Angaben zur Migrationsbevölkerung geliefert.

■ Integration ist ein Prozess der gesamten Gesellschaft: *«Ziel ist das Zusammenwachsen unterschiedlicher Menschen und Bevölkerungsgruppen zu einer lebendigen Gesellschaft, die ihre zunehmende kulturelle Vielfalt nicht nur als Problem, sondern auch als neue Chance wahrzunehmen und Konflikte friedlich zu lösen vermag.»* (S. 20).

■ Voraussetzung für die Integration ist sowohl die Partizipation wie auch der eigene Beitrag an die Gestaltung der Gesellschaft: *«Alle sollen teilhaben dürfen an den lebenswichtigen geistigen und materiellen Ressourcen einer Gesellschaft, auch an den gesellschaftlichen und schliesslich staatlichen Entscheidungsprozessen. Alle sollen aber auch das ihnen Mögliche beitragen zur Stärkung und Erneuerung der gesellschaftlichen Ressourcen.»* (S. 21).

In zwölf Leitsätzen wird das komplexe Ziel des Integrationsprozesses in verschiedenen Lebensbereichen konkretisiert. An erster Stelle stehen «Kommunikation und Information». Und weil Kommunikation ohne gemeinsame Sprache nicht möglich ist, wird von den Fremdsprachigen der Erwerb der örtlichen Landessprache erwartet. Umgekehrt wird gefordert, dass sich Einheimische, wenn nötig, mit Zugewanderten auf Hochdeutsch unterhalten. Der Regierungsrat will darüber hinaus mit einer aktiven Informations- und Kommunikationspolitik das gegenseitige Verständnis wecken. Dazu sollen alle aktiven Kräfte – besonders auch aus der Migrationsbevölkerung – einbezogen werden. Die weiteren Leitsätze sprechen gesellschaftliche Instanzen und Themen an, in denen sich der Integrationsprozess abspielt: Arbeitswelt, Schule und Ausbildung, Einbürgerung, Mitsprache und Mitverantwortung, Religion und Sicherheit.

Gestützt auf das Leitbild wurde die Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik mit dem kantonalen Integrationsbeauftragten auf den 1. Januar 2001 geschaffen. Die Aufgaben des Integrationsbeauftragten basieren auf der Erkenntnis, dass auf kantonaler Ebene der grösste Handlungsbedarf in der Koordination der verschiedenen Initiativen, Akteure und Angebote liegt. Da Integration nach dem Verständnis des Leitbilds vor

allem auch Partizipation bedeutet, gab der Integrationsbeauftragte eine Untersuchung in Auftrag, wie die Beteiligung der Migrationsbevölkerung am gesellschaftlichen und politischen Leben im Kanton Luzern aussieht und wie sie verbessert werden könnte. Diese Untersuchung hat Raphaela Nigg im Rahmen einer Lizentiatsarbeit am Institut für Ethnologie der Universität Bern erstellt.

Vernetzung und Projekte als Erfolge

Zwei Schienen haben sich für die Umsetzung des Leitbilds als besonders nützlich erwiesen. Zum einen das Projekt Internetz, das vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) ursprünglich als Projekt der Gesundheitsförderung lanciert, auch im Kanton Luzern durchgeführt wurde. Im Internetz Luzern arbeiteten interessierte Fachstellen wie FABIA (Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern), Caritas Luzern, Fachstelle für Suchtprävention, ECAP Zentralschweiz und das Projekt Migration und Gesundheit (BAG) zusammen. Seit 1998 werden Vernetzungs- und Informationsveranstaltungen («Plattformen») durchgeführt. Die «Plattform Internetz» im Sommer 2000 wurde zusammen mit der kantonalen Kommission für Ausländer- und Integrationspolitik organisiert und diente der Bekanntmachung des kantonalen Leitbilds. Die Zusammenarbeit der Fachstellen wurde nach Abschluss des Projekts Internetz von der kantonalen Koordinationsstelle in der «Fachgruppe Integration» weitergeführt. Weil mit der Koordinationsstelle mehr Ressourcen zur Verfügung standen, konnten nicht nur die Plattformen weitergeführt werden, es wurde auch die Idee eines Mitteilungsblattes realisiert. Seit 2001 erscheint das Mitteilungsblatt «Blickpunkt Integration» zwei- bis dreimal jährlich. Jede Nummer beleuchtet ein integrationspolitisches Thema.

Die zweite Schiene, welche der Umsetzung des Leitbilds gedient hat, ist das Integrationsförderungsprogramm des Bundes. Gleichzeitig mit der kantonalen Koordinationsstelle setzte das erste Schwerpunkteprogramm des Bundes für die Integrationsförderung ein. Im Luzerner Leitbild wurde zwar die finanzielle Unterstützung von Integrationsprojekten in Aussicht gestellt, doch fehlten die Rahmenbedingungen und Förderkriterien. Die kantonale Integrationsförderung hat sich seit Beginn an der Prioritätenordnung des Bundes orientiert. Die Projektträgerschaften können beim Kanton mit dem gleichen Formular und zu den gleichen Fristen wie beim Bund ihre Eingaben machen. Seit 2002 hat der Kanton ein Budget für Integrationsprojekte. Im Jahre 2006 werden ungefähr 40 Projekte mit 185 000 Franken unterstützt. Die Integrationsförderung des Bundes hat im Kanton Luzern viele Projekte ermöglicht, die sonst mangels Ressourcen nicht zustande gekommen wären. Luzern hat immer einen der Spitzenplätze in der Projektunterstützung des Bundes eingenommen.

Ambivalente Haltung in der Politik

Aufgrund einer Motion wurde das Integrationsleitbild der Regierung im Frühling 2002 im Kantonsparlament als Planungsbericht behandelt. Dadurch erfolgte eine eingehende politische Diskussion. In vier ständigen Kommissionen des Grossen Rates wurde das Leitbild besprochen und im Plenum während insgesamt zehn Stunden diskutiert. Das Parlament hat zu einem Planungsbericht keine Entscheidungsbefugnis, sondern kann ihn nur zur Kenntnis nehmen – entweder in zustimmendem Sinn oder in ablehnendem Sinn, oder auch ohne Wertung. Die Mehrheit des Parlaments hat das Leitbild neutral zur Kenntnis genommen. Das zeigt die oft spürbare politische Ambivalenz gegenüber dem gesellschaftlichen Integrationsprozess der Zugewanderten. Eine klar formulierte, entschiedene Haltung zu einer kantonalen Integrationspolitik fehlte. Der Rat verlor sich in kontroversen Einzelfragen. Es wurde die Forderung formuliert, dass die Zugewanderten mehr für ihre Integration tun sollten. Andererseits wurde aber wenig überlegt, wie die Rahmenbedingungen dafür verbessert werden könnten.

Die Debatte hatte aber auch positive Seiten. Das Parlament setzte sich intensiv mit dem Thema der Integration auseinander. Integration als politisches Ziel wurde von keiner Seite bestritten. Die bestehenden und im Aufbau begriffenen Integrationsmassnahmen – die kantonale Koordinationsstelle für Integration oder die Projektförderung – wurden nicht in Frage gestellt. Es war im Grossen Rat auch unbestritten, dass Integrationsarbeit nicht ohne staatliche Beiträge auskommt. Dadurch wurden die Initiativen an der Basis politisch nicht gebremst.

Integration ist noch kein Querschnittsthema

Die kantonale Kommission für Ausländer- und Integrationspolitik hat die Aufgabe, den Umsetzungsprozess des Leitbildes im Kanton Luzern zu begleiten. Nach sechs Jahren hat sie diesen Sommer eine Standortbestimmung vorgenommen. In den im Leitbild angesprochenen Hauptbereichen kam die Kommission zu folgenden Ergebnissen:

■ In der Vernetzung von Institutionen und Gruppen wurde viel erreicht.

■ Durch die Integrationsförderung wurden zahlreiche Personen, vor allem auch Freiwillige, angesprochen und in ihrem Bemühen um Integration unterstützt.

■ In vielen Schlüsselbereichen, wie Arbeitswelt, Schule und Ausbildung, wurde relativ wenig umgesetzt. Es besteht im Gegenteil die Befürchtung, dass aufgrund des Spardrucks eher mit Rückschritten zu rechnen ist. Es ist auch nicht gelungen, die Wirtschaft vermehrt in die Integrationsförderung einzubeziehen.

■ Beim Thema Mitsprache, Mitverantwortung und Einbürgerung ist eine ambivalente Entwicklung festzustellen: Einerseits haben Parlament und Volk vor zwei Jahren zwei Initiativen zum Bürgerrecht, welche Kommissionen, bzw. Gemeinderäte als für die Einbürgerung entscheidende Gremien verpflichtend erklären und ein Beschwerderecht einführen wollten, abgelehnt. Auch die eidgenössischen Abstimmungen zur erleichterten Einbürgerung wurden von den Stimmberechtigten verworfen. Auf der kommunalen Ebene führen andererseits mehr und mehr Gemeinden Bürgerrechtskommissionen ein, welche über die Einbürgerungsgesuche befinden (inzwischen sind es zwölf Gemeinden, in denen rund ein Drittel der Kantonsbevölkerung wohnt). Der Regierungsrat hat am Leitsatz festgehalten, dass die Gemeinden das Stimm- und Wahlrecht für dauernd in der Schweiz lebende Ausländerinnen und Ausländer einführen können. Obwohl der Vorschlag in der Vernehmlassung zur Totalrevision der Kantonsverfassung mehrheitlich abgelehnt worden war, hat ihn der Regierungsrat als Variante in der Botschaft an das Parlament belassen.

Die Evaluation der Umsetzung des Leitbildes führt zum Erkenntnis, dass es noch nicht gelungen ist, die Integration Zugewanderter wirklich als Querschnittsthema in Politik und Gesellschaft zu verankern. In der kantonalen Verwaltung wurde eine Interdepartementale Steuergruppe Integration mit einer Vertretung aus jedem Departement unter der Moderation des Integrationsbeauftragten eingerichtet. Sie soll die Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung zu Themen der Integration erleichtern. Doch es braucht Zeit, bis die Vertretungen in ihren Departementen in dieser Aufgabe wahrgenommen und respektiert werden. Auch die öffentliche Wahrnehmung des Themas Integration konnte noch nicht verbessert werden. So werden zum Beispiel der Asyl- und der Migrationsbereich in der Öffentlichkeit nach wie vor vermischt.

Neue Anregungen und Ansätze

Die kantonale Kommission für Ausländer- und Integrationspolitik hat aus der Standortbestimmung erste Schlüsse gezogen: Sie will neue Anregungen geben, wie die Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe in den Bereichen, in denen der Kanton zuständig und tätig ist, besser verankert werden kann (vor allem bei der Bildung, bei Erwerbslosenprogrammen und im Bereich

Integrazione: non ancora un compito pluridisciplinare

Gesundheit). Sie will die Integration der Jugend in Freizeit, Bildung und Beruf als Querschnittsthema lancieren. Auch unabhängig von den direkt mit der Integration von Zugewanderten befassten kantonalen Instanzen ergeben sich gegenwärtig Möglichkeiten, die sich positiv auf die Integrationspolitik auswirken können. Im Sommer 2006 ist ein Bericht des kantonalen Amtes für Statistik und des kantonalen Sozialamts zur sozialen Lage der Luzerner Bevölkerung erschienen. In dieser Untersuchung sind auch viele Daten über die Situation der Migrationsbevölkerung zusammengestellt und aufbereitet. Dies ermöglicht sozialpolitische Schlüsse, die zu einer breit abgestützten Integrationspolitik führen könnten.

Im Rahmen eines Reformpakets der kantonalen Verwaltung wird zudem geprüft, verschiedene gesellschaftspolitische «Kleinstellen» der Verwaltung, wie das Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann, die kantonale Jugendförderung, die Stelle für Familienfragen und die Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik, in einer «Fachstelle Gesellschaftsfragen» zusammenzufassen. Dadurch würden neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit entstehen, die das Thema der Integration von Zugewanderten in einer neuen Weise in das kantonale Handeln einbringen könnten.

In der Umsetzung des Leitbilds ist noch viel zu tun. Es bleibt eine Herausforderung, im engen Handlungsspielraum des staatlichen Handelns, der durch die knappen finanziellen Mittel und oft auch durch mangelnden politischen Willen begrenzt ist, das Beste herauszuholen.

Bibliographie

- Amt für Statistik Luzern, Kantonales Sozialamt Luzern (Hg.), 2006, Sozialbericht des Kantons Luzern. Die soziale Lage der Luzerner Bevölkerung. Luzern: Amt für Statistik des Kantons Luzern.
- Bericht und Leitbild des Regierungsrates für die Ausländer- und Integrationspolitik des Kantons Luzern vom 4. Januar 2000.
- Nigg, Raphaela, 2003, Partizipation der MigrantInnen in Luzern. Erstellt im Auftrag der Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integrationspolitik des Kantons Luzern. Bern: Institut für Ethnologie.

Nel 2000 il Canton Lucerna si è dotato di linee direttive in materia d'integrazione. Fondandosi su quest'ultime è stato istituito un servizio di coordinazione in materia di stranieri e di politica d'integrazione nonché la figura del Delegato cantonale per l'integrazione. Grazie ai contatti tra i servizi specializzati e le cerchie interessate è stato possibile fare diversi passi avanti. Il Canton Lucerna si è anche attivato nell'ambito del promovimento di progetti riguardanti l'integrazione; ogni anno circa 40 progetti vengono sostenuti finanziariamente grazie a 185 000 franchi previsti a tal fine nel preventivo cantonale. In retrospettiva occorre tuttavia dire che non è stato ancora possibile far accettare dalla politica e dalla società l'integrazione degli immigrati come un reale compito pluridisciplinare. Troppo sovente la volontà politica di fornire condizioni quadro idonee al settore dell'integrazione è ambivalente. Nell'amministrazione cantonale è stato istituito un gruppo di direzione interdipartimentale «Integrazione» composto da un rappresentante di ogni dipartimento e coordinato dal Delegato cantonale per l'integrazione. Scopo di questo gruppo è facilitare la collaborazione all'interno dell'amministrazione a proposito di temi che riguardano l'integrazione.





«Ich bin ein Neuenburger!»

L'identité collective des habitants d'un pays est un sujet fort complexe et délicat. Le canton de Neuchâtel a fait le choix de ne pas éluder le sujet par une opération culturelle de grande ampleur en 2006 intitulée «*NeuchàToi!*».

Réussir à vivre ensemble en bonne intelligence, au sein d'un espace commun de vie et sur un même territoire, est une préoccupation majeure et un défi permanent des sociétés humaines. Riche en diversité de toutes sortes, la Suisse dispose d'une longue expérience démocratique pour assurer la coexistence de sa population sur une base pluraliste. Mais le modèle helvétique ne fonctionne-t-il que pour les populations suisses ou inclut-il aussi les populations étrangères?

On peut se poser la question car les vertus de la Constitution suisse et de ses droits fondamentaux ne semblent pas toujours aller de soi lorsqu'il s'agit de les appliquer aux personnes qui ne disposent pas du passeport rouge à croix blanche. Malgré tout son savoir-faire, la Suisse ne résiste pas toujours à la tentation de soustraire certaines catégories minoritaires de la population, étrangère notamment, aux principes qui s'appliquent à la majorité de la population. Ce pays, comme tant d'autres, n'est pas non plus à l'abri de dérives xénophobes, voire racistes, qui lamentent le respect de la dignité humaine d'une partie de ses habitants.

Si les controverses sur la politique de migrations sont très vivaces, le principe d'intégration des étrangers semble faire l'unanimité

comme horizon des collectivités étrangères. Le concept d'intégration a depuis fort longtemps et abondamment été traité dans la littérature scientifique. Aujourd'hui on y fait sans cesse référence dans le débat public, mais la notion demeure floue et à géométrie très variable selon les perspectives des uns et des autres. Ce qui n'est d'ailleurs guère surprenant tant le concept est polysémique.

Dans les débats publics sur l'intégration des étrangers, on se focalise avant tout sur la conformité attendue de la part des migrants à l'égard du pays dans lequel ils vivent. On s'intéresse un peu à leurs droits, souvent avec la préoccupation de ne pas leur en conférer trop, et beaucoup à leurs obligations. Les exigences formulées dans certains discours prennent parfois l'allure d'un programme idéologique d'uniformisation des comportements et des pensées guère compatible avec l'esprit libéral officiel de la Suisse: apprendre et préférer la langue du pays sous peine de sanctions administratives, modifier sa vision du monde et son style de vie pour être helvético-compatible, gommer et aligner les traits culturels et identitaires pour qu'ils n'apparaissent pas trop saillants afin de se fondre dans la société.

Les migrants font donc quotidiennement l'expérience de discours, d'attentes et d'exigences très variables et très contrastées en ce qui concerne leur place dans la société: ballottée entre des messages d'acceptation nuancée des migrants et de rejet xénophobe, la perspective d'intégration y apparaît comme une notion marquée par de nombreux paradoxes!

Hormis quelques cercles spécialisés, on s'intéresse peu dans les débats publics à l'évolution et aux contours futurs de l'identité de la communauté humaine qui se forge, qu'on le veuille ou



non, dans le métissage des populations au sein de notre société, dans nos régions et notre pays. Comment concilier l'identité et la pluralité des appartenances, la variété et l'autonomie des cultures, et l'exigence de l'universalité des valeurs et des droits humains? Ces questions sont au cœur des préoccupations de nombreuses personnes, autochtones et migrantes, mais leurs mises en débat est difficile tant le sujet des identités collectives est délicat et complexe.

Le brassage forge l'identité

C'est pourtant sur ces questions sensibles que les structures officielles en charge de l'intégration des étrangers dans le canton de Neuchâtel ont lancé, avec de nombreux partenaires, une action novatrice et inédite sur le thème de l'identité neuchâteloise intitulée «*NeuchàToi!*». Le thème central se fonde sur quelques constats et interrogations. La population neuchâteloise a passablement évolué au fil du temps et des nombreux brassages humains qui façonnent, jour après jour, son visage. Le canton de Neuchâtel est constitué aujourd'hui de 25% d'étrangers, de 45% de Confédérés et de 30% de Neuchâtelois. Près de 150 nationalités provenant de tous les continents y coexistent. D'où une question: quel est aujourd'hui le sens de l'identité neuchâteloise? Les réponses ne tombent pas d'un bloc, définitives. Elles s'esquissent de manière différenciée selon les perspectives des uns et des autres. Les nombreux événements au programme de «*NeuchàToi!*» se veulent le reflet de cette diversité.

A l'occasion de 180 manifestations qui se déclinent en plus de 400 événements, de mars à novembre 2006, «*NeuchàToi!*» a donc pour objectif d'offrir un espace de réflexion à toutes celles et ceux qui habitent le canton sur la manière dont elles et ils finissent le plus souvent par s'approprier une identité davantage plurielle. Les manifestations se répartissent sur l'ensemble du territoire, concernent toutes les classes d'âge et sont susceptibles de s'adresser à chacune et à chacun en fonction de ses affinités sociales, culturelles ou sportives. Au menu, du théâtre, des concerts et spectacles, des expositions, des conférences et débats, des fêtes et festivals, des jeux et contes, des événements sportifs, des émissions de radio et de télévision, des visites guidées du patrimoine neuchâtelois, des activités culturelles, du cinéma et de la gastronomie notamment. Plus de 200 personnes sont engagées pour les structures d'organisations et 42 partenaires. Les détails du programme sont consultables sur le site Internet www.neuchatoi.ch.

Thomas Facchinetti occupe la fonction de délégué aux étrangers du canton de Neuchâtel.

«*Ich bin ein Neuenburger!*»

Die Bildung einer kollektiven Identität eines Landes, einer Region, ist eine heikle Angelegenheit. Wer mit welchen Argumenten auch immer als nicht dazu gehörig erklärt wird, wird dabei in die Ecke der «Anderen» gedrängt. Besonders häufig geschieht dies bei Menschen ausländischer Herkunft. Um diesem Aufteilen der Bevölkerung in verschiedene Kategorien entgegen zu wirken und aufzuzeigen, dass es heute um plurale Identitäten geht, hat der Kanton Neuenburg das Projekt «NeuchàToi!» lanciert. Das Projekt, das über mehrere Monate hinweg mit Veranstaltungen unterschiedlichsten Inhalts und Charakters alle Teile der Bevölkerung ansprechen will, verfolgt das Ziel, die Vielfalt und Mehrschichtigkeit der «Neuenburger Identität» bewusst zu machen.

89

Le but essentiel est de susciter un débat public sur la pluralité de l'identité neuchâteloise ainsi que sur les valeurs et principes communs d'appartenances des habitants du canton de Neuchâtel. L'approche adoptée permet aussi de toucher des personnes et des milieux autochtones souvent difficiles à impliquer dans des actions concernant l'intégration des étrangers. Avec «*NeuchàToi!*» on s'intéresse directement à eux, à leurs sentiments d'appartenances et aux contours de leurs identités. L'action rencontre un succès important et apparaît déjà comme une réussite intéressante tant sous l'angle de la participation de milieux très diversifiés que de la qualité des réflexions qui s'y mènent.

Le titre «*NeuchàToi!*» de la campagne de communication publique qui complète toute l'opération exprime aussi une interpellation à chacune et à chacun concernant son rôle à jouer pour façonner le présent et l'avenir de sa région. Cette dimension citoyenne se retrouve aussi dans l'un des slogans, communiqué en langue allemande dans un canton très attaché à sa francophonie, qui évoque la pluralité des appartenances identitaires en lien avec une forme de patriotisme constitutionnel: «*Ich bin ein Neuenburger! – Kennedy, Türkyilmaz or Facchinetti?*»

Gastgeberin Schweiz

Wer in ein Land einwandert, ist zur Orientierung im neuen Umfeld darauf angewiesen, sich über das Gastland informieren zu können. Manche Staaten verfügen über gut ausgebaute Informationsangebote, andere haben diesbezüglich noch wenig unternommen. Auch in der Schweiz, in der vor allem die Gemeinden diese Aufgabe wahrnehmen, sind Begrüßung und Erstinformation von Neuzuzüglern sehr unterschiedlich ausgestaltet.

motiviert Ausländer und Ausländerinnen, ihre Koffer in der Schweiz rasch auszupacken und sich engagiert in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren.

Neben der Begrüßung fördert die frühzeitige Vermittlung von Grundwissen über Sprache, Traditionen, Geschichte, Institutionen und Alltag im neuen Wohnland das Fundament für Integration. In entsprechenden Kursen geht es weniger um Vokabeln oder Geschichtsdaten, sondern vor allem um das «Know-how» im Alltag. Denn wie kann man sich an die vielen geschriebenen und ungeschriebenen Gesetze einer Gesellschaft halten, wenn sie einem nie erklärt wurden? Woher weiss ich, dass ein Schlüssel zum Waschraum noch lange nicht bedeutet, dass ich dort jederzeit waschen kann? Wie ist das Altpapier hierzulande zu bündeln? Was wird von den Eltern eines Erstklässlers erwartet?

Die Türglocke läutet und die Gäste stehen mit erwartungsvollen Gesichtern vor der Tür. Die Gastgeberin lächelt freundlich, bittet die Gäste ins Haus: «Fühlt Euch wie zuhause!» und zeigt den Weg in die Stube. Ein freundlicher Empfang ist die beste Voraussetzung für einen erfolgreichen Abend.

Ganz ähnlich ist es mit der Begrüßung von neu Zugewanderten. Ein freundlicher Empfang kann die Weichen für einen positiven Verlauf sozialer Integration stellen. Migrantinnen und Migranten erhalten so direkt nach der Einreise einen Startimpuls zum persönlichen Eingliederungsprozess. Ihnen wird die Wichtigkeit gesellschaftlicher Integration vermittelt und gezeigt, dass dem Staat die Integration jeder Person am Herzen liegt. Das

Wie macht sich nun die Schweiz als Gastgeberin? Da gilt es zuerst die Einschränkung zu machen, dass «die Schweiz» als Gastgeberin gar nicht existiert. In ihren alleinigen Zuständigkeitsbereich fallen nur Touristen und Asylsuchende. Für den Empfang aller anderen «Gäste», jene, die dauerhaft hier leben und arbeiten wollen, sind auch Kantone und vor allem die Gemeinden zuständig. Es gibt also 2763 Gastgeberinnen. Dementsprechend lässt sich auf Bundesebene kein spezielles Engagement zur Begrüßung von Neuzureisenden ausmachen. Die Website www.ch.ch vermittelt zwar in der Rubrik «Ausländer in der Schweiz» ein paar grundlegende und nützliche Informationen. Das Bundesamt für Migration bietet auf www.swiss-emigration.ch (die sich in erster Linie an Auswanderer wendet) etwas ausführlichere Informationen über das Leben in der Schweiz an. Eine Übersicht über niederschwellige Informa-

tionsangebote aber lässt sich auf Anhieb nicht finden. Auch die kantonalen Migrationsbehörden beschränken sich mit wenigen Ausnahmen auf die Angaben zu Erteilung und Aufhebung von Aufenthaltsbewilligungen. Nur wenige engagieren sich in der Begrüssung und Information neu Zugezogener. Positiv sticht hier der Kanton Neuenburg hervor, der schon seit mehreren Jahren zusammen mit den Gemeinden diese Aufgabe aktiv angeht. Die Broschüre «Bienvenue dans le canton de Neuchâtel» wird in zehn Sprachen angeboten. Auch der Kanton Basel-Stadt leistet Pionierarbeit: Er hat für die Zuwanderer eine eigene Website geschaffen, deren Adresse Programm ist: www.welcome-to-basel.bs.ch.

Erstinformationen verbessern

Die Erstinformation ist in der Regel also Aufgabe der Gemeinde. Entsprechend unterschiedlich ist sie ausgestaltet: Die Spanne reicht vom gänzlichen Fehlen von Begrüssung bis zu beispielhaften Informations- und Integrationsangeboten. Verschiedene Gemeinden und Kantone sind dabei, neue Konzepte zur Erstinformation und Begrüssung zu entwickeln oder bestehende Angebote auszubauen. Beispielsweise sind im neuen Integrationsgesetz beider Basel konkrete Gesetzesnormen formuliert, welche die Information von neu zuziehenden Migranten regeln. Danach sind der Kanton und die Gemeinden verpflichtet, eine aktive, aufeinander abgestimmte Informations- und Begrüssungspolitik zu betreiben. Auch auf Bundesebene schreibt die revidierte Fassung der im Februar 2006 in Kraft getretenen Integrationsverordnung den Migrationsbehörden vor, zukünftig über bestehende Integrationsangebote zu informieren.

Dabei kann auf Erfahrungen im In- und Ausland sowie auf Ergebnisse von wissenschaftlichen Untersuchungen zurückgegriffen werden. So widmete sich die Europäische Kommission in ihrem im Juli 2005 veröffentlichten Integrationshandbuch vertieft dem Thema «Einführung von Neuzuwanderern» und stellte zahlreiche Beispiele aus verschiedenen Mitgliedsstaaten vor. Auch die im Herbst 2005 von der EKA durchgeführte schweizweite Umfrage unter Fachleuten gab interessante Inputs für eine verbesserte Erstinformation. Die folgende Zusammenstellung gibt Hinweise auf mögliche Antworten, wie den Forderungen nach verbesserter Information von Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf einen erfolgreichen Start im Gastland verholten werden kann.

■ Begrüssung und Information sollten so früh wie möglich erfolgen. Sobald sich jemand für eine Niederlassung in der Schweiz interessiert, muss es ihm möglich sein, detaillierte Informationen über das Leben in der Schweiz zu erhalten. Unter dem Stichwort «Pre-departure Measures» werden Informationen über die Auslandsvertretungen oder das Internet zugänglich gemacht, welche auch nach der Einreise behilflich sind. Von Fachleuten wird zu diesem Zweck ein einheitliches gesamtschweizerisches Produkt gewünscht, das in verschiedenen Sprachen und Kommunikationsformen erhältlich ist, Integration zum Thema macht und auch für wenig gebildete Migranten und Mi-

La Svizzera in veste di Paese ospitante

Per riuscire a orientarsi nel nuovo contesto, la persona che immigra in un Paese deve essere messa nella condizione d'informarsi sul Paese che la ospita. A tal proposito alcuni Stati dispongono di ottime offerte nell'ambito dell'informazione, altri invece hanno intrapreso ben poco. Anche la Svizzera, ove spetta soprattutto ai Comuni occuparsi di questo compito, il benvenuto e l'informazione di base destinata ai nuovi residenti può assumere forme molto diverse. Tuttavia, nell'ottica dell'integrazione e per fare in modo che le persone possano partire con il piede giusto, è fondamentale che dispongano di quelle informazioni essenziali che permetteranno loro di farsi un'idea delle offerte disponibili in materia d'integrazione. Un impegno in tal senso non va soltanto a beneficio degli immigrati bensì anche del Paese che li ospita. Una cultura del benvenuto getta le basi per una convivenza fondata sul consenso.

grantinnen verständlich ist. In Deutschland gibt es das in acht Sprachen erhältliche «Handbuch Deutschland», in Frankreich das «Livret d'accueil», und sogar Liechtenstein zeigte mit seinem «Willkommen in Liechtenstein», dass die Begrüssungskultur keine Sache der «Grossen» ist.

■ Mit der obligatorischen Anmeldung in der Wohngemeinde ist der Zeitpunkt einer früheren Begrüssung und Information grundsätzlich von Amts wegen gegeben. Beim Kursangebot sollte Rücksicht auf die zeitliche Beanspruchung der Migrantinnen und Migranten genommen werden. So wurden mit der flexiblen Gestaltung der Einführungsprogramme durch Teilzeit- und Abendkurse, Intensivkurse, Fernunterricht oder elektronisches Lernen gute Erfahrungen gemacht. In Dänemark haben sich beispielsweise computergestützte Sprachprogramme, die ein Erlernen der Sprache von zuhause aus ohne Überschneidung mit der beruflichen Ausbildung ermöglichen, gut etabliert.

■ Informationen über Sprachkurse, über grundlegende gesellschaftliche Werte, Rechte und Pflichten sowie Informationen bezüglich Schule, Arbeit, Versicherungen und dem dazu benötigten Know-how im Kontakt mit Behörden werden als primär wichtige Inhalte einer wirksamen Erstinformation angesehen. Auch lokale Beziehungsnetze wie Vereine oder Organisationen sollten von Beginn an bekannt gemacht werden. Gerade Migrantenvereine können bei der Begrüssung von Neuzuzüger eine wichtige Funktion übernehmen. In Frankfurt z.B. führen ehemalige Migranten selbst Begrüssungsveranstaltungen durch und werden dabei von den Migrations- und Einwohnerbehörden unterstützt.

■ Generell werden mit Begrüssungsveranstaltungen gute Erfahrungen gemacht. Die Stadt Luzern organisiert zum Beispiel solche Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der Tourismusfachstelle. Sie werden von einem Schauspieler auf unterhaltsame Weise geleitet, beginnen mit einem Stadtrundgang, führen zu einem offiziellen Begrüssungsteil beim Stadtpräsidenten und enden mit einer Pub-Tour. Ihr Ziel erreichen solche Veranstaltungen jedoch nur, wenn sie häufig durchgeführt werden können und der Mehrsprachigkeit Rechnung getragen wird. Wer erst nach einem halben Jahr in seiner Wohngemeinde einen trockenen, in einer noch nicht bekannten Sprache verfassten Brief erhält, wird nur wenig Neugierde entwickeln. Einige Gemeinden stellen Migranten auf Wunsch bei diesen Veranstaltungen muttersprachliche Dolmetscher an die Seite, um Zugangsbarrieren abzubauen und die Verständigung zu ermöglichen.

■ Die deutsche Krankenschwester, der türkische Bauarbeiter, die amerikanische Pharmazeutin, der somalische Flüchtling oder der innerschweizerische Migrant stehen betreffend ihrer Integration vor völlig unterschiedlichen sprachlichen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Aufgabe der öffentlichen Verwaltung ist es aber, allen Bewohnern gleichen Zugang zu den Institutionen zu gewährleisten. Bestehende Regelstrukturen müssen deshalb «integrationsfit» gemacht werden. Insbesondere braucht es bei der Anmeldung auf den Gemeinden interkulturell geschultes Personal, am besten solches mit eigenem Migrationshintergrund. So kann den Neuzuzüglern ein möglichst kompetentes und individuelles Gespräch geboten werden. Auch können im Idealfall Kosten für Dolmetscher gespart werden, wenn – wie zum Beispiel in der Stadt Basel – die Einwohnerdienste durch ihr Personal bereits die wichtigsten Sprachgruppen abdecken.

■ Gerade am Anfang des Aufenthalts kann noch keine vertiefte Kenntnis der Landessprache erwartet werden, auch sind Bildungshintergründe der Zuwandernden äusserst unterschiedlich. Hier gilt es, nicht nur die Vielsprachigkeit, sondern auch die Möglichkeiten neuer Kommunikationsformen zu berücksichtigen. An Ausländer gerichtete Internetseiten sollten übersichtlich, mehrsprachig und vor allem bedienungsfreundlich sein (z.B.: www.welcome-to-basel.bs.ch). Broschüren können nicht nur in gedruckter, sondern auch in digitaler Form oder als Hörbücher angeboten werden. Der Kanton St. Gallen finanziert die vierteljährlich erscheinende Zeitung «Information», welche – in sieben Sprachen – Tipps und Tricks für die Alltagsbewältigung aufarbeitet und an alle Migrantinnen und Migranten versandt wird. Die Stadt Zürich plant eine DVD als Informationsmedium.

Immer mehr wird gefordert, dass neben dem Staat auch der private Sektor, insbesondere Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände, mehr Unterstützung bei der Information und frühen Integration leisten sollten. Eine breite Abstützung auf möglichst viele Akteure, eine enge Koordination zwischen Akteuren aus dem öffentlichen und privaten Sektor, die Zusammenarbeit verschiedener Gemeinden, wie am erwähnten Beispiel Neuenburg, helfen nicht nur, knappe Ressourcen zu bündeln, sondern sichern auch die Wirksamkeit und den Erfolg der geleisteten Anstrengungen.

Schliesslich aber hängt es von uns allen ab, ob die Schweiz eine gute Gastgeberin ist, ob sie die «Neuen» an der Tür mit einem freundlichen Lächeln begrüsst oder mit einem: «Wir brauchen nichts!» abwimmelt.

Links

Links zu kantonalen und kommunalen Seiten finden sich auf www.eka-cfe.ch, Rubrik Service.

www.ch.ch Das Schweizer Portal

www.swissemigration.ch Angaben zum Leben in der Schweiz

www.handbuch-deutschland.de Ein Handbuch für Deutschland

www.social.gouv.fr/hmn/pointsur/accueil/documentation/livret_accueil.pdf Vivre en France

www.migration.li/willkommen.asp Willkommen in Liechtenstein

europa.eu.int/germany/pdf/integrationshandbuch.pdf EU-Handbuch zur Integration

Tilla Jacomet ist Juristin und arbeitet im Bundesamt für Migration im Bereich des Asylverfahrens. Sie absolvierte während vier Monaten einen Stage bei der EKA.



Den Ausländer nicht assimilieren, sondern «eingliedern»

Die EKA wurde 1970 eingesetzt, um bei der Bewältigung des «Ausländerproblems» mitzuhelfen. Heute verwaltet sie den Integrationskredit des Bundes. Ein Streifzug durch das Archiv zeigt, welche Art der Eingliederung, bzw. der Integration die Kommission in Konzepten, Begriffsklärungen und Handbüchern durch die Jahrzehnte entwickelt und empfohlen hat.

94 Die EKA, die in ihren ersten Jahren «Konsultativkommission für das Ausländerproblem» hiess, wurde vom Bundesrat eingesetzt, um in Zeiten von Überfremdungsdiskussionen und -initiativen fachliche und sachliche Beratung für einen emotionell geführten politischen Diskurs zu erhalten. Fünf Wochen nach der Ablehnung der zweiten Überfremdungsinitiative, welche die Zahl der Ausländer auf 10 Prozent der Schweizer Bevölkerung limitieren wollte, wurde die EKA im Juli 1970 eingesetzt. Sie sollte laut Auftrag des Bundesrats Massnahmen vorschlagen, um «das Zusammenleben zwischen Ausländern und Schweizern zu erleichtern». Dazu hatte sie sich unter anderem mit dem «Studium der sozialen Probleme der ausländischen Arbeitskräfte zu befassen, insbesondere mit der sozialen Betreuung, der Anpassung an unsere Arbeits- und Lebensbedingungen, der Assimilation und Einbürgerung».

Während im Auftrag des Bundesrates von Assimilation die Rede ist, verzichtet die Kommission auf diesen damals geläufigen Begriff. Sie postulierte als Ziel für ein besseres Zusammenleben die *Eingliederung der Ausländer*:

«Unter Eingliederung verstehen wir die Aufnahme der Ausländer in unsere Gemeinschaft im Bereiche der menschlichen und gesellschaftlichen Beziehungen. Der Ausländer soll ein ebenbürtiges Mitglied unserer Gesellschaft werden, sich bei uns heimisch fühlen und an unserem Gesellschaftsleben teilnehmen können. Dabei soll er seine angestammte kulturelle Eigenart nicht verlieren und seine Staatszugehörigkeit nicht aufgeben müssen.»

Der Assimilierung, welche die politische Debatte in den sechziger Jahren dominiert hatte (siehe auch Artikel «Er kann assimiliert sein und trotzdem Olivenöl verwenden» auf Seite 28), steht die Kommission von Beginn weg skeptisch gegenüber: «Die gesellschaftliche Eingliederung kann die Vorstufe zur Assimilierung sein, worunter die Annäherung und Angleichung des Ausländers an die Kultur der Schweiz durch die allmähliche Übernahme unserer Lebensgewohnheiten, Sitten und Gebräuche, Wertvorstellungen sowie unserer Denkweise zu verstehen sind. Die Assimilierung wie – auf politischem Boden – die Einbürgerung der Ausländer sollen so wenig erzwungen werden, wie es unklug wäre, sie aus irgendwelchen Gründen und unter Zuhilfenahme entsprechender Massnahmen bewusst zu verhin-

dem. Das Hineinwachsen der Ausländer in unsere Gesellschaft und unseren Staat hat organisch zu geschehen. Es soll sich dabei um die natürliche, wenn auch nicht zwangsläufige, Folge der Eingliederung handeln» (EKA Information Nr. 3, 1976).

Drei Phasen zur Eingliederung

1973 erschien die erste Publikation der EKA: das «Konzept zum Ausländerproblem». Darin werden die Ursachen der «gegenwärtig zwischen der schweizerischen und ausländischen Bevölkerung bestehenden Spannungen» analysiert und «Grundsätze für die Eingliederung der Ausländer und die Information» aufgelistet. Dabei ist von drei Phasen der Eingliederung die Rede: 1. *Vorbereitung der Auswanderung* (Potentielle Zuwanderer sollten vorher gut über die Schweiz informiert werden), 2. *Anpassung* (Einreihung in die Rechts- und Sozialordnung, Übernahme der Lebensweise), 3. *Eingliederung* (Beziehung zur schweizerischen Bevölkerung aufnehmen, am Gesellschaftsleben beteiligen). Auffallend ist die Darstellung des Ausländerproblems als ein Problem *gesamtgesellschaftlicher Natur*. Die Eingliederung wird nicht zum alleinigen Thema der Zugewanderten gemacht. Die ganze Gesellschaft sei gefordert. Eine fast identische Formulierung findet sich 30 Jahre später – im zweiten Förderprogramm des Bundes. Die Einleitung ist überschrieben mit: «Integration – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe».

Das Konzept von 1973 enthält detaillierte Angaben, wie diese Anpassung und Eingliederung erleichtert werden kann, mit Aufgaben für den Ausländer wie für die schweizerische Bevölkerung. Eine grosse Rolle spielt in den Papieren der Kommission die Information. Bereits an der ersten Plenarversammlung 1970 wird die Forderung erhoben, Ausländer müssten «gleich nach ihrer Ankunft und wenigstens während der ersten Zeit ihres Aufenthaltes in der Schweiz besser über unsere Lebensverhältnisse informiert und beraten werden» (aus einem Brief an Bundesrat Ludwig von Moos, Dezember 1971). Als vordringlich wird von der Kommission «die Aufklärung der schweizerischen Bevölkerung über die Ursachen der (...) Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte und ihrer Familien» betrachtet. Es sei nötig, «unsere Mitbürger aufzufordern, die menschlichen Beziehungen zu den Ausländern zu fördern, um schliesslich ein harmonisches Zusammenleben zu gewährleisten». Bereits 1970 empfiehlt die Kommission, in den Städten und in jedem Kanton eine Koordinationskommission für Ausländerfragen einzusetzen. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement unterstützt 1974 diese Empfehlung offiziell gegenüber den Kantonen, aber es wird bis 2006 dauern, bis eine solche Forderung in der Integrationsverordnung verankert ist.

Die EKA hat in ihrer über 35-jährigen Tätigkeit zahlreiche Analysen gemacht, Berichte erstellt und Empfehlungen herausgegeben. In den ersten Jahren standen Fragen nach dem «ausgewogenen» zahlenmässigen Verhältnis, nach den Ursachen des Ausländerproblems im Vordergrund. Dazu gehörten auch fremdenfeindliche Strömungen und rezessionsbedingte Ängste. Im 1976 erschienenen Bericht über «Menschliche Probleme der ausländischen

Non à l'assimilation, oui à l'intégration

La CFE a été créée en 1970 dans le but de mener à bien le «problème des étrangers». Aujourd'hui elle gère le crédit d'intégration de la Confédération. Un passage obligé à l'archive confirme que la commission a développé et recommandé durant des décennies l'intégration dans des concepts, manuels et rapports. Alors que dans les années 1970 la notion d'«assimilation» dominait encore dans les débats politiques, la CFE, elle, favorisait déjà l'intégration des étrangers dans un concept d'intégration qui aboutissait plus tard à un processus d'intégration.

Arbeitskräfte und ihrer Familienangehörigen» heisst es dazu: «Die seit mehreren Jahren anhaltenden politischen Auseinandersetzungen über das Ausländerproblem bewirken bei den in der Schweiz wohnhaften Ausländern eine beträchtliche Unsicherheit und das Gefühl einer Abneigung vieler Schweizer ihnen gegenüber. Selbst der zum Bleiben Entschlossene muss damit rechnen, eines Tages unser Land verlassen zu müssen. Unter solchen Umständen haben die Ausländer Mühe, den Anschluss an die schweizerische Gesellschaft zu suchen und zu finden. Wie sollen sie zur Einsicht gelangen, dass sie ein Interesse an einem harmonischen Zusammenleben mit den Schweizern hätten?»

Handbuch «Ausländer in der Gemeinde»

Ein wichtiger Beitrag der EKA zum «harmonischen Zusammenleben» ist zweifellos das Handbuch «Ausländer in der Gemeinde», das in Zusammenarbeit mit diversen Verbänden und Kontaktstellen entstand: «Da, wo die Menschen wohnen und leben, auf Gemeindeebene, sind die besten Voraussetzungen vorhanden, um das gegenseitige Verständnis zwischen Schweizern und Ausländern zu fördern» (EKA-Präsident und Bundesrichter Rolf Raschein, Mai 1979 bei der Vorstellung des Handbuchs). Es war als Arbeitsinstrument für den «Verantwortlichen für Ausländerfragen» und andere Gemeindeverantwortliche gedacht und enthielt unter anderem praktische Anregungen für die Eingliederungsarbeit. Zum Beispiel sollten ausländische Familien ermuntert werden, ihre Kinder in den zweijährigen Kindergarten zu schicken, damit ihre Einschulung erleichtert werden kann. Den Ortsfeuerwehren wird empfohlen, Ausländer aufzunehmen.

Im Stichwortverzeichnis der ersten Ausgabe von 1979 taucht der Begriff Integration auf: «Der Begriff «Integration» gibt im deutschen Sprachgebiet sehr oft Anlass zu Missverständnissen.

Um diesen entgegenzuwirken, verzichten die EKA und die zuständigen Behörden seit Jahren grundsätzlich auf seine Verwendung und brauchen an dessen Stelle den Begriff Eingliederung.»

Die aus dem Jahr 1973 bereits bekannte Definition der Eingliederung wird um zwei wichtige Punkte ergänzt, um Partizipation und Rechtsstellung:

■ «Dem Ausländer soll ermöglicht werden, Beziehungen zur Schweizerbevölkerung aufzunehmen und sich an unserem Gesellschaftsleben zu beteiligen.»

■ «Zwischen der Eingliederung und der Rechtsstellung der Ausländer bzw. der Sicherheit des Aufenthaltes besteht ein enger Zusammenhang. Die zuständigen Behörden sind bestrebt, die persönliche, familiäre und berufliche Rechtsstellung der in der Schweiz zugelassenen Ausländer schrittweise zu verbessern und der wirtschaftlich bedingten Verunsicherung nach Möglichkeit entgegenzuwirken. Darüber hinaus sind gezielte Förderungsmassnahmen menschlicher und sozialer Art unerlässlich.»

1989 wird das Handbuch in der überarbeiteten zweiten Auflage publiziert. Nun hat der Begriff «Eingliederung» ausgedient. Das Konzept bleibt das gleiche, wird aber mit «Integration» überschrieben und erhält eine neue Ergänzung, die Öffnung:

■ «Der Integrationsprozess verlangt die Bereitschaft sowohl des Einheimischen wie des Einwanderers, sich gegenüber dem anderen zu öffnen und ihn als solchen zu akzeptieren. Je häufiger und vielfältiger es zu zwischenmenschlichen Kontakten unter ihnen am Arbeitsplatz und in der Freizeit kommt, desto grösser sind die Aussichten auf eine erfolgreiche Integration.»

In der zweiten Handbuch-Auflage wird unmissverständlich der Begriff Assimilation oder Assimilierung beerdigt: «Assimilation selber kann nicht Inhalt einer integrationspolitischen Zielsetzung sein; selbst nicht im Fall der hier aufwachsenden Kinder. Sie widerspricht dem Integrationsverständnis der Schweiz.»

In den neunziger Jahren war klar geworden: Die meisten ausländischen Arbeitskräfte kehren nicht zurück, sondern bleiben mit ihren Familien hier. Auch die Amtssprache änderte sich: 1993 verlor die EKA das «Problem» in ihrem Namen. Nachdem sie 1986 von einer «Eidg. Kommission für das Ausländerproblem» zur «Eidg. Kommission für Ausländerprobleme» umbenannt worden war, heisst sie seit 1993 «Eidgenössische Ausländerkommission». Geändert hat sich auch der politische Ton, wie ein Ausschnitt aus dem Editorial von Präsident Fulvio Caccia im EKA-Magazin rondo von 1996 zeigt: «Integrationspolitisch stehen wir vor einer wichtigen Weichenstellung. Die Erkenntnis scheint sich allmählich durchzusetzen, dass die Integration der ausländischen Mitmenschen in unsere Gesellschaft weniger mit Fürsorge als vielmehr mit der Wahrung gesellschafts- und

staatspolitischer Interessen zu tun hat». Im Januar 1997 fand die erste nationale Integrationskonferenz mit über 300 Besuchern statt: «Integration darf natürlich weder als absolute Toleranz der Einheimischen noch als totale Unterordnung der Zugewanderten verstanden werden. Verlangt sind Aufnahmebereitschaft von den einen sowie Wille und Fähigkeit zur Anpassung von den anderen. Die Verantwortung liegt also gleichzeitig bei der ausländischen Bevölkerung und bei der Schweiz» (aus der Rede des Präsidenten).

Querschnittsaufgabe und Lernprozess

Dieser Grundsatz prägt auch den Integrationsbericht, der von der EKA 1999 vorgelegt wird. Darin wird zwar explizit auf eine «begriffliche Auseinandersetzung» zu Integration verzichtet, der Bericht listet aber «zentrale Grundsätze und Zielsetzungen einer pragmatischen Integrationspolitik» auf. Dazu gehören:

- Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die sowohl den Staat wie die Zivilgesellschaft fordert.
- Integration als zweiseitiger Prozess
- Integration als nie endender Lernprozess, der zwischenmenschliche Beziehungen und Partizipationsmöglichkeiten voraussetzt
- Chancengleichheit, Partizipation und Aufenthaltssicherheit als Triebkräfte jeder Integration

Gestützt auch auf die Erkenntnis, dass Integration nicht von selbst eintritt, sondern dass Integrationsprozesse unterstützt und begleitet werden können und müssen – auch durch den Staat (Prioritätenordnung 2003–2007), werden seit 2001 konkrete Integrationsprojekte vom Bund unterstützt. Am konkreten Projektgesuch wird seither im Projektausschuss der EKA und im EKA-Sekretariat die Frage der Integration tagtäglich behandelt. In der bereits erwähnten Prioritätenordnung ist eine weitere Begriffsklärung zu finden: Integration steht für die Möglichkeit und die Befähigung einer Person, sich in ihrer konkreten, sich ständig verändernden sozialen Umgebung selbständig zu bewegen. Und Integration bedeutet chancengleiche Partizipation aller Bewohnerinnen und Bewohner der Schweiz an den gesellschaftlichen Ressourcen und Prozessen.

Vom Bund vor 36 Jahren gerufen, um eine Hilfestellung «im Ausländerproblem» zu geben, hat die EKA auf dem langen, aber doch ziemlich geradlinigen Weg zur «chancengleichen Partizipation» manche Frage nach der Eingliederung, bzw. der Integration beantworten können.



Azouz Begag

Le gone du Chaâba

Moustaf m'a réveillé tôt comme à chaque fois que nous allons travailler au marché. La vieille des salades à 50 centimes n'est plus qu'un souvenir. Maintenant, nous sommes travailleurs indépendants. Nous vendons la nature au marché de Croix-Luizet: muguet, lilas, coquelicots, gui, houx... Tout ce qui peut rapporter quelques pièces.

– Achetez mes lilas. 1 franc le bouquet, 2 francs les trois bouquets. Achetez mes beaux lilas!

Ce matin, je vends des fleurs, seul, installé au milieu des marchands de fruits et légumes. Moustaf est placé un peu plus loin. Lui ne crie rien, mais il m'oblige à le faire pour attirer des clients. Rabah et ses frères sont là aussi, mais en tant que concurrents, cette fois.

Le marché, c'est pas mon fort, mais avec le lilas, on gagne beaucoup d'argent, au moins 30 francs par matinée. Moustaf me laisse quelques pièces. Il donne le reste à notre mère.

– Donnez-moi deux bouquets! me dit une vieille dame en s'arrêtant brusquement devant moi.

Je me baisse pour saisir les fleurs déposées à terre. Alors elle met la main dans mes cheveux, tripote une bouclette et me félicite:

– Quels jolis cheveux vous avez!

Je reste perplexe devant son sourire. Les bouquets à la main, elle poursuit son chemin en se retournant tous les trois mètres.

– Donnez-moi deux bouquets, s'il vous plaît!

– Oui, m'sieur! Lesquels vous voulez?

Je choisis deux bouquets au hasard et les tends à l'homme en le regardant dans les yeux, encore sous le choc du compliment de la vieille dame. Soudain, mon bras tendu, au bout duquel sont accrochés les deux bouquets, fléchit sous un second choc. M. Grand, mon maître, là, juste en face de moi. Je vacille. Il s'empare des

bouquets, en souriant. Rouge de honte, je baisse mon regard et me fais tout petit dans mon pantalon de velours trop large.

Le maître n'a pas de mal à deviner mon émoi.

– Bonjour, Azouz! Combien je vous dois?

Que faire? Me sauver, peut-être? Non. Il va croire que je n'ai pas ma raison. Je suis coincé de bas en haut, incapable de sortir le moindre mot. Il me prend la main, y dépose trois pièces de 1 franc et me rend les bouquets de lilas avant de disparaître au milieu du marché. J'ai dû perdre au moins dix de mes vingt kilos. Lorsqu'il a disparu derrière les étalages, je cours voir Moustaf:

– Je m'en vais. J'arrête. Je retourne au Chaâba, lui dis-je.

– T'es devenu fou ou quoi? Tu vas retourner à ton coin!

– Non, je m'en vais!

Et je m'enfuis en direction de la maison, abandonnant mes fleurs sur le marché.

Comment vais-je faire, lundi, en retrouvant mon maître à l'école?

Que faut-il lui dire? Va-t-il parler de ce qu'il a vu devant tous les élèves de la classe? La honte! Je crois que le hasard m'a joué un très mauvais tour. Est-ce que c'est bien, pour la morale, d'aller vendre sur le marché des fleurs qu'on a seulement cueillies dans la forêt? Non. Quand on est bien élevé, on ne fait pas des choses comme celle-là. D'ailleurs, au marché, il n'y a pas de petits Français qui vendent des lilas, seulement nous, les Arabes du Chaâba.

J'ai passé l'après-midi à me tourmenter l'esprit. Je n'ai pas vu le dimanche s'enfuir.

Le lundi matin, après une nuit terrible, j'ai retrouvé M. Grand, non sans avoir pris garde de contourner le directeur et son équipe. Avant d'entrer dans la salle, il m'a glissé quelques mots gentils à l'oreille pour me mettre à l'aise. Je sais maintenant que je lui

ai fait pitié. Il a dû se dire: «Ce petit étranger est obligé d'aller travailler sur les marchés pour aider ses parents à s'en sortir! Quelle misère et quel courage!» J'ai été très heureux, conscient d'avoir marqué des points alors que je craignais d'avoir tout perdu. J'ai eu envie de rassurer mon maître, de lui dire: «Arrêtez de pleurer, monsieur Grand, ce n'est pas pour gagner ma vie que je vais vendre mes bouquets au marché, mais surtout pour fiche la paix à ma mère. Et puis je me marre bien quand je vois les Français dépenser leur argent pour acheter des fleurs que la nature leur offre à volonté.» Mais je me garde bien de changer l'image que le maître a désormais de moi: un garçon courageux, plein de bonne volonté. En somme, un enfant bien conforme à la morale.

Les compositions ont bien marché. A la maison, tous les soirs, j'ai résisté à l'envie d'aller jouer avec les autres et j'ai travaillé mes devoirs. Zohra m'a aidé à lire, à calculer, à réciter les poèmes. Mon père surveillait de loin.

Ce soir, en marchant vers la sortie de l'école, le cartable ballant, je savoure déjà les joies de la réussite. Quel plaisir de tout savoir sur le petit doigt, de répondre aux questions avec du zèle! Autour de moi, les autres élèves de la classe commentent les compositions. A quelques mètres devant, Moussaoui marche avec les compatriotes, ceux du fond de la classe.

Une dame arabe a franchi le portail de l'entrée principale. Elle se dirige dans ma direction. Son accoutrement attire les regards. Elle est habillée comme ma mère lorsqu'elle fait la cuisine: un binouar orange, des claquettes aux pieds et un foulard rouge qui lui serre la tête. Autour de son ventre rond, une ceinture en laine. Elle s'approche de moi, me regarde, sourit. Après m'avoir salué en arabe, elle me parle à voix basse comme si elle avait peur d'être surprise par quelqu'un.

– C'est bien toi le fils de Bouzid d'El-Ouicia? C'est vous qui habitez dans les baraques, vers les chalets? Ecoute! J'habite moi aussi à El-Ouicia. Je connais bien ta famille. D'ailleurs, tu diras bonjour à ta mère. Dis-lui: «Djamila te passe le bonjour.» Tu travailles bien à l'école? Ecoute, rends-moi un service: assieds-toi à côté de mon fils Nasser pour l'aider pendant les compositions...

Je commence à comprendre pourquoi elle est venue vers moi.
– Nous sommes tous des Arabes, non? Pourquoi vous ne vous aidez pas? Toi tu aides Nasser, lui il t'aide, etc.

Je connais Nasser. Il ne brille pas beaucoup en classe. Mais qu'y puis-je? Que dois-je répondre à cette femme? Je reste muet, non

pas parce que je juge cette attitude meilleure qu'une autre, mais parce que je suis incapable de penser quoi que ce soit face à cette insolite demande. La dame me fait de la peine. Je comprends qu'elle veuille que son fils soit lui aussi un savant, comme les Français. Elle est toujours là, plantée devant moi, l'air de plus en plus gêné. Elle m'implore au nom de son fils, au nom de notre origine commune, au nom de nos familles, au nom des Arabes du monde.

Non, c'est trop dangereux. Il faut que je le lui dise franchement.
– Je vais demander au maître si ton fils peut se mettre à côté de moi pour les compositions!

Elle croit que je suis naïf, que je n'ai pas compris la complicité qu'elle sollicite.

– Mais tu n'as pas besoin de demander au maître! réplique-t-elle.

– Tu veux que je triche, alors?

– Oh! tu emploies là de grands mots... Il s'agit d'aider mon fils, pas...

Je lui coupe la parole.

– Si tu ne veux pas que je demande au maître, alors je refuse!...

Je poursuis ma route vers la sortie en l'abandonnant à ses balbutiements. Je l'entends me maudire dans mon dos mais n'y prends garde. Pour qui se prend-elle? Maintenant que le maître m'a dans ses petits papiers, elle croit que je vais tricher pendant les compositions. Quelle naïveté! Et la morale, alors? Moi qui, pendant les compositions, prends bien garde à ne pas divulguer mes connaissances, moi qui crains toujours que les autres copient sur moi, qu'ils me volent ce que je sais, ce que j'ai durement enregistré dans ma mémoire... Elle croit, cette pauvre dame, que cela se fait comme ça, on se met les uns à côté des autres, on met en commun les connaissances... et comme ça on est tous premiers de la classe! Non, vraiment, elle est trop naïve. Personne n'empêche son fils de travailler comme moi. Alors pourquoi ne le fait-il pas? Non, madame, vous ne me corrompez pas. En franchissant les portes de l'école, je croise Nasser. Il attend sa mère. Sait-il? Ne sait-il pas? Il me dit au revoir... Une preuve qu'il n'est pas au courant des tractations de sa mère.

– Sur la route du retour, j'interroge Zohra, un peu mal à l'aise malgré les apparences

– Tu l'as vue, la mère à Nasser Bouaffia, quand elle me parlait tout à l'heure?

– Ouais, répond-elle. Qu'est-ce qu'elle te voulait?

– Elle voulait que j'aide Nasser pendant les compositions!

– Ah? Et qu'est-ce que tu lui as dit?

– Je lui ai dit non, pardi! Il fallait que je dise oui?

– Non. T'as bien fait, conclut-elle, sans conviction.

– Tu dis ça pour me faire plaisir...

– Non, dit-elle. Ça ne fait rien.

– Si. Dis-moi!

– Que veux-tu que je te dise?

– Ce que tu penses.

– Et ben, c'est vrai que tu aurais pu l'aider un peu ...

– A faire quoi?

– A réviser, par exemple. Ou alors à faire des opérations...

J'hésite pendant une seconde, quelque peu désorienté par les arguments de ma soeur.

– Oui, mais c'est pas ça qu'elle me demandait. Elle voulait qu'on triche pendant les compositions.

– Ah ben ça non! répond-elle. Alors là, t'as vraiment bien fait. Le doute d'être un faux frère est écarté définitivement de mon esprit et nous poursuivons notre chemin.

Nous arrivons au Chaâba. Aussitôt, je cours vers ma mère pour vérifier si elle connaît bien la maman de Nasser.

– Emma, tu connais Mme Bouaffia?

– Oui, bien sûr. Son fils Nasser est dans ta classe, elle me l'a dit la dernière fois que je l'ai vue.

– Tu la connais bien, bien?

– Très bien. On se connaissait déjà à El-Ouricia.

Cette fois, j'ai un peu honte. J'aurais peut-être dû proposer mon aide en dehors de la classe. Je serais allé chez Nasser pour l'aider à faire ses devoirs...

– Pourquoi tu me demandes ça? poursuit-elle.

– Je l'ai rencontrée à la sortie de l'école, tout à l'heure. Elle m'a dit de te saluer, dis-je pour mettre fin à la conversation.

Et Emma retourne à sa lessive. Je me prépare en vitesse un goûter et sors dans la cour où règne une agitation coutumière autour de la pompe et de son bassin. La voix sourde de Zidouma résonne contre la façade des baraques.

– Où est Hacène? lui dis-je.

– Dans la baraque, je pense, crie-t-elle. Tu crois que je le surveille pour voir où il va?

Je ne réponds pas à la provocation. Puis elle ajoute:

– Va voir à la maison, si tu veux.

Je m'approche de leur caverne, tire le rideau qui bouche la vue lorsque la porte est ouverte et aperçois Hacène. Il est allongé à plat ventre dans un coin de la pièce, les cahiers grands ouverts devant lui, les talons relevés jusqu'aux fesses. Trois de ses petits frères font un rallye autour de la table en marchant à quatre pattes, sucette à la bouche. Lorsqu'ils le percutent, Hacène les repousse du bras, machinalement, sans lever les yeux de ses livres.

Zidouma entre à nouveau dans l'antre, un seau plein d'eau dans chaque main, passe au-dessus de son fils, renverse quelques gouttes sur lui, sur ses feuilles, en l'enjambant. Lui reste impassible, passe la manche de son bras droit sur le papier gondolé.

Je m'avance vers lui, embrasse son père qui écoute la radio à côté de la fenêtre.

– Qu'est-ce que tu fais, Hacène? dis-je, un peu embarrassé par l'ambiance qui règne dans la cabane.

– Demain, les compositions de notre classe commencent, alors j'essaie de réviser, mais je ne peux pas bien à cause du bruit.

Il repousse à nouveau un de ses petits frères qui insiste pour tirer vers lui le livre de géographie. Hacène fait alors un geste un peu brusque et le bébé à quatre pattes se met tout à coup à brailler comme si on l'avait marqué au fer rouge.

Zidouma se retourne et s'écrie:

– Tu commences à nous crisper, toi, avec tes papiers au milieu de la maison. Tu peux pas travailler à l'école au lieu de venir te mettre sous mon binouar?

– C'est les compositions, demain, dit Hacène en français.

Puis son père, jusque-là muet, intervient:

– Allez, sortez. Je n'entends plus rien au poste à cause de vous. Allez vous amuser dehors avec vos cahiers.

Le chef a parlé. Il faut se résigner à aller s'amuser dehors.

Allez, viens, me dit Hacène en maudissant des yeux ses parents. Puis, lorsque nous nous installons sur les marches, dans la cour, il commente:

– Après, quand je leur apporte mon classement et que je suis le dernier, ils me tapent dessus... C'est bien fait pour eux.

– Tu t'en fous, dis-je pour l'encourager. Tiens, tu veux que je te fasse réciter ta leçon de géo?...

– Ouais, fait-il. Ça, j'arrive jamais à l'apprendre par coeur. J'aime pas.

– Faut quand même apprendre, conclus-je.

Azouz Begag, d'origine algérienne, est né en France dans la banlieue lyonnaise en 1957. Sociologue et romancier, il est actuellement Ministre délégué à la Promotion de l'Égalité des chances du Gouvernement français.

Extrait du roman «Le gone du Chaâba», Azouz Begag, 1986, pp. 73-83, éditions du Seuil, coll. Points, 2005, Paris. Texte publié avec l'accord des éditions du Seuil.



Infothek: Für Sie gelesen Infothèque: Lu pour vous Infoteca: Letto per Lei

Die Infothek enthält in einem ersten Teil Hinweise auf Bücher und Materialien zum Schwerpunktthema. Die Auswahl konzentriert sich dabei auf neuere Publikationen. Im zweiten Teil dieser Rubrik werden Neuerscheinungen rund um Themen zu Migration und Integration vorgestellt.

L'infothèque contient, dans une première partie, des références bibliographiques et des matériaux sur le thème en question. Notre sélection d'ouvrages se concentre sur des parutions récentes. La rubrique «Vient de paraître», rend nos lecteurs attentifs aux nouvelles parutions consacrées au thème de la migration et de l'intégration.

L'Infoteca contiene, in una prima parte, indicazioni concernenti libri e documenti sul tema in questione. La scelta porta essenzialmente su pubblicazioni recenti. La rubrica «Nuove pubblicazioni» illustra pubblicazioni interessanti relative ai temi della migrazione e dell'integrazione.

Thema Integrationsdiskurse – Integrationspolitik

Thème Discours de l'intégration – politique d'intégration

Tema Discorsi integrativi – politica d'integrazione

Bücher und Materialien Ouvrages de référence Libri e documenti

Der Integrationsbegriff im Gesetz. Leitfaden für den Umgang mit neuen Bestimmungen.

La notion d'intégration dans la loi. Guide pratique pour l'application des nouvelles dispositions.

La nozione d'integrazione nella legge. Guida pratica per l'applicazione delle nuove disposizioni.

*Eidgenössische Ausländerkommission
EKA/Commission fédérale des étrangers
CFE/Commissione federale degli
stranieri CFS*

Der Leitfaden ist das Ergebnis mehrerer Hearings mit Vertreterinnen und Vertretern von Behörden, Wissenschaft und weiteren Fachleuten. Er gibt einen Überblick über die wichtigsten Gesetzesänderungen und deren Auswirkung auf die Praxis. Die Empfehlungen der EKA zielen darauf ab, den Grundsätzen der Chancengleichheit und Gleichbehandlung bestmöglich Rechnung zu tragen. Sie zeigen auf, dass Integration je nach Anwendungsbereich unterschiedlich zu beurteilen ist und Sorgfalt im Umgang damit geboten ist.

Ce guide est le résultat de plusieurs hearings réalisés avec des représentants des autorités, du domaine scientifique et des milieux spécialisés. Il donne un aperçu des modifications légales essentielles et de leurs effets sur la pratique administrative. Les recommandations de la CFE visent à ce que l'on tienne compte de manière op-

timale de l'égalité des chances et de l'égalité de traitement. Ces recommandations montrent que l'intégration doit être appréciée de manière différente selon le domaine et qu'il convient de l'appliquer avec soin.

Questa guida pratica è il risultato di intensi scambi con rappresentanti delle autorità, delle cerchie scientifiche e specialistiche. Essa offre una visione d'insieme delle principali modifiche di legge e del loro impatto concreto. Le raccomandazioni della CFS tendono così da garantire al meglio i principi delle pari opportunità e della parità di trattamento. L'integrazione deve essere apprezzata diversamente secondo l'ambito d'intervento e deve essere applicata con cura.

Bern: EKA/CFE/CFS: 2006
Bestellung/Commandes/Ordina-
zioni: eka-cfe@bfm.admin.ch
Download: [www.eka-cfe.ch/d/
publikation.asp](http://www.eka-cfe.ch/d/publikation.asp)

Probleme der Integration von Aus- länderinnen und Ausländern in der Schweiz.

Problèmes d'intégration des res- sortissants étrangers en Suisse.

*Bundesamt für Migration BFM/
Office fédéral des migrations ODM*

Anfang 2005 beauftragte der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes das BFM, zum Thema Integration eine Bestandsaufnahme vorzu-

nehmen. Die Erkenntnisse sind in diesem Bericht festgehalten, der die derzeitige Situation hinsichtlich der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz beleuchtet, auf die bestehenden Probleme hinweist und die zur Problemlösung getroffenen Massnahmen darstellt. Der Bericht stellt erstmals die für die Schweiz vorhandenen Fakten und Analysen zusammen und bietet einen Überblick über Fragen der Integration in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen.

Début 2005, le chef du Département fédéral de justice et police a chargé l'ODM de dresser un état des lieux en matière d'intégration. Les constatations relevées ont été consignées dans ce rapport qui expose la situation actuelle en matière d'intégration des étrangers en Suisse, les causes des problèmes constatés et les mesures existantes pour y remédier. Le rapport présente pour la première fois les faits et analyses connus en Suisse et donne une vue d'ensemble des problèmes liés à l'intégration dans les différents domaines de notre société civile.

Bern: BFM/ODM 2006
Download: www.bfm.admin.ch

Integrations-Charta. Charte de l'intégration. Carta dell'integrazione.

FIMM Schweiz-Suisse-Svizzera

Das Forum für die Integration der Migrantinnen und Migranten FIMM Schweiz hat für die ihm angeschlossenen Vereinsmitglieder Grundsätze der Integration auf der Basis demokratischer Prinzipien festgehalten.

Le Forum pour l'intégration des migrantes et des migrants FIMM Suisse a établi pour ses membres les principes de l'intégration fondés sur une base démocratique.

Il Forum per l'integrazione delle migranti e dei migranti FIMM Svizzera ha stabilito per i suoi membri i principi dell'integrazione fondati su una base democratica.

Bern/Olten: FIMM 2004
Download: www.fimm.ch

Entraves juridiques à l'intégration des étrangers.

Exploration et pistes d'action.

Rechtliche Integrationshemmnisse. Auslegeordnung und Lösungsansätze.

Conférence tripartite sur les agglomérations (éd.) / Tripartite Agglomerationskonferenz (Hg.)

La Confédération, les cantons, les villes et les communes font déjà aujourd'hui des efforts importants pour promouvoir l'intégration. Les travaux réalisés jusqu'à présent par la CTA ont toutefois aussi mis en évidence l'existence d'entraves parfois considérables à l'intégration des étrangers. Du côté de la CTA, il faut résoudre cette contradiction. Raison pour laquelle la CTA s'est aussi préoccupée intensément des entraves juridiques à l'intégration des étrangers. Un chapitre se consacre au thème «accès aux prestations étatiques».

Bund, Kantone, Städte und Gemeinden unternehmen bereits heute beträchtliche Anstrengungen zur Förderung der Ausländerintegration. Die bisherigen Arbeiten der TAK haben aber auch gezeigt, dass gleichzeitig zum Teil erhebliche Integrationschranken bestehen. Dieser Widerspruch ist nach Auffassung der TAK aufzulösen. Deshalb hat sich die TAK intensiv mit rechtlichen Integrationshemmnissen auseinandergesetzt. Unter anderem ist auch dem Zugang zu staatlichen Leistungen ein ganzes Kapitel gewidmet.

Bern: TAK 2005
Download: ww.cdc.ch/www.kdk.ch

Ausgrenzen, Assimilieren, Integrieren. Die Entwicklung einer schweizerischen Integrationspolitik.

Josef Martin Niederberger

Im Mittelpunkt der Studie steht die rechtliche Entwicklung und politische Diskussion rund um das Thema der Integration von Migrantinnen und Migranten in der Schweiz seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Integrationspolitik wird in der Studie

durch Beschreibungen des faktischen Integrationsgeschehens – oder seines Ausbleibens – vertieft. Josef Martin Niederberger legt mit dieser Studie eine facettenreiche Rekonstruktion vor, die den Hintergrund für das Verständnis heutiger Diskussionen über die Einbeziehung sowie über den Ausschluss von Migrantinnen und Migranten bietet.

Zürich: Seismo 2004
ISBN 3-03777-003-1, CHF 28.–

Les paradoxes de l'intégration. Essai sur le rôle de la non-intégration des étrangers pour l'intégration de la société nationale.

Jean-Pierre Tabin

En Suisse, comme dans tous les pays d'immigration, la thématique de l'intégration des personnes de nationalité étrangère est largement discutée. Le plus souvent, les processus d'intégration à une nation sont expliqués par différentes caractéristiques sociales ou culturelles de la personne migrante. En s'appuyant sur de nombreuses sources historiques et sociologiques, cet ouvrage montre que la Suisse connaît un mode particulier d'intégration de sa population, notamment par son système de sécurité sociale. Ce mode particulier d'intégration limite les possibilités d'intégration à la nation. Les personnes de nationalité étrangère, quelles que soient leurs qualités propres, en subissent les conséquences.

Lausanne: Editions EESP 1999
ISBN: 2-88284-028-4, CHF 35.–

Integration und Ausschluss. Intégration et exclusion.

Schweizerisches Bundesarchiv (Hg.) / Archives fédérales de la Confédération suisse (éd.)

Diese Ausgabe der Zeitschrift «Studien und Quellen» widmet sich dem Thema «Integration und Ausschluss» und nimmt dabei Bezug auf das Nationalfondsprogramm NFP 51. Die Beiträge befassen sich mit den verschiedenen Phänomenen

von Integrations- und Ausschlussmechanismen. Dabei werden Themen aufgegriffen, in denen es um die Aufnahme oder Ausgrenzung von gesellschaftlichen Gruppen, um Identität und Alterität, um Integration oder Ausschluss geht: Rassismus und Antisemitismus, Nationalismus und Staatsbürgerschaft, Delinquenz und Strafvollzug, Disziplinierung von Randständigen oder «Auffälligen».

Cette édition des «Etudes et Sources», est consacrée au thème «Intégration et exclusion» et se réfère au programme du Fonds national PFN 51. L'opposition des termes du thème «Intégration et exclusion» englobe l'ensemble des manifestations identitaires avec les normes, les images et les préjugés qui en résultent. Il comprend également l'infinie diversité des modes de l'altérité et des divers phénomènes liés aux mécanismes d'intégration et d'exclusion. Les sujets abordés dans les quatorze articles comprennent un large spectre de questions politiques (admission ou exclusion de groupes sociaux), intégration ou exclusion: racisme et antisémitisme, nationalisme et citoyenneté, délinquance et exécution des peines, soumission à une discipline des marginaux et de ceux qui se font «remarquer désagréablement».

Zeitschrift Band 29
Bern: Haupt 2003
ISBN 3-258-06725-2, CHF 44.-

Handbuch zur Integration für Entscheidungsträger und Praktiker.
Europäische Kommission (Hg.)

In diesem Handbuch werden vorbildliche Verfahren und Erfahrungen aus 25 EU-Mitgliedstaaten zu folgenden Themen vorgestellt: Einführungskurse für Neuzuwanderer und anerkannte Flüchtlinge, Bürgerbeteiligung und Indikatoren. Es ist in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Kontaktstellen für Integrationsfragen mit dem Ziel erarbeitet worden, den Austausch von Erfahrungen und Informationen zu erleichtern und damit zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Rahmens für die Integration beizutragen. Das Handbuch wendet sich an Entscheidungsträger und Praktiker

auf lokaler, regionaler, nationaler und EU-Ebene.

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft 2005
ISBN 92-894-9775-0, Download:
<http://europa.eu.int/germany/pdf/integrationshandbuch.pdf>

Die Integration von Einwanderern. Rechtliche Regelungen im europäischen Vergleich.

Ulrike Davy (Hg.)

In dieser vergleichenden Studie wird der Prozess der rechtlichen Integration vom Zeitpunkt der Zuwanderung bis zum Erwerb der Staatsangehörigkeit des Aufnahmelandes für drei Gruppen von Einwanderern nachgezeichnet: für unselbstständige Beschäftigte, für Familienangehörige und für im Inland geborene Kinder und Jugendliche. Die Untersuchung konzentriert sich auf die Hauptzielländer der Nachkriegsmigration: Belgien, Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Österreich, die Schweiz und das Vereinigte Königreich.

Frankfurt: Campus Verlag 2001
ISBN 3-593-36336-4, CHF 117.-

Integration mit aufrechem Gang. Wege zum interkulturellen Dialog.
Klaus Lefringhausen (Hg.)

In einem beispiellosen Programm des Integrationsbeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen haben sich in mehr als 400 Dialoggruppen Migranten und Einheimische zu Gesprächen getroffen. Für die Einheimischen wurden die Zugewanderten durch ihr Erzählen von Defizit-Wesen zu Menschen mit Biografien und kulturellem Reichtum. Die Ergebnisse des Dialogprogramms sind Grundlage für ein Bündnis für Integration, das nun Politik und Öffentlichkeit vorgelegt wird. Im vorliegenden Buch ist dieses Bündnis

formuliert. «Integration mit aufrechem Gang» ist von Bedeutung für alle, die sich mit dem Thema Zuwanderung befassen.

Wuppertal: Peter Hammer Verlag 2005
ISBN 3-7795-0032-9, CHF 33.50

Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft.

Wilhelm Heilmeyer und Peter Imbusch (Hg.)

Die Frage nach den Möglichkeiten und der Bedeutung sozialer Integration ist nach den jüngsten dramatischen Erfahrungen mit gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen wieder stärker in den Mittelpunkt sozialwissenschaftlicher Debatten gerückt. Vor dem Hintergrund der allgemeinen Integrationsproblematik moderner Gesellschaften und dem Wissensfundus der unterschiedlichen Integrationstheorien werden zentrale Aspekte der Integrations- und Anerkennungsproblematik behandelt, die sich aus aktuellen Desintegrations-tendenzen der Gesellschaft ergeben. Das Buch gibt einen Überblick über den Stand der neuesten Integrationsforschung.

Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2005
ISBN 3-531-14107-4, € 34.90

Identitätspolitik. Vom Missbrauch kultureller Unterschiede.
Thomas Meyer

Die Globalisierung zeigt mit dem Schwinden der Grenzen für Terror und fundamentalistischer Identitätspolitik ein neues Gesicht. Immer mehr erweist sich nun Samuel Huntingtons Theorem vom Kampf der Kulturen nicht als Erklärung kulturell begründeter Konflikte, sondern als Teil ihrer Ursachen. Thomas Meyer analysiert soziale, wirtschaftliche, kulturelle und politische Faktoren, die fundamentalistischer Identitätspolitik heute zum Erfolg verhelfen. Empirische Befunde und Analysen der Struktur unterschiedlicher Kulturen machen gemeinsame Grundwerte ebenso wie Reichweite und Grenzen der Differenz von Kulturen und Religionen bewusst. Das Buch zeigt schlüssig,

dass es nicht an den kulturellen Unterschieden selbst liegt, ob sie uns bereichern oder einander entfremden, sondern an dem Gebrauch, den wir von ihnen machen. Diese Erkenntnis ist auch für eine glaubwürdige und erfolgreiche Integrationspolitik zentral.

Frankfurt: Verlag Suhrkamp 2002
ISBN 3-518-12272-X, € 11.–

L'intégration.

Azouz Begag

«Le processus d'intégration ne peut se dérouler sans frottement, sans échauffement, sans conflit, car pour s'intégrer il faut être deux, s'accepter mutuellement, admettre la nécessité des compromis. Se connaître et se reconnaître. La reconnaissance sociale est au cœur de ce débat.»

Paris: Editions Le Cavalier bleu,
collection Idées reçues/Economic &
Société, mars 2003
ISBN 2-84670-051-6, € 9.–

La République et sa diversité.

Immigration, intégration, discriminations.

Patrick Weil

La République est paradoxale. Elle place l'égalité des droits au cœur de ses valeurs. Mais, confrontée à l'immigration et à la diversité culturelle, elle tend d'abord à oublier ses propres principes, avant de céder à leur application dans les plus mauvaises conditions. Au final, elle réussit ce tour de force: consolider une législation ouverte tout en creusant le ressentiment chez ceux qu'elle accueille. Loin de s'essouffler, cette mécanique paradoxale continue à entretenir des mythes («immigration choisie», «quotas», etc.) et à masquer l'étendue des discriminations dont souffrent les immigrés et les Français de couleur. C'est au contraire à une véritable politique de l'égalité qu'appelle cet essai, capable d'appréhender les enjeux du futur (les migrations de circulation, l'intégration de l'islam,

l'adaptation de dispositifs d'affirmative action...) en demeurant fidèle aux principes de la République.

Paris: Editions du Seuil 2005
ISBN 2-02-069377-1, € 9.98

Zwischen den Welten.

Der lange Weg einer gelungenen Integration.

Yusuf Yeşilöz (Buch und Regie)

Der Schriftsteller und Filmemacher Yusuf Yeşilöz zeigt in seinem vielschichtigen Portrait die gelungene Integration von Güli Dogan, die im Alter von neun Jahren aus einem kurdischen Dorf in der Türkei in die Schweiz immigrierte. Sein Film dokumentiert die heute 35-jährige Frau an ihrem Arbeitsplatz im Winterthurer Einwohneramt, im Alltag mit ihren Töchtern, ihrem Mann, ihren Schweizer Freundinnen und bei Besuchen von älteren, stark in der Tradition ihrer Heimat verhafteten Landsleuten. Dank der Offenheit von Güli Dogan wird auf eindrückliche Weise der Spannungsbogen zwischen ihrem jetzigen Leben hier in der Schweiz und ihren Sehnsüchten nach ihrem Bergdorf der Kindheit spürbar.

www.filmecinewelt.ch, CHF 45.–
(Schulen und Lehrpersonen)

Soziale Vernetzung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

Eine qualitativ-empirische Studie in der Gemeinde Emmen.

Eva Mey, Miriam Rorato

In der Luzerner Gemeinde Emmen wurden zwischen Juni 2005 bis Mai 2006 biographisch-narrative Interviews mit Jugendlichen italienischer, portugiesischer, albanischer, serbischer und schweizerischer Herkunft durchgeführt. Dieses Datenmaterial lieferte den Autorinnen vertiefte Kenntnisse über Bedingungen und Mechanismen von sozialen Beziehungen und Einbindungen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Im Zentrum des Interesses stand nicht nur Zugang zu sozialem Kapital sondern auch die Art und Weise, wie soziale Anerkennung und Zu-

gehörigkeit erlebt werden, beides Faktoren, die nach Ansicht der Autorinnen für eine gelingende Lebensführung entscheidend sind.

Luzern, 2006 Forschungsstelle HSA
www.hsa.thz.ch

Migrantenorganisationen in der Grossstadt.

Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien.

Harald Waldrauch, Karin Sohler

Es ist ein oft erkennbares Phänomen, dass Menschen sich in der Fremde mit Landsleuten zusammenfinden, sei es, um ein Stück Heimat zu bewahren, politische Interessen zu vertreten oder den eigenen Glauben zu pflegen. Bleiben aber die Zuwanderer tatsächlich unter sich oder schliessen sie sich auch in Organisationen mit Einheimischen zusammen? Warum gründen sie Vereine und wodurch wird der Prozess ihrer Organisierung beeinflusst? Die Autorin und der Autor untersuchen Entstehung und Entwicklung von Vereinen und Organisationen der Migrationsminderheiten in Wien seit den 1960er Jahren und liefern einen Überblick über Geschichte und Gegenwart von Migranten und Zuwanderern in Österreich, über religiöse und sprachliche Minderheiten und ihre kulturellen und politischen Aktivitäten.

Frankfurt, New York: Campus
Verlag 2004
ISBN 3-593-37616-4, € 59.90

Selbsthilfe.

Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen.

Karin Weiss, Dietrich Thränhardt (Hg.)

Zuwanderer in Deutschland haben ein reiches Vereinsleben und damit ein wesentliches Element unserer pluralistischen Gesellschaft geschaffen. Nach einem Überblick über den Stand der Fachdiskussion zur Frage der Selbsthilfe von Zuwanderern werden Typen und Zielsetzungen der Vereine charakterisiert, deren Orientierung auf Herkunfts- und Aufenthaltsland,

die Kapazitäten zum Engagement der Migranten, die Unterschiede in der Organisationsentwicklung zwischen den einzelnen Gruppen und die Beteiligung von Frauen und Männern. Fallstudien zeigen, wie und inwieweit türkisch-alevitische, spanische, italienische und vietnamesische Vereine in ihren Gruppen soziales Kapital schaffen. An den Beispielen Nordrhein-Westfalens, der neuen Bundesländer und der Städte München und Münster werden öffentliche Unterstützungs- und Förderungskonzepte vorgestellt. Anhand der Daten des Bundeszentralregisters wird zum ersten Mal ein quantitativer und qualitativer Gesamtüberblick über alle Zuwanderervereine gegeben.

Freiburg i.Br.: Lambertus 2005
ISBN 3-7841-1585-3, CHF 33.60

Neuerscheinungen Vient de paraître Nuove pubblicazioni

Migrations- und Integrationspolitik
Politique de la migration et de
l'intégration
Politica della migrazione e
dell'integrazione

Einwanderungsland Schweiz.
Fünf Jahrzehnte halb geöffnete
Grenzen.
Etienne Piguet

In der Schweiz haben die Einwandererzahlen in der Nachkriegszeit Rekordwerte erreicht, ein Drittel der Bevölkerung stammt heute durch einen Elternteil oder beide direkt von Migranten ab, ein Viertel ist im Ausland geboren. Kein Zufall also, dass Migrationsfragen seit längerem eines der wichtigsten Themen auf der politischen Agenda sind. Piguets Buch, das auf neuesten Forschungen beruht, liefert erstmals einen Gesamtüberblick über die Immigrationspolitik des Bundes. Der Autor zeichnet dabei die unterschiedlichen Phasen dieser Politik nach: offene Grenzen für Arbeitskräfte in der unmittel-

baren Nachkriegszeit, fremdenfeindliche Impulse in den 1960er Jahren, Erdölkrise und massenhafte Rückwanderung in den 1970ern, neue Einwanderungsschübe in den 1980ern, Asylkrise.

Bern, Stuttgart, Wien 2005
ISBN 3-258-07055-5, CHF 19.80

Les migrations dans un monde inter-
connecté: nouvelles perspectives
d'action.

Rapport de la Commission mondiale
sur les migrations.

Migration in einer interdependenten
Welt: Neue Handlungsprinzipien.
Bericht der Weltkommission für
internationale Migration.

Global Commission on International
Migration

Les migrations internationales sont devenues une priorité de l'agenda politique mondial. A mesure que leur échelle, leur envergure et leur complexité grandissaient, les Etats et les autres acteurs concernés ont pris conscience des défis et des opportunités que recèlent ces migrations internationales. Il est aujourd'hui reconnu, dans le monde entier, qu'il faut concrétiser de manière plus effective leurs bénéfices économiques, sociaux et culturels et qu'il serait possible de mieux s'atteler aux conséquences négatives des flux transfrontaliers.

Der Bericht der Global Commission ist das Resultat einer von Kofi Annan angeregten Debatte über die verschiedenen Aspekte von Migration. Er ist die Grundlage für den im September 2006 angesetzten «High Level Dialogue on Migration and Development» an der UNO-Generalversammlung in New York. Der Bericht gibt eine Übersicht über Hintergründe von Migration und macht eine Reihe von Empfehlungen an die Staaten, wie den daraus sich ergebenden Probleme begegnet werden könnte.

Geneva: GCIM 2005
www.gcim.org

The Path of Somali Refugees into Exile.
A Comparative Analysis of Secondary
Movements and Policy Responses.

Joëlle Moret, Simone Baglioni, Denise
Efionayi-Mäder

Somalis have been leaving their country for the last fifteen years, fleeing civil war, difficult economic conditions, drought and famine, and now constitute one of the largest diasporas in the world. Organized in the framework of collaboration between UNHCR and different countries, this research focuses on the secondary movements of Somali refugees. It was carried out as a multi-sited project in the following countries: Djibouti, Egypt, Ethiopia, Kenya, the Netherlands, South Africa, Switzerland and Yemen. The report provides a detailed insight into the movements of Somali refugees, that is, their trajectories, the different stages in their migration history and their underlying motivations. It also gives a comparative overview of different protection regimes and practices.

Neuchâtel: SFM 2006
ISBN 2-940379-00-9, CHF 30.-
www.migration-population.ch

Somali Refugees in Switzerland.
Strategies of Exile and Policy
Responses.

Joëlle Moret in collaboration with
Simone Baglioni and Denise Efionayi-
Mäder

This study describes the profile of the Somali population living in Switzerland, as well as highlights their migration histories and trajectories. The analysis is complemented by a detailed insight into the living conditions and asylum policies in Switzerland and other host countries along the route. The aim of this double-layer analysis (micro and meso levels) is to provide a detailed understanding of the motives that prompt Somali refugees to undertake secondary movements from a first country of asylum in the search of better conditions in another one. This study is part of a wide-ranging, multi-sited project focusing on the secondary movements of Somali refugees in eight

countries in Africa, the Middle East and Europe.

Neuchâtel: SFM 2006
ISBN 2-940379-04-1, CHF 30.–
www.migration-population.ch

Verworfenen Leben.

Die Ausgegrenzten der Moderne.

Zygmunt Bauman

In seinem Buch blickt Zygmunt Bauman hinter die Kulissen unserer globalisierten Gegenwart. Seine These trifft den Kern der neuzeitlichen Rationalität: Ein – wenn nicht sogar das zentrale – Ergebnis von Modernisierungsprozessen besteht in der Exklusion von Menschen aus den sozialen, nationalstaatlichen und kulturellen Zusammenhängen. Ortlose Migranten, Flüchtlinge und für «überflüssig» gehaltene Menschen – in ihrem Schicksal manifestiert sich die Tatsache, dass die Entwicklung der modernen Gesellschaften in ökonomischer und politischer Hinsicht nicht etwa in der Integration aller besteht. Ganz im Gegenteil: Die Moderne wirkt sich höchst selektiv aus; Deprivation ist ihr besonderes Kennzeichen. Bauman zeigt auf, wie Exklusion mit der Modernisierung und Globalisierung einhergeht. Wenn die gesamte Welt von der ökonomischen Rationalität erfasst ist, existiert kein Ort mehr, der die wirtschaftliche «Freisetzung» oder kulturelle «Entwurzelung» von Menschen auffangen kann, und die Konsequenzen des sogenannten Fortschritts werden weltweit spürbar. Auf lokaler Ebene manifestiert sich dann die Notwendigkeit, Lösungen für global produzierte Probleme zu finden – ein Projekt ohne große Erfolgchancen, so scheint es.

Hamburg: Hamburger Edition 2006
ISBN 978-3-936096-57-6, € 20.–

Historische Perspektiven Perspectives historiques Prospettive storiche

Etat, nation et immigration. Vers une histoire du pouvoir.

Gérard Noiriel

Gérard Noiriel met en œuvre, dans ce livre, les outils de la socio-histoire pour éclairer les grandes questions qui ont été au centre de l'actualité depuis vingt ans: la crise du mouvement ouvrier, les problèmes de l'immigration, la recrudescence du nationalisme, la place de l'Etat dans la société... En s'appuyant sur Max Weber, Norbert Elias, Michel Foucault et Pierre Bourdieu, il ouvre une réflexion sur l'histoire du pouvoir qui est aussi une invitation au débat: «Le souci de dresser un bilan des connaissances accumulées dans le domaine de la recherche naît lorsque s'impose le sentiment que la conjoncture a changé et qu'il devient difficile pour les plus jeunes de se faire une idée du contexte dans lequel leurs prédécesseurs ont été formés et les enjeux auxquels ils ont été confrontés».

Paris: Editions Belin 2001
ISBN 2-7011-2759-9, € 21.50

Die Einbürgerungspraxis im Deutschen Reich 1871–1945

Oliver Trevisiol

Das Deutsche Reich war seit den 1890er Jahren ein Einwanderungsland. Zahlreiche Einwanderer bemühten sich um die Einbürgerung. Dabei lagen die Einbürgerungsraten sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik wesentlich höher als in der Bundesrepublik. Untersucht wird die Einbürgerungspraxis in Deutschland zwischen der Reichsgründung 1871 und dem Zweiten Weltkrieg anhand des Vergleichs der Entwicklung in Baden, Bayern und Preussen. Aus sozialgeschichtlicher Perspektive wird gefragt, wer wann zu welchen Bedingungen eingebürgert wurde und wie die Einbürgerungsbehörden ihren weiten Ermessensspielraum nutzten.

Göttingen: V&R unipress 2006
ISBN 3-89971-303-6, € 38.90

Bildung Formation Formazione

Jugendliche mit Migrationshintergrund. Ansätze einer interkulturellen Sozialpädagogik.

Judith Stahl

Interkulturalität gehört zur Realität in Schweizer Heimen. Immer mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund werden aufgrund von Devianz in eine sozialpädagogische Einrichtung eingewiesen. Durch das Aufwachsen in bzw. zwischen zwei Kulturen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund zusätzliche Entwicklungsaufgaben zu bewältigen. Diese können sich aufgrund der Migration als kritischem Lebensereignis, der kulturellen Unterschiede, aber auch durch die strukturellen Bedingungen im Aufnahmeland ergeben. Die Gefahr von Devianz steigt, wenn den Jugendlichen auch die personalen und sozialen Ressourcen fehlen, die für eine erfolgreiche Lebensbewältigung notwendig sind. Das Konzept der interkulturellen Pädagogik anerkennt die Normalität des Fremden in den sozialpädagogischen Organisationen, strebt interkulturelle Verständigung auf der Basis der Gleichberechtigung an und erzieht zum konstruktiven Umgang mit kultureller Diversität.

Bern: Edition Soziothek 2005
ISBN 3-03796-123-6, CHF 28.–

Schule – Nation – Migration. Ecole – société – globalisation.

TSANTSA. Zeitschrift der Schweizerischen Ethnologischen Gesellschaft/
Revue de la Société Suisse d'Ethnologie

Der erste Teil des Dossiers ist Ethnologinnen und Ethnologen, die in oder über Schule arbeiten, gewidmet. Die Beiträge zeigen auf, in welchen theoretischen, praktischen und institutionellen Zusammenhängen Schulforschung betrieben wird und welche Ansätze einer Schulanthropologie sich dabei abzeichnen. Der zweite Teil präsentiert Projekte aus dem Umfeld von

107





Schule und Bildung, die von Ethnologinnen und Ethnologen initiiert und/oder durchgeführt werden. Sie widerspiegeln die aktuelle Diskussion um die Chancen und Gefahren angewandter Forschung sowie die Popularisierung der Ethnologie, deren Wissen um die soziale und politische Organisation kultureller Vielfalt im Rahmen einer Globalisierungs- und Multikulturalismuseideologie zunehmend als soziale «Grundkompetenz» gehandelt wird.

La première partie du dossier est consacrée à des ethnologues qui travaillent dans et sur les écoles. Il s'agit d'en savoir davantage sur les contextes théoriques, pratiques et institutionnels dans lesquels ils et elles conduisent leurs recherches et quelle définition d'une anthropologie de l'école pourrait en émerger. La deuxième partie du dossier présente des projets initiés et/ou conduits par des ethnologues dans les domaines de l'école et de la formation. Ils sont le reflet de la discussion actuelle sur les chances et les défis de la recherche appliquée et de la popularisation de l'ethnologie, dont le savoir autour de l'organisation sociale et politique de la pluralité culturelle est de plus en plus traité comme une «compétence sociale de base», dans le cadre d'une idéologie du multiculturalisme et de la globalisation.

Zürich: Seismo 2006
Zeitschrift Band 10/Revue numéro 10
ISBN 978-3-03777-010-8, CHF 35.-

L'éducation multiculturelle dans la formation des enseignants au Canada. Dilemmes et défis.

Donatille Mujawamariya (éd.)

Cet ouvrage collectif présente des perspectives différentes et actuelles sur la préparation à l'éducation multiculturelle dans les programmes de formation initiale des maîtres au Canada. Des acteurs-clés du système d'éducation partagent leur expertise ou leurs expériences d'apprentissage. Le lecteur prend ainsi connaissance de résultats de recherches scientifiques et de pratiques de chercheurs-formateurs universitaires, d'expériences d'encadrement de stagiaires, d'enseignants-associés et de perceptions des apprentissages effectués

par des étudiants-maîtres. La variété des textes réunis dans cet ouvrage tente d'offrir une image plurielle des points de vue sur une problématique qui pose des défis au niveau du système d'éducation, avec des implications à moyen et long terme sur l'ensemble de la société. Malgré le caractère apparemment éclectique de ce collectif, un thème majeur se dégage. Il s'agit de l'écart entre l'importance perçue de la préparation à l'éducation multiculturelle des futurs enseignants et le degré de son implantation dans les programmes de formation initiale des maîtres. Ce thème revêt plusieurs aspects, allant des contradictions latentes qui risquent de nuire à la cohésion sociale du Canada aux quêtes identitaires des futurs enseignants dans un contexte riche en possibilités. Les pistes d'action susceptibles de limiter les contradictions du discours multiculturel en éducation constituent un deuxième point de convergence.

Bern: Peter Lang 2006
ISBN 3-03910-964-2, CHF 64.-

Mediation macht Schule. Der Weg zu einer konstruktiven Konfliktkultur.

Sylvia Canori-Stähelin, Monika Schwendener

Konfliktmanagement an Schulen, soziale Kompetenz Jugendlicher und Peer-Mediation: Das Buch enthält alle Komponenten und eine Anleitung für die schrittweise Einführung der Schulmediation, die unter anderem Schüler/innen befähigt, als neutrale Vermittler Konflikte eigenverantwortlich zu regeln. Die Autorinnen zeigen auf, wie Mediation, als Schulentwicklung verstanden, zu einer wichtigen pädagogischen Ressource werden kann.

Zürich: Verlag Pestalozzianum 2006
ISBN 3-03755-052-X, CHF 32.-

Rochade. Prozessorientierte Videoprojekte an Schulen.

André Affentranger

Wie kann das Medium Video für die praktische Arbeit im Jugend- und Integrationsbereich sinnvoll eingesetzt werden? Vier eindruckliche Filme beleuchten aus unterschiedlichen Perspektiven die behandelte Problematik der Ausgrenzung. Das Buch gibt Einblick in den Verlauf des Projekts Rochade und stellt ein Arbeitsinstrument für die Videoproduktion zu sozial relevanten Themen dar (Sekundarstufe I und II). Die Publikation enthält eine DVD mit 4 Filmen zu Sozialthemen.

Zürich: Verlag Pestalozzianum 2006
ISBN 3-03755-060-0, CHF 35.-

Der zweite Blick – auf Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Kinderlobby Schweiz (Hg.)

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund leiden oft unter einem negativen Image. Es ist die Ursache vieler Konflikte und gewalttätiger Auseinandersetzungen. Die Broschüre der Kinderlobby Schweiz regt an, die eigenen Vorurteile unter die Lupe zu nehmen und genauer hinzuschauen. Kurze Hintergrundtexte erklären, wie Vorurteile entstehen und sich verfestigen und wie man sie verändern kann. Kinder und Jugendliche aus der deutschen und französischen Schweiz erzählen, wie sie leben und wie sie mit Vorurteilen umgehen. Ergänzt wird die Broschüre mit der Präsentation erfolgreicher Projekte für Schulen, Gemeinden und Jugendgruppen sowie Hinweisen auf neue Bücher und Filme. Die Publikation eignet sich für den Unterricht an Sekundar- und Berufsschulen, für Eltern, Jugendgruppen und Behördenmitglieder.

Bestellung: info@kinderlobby.ch,
CHF 10.-

**Sangeetha und Anita.
Interkultureller Dialog in der Schule.
Eine tamilisch-schweizerische
Freundschaft.**

Sylvia Eileen Emch, Ursina Müller

Die 16-jährige Sangeetha ist tamilischer Herkunft, die 15-jährige Anita ist in der Schweiz geboren und aufgewachsen. Die beiden Mädchen besuchen dieselbe Klasse und lernen sich besser kennen. Sangeetha beschreibt in ihren E-Mails nach Sri Lanka, was sie in ihrer neuen Heimat erlebt. Anita hält ihre Gedanken und Erlebnisse in einem Tagebuch fest. Die reich illustrierte Geschichte richtet sich an ein junges Publikum und regt zu Fragen über das interkulturelle Zusammenleben an.

Zürich: Verlag Pestalozzianum 2006
ISBN 3-03755-057-0, Leseheft mit
Materialien-CD, CHF 45.–

**Arbeit
Travail
Lavoro**

**Sie riefen Dienstleistungen und es
kamen Migranten.**

**Mode-4: Die Regelung der Arbeits-
migration im Rahmen des GATS.**

Sarah Bormann

Im Rahmen des WTO-Dienstleistungsabkommens GATS wird nicht nur über den Handel mit Dienstleistungen, sondern auch über die grenzüberschreitende Migration von Arbeitskräften verhandelt. Die temporäre Migration soll im Dienstleistungssektor schrittweise liberalisiert werden. Diese Ausweitung des GATS zu einem Migrationsabkommen ist höchst problematisch. Den Entwicklungsländern droht die Abwanderung ihrer qualifizierten Arbeitskräfte. Doch auch die Arbeitsmigranten selbst werden in ihren Rechten beschnitten. Letztlich wird weltweit eine neue Dimension des Standortwettbewerbs eingeleitet: Unterschiedliche Löhne und Arbeitsrechte treten unmittelbar zueinander in Konkurrenz und setzen eine Abwärtsspirale bei Lohn- und Sozial-

standards in Gang. Die Studie gibt eine Einführung in das Thema GATS und Arbeitsmigration. Sie stellt die unterschiedlichen Interessen von Entwicklungsländern und Industrieländern in den Verhandlungen dar und schildert die Interessen europäischer Dienstleistungsunternehmen. Es wird nach den Auswirkungen einer so genannten «GATS-Migration» gefragt. Aus einer Perspektive, die die sozialen Rechte der Arbeitsmigranten in den Vordergrund stellt und entwicklungspolitische und arbeitnehmerrechtliche Interessen berücksichtigt, wird die Behandlung der Migration im Rahmen des GATS kritisiert.

Bonn: Weltwirtschaft, Ökologie &
Entwicklung 2005
ISBN 3-937383-37-9, € 5
(+ € 4 Versand)

**Mesures contre les discriminations
à l'embauche.**

Rosita Fibbi

Les discriminations à l'embauche, disent diverses recherches récentes, existent en Suisse aussi; elles frappent une partie de sa population d'origine immigrée et notamment des jeunes issus de la migration. Le présent travail se penche sur les manières de relever le défi que ce phénomène pose non seulement aux jeunes immigrés mais à la cohésion de la société toute entière. La première partie du rapport esquisse de possibles modèles d'action sur la base des expériences internationales en la matière. La deuxième partie, en revanche, réunit des entretiens d'experts suisses dans le champ du travail et/ou de la lutte contre les discriminations venant d'horizons variés. Ils énoncent leur vision de la nécessité d'une intervention et leurs arguments en faveur de l'une ou l'autre modalité d'action.

Neuchâtel: SFM 2005
ISBN 2-940379-45-9, CHF 30.–
www.migration-population.ch

Prekäre Arbeitsgesellschaft.

Widerspruch 49

Die Ausgabe 49 des «Widerpruch» beschäftigt sich mit Fragen der Massenarbeitslosigkeit und Deregulierung der Arbeitsmärkte im neoliberalen Marktregime und thematisiert Verteilungspolitik und die Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Die «Rückkehr der Unsicherheit» (R. Castel) ist unübersehbar; die Arbeitsgesellschaft, in der jahrzehntelang durch Lohnarbeit gesellschaftliche, soziale und kulturelle Integration gewährleistet war, ist nach Klaus Dörre entschert. Notwendig ist eine Politik der Entprekarisierung als Alternative zu der von Eva Nadai untersuchten aktivierenden Sozialpolitik. Die gesellschaftliche Dynamik zwischen Integration und Ausschluss prägt nach Ueli Mäder eine neue Form der sozialen Ungleichheit: Exklusion als die soziale Frage im 21. Jahrhundert. Weitere Beiträge greifen die umstrittenen 1000-Franken Jobs oder Fragen rund um Grundeinkommen auf.

Zürich: Widerspruch 2005
Bestellung: vertrieb@widerspruch.ch,
CHF 25.–

Voies du travail – Wege zum Beruf.

*Association suisse pour l'orientation
scolaire et professionnelle ASOSP/
Schweizerischer Verband für Berufs-
beratung SVB*

Le DVD «Les voies du travail» s'intéresse principalement à l'intégration professionnelle des personnes ayant migré. En plus de cela, le film cherche à motiver les migrantes et migrants à prendre en charge leur propre intégration dans le monde du travail, car celle-ci constitue un élément fondamental de l'intégration sociale. Le film principal du DVD, d'une durée de 45 minutes, s'appuie sur les témoignages de six personnes ayant émigré pour évoquer les différents aspects de l'intégration professionnelle. En guise de bonus, le DVD comporte différentes interviews sur les thèmes de l'«Evolution professionnelle», de l'«Intégration» et de la «Langue». Il est possible de visionner et d'imprimer

du matériel d'accompagnement plus complet (seulement à partir d'un ordinateur) depuis le CD-ROM, faisant partie de cet ensemble multimédia avec DVD.

Die DVD «Wege zum Beruf» widmet sich dem Thema der beruflichen Integration von Migrantinnen und Migranten. Sie will diese motivieren, ihre eigene Integration in die Arbeitswelt anzupacken, da diese erwiesenermassen einer der wichtigen Eckpfeiler der Eingliederung in die Gesellschaft ist. Der 45-minütige Hauptfilm auf der DVD zeigt am Beispiel von sechs Personen mit Migrationshintergrund verschiedene Aspekte der beruflichen Integration. Die Porträtierten beschreiben in eindrücklicher Weise ihren beruflichen Werdegang, ihre Erfolge und Misserfolge und erzählen von ihren Plänen für die Zukunft. Neben dem Hauptfilm befinden sich als Bonusmaterial verschiedene Interviewausschnitte zu den Themen «Beruflicher Werdegang», «Integration» und «Sprache» auf der DVD. Vertiefende Begleitmaterialien ermöglichen die Auseinandersetzung mit den Informationen aus den Aussagen und den Erfahrungen der porträtierten Personen.

Zürich: SVB / ASOSP, 2006
www.voies-du-travail.ch/
www.wege-zum-beruf.ch
ISBN 978-3-908003-03-8, CHF 39.-

Interkulturalität unter Auszubildenden im Betrieb.

Ein Handbuch für die betriebliche Praxis.

Iris Bednarz-Braun, Ursula Bischof

Das Handbuch gibt Einblick in die von den untersuchten Betrieben bereits praktizierten Massnahmen zur Förderung der interkulturellen Zusammenarbeit im Ausbildungsalltag und enthält die wichtigsten Befragungsergebnisse zum Stand der interkulturellen Beziehungen unter Auszubildenden in diesen Betrieben. Weiterhin beschreibt sie die von den Auszubildenden selbst entwickelten neuen Ideen und Massnahmen, die geeignet sind, sowohl gelungene interkulturelle Beziehungen zu sichern als auch auf bestehende Kon-

flikte und Probleme präventiv oder intervenierend zu reagieren.

München: Deutsches
Jugendinstitut e.V. 2006
Zu bestellen unter bednarz@dji.de

Demografie Démographie Demografia

Ausländer- und Asylstatistik 2005. Statistique des étrangers et de l'asile 2005.

*Bundesamt für Migration BFM/
Office fédéral des migrations ODM*

Zweibändige Statistik zu den aktuellen Zahlen im Ausländer- und Asylbereich basierend auf dem Zentralen Ausländerregister ZAR und der automatisierten Personenregistrator AUPER.

Une statistique en deux volumes sur les chiffres actuels dans le domaine des étrangers et de l'asile basée sur le Registre central des étrangers RCE et l'enregistrement automatique de personnes AUPER.

Bern: BFM/ODM 2006
Bestellung/Commandes:
info@bfm.admin.ch, CHF 25.-

Gewalt/Krisen Violence/Crises Violenza/Crisi

Das schwache Geschlecht – die türkischen Männer. Zwangsheirat, häusliche Gewalt, Doppelmoral der Ehre.

Ahmet Toprak

Ist Zwangsheirat nur ein Thema der türkisch-muslimischen Frauen oder betrifft es auch die Männer? Im Kontext der Zwangsheirat ist das öffentliche und politische Augenmerk auf die Frauen gerichtet

und die Männer werden kaum thematisiert. Was aber denken sie über Zwangsheirat, Familiengründung, innerfamiliäre Kommunikation, Sexualität, Gewalt in der Ehe sowie sexuelle Gewalt in Form von Vergewaltigung? Diese Themen sind aus Sicht der Männer nie beleuchtet worden, weil sie die türkisch-muslimische Community tabuisiert. Der Autor rollt das Thema Zwangsheirat aus Sicht türkischer Männer der zweiten und dritten Generation auf. Er befragt Männer, die in Deutschland geboren oder aufgewachsen sind, aber ihre Ehefrauen bewusst in der Türkei aussuchen. Ein äusserst aufschlussreiches Buch mit einem differenzierten Blick auf die Fragestellungen rund um Zwangsheirat und arrangierte Ehe.

Freiburg i. Br.: Lambertus 2005
ISBN 3-7841-1609-4, CHF 31.90

Lebensweltliche Gewalterfahrungen Jugendlicher.

Eine empirische Studie über delinquente Jugendliche.

*Olivier Steiner, Hector Schmassmann
und Ueli Mäder*

Die Gewaltanwendung Jugendlicher ist in den letzten Jahren zum Brennpunkt öffentlicher Debatten avanciert. Worin liegen die Gründe für die verstärkte Aufmerksamkeit? Sind Jugendliche gewalttätiger geworden oder werden sie kriminalisiert? Wer nimmt die Gewalt wie wahr? Und wie erleben straffällige Jugendliche die Gewalt? Das Buch nähert sich dem komplexen Geflecht der gesellschaftlichen und individuellen Gewalt und versucht im Anschluss Grundsätze für die Intervention und Prävention von Jugendgewalt zu beschreiben.

Basel: edition gesowip 2005
ISBN 3-906129-28-4, CHF 29.90

Roma unter uns.

Wer sind sie? Weshalb kommen sie?

Wie gehen wir mit ihnen um?

Ruth-Gaby Vermot-Mangold (Hg.)

Mit den Roma, ihrer Mentalität und ihrer Kultur fühlen sich soziale Einrichtungen nicht selten konfliktreich konfrontiert. Das gilt auch für das Offene Haus «La Prairie». Kulturelle Konflikte erfordern Dialog, Engagement und Wissen. Deshalb organisierte die Institution die Tagung «Roma unter uns», die sich an Fachleute, sozial tätige und engagierte Personen sowie andere Interessierte richtete. Die Tagungsbeiträge zur Geschichte, Sprache und Kultur der Roma flossen in eine Tagungsdokumentation ein. Diese vermittelten vertiefte Kenntnisse der aktuellen Situation in wichtigen Herkunftsländern der Roma.

Bern: Offenes Haus «La Prairie» 2006
ISBN 3-033-00829-1, CHF 20.–
www.laprairiebern.ch

Über dealende Asylsuchende und asylsuchende Dealer.

Eine qualitative Untersuchung der Motiv-, Verantwortlichkeits- und Schuldzuschreibung im Bereich des Kokainkleinhandels.

Monia Aebersold

Die Studie beschäftigt sich mit der Übertragung sozialpsychologischer Modelle der Motiv-, Verantwortungs- und Schuldzuschreibung auf das Phänomen des Kokainhandels. Die Autorin führte Leitfadeninterviews mit jugendlichen asylsuchenden Kokaindealern sowie mit Beamten der Drogenspezialeinheit «Krokus» der Stadtpolizei Bern durch. Dabei interessierte insbesondere die Frage, welche Faktoren aus Sicht der Akteure des Kokainhandels sowie aus der Fremdperspektive von Polizeibeamt/innen kriminogen wirken und welche Lösungen die Befragten vorschlagen.

Die Gespräche bestätigten die Annahme, dass situations-, orientierungs- und bedürfnisbezogene Motive von den beiden Interviewgruppen tatsächlich systematisch unterschiedlich gewichtet und bewertet werden. Aus Polizeisicht herrscht

tendenziell das Bild des asylsuchenden Dealers vor, dessen primärer Aufenthaltszweck in der Schweiz der Drogenhandel und weniger asylrelevante Gründe sind. Die Betroffenen selber beschreiben sich hingegen als dealende Asylsuchende, die hier in erster Linie Schutz suchen und mangels Alternativen zu Kriminellen wurden. Bei der Beschreibung der Erklärungsansätze für das deviante Verhalten der Asylsuchenden ergeben sich aber interessante Berührungspunkte zwischen den zwei Interviewgruppen.

Bern: Edition Soziothek 2006
ISBN 3-03796-122-8, CHF 32.–

Wohnen/Raumplanung Habitat/Aménagement du territoire Abitato/Pianificazione del territorio

Wohnen in der Schweiz. Informationen rund um das Mieten einer Wohnung.

Le logement en Suisse. Information sur la location d'un appartement.

Abitare in Svizzera. Informazioni concernenti la locazione di un appartamento.

EKA und Mitherausgeber/CFE et
coéditeurs/CFS e coeditori

Viele Mieterinnen und Mieter wissen wenig über ihre Rechte und Pflichten. Deshalb geben jetzt 13 Partnerorganisationen unter der Federführung der Eidgenössischen Ausländerkommission EKA die Broschüre «Wohnen in der Schweiz» heraus. Sie enthält hilfreiche Informationen rund ums Mieten – nicht nur für Mieterinnen und Mieter ausländischer Herkunft. Die Broschüre geht kurz auf jene Punkte einer Hausordnung ein, die immer mal wieder für Streitigkeiten sorgen: Nachtruhe, Haustiere, gemeinsam genutzte Plätze. Aber «Wohnen in der Schweiz» behandelt nicht nur Rechte und Regeln. Wichtig ist den Herausgebern nämlich, dass die Broschüre für Miete-

rinnen und Mieter eine praktische Hilfe ist. So können sie aus ihr etwa erfahren, an wen man sich wenden soll, wenn man die Miete nicht bezahlen kann, oder was zu tun ist, wenn etwas kaputt geht. Und nicht zuletzt werden ein paar typisch schweizerische Gepflogenheiten des Mietwesens erklärt. Die Broschüre ist kostenlos erhältlich in Deutsch, Französisch, Italienisch, Albanisch, Englisch, Kroatisch, Portugiesisch, Serbisch, Spanisch, Tamilisch und Türkisch.

Bon nombre de locataires connaissent peu leurs droits et obligations. C'est ce qui a poussé 13 organisations partenaires à publier la brochure «Le logement en Suisse», sous la responsabilité de la Commission fédérale des étrangers CFE. Cette brochure contient des informations utiles en matière de location – pas uniquement destinées aux locataires d'origine étrangère. La brochure aborde aussi brièvement les points essentiels d'un règlement d'immeuble, relatifs à la prévention de conflits: repos nocturne; animaux domestiques; locaux à utilisation commune. Néanmoins, «Le logement en Suisse» ne traite pas que de droits et de règles. Les responsables de sa publication ont justement voulu que cette brochure constitue une aide pratique pour les locataires. Elle permet par exemple de savoir à qui s'adresser lorsque l'on ne peut payer son loyer; ou que faire lorsque quelque chose tombe en panne. Dernier élément de poids, cette brochure explique quelques habitudes suisses typiques en matière de location. La brochure est disponible gratuitement en allemand, français, italien, albanais, anglais, croate, portugais, serbe, espagnol, tamoul et turc.

Molti inquilini sono poco informati sui loro diritti e obblighi. È proprio dall'esigenza di informare gli inquilini che è scaturita l'idea di realizzare il prospetto informativo «Abitare in Svizzera», pubblicato sotto la responsabilità della Commissione federale degli stranieri CFS grazie al contributo di 13 organizzazioni partner. Questo opuscolo è ricco di informazioni utili sulla locazione immobiliare in Svizzera e non ha come unico target un pubblico straniero. Il prospetto informativo accenna ad alcuni punti del

113

14
11
11

regolamento della casa che sono spesso motivo di controversie tra vicini quali ad esempio la quiete notturna, gli animali domestici, gli spazi ad uso collettivo. L'opuscolo «Abitare in Svizzera» tuttavia non si limita a descrivere i diritti e le regole. Per gli editori è infatti importante che l'opuscolo sia una guida pratica per gli inquilini che spieghi, ad esempio, a chi bisogna rivolgersi nel caso di difficoltà a pagare l'affitto oppure ciò che bisogna fare qualora vengano arrecati danni all'appartamento. Nel prospetto informativo vengono inoltre illustrate alcune prassi in uso in Svizzera nell'ambito della locazione immobiliare. Il prospetto informativo è disponibile gratuitamente in tedesco, francese, italiano, albanese, inglese, croato, portoghese, serbo, spagnolo, tamil e turco.

Bestellungen / Commandes / Ordina-
zioni: Bundesamt für Wohnungs-
wesen BWO / Office fédéral du
logement OFL / Ufficio federale
delle abitazioni UFAB 2006
www.bwo.admin.ch

**Développement des quartiers
dans les villes moyennes.
Rapport de synthèse.**

**Quartierentwicklung in mittel-
grossen Städten.
Zusammenfassung des Schluss-
berichts.**

*Doris Sfar, Chantal Deschenaux,
Mark Reinhard*

L'Office fédéral du logement (OFL) a mandaté la Communauté d'études pour l'aménagement du territoire (C.E.A.T.) de faire une recherche relative aux quartiers à problèmes. La recherche s'inscrit dans le cadre du programme 2001-2003 de la Commission de recherche pour le logement (CRL). Elle vise à mieux comprendre les mécanismes à l'oeuvre dans les quartiers à problèmes des villes moyennes et à identifier comment favoriser dans ces villes des dynamiques de développement positif. Les recommandations résultant de cette recherche sont destinées avant tout aux autorités communales. Elles doivent

également permettre à l'OFL de décider de quelle manière intervenir pour soutenir des dynamiques de développement positif.

Im Rahmen eines Forschungsprogramms für die Jahre 2001-2003 hat das Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) die Forschungsgruppe C.E.A.T. (Communauté d'études pour l'aménagement du territoire) mit einer Studie zu den Problemquartieren mittelgrosser Städte beauftragt. Die Behörden sind auf Quartierebene mit Fehlentwicklungen konfrontiert. Sie sehen sich vor die Aufgabe gestellt, die Lebensqualität in benachteiligten Quartieren mit geeigneten Mitteln zu erhalten, wieder herzustellen oder zu verbessern. Diese Studie soll dazu beitragen, die Entwicklungsdynamik von Wohnquartieren besser zu verstehen, die Parameter für Positiventwicklungen zu identifizieren und entsprechende Empfehlungen an die Behörden, insbesondere die Gemeindebehörden, zu formulieren.

Lausanne: Communauté d'études
pour l'aménagement du territoire
2004/2005
http://www.bwo.admin.ch/
forschung/publikationen/00083/
index.html?lang=de

**Soziale Integration: Birch Schaffhausen.
Evaluationsbericht 3. Projektjahr
und Schlussbericht.**

Gegenstand der Evaluation ist die Siedlung Birch am Rande der Stadt Schaffhausen. Im Rahmen einer Forschung des Bundesamts für Wohnungswesen wurde dort ein mehrjähriges Pilotprojekt durchgeführt, um dem wachsenden Leerwohnungsbestand und Segregationserscheinungen entgegen zu wirken. Vor dem Hintergrund einer vorher durchgeführten Sozialraumanalyse wurden anhand konkreter Massnahmen vor Ort die bessere Integration der Bewohnerschaft, die Aufwertung der Wohn- und Lebensqualität und die Verbesserung des Siedlungs-Images angestrebt.

Bundesamt für Wohnungswesen 2006
Download: www.bwo.admin.ch

**Sprache
Langue
Lingua**

**Einbürgerung und Sprachnachweis.
Empfehlungen der EKA an die Ge-
meinden, die Kantone und den Bund.**

**Naturalisation et connaissances
linguistiques.**

**Recommandations de la CFE aux
communes, aux cantons et à la
Confédération.**

**Naturalizzazione e conoscenze
linguistiche.**

**Raccomandazioni della CFS ai comuni,
ai cantoni e alla Confederazione.**

*Eidgenössische Ausländerkommission
EKA / Commission fédérale des étran-
gers CFE / Commissione federale degli
stranieri CFS*

Sprachtests für Personen, die sich einbürgern lassen wollen, haben in den letzten Jahren immer wieder für Schlagzeilen und kontroverse Diskussionen gesorgt. Die steigende Zahl der Gesuche und die Verpflichtung, negative Einbürgerungsentscheide zu begründen, haben zahlreiche Gemeinden nach objektiven, messbaren Kriterien im Einbürgerungsverfahren suchen lassen. Ist die Sprache dabei der richtige Gradmesser? Und welche Prüfungsverfahren eignen sich dazu? Die Eidgenössische Ausländerkommission zeigt in ihren Empfehlungen Möglichkeiten auf, die Beurteilung der Sprachkompetenzen von Einbürgerungswilligen zu verbessern.

Les tests de langue pour les candidats à la naturalisation ont soulevé la controverse ces dernières années. L'obligation de motiver les décisions négatives de naturalisation a incité de nombreuses communes à rechercher des critères objectifs mesurables pouvant être déployés dans le cadre de la procédure de naturalisation. Mais la langue, est-elle vraiment l'étalon idéal? Et dans l'affirmative, quels sont les procédés de tests qui conviennent? Les recommandations de la Commission fédérale des étrangers (CFE) montrent

des possibilités tendant à une meilleure appréciation des compétences linguistiques des candidats à la naturalisation.

Negli ultimi anni i test linguistici legati alla naturalizzazione di persone straniere hanno suscitato dibattiti accesi e apparsi sulle prime pagine di diversi giornali. Il numero crescente delle richieste e l'obbligo di dover motivare le decisioni negative in questo ambito hanno sollecitato svariati Comuni a definire dei criteri oggettivi e misurabili da adottare nella procedura di naturalizzazione. La lingua rappresenta lo strumento giusto per definire il grado d'integrazione? Quali procedure d'esame sono adeguate? Nelle sue raccomandazioni la Commissione federale degli stranieri offre un ventaglio di possibilità in grado di potenziare la valutazione delle competenze linguistiche delle candidate/dei candidati alla naturalizzazione.

Bestellung/Commandes/Ordinazioni: eka-cfe@bfm.admin.ch
Download: www.eka-cfe.ch

Wie gut ist mein Deutsch? Bausteine zur Sprachstandsermittlung im Bereich SEK II.

Susann Schläppi

Die Sprachstandsermittlung ermöglicht das Erfassen der Kompetenzen (A1 bis B1) und Defizite der Lernenden. Lehrpersonen können die Lernenden damit kompetenter beraten, möglichen Handlungsbedarf aufzeigen und ihnen wenn nötig ein sinnvolles Stütz- und Förderangebot empfehlen. Zielgruppen: Fremdsprachige Lernende, die am Anfang einer Berufslehre stehen oder sich darauf vorbereiten.

Bern: h.e.p. verlag ag 2006
Ausgabe für Lernende:
ISBN: 3-03905-228-4, CHF 4.–
Ausgabe für Lehrpersonen:
ISBN: 3-03905-227-6, CHF 25.–

Psychologie/Gesundheit Psychologie/Santé Psicologia/Salute

L'impact de la migration sur les enfants, les jeunes et les relations entre générations.

Résultats de travaux de recherche (mit deutscher Zusammenfassung der französischen Originaltexte).

Fonds National Suisse de la recherche scientifique PRN 52

A quels changements les familles d'immigrants sont-elles confrontées lorsque leur premier enfant entre à l'école? Comment les jeunes migrants s'intègrent-ils dans la société – ou comment la société les intègre-t-elle – lorsqu'ils passent à l'âge adulte? Comment les enfants et les jeunes exploitent-ils l'espace public, et quels sont les rencontres possibles avec le monde des adultes dans l'espace public?

Le cahier thématique traite de ces questions entre autres, tout en présentant les résultats de trois projets de recherche. Les contributions des chercheurs sont complétées par les prises de position de deux spécialistes se référant à la pratique.

Berne: Fonds national suisse de la recherche scientifique 2006
Commandes: nfp@snf.ch, gratuit
Download: www.nfp52.ch/files/download/PNR52_Cahier_Lausanne.pdf

Vulnerabilität, Migration und Altern. Medizinethnologische Ansätze im Spannungsfeld von Theorie und Praxis.

Peter van Eeuwijk, Brigit Obrist (Hg.)

Welche Zusammenhänge ergeben sich bei den Themen Vulnerabilität, Migration und Altern? Die Autoren beleuchten dieses vielfältige Spannungsfeld aus verschiedenen Optiken. Die Beiträge zu Vulnerabilität bzw. Verwundbarkeit und dem darin implizierten Begriff der Widerstandsfähigkeit («resilience») beschäftigen sich mit Gesundheitserhaltung, Kräftermobilität und Krisenbewältigung. Im Zusammenhang von Migration und Ge-

sundheit werden sowohl soziales Leiden wie Ressourcennutzung der Betroffenen diskutiert. Beim Thema Altern stehen der Umgang mit Gesundheit, Krankheit und Sterben sowohl aus der Sicht von älteren Leuten wie auch aus einer politischen Perspektive im Vordergrund.

Zürich: Seismo 2006
ISBN 3-03777-001-5, CHF 38.–

Migration, Prekarität und Gesundheit. Ressourcen und Risiken von vorläufig Aufgenommenen und Sans-Papiers in Genf und Zürich.

Christin Achermann, Milena Chimienti unter Mitarbeit von Fabienne Stants

Es ist bekannt, dass sich prekäre Lebens- und Aufenthaltsbedingungen negativ auf die Gesundheit auswirken. Diese Studie geht der Frage nach, wie Migrant/innen in prekären Aufenthaltssituationen mit ihren unsicheren Lebensumständen umgehen. Welche individuellen und strukturellen Ressourcen helfen ihnen, die damit verbundenen Risiken zu bewältigen? Und wie wirkt sich dies auf das Gesundheitsverhalten der Betroffenen aus? Die Autorinnen umreißen einleitend den rechtlichen und kantonalen Kontext und analysieren danach auf der Grundlage von qualitativen Interviews mit vorläufig aufgenommenen Migrant/innen (mit F-Ausweis) und Sans Papiers in den Kantonen Genf und Zürich deren individuelle Probleme und Ressourcen.

Neuchâtel: SFM 2006
ISBN 2-940379-46-7, CHF 30.–
www.migration-population.ch

Santé reproductive des collectivités migrantes.

Disparités de risques et possibilités d'intervention.

Paola Bollini, Philippe Wanner en collaboration avec Sandro Pampallona, Urszula Stotzer, Alexis Gabadinho, Bruce Kupelnick

Les études épidémiologiques montrent que la santé reproductive des femmes immigrées en Europe est déficitaire en

comparaison de celle des natives. Ayant dressé ce constat, l'étude analyse le rôle des politiques d'intégration et des politiques sanitaires spécifiques aux étrangers en Europe sur la santé reproductive; elle parvient ainsi à la conclusion que la santé reproductive des femmes immigrées est sensiblement meilleure dans les pays caractérisés par une politique d'intégration active. Des groupes de discussion ont été menés avec des femmes suisses (groupe de référence), turques et portugaises; il en résulte que les femmes migrantes en Suisse doivent parfois faire face à un nombre élevé de situations de stress, qui influencent négativement leur santé reproductive.

Neuchâtel: SFM 2006
www.migration-population.ch

Caring for migrant and minority patients in European hospitals. A review of effective interventions.

Alexander Bischoff

Social changes in European societies place migration and cultural diversity on the European political agenda. The European initiative Migrant Friendly Hospitals (MFH) aims to identify, develop and evaluate models of effective interventions. It has the following objectives: To strengthen the role of hospitals in promoting the health of migrants and ethnic minorities in the European Union and to improve hospital services for these groups. This report reviews models of effective intervention in the medical literature and provides the background information needed to enable partner hospitals taking part in the MFH initiative to select and implement suitable interventions. The interventions reviewed in this study are grouped in four areas: Communication, Responsiveness, Empowerment of migrant and minority patients and communities, Monitoring of the health of migrants and minorities and the health care they receive.

Neuchâtel: SFM 2006
ISBN 2-940379-01-7, CHF 30.-
www.migration-population.ch

Mesure de la satisfaction des patients migrants en milieu hospitalier.

Analyse des lacunes existantes et recommandations

Urszula Stotzer, Denise Eñonayi-Mäder, Philippe Wanner

L'étude porte sur les lacunes existantes en matière de mesure de la satisfaction des patients migrants en milieu hospitalier et formule des recommandations à l'adresse des établissements hospitaliers et autorités compétentes. Les résultats démontrent que les outils d'évaluation de la satisfaction des patients migrants comportent des problèmes liés à la fois à la procédure d'enquête et aux instruments, susceptibles de limiter la pertinence des résultats obtenus en vue de l'amélioration de la qualité des soins. Une approche tenant compte des besoins des migrants présente, pour un système de mesure de la qualité, une excellente occasion d'affiner sa sensibilité à la diversité des patients.

Neuchâtel: SFM 2006
ISBN 2-940379-02-5, CHF 30.-
www.migration-population.ch

**Ratgeber / Unterrichtsmaterialien
Guides / Matériel didactique
Guide / Materiale didattico**

**Grüezi und Willkommen.
Die Schweiz für Deutsche.**

Susann Sitzler

Es heißt «Grü-ezi» und nicht «Grüzzi». Damit fängt es laut Susann Sitzler an. Aber es gibt noch viel mehr, was die Deutschen von den Schweizern nicht wissen. Sie halten sie irrtümlich für freundlich und eher harmlos. Dieses Buch gibt Auskunft über das «wahre Wesen» der Schweizer und über die verborgenen Seiten ihres Charakters: Wie sind sie zu dem geworden, was sie sind, und vor allem: wieso? Die Autorin bietet auch handfeste Hinweise für deutsche Leserinnen und Leser: Wie begegnet man Schweizern im Alltag, am Arbeitsplatz oder in der Freizeit am besten? Ein Buch, das auch für Schweizerinnen und

Schweizer in der Begegnung mit Deutschen interessant ist.

Berlin: Ch. Links Verlag,
3. aktualisierte Auflage 2006
ISBN 3-86153-331-2, CHF 28.50

Putčestvija po Švejcariji. Zurich.

Marina Karlin

Dieser Reiseführer mit seiner speziell anmutenden Vorliebe für Fotografien des winterlichen Zürichs, ist nicht nur für Touristen. Die detaillierten Hintergrundinformationen zur Geschichte und Kultur Zürichs – zum Beispiel zur sowjetisch anmutenden Nutzung der Wasserkirche als Stoffmarkt und Kartoffellager – sind auch für Zürcherinnen und andere Schweizer höchst lesenswert und spannend. Karlin erzählt nicht nur von Legenden, Zünften, Sprüngli, Elisabeth von Wetzikon, Zwingli und Chagall, sondern informiert in ihrem fünften Kapitel über Zürich von A bis Z, leicht ironisch über die Kosten eines Züri-Sack oder die Bedeutung von «Vitamin B», dessen Vorhandensein – laut Autorin – das Überleben in der Schweiz sehr erleichtert. Gerade für Neuzuzüger ist dieses Kapitel sicher hilfreich. Kurzum, ein höchst vergnügliches und lehrreiches Buch. Es ist zu hoffen, dass es bald auf Deutsch übersetzt werden wird.

Zürich: Russische Schweiz
Media GmbH 2006
ISBN 3-9523139-0-4 CHF 29.-

Xenophilia Schweiz – Das interkulturelle Spiel für dich und andere.

Ein Computer-Quiz für junge Leute.

Xenophilia-Suisse – A la découverte de soi et des autres.

Le quiz interculturel qui motive les ados!

Swiss Academy for Development

Xenophilia-Schweiz ist ein interkulturelles Lehrspiel, das durch Fragestellung, Layout und Sprache auf die Jugendlichen ansprechend wirkt. Das Spiel vermittelt auf spielerische Weise Wissen zu den Themen Migration und Integration, es hilft Vor-

urteile und Ängste vor dem Fremden abzubauen und sensibilisiert für einen konstruktiven Umgang mit Fremdheit und kultureller Differenz. Eine Begleitbroschüre zum Spiel gibt Hinweise auf Einsatzmöglichkeiten in der Schule und weitere Informationen.

Le jeu Xenophilia-Suisse est un quiz sur CD-ROM qui vise à sensibiliser les adolescents de Suisse romande aux questions de la migration, de l'intégration, du racisme, des différences culturelles et des droits humains. Il s'adresse à toute institution qui travaille avec les jeunes: écoles, centres de jeunesse ou de loisirs, bibliothèques, bureaux d'intégration, etc. Son objectif est de contribuer, par un support original et motivant, à une meilleure compréhension et communication interculturelle en Suisse romande.

1 CD mit einer Begleitbroschüre /
1 CD et un dossier pédagogique
CHF 52.-
Klassenraumlizenz 10 CDs und
eine Begleitbroschüre / licence de
groupe: 10 CDs et un dossier
pédagogique: CHF 250.-
Bestellungen: [www.sad.ch/
xenophilia](http://www.sad.ch/xenophilia)
Commandes: [www.sad.ch/
xenophilia-suisse](http://www.sad.ch/xenophilia-suisse)

Destination Suisse.

L'asile et la migration en Suisse

Destination Schweiz.

Migration und Asyl in der Schweiz.

Christoph Banderet, Thomas Weder

Depuis des années, il n'est guère de sujet aussi présent, dans le débat sociopolitique en Suisse, que celui de la politique en matière d'asile et d'étrangers. Le présent document didactique vise à confronter les élèves à ce sujet et, sur la base des connaissances acquises, à les aider à se forger une opinion propre et à défendre leur point de vue. Le cahier de l'enseignant contient des suggestions pour aborder les thèmes de différentes manières ainsi que de la documentation permettant d'éclairer la thématique.

Die Ausländer- und Asylpolitik prägt seit Jahren die gesellschaftliche und politische Diskussion in der Schweiz. Das Lehrmittel «Destination Schweiz – Migration und Asyl in der Schweiz» bietet Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, sich vertieft mit der Thematik auseinanderzusetzen. Dadurch gelangen sie zu Erkenntnissen und Einsichten, die ihnen helfen, sich in diesen Bereichen eine eigene Meinung zu bilden und Positionen zu vertreten. Das Begleitheft für Lehrpersonen beinhaltet auf das Lehrmittel abgestimmte Unterrichtsideen und Hintergrundinformationen.

Bern: BFM/ODM 2004/2005
www.bfm.admin.ch, CHF 7.70

Ab ins Ausland.

Im Ausland leben, reisen, studieren, arbeiten

Norbert Winistörfer

Lust auf Kofferpacken? Sehnsucht nach Exotischem? Jährlich realisieren 32 000 Schweizerinnen und Schweizer diesen Wunsch und wandern aus. Die Neuausgabe des Beobachter-Standardwerks zeigt, wie der Auslandsaufenthalt gelingt.

Zürich: Beobachter-Buchverlag,
6. überarbeitete Auflage 2006
ISBN 3-85569-353-6, CHF 38.-

Reportagen/Porträts und Geschichten Reportages/Portraits et histoires Cronache/Ritratti e storie

Être Noir Africain en Suisse.

Intégration, identité, perception et perspectives d'avenir d'une minorité visible.

Cikuru Batumike

La Suisse compte sur son territoire une population noire africaine subsaharienne non sédentarisée. Contrairement aux communautés de l'aire culturelle européenne installées depuis plusieurs générations, l'immigration noire africaine en Suisse est rotatoire et récente. Elle se manifeste

dans différents secteurs de vie. Elle est acceptée, tolérée ou non désirée. Cette étude vient à point nommé, dans un climat tendu où c'est utopique de poser, ne serait-ce que d'une façon sommaire, la question liée à la participation de cette communauté à la vie sociale, économique et politique suisse. En effet, un des thèmes au centre des préoccupations de la société suisse actuelle reste l'image négative des Noirs africains que privilégie l'opinion et dont la racine plonge non seulement dans l'affectif et l'émotionnel, mais également dans la sous-information. Le phénomène de la négativation de la communauté noire est d'actualité, à la suite de la dénonciation de l'activité illicite qu'est la revente de la drogue par une infime partie de requérants d'asile. Ce livre tente d'en analyser les causes. Son autre mérite est de faire valoir les facettes inconnues de cette communauté, qui laissent d'ordinaire l'opinion indifférente.

Paris: L'Harmattan 2006
ISBN 2-296-00463-6, € 21.-

Métissage culturel. Regards de femmes.

Verschieden, aber vereint. Frauenstimmen.

Innocent Naki

De Zurich à Genève, en passant par Soleure, Berne, Vaud, cinq Suissesses nous parlent du métissage culturel, à travers leurs parcours personnels, elles ont pour point commun de vivre en couple avec un Noir. Elles sont sublimes, très drôles et ignorent la langue de bois.

Von Zürich über Solothurn, Bern und das Waadtland erzählen uns fünf Schweizerinnen anhand ihrer persönlichen Geschichte von kulturellem Austausch. Gemeinsam ist ihnen, dass sie mit einem Schwarzen zusammenleben und von ihren jeweiligen Perspektiven berichten.

Marly: Swiss Métis 2006
ISBN 2-8399-0161-7 (f),
2-8399-0184-6 (d), CHF 30.-

Tunesier sucht Europäerin – zwecks Heirat.

Amor Ben Hamida

18
1
Viele Ehen zwischen Europäerinnen und Nordafrikanern gehen in die Brüche – aber bei weitem nicht die Mehrheit. Einige Tragödien nach einer traumhaften, verliebten, alles gebenden Zweisamkeit hinterlassen Kinder und Mütter, allein stehend, vor einem Scherbenhaufen. Aber auch junge Männer stehen nach einigen Jahren Europa-Aufenthalt vor dem Nichts. Sie gehen mittellos, lediglich um eine bittere Erfahrung reicher, in ihre Heimat zurück und müssen dort viele Fragen beantworten und sich Vorwürfe machen lassen. Amor Ben Hamida beschreibt einfühlsam die Hintergründe, die Geschichte und die Motive dieser jungen Männer, aber auch die Einsamkeit, Verzweiflung und Naivität mancher Touristin. Er zeigt, dass hinter jeder Geschichte eine Fülle von Hoffnungen, Erwartungen und Enttäuschungen verborgen ist. Im Zentrum steht dabei der Tunesier Fathi, der von kurzen Liebschaften nichts hält, sondern eine auf Dauer angelegte Beziehung sucht, als er auf Djerba die Schweizerin Claudia kennen lernt.

Frankfurt: Glaré Verlag 2006
ISBN 3-930761-51-3, CHF 26.80

Periodika Périodiques Riviste

Gleichheit in der plurikulturellen Gesellschaft.
Tagungsbeiträge der Juristinnen Schweiz.

Respect du principe de l'égalité dans la société pluriculturelle.
Actes du colloque des Femmes Juristes Suisse

Frauenfragen/Questions au féminin
2006/1

Zeitschrift der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen/
Revue de la Commission fédérale pour les questions féminines

Die Tagungsbeiträge greifen Fragen rund um das Spannungsfeld von Gleichstellungsrechten und kulturell-religiöser Tradition auf.

Les actes du colloque rapportent sur des questions qui gravitent autour des droits d'égalité et de la tradition culturelle et religieuse.

Bern: EKF, 2006
Bestellungen/Commandes:
www.frauenkommission.ch
ckf@cbg.admin.ch

La place de l'islam dans la société suisse: influences et interférences.

InterDIALOGOS: Action sociale et éducation en contextes pluriculturels.

Dans la foulée du récent rapport commandé par la Commission fédérale des étrangers démontrant qu'il n'existe pas, en Suisse, «un islam» pas plus que l'on peut parler, en général, «des musulmans», *InterDIALOGOS* se penche sur cette question dans son numéro de juin.

Neuchâtel: Bureau du délégué aux étrangers BDE, 2005, CHF 15.–

Und viele Grüsse aus der Schweiz – Kultur und Migration.

Das Kulturmagazin, Monatszeitschrift für Luzern und die Zentralschweiz

Die drei Kulturzeitschriften *Das Kulturmagazin* (Luzern), *Programm Zeitung* (Basel) und *Saiten* (St. Gallen) geben eine Sondernummer zum Thema Kulturschaffende und Migration heraus. Eine Reise durch die Schweiz führt die Zeitschrift zu kulturschaffenden Migrantinnen und Migranten, die das Land aus ihrer Sicht beschreiben und ihre Ansichten in Postkarten verdichten.

Zeitschrift No. 6 Juni/Juli 2006
CHF 7.50

Belletristik Romans/Poésie Romanzi/Poesia

Origines.

Amin Maalouf

Les sept romans qu'il a déjà publiés sont nourris d'anecdotes personnelles d'Amin Maalouf. Jamais encore pourtant il n'avait décidé d'y consacrer une pleine œuvre. A travers «Origines», il raconte son histoire, expliquant les mystères d'une famille résolument nomade. La mort de son père, trente ans plus tôt, est le point de départ de recherches généalogiques qui amènent l'auteur à s'interroger notamment sur le départ de son grand-père vers Cuba. Les talents de conteur d'Amin Maalouf font de la recherche de ses «Origines» une enquête passionnante.

Paris: Grasset 2004, € 21.50
Paris: Le Livre de Poche 2006, € 8.–

Damaskus im Herzen und Deutschland im Blick.

Rafik Schami

Rafik Schami, der seine Heimat Syrien als Diktatur- und Kriegsgegner verlassen musste, hat sein Land nie wieder betreten. Aber vor allem Damaskus, die Stadt seiner Kindheit, hat er sich im Herzen bewahrt: die Farben und Gerüche, die Strassen und Plätze, die Menschen und Geschichten der uralten orientalischen Stadt. Rafik Schami macht in diesen über Jahren entstandenen Texten deutlich, wie sich arabische und europäische Kultur unterscheiden, und beschreibt – mal ernst, mal unterhaltsam – den Traum, sich eines Tages gegenseitig zu verstehen.

München, Wien: Hanser 2006
ISBN 3-446-20732-5, CHF 30.80

Am Strand ein Buch. Eine Erzählung.

Francesco Micieli

Sofia, eine erfolgreich integrierte Seconda mit Schweizer Pass, erinnert sich nach dem Tod ihrer Eltern an den grossen Traum der Mutter: Eine Reise nach Al-

banien, dem Land, das ihre Vorfahren vor mehr als 500 Jahren verlassen hatten, und das noch heute in Liedern und Erzählungen als «verlorene Heimat» besungen wird. Sofia glaubt, dass nur wenn sie die Reise von Albanien nach Süditalien möglichst realistisch nacherlebt, sie dem Wunsch der Mutter entsprechen kann. Francesco Micieli erzählt in «Am Strand ein Buch» die Suche und den Verlust von Heimat.

Bern: Verlag X-Time 2006
ISBN 3-909990-18-5, CHF 20.-

Der blinde Masseur.

Catalin Dorian Florescu

Als Halbwüchsiger ist Teodor durch die rumänischen Dörfer gereist und hat sich von den abergläubischen Bauern Geschichten erzählen lassen. Nun kehrt er als erfolgreicher Mann aus dem Westen in seine Heimat zurück, um herauszufinden, ob er dort glücklicher geworden wäre. Und auch, um seine Jugendliebe wiederzufinden. Am Ende aller Strassen trifft er auf den blinden Masseur und seine Freunde. Teodor ist fasziniert von dem Ort, wo Patienten Werke der Weltliteratur für den Masseur auf Band sprechen. Doch nicht alle sind so gastfreundlich wie die schöne Elena, bei der er sich eingemietet hat. Schon bald gerät er in ein Netz aus Hinterlist, Korruption und Gewalt. Florescu lässt eine Welt entstehen, die ebenso unbarmherzig wie poetisch, ebenso schön wie verzweifelt ist.

Zürich: Pendo Verlag 2006
ISBN 3-86612-079-6, CHF 32.-



Welche Integration? Quelle intégration? Quale integrazione?

Nationale Tagung der Eidgenössischen Ausländerkommission

16. November 2006, Kongresshaus Biel

Der Begriff der Integration hat Konjunktur. Wer von der Integration von Zugewanderten spricht, interpretiert dies je nach gesellschaftspolitischer Position unterschiedlich: Einerseits ist damit eine Anpassungsleistung von Migrantinnen und Migranten an die gesellschaftlichen Normen und Werte der Aufnahmegesellschaft gemeint, andererseits wird darunter eine konstruktive Auseinandersetzung zwischen einheimischer und zugewandelter Bevölkerung verstanden.

Darüber, dass «Integration» als etwas Positives zu betrachten ist, sind sich eigentlich alle einig. Kontroversen gibt es jedoch darüber, wie über Integration gesprochen wird und was genau darunter zu verstehen ist. Die Jahrestagung 2006 der EKA will aufzeigen, welche Inhalte in verschiedenen Ausprägungen von Integrationspolitik vermittelt werden und welche Voraussetzungen und Rahmenbedingungen geeignet erscheinen, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu fördern.

Der erste Teil der Veranstaltung ist grundsätzlichen Überlegungen zur Integrationspolitik und zu Integration als sozialpolitischem Begriff gewidmet. Dabei wird der in der Schweiz diskutierte Integrationsbegriff in einen europäischen Zusammenhang gestellt. Der zweite Teil der Tagung geht Akteurinnen und Akteuren nach, die durch ihre Tätigkeit in unterschiedlichen Bereichen der Integrationsarbeit zur Ausgestaltung und Strukturierung des Integrationsdiskurses beitragen.

■ Die Tagung findet am Donnerstag, 16. November 2006, 10 bis 16 Uhr, im Kongresshaus Biel statt.

Detailprogramm: www.eka-cfe.ch

Journée nationale de la Commission fédérale des étrangers

16 novembre 2006, Palais des Congrès Bienne

La notion de l'intégration est beaucoup utilisée de nos jours. Quiconque parle de l'intégration des migrants interprète cette notion en fonction de sa position politique et sociale: d'un côté, on la comprend comme un processus d'adaptation des migrants aux normes et valeurs de la société d'accueil, de l'autre comme un processus constructif qui implique la population autochtone et la population immigrée.

En réalité, tout le monde s'accorde sur le fait que «l'intégration» doit être considérée comme quelque chose de positif. Toutefois, il existe bien des controverses quant à la manière dont on doit parler d'intégration et à ce qu'il faut comprendre exactement par ce terme. La Journée annuelle 2006 de la CFE montrera les contenus des différents contextes de la politique d'intégration; elle indiquera quelles exigences et quelles conditions cadre semblent appropriées pour encourager la cohésion sociale de la société.

La première partie de cette manifestation est consacrée à des réflexions fondamentales au sujet de la politique d'intégration et de l'intégration en tant que terme sociopolitique. La notion de l'intégration dont on débat en Suisse sera mise en perspective dans un contexte européen. La seconde partie de la Journée mettra en évidence les perspectives des acteurs qui, par leur engagement dans leurs divers domaines du travail d'intégration, contribuent à structurer et à faire évoluer le discours de l'intégration.

■ La Journée aura lieu le jeudi, 16 novembre 2006, de 10h00 à 16h00, au Palais des Congrès de Bienne.

Programme détaillé: www.eka-cfe.ch

Giornata nazionale della Commissione federale degli stranieri

16 novembre 2006, Palazzo dei congressi Bienne

La nozione dell'integrazione è soggetta a congiuntura. L'integrazione degli immigrati è interpretata in maniera diversa a seconda della situazione socio-politica: talvolta è inteso l'adattamento delle persone migranti alle norme e ai valori della società che li accoglie, altre volte s'intende l'affrontarsi costruttivo della popolazione autoctona e immigrata.

Il modo in cui è affrontato il tema dell'«integrazione» e il senso in cui tale nozione è intesa conducono sovente a controversie, anche se gli interlocutori concordano nell'affermare che l'integrazione è una realtà positiva. La Giornata annuale 2006 della CFS vuole illustrare quali contenuti si auspicano veicolare mediante i diversi aspetti della politica d'integrazione e quali premesse nonché condizioni quadro possono rivelarsi adeguate per promuovere la coesione all'interno della società.

La prima parte della manifestazione è dedicata a riflessioni di fondo sulla politica in materia d'integrazione e all'integrazione come termine socio-politico. In tale contesto la nozione dell'integrazione, sulla quale si dibatte in Svizzera, viene posta in un contesto europeo. La seconda parte della Giornata è dedicata a coloro che, grazie alla loro attività nei vari settori, contribuiscono a elaborare e impostare il tema dell'integrazione.

■ La Giornata ha luogo giovedì 16 novembre 2006, dalle ore 10 alle 16, presso il Palazzo dei congressi di Bienne.

Programma dettagliato: www.eka-cfe.ch

Sprache und Integration

Über keinen Bereich in der Debatte um Integration herrscht annähernd so viel Konsens wie über die Bedeutung der Sprache im Integrationsprozess. Von vielen als «Schlüssel zur Integration» bezeichnet, gilt die Aneignung einer Landessprache als unabdingbar, um sich in der Gesellschaft zurechtzufinden. Landesweit wird im Bildungsbereich in das Erlernen von Sprache investiert, und ein beachtlicher Teil der Bundesmittel zur Integrationsförderung fließt in die Unterstützung von Sprachkursangeboten. Auch das neue Ausländergesetz sieht vor, dass «sich Ausländerinnen und Ausländer mit den gesellschaftlichen Verhältnissen und Lebensbedingungen in der Schweiz auseinandersetzen und insbesondere eine Landessprache erlernen».

Wie bewerten Fachleute diesen expliziten Fokus auf die Sprache? Welchen Stellenwert nehmen Sprachkurse in der Integrationsförderung des Bundes und der Kantone ein? Eignen sich Sprachtests, um den «Grad der Integration» einer Person zu beurteilen? Welche Erfahrungen machen jene europäischen Länder, die neu Zuwandernde zu Sprachkursen verpflichten? Wie ist das Spannungsverhältnis zwischen Vier- und Vielsprachigkeit einzustufen? Welche Bedeutung ist dem Sprechen von Dialekten in der deutschsprachigen Schweiz im Integrationsprozess beizumessen? Diese und weitere Fragen stellen sich nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des Anliegens, eine kohärente Sprachpolitik der Schweiz zu entwerfen. *terra cognita 10* spannt den Bogen von Berichten aus der Praxis zu theoretischen und politischen Überlegungen im Bereich von Integration und Sprache.

Langue et intégration

Dans le débat sur l'intégration, aucun autre domaine ne fait autant la quasi unanimité que l'importance de la connaissance d'une langue dans le processus d'intégration. Décrite par beaucoup comme la «clé de l'intégration», l'acquisition d'une langue nationale se révèle indispensable pour pouvoir se sentir à l'aise dans la société. Dans le domaine de la formation, on investit au niveau national dans l'apprentissage de la langue, et une partie considérable des ressources financières que la Confédération verse pour promouvoir l'intégration alimente le soutien des offres de cours de langue. La nouvelle loi fédérale sur les étrangers prévoit aussi que «les étrangers se familiarisent avec la société et le mode de vie en Suisse et, en particulier, qu'ils apprennent une langue nationale».

Comment les spécialistes évaluent-ils cette focalisation explicite sur la langue? Quelle importance les cours de langue revêtent-ils dans l'échelle des valeurs au sein du domaine de l'encouragement de l'intégration par la Confédération et les cantons? Les tests linguistiques conviennent-ils pour évaluer le «degré d'intégration» d'une personne? Quelles sont les expériences des Etats européens qui obligent les nouveaux immigrants à suivre des cours de langue? Comment qualifier le champ de tension existant entre quadrilinguisme et plurilinguisme? Quelle signification revêt pour le processus d'intégration la maîtrise orale du dialecte en Suisse alémanique? Ces questions, et bien d'autres encore, se posent, avec en toile de fond, le désir de concevoir une politique linguistique de la Suisse cohérente. *terra cognita 10* abordera divers aspects du domaine de l'intégration et de la langue, allant de récits tirés de la pratique à des réflexions théoriques et politiques.

Lingua e integrazione

Nel dibattito sull'integrazione nessun tema raccoglie tanto consenso come il ruolo della lingua nel contesto del processo d'integrazione. Definito da molti «cardine dell'integrazione», l'apprendimento di una lingua nazionale è considerato indispensabile per essere in grado di orientarsi in seno alla società. A livello nazionale s'investe molto nel settore della formazione e, in particolare, in quello dell'apprendimento delle lingue. Una parte considerevole dei mezzi messi a disposizione dalla Confederazione per il promovimento dell'integrazione vengono impiegati per sostenere corsi di lingue. Anche la nuova legge sugli stranieri prevede che «gli stranieri si familiarizzano con la realtà sociale e le condizioni di vita in Svizzera, segnatamente imparando una lingua nazionale».

Ma gli specialisti che valutazione danno del fatto che l'accento venga esplicitamente posto sulla lingua? Quale funzione rivestono i corsi di lingue all'interno del promovimento dell'integrazione da parte della Confederazione e dei Cantoni? È possibile valutare il «grado d'integrazione» di una persona mediante dei test? Quali esperienze hanno fatto i Paesi europei che per i migranti prevedono un obbligo di frequentare corsi di lingue? Come qualificare i conflitti che possono insorgere tra quadrilinguismo e plurilinguismo? Nell'ambito del processo d'integrazione, che importanza attribuire alla conoscenza dei dialetti nella Svizzera di lingua tedesca? Queste e altre domande si pongono non da ultimo anche sullo sfondo della necessità di concepire una politica linguistica della Svizzera coerente. terra cognita 10 spazia da resoconti che parlano di esperienze pratiche a riflessioni teoriche e politiche sull'integrazione e sulle lingue.

- terra cognita 1 «Welche Kultur? Quelle culture?»*
- terra cognita 2 «Bildung/Formation»
- terra cognita 3 «lúvrrar/arbeiten/travailler/lavorare»
- terra cognita 4 «einbürgern/naturaliser»*
- terra cognita 5 «wohnen/habitat»
- terra cognita 6 «Gewalt/Violence/Violenza»
- terra cognita 7 «Ouvertüre»
- terra cognita 8 «Créations suisses»

* vergriffen/épuisé/esaurito

Für weitere kostenlose Exemplare von terra cognita sowie für das Abonnement der Zeitschrift wenden Sie sich an:

Pour obtenir gratuitement d'autres exemplaires de terra cognita et un abonnement de la revue s'adresser à:

Per ottenere gratuitamente esemplari supplementari di terra cognita e l'abbonamento alla rivista indirizzarsi a:

Eidgenössische Ausländerkommission
Commission fédérale des étrangers
Commissione federale degli stranieri
Quellenweg 9, CH-3003 Bern-Wabern
eka-cfe@bfm.admin.ch

www.terra-cognita.ch

Integration? Der Begriff hat Hochkonjunktur. Über alle politischen Lager hinweg ist man sich einig, dass die Integration der Migrantinnen und Migranten wichtig und notwendig ist. Wie jedoch ist dieser Prozess zu gestalten? Welche Erwartungen werden an Zugewanderte, welche an die Gesamtgesellschaft gestellt? Mit welchen Inhalten wird der Begriff Integration «gefüllt»? terra cognita geht den Entwicklungen in den integrationspolitischen Diskussionen nach und zeigt sowohl Gemeinsamkeiten wie auch Unvereinbarkeiten auf.

Intégration? Le terme est en vogue! Dans tout le milieu politique, on s'accorde sur le fait que l'intégration des migrants est aussi importante que nécessaire. Mais comment aménager ce processus? Quelles sont les attentes face aux immigrants et face à la société globale? Quels contenus donne-t-on à la notion «intégration»? terra cognita se penche sur l'évolution des débats au sein de la politique d'intégration et en relève tant les points communs que les incompatibilités.

Integrazione? Questa nozione è soggetta ad alta congiuntura. L'insieme degli ambienti politici è concorde nell'affermare che l'integrazione dei migranti riveste grande importanza ed è indispensabile. Ma che orientamento dare a questo processo? Quali aspettative vengono riposte negli immigrati e quali nella società nel suo insieme? Quali contenuti racchiude la nozione «integrazione»? terra cognita approfondisce lo sviluppo del dibattito politico riguardante l'integrazione e illustra sia le comunanze sia anche le incompatibilità.

